



TILO GIESBERS, CASH HAUKE, PHILIPP PIECHURA,  
INGOLF SEIDEL UND ANIKA TASCHKE

ZWEITE,  
AKTUALISIERTE  
AUFLAGE

# RÄT\*INNEN GEGEN RECHTS

UMGANG MIT RECHTEN IN  
KOMMUNALEN GREMIEN



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG





Tilo Giesbers, Cash Hauke, Philipp Piechura,  
Ingolf Seidel und Anika Taschke

# RÄT\*INNEN GEGEN RECHTS

UMGANG MIT RECHTEN IN  
KOMMUNALEN GREMIEN



# INHALT

---

<b>Vorwort: Kommunalpolitik braucht mutige Menschen – gerade jetzt!</b>	<b>8</b>
<b>1 Einleitung</b>	<b>11</b>
<b>2 Rechte Akteur*innen in kommunalen Gremien</b>	<b>21</b>
2.1 Rechte Parteien nach 1945	22
2.2 Aktuelle Situation	25
2.3 Regionale Unterschiede	27
2.4 NPD und Co.	31
2.5 Republikaner und «Pro»	33
2.6 Kleinstparteien, Einzelbewerber*innen und Wählergemeinschaften	33
2.7 Extrem Rechte in etablierten Parteien	37
2.8 Weitere Akteur*innen	38
2.8.1 Rechte Fraktionen	40
2.8.2 Die «Brandmauer» bröckelt	40
2.9 Ausblick auf die Kommunalwahlen 2021 in Hessen, Niedersachsen und Berlin	44
<b>3 Thematische Aktionsfelder rechter Akteur*innen</b>	<b>47</b>
3.1 «Kümmerer»-Themen	49
3.2 Plebiszite/Partizipation/Wahlen	50
3.3 Sozialpolitik	51
3.4 Sozialchauvinismus	55
3.5 Behindertenfeindlichkeit	57
3.6 Kinder- und Jugendpolitik	57
3.7 Familienpolitik	61
3.8 Antigenderismus/Antifeminismus	62
3.9 LGBTIQ*-Feindlichkeit	65

3.10	Bildungspolitik	67
3.11	Gesundheitspolitik	68
3.11.1	Infektionskrankheiten und Impfungen	69
3.11.2	Corona	70
3.11.3	Prävention	71
3.11.4	Klinische Infrastruktur	71
3.12	Drogenpolitik	72
3.13	Rechts- und Innenpolitik	73
3.13.1	Bürgerdienste und Ordnungsangelegenheiten	73
3.13.2	Polizei/Geheimdienste	73
3.13.3	Justiz	74
3.13.4	Bundeswehr	75
3.13.5	Feuerwehr	76
3.14	Wirtschaftspolitik/Rekommunalisierung	77
3.15	Lobbyismus-/Korruptionskritik	78
3.16	Verkehr/Auto(fahrer)lobby	80
3.17	Umwelt- und Naturschutz	82
3.18	Land-, Jagd- und Forstwirtschaft	84
3.19	Internationales/Europäische Union	85
3.20	Asyl/Geflüchtete/Migration	86
3.21	Feindbild Islam	89
3.21.1	Sakralbauten	89
3.21.2	Ernährung, Tierhaltung und Artenschutz	90
3.21.3	Sport	92
3.22	Verschwörungsmythos «Umvolkung»/ «Deutschenfeindlichkeit»	92
3.23	Gewerkschaften	94
3.24	Kultur	95
3.25	Political Correctness	98
3.26	«Lügenpresse»	98
3.27	«Alternativmedien»	101
3.28	Informationsfreiheit/Datenschutz	103
3.29	Antisemitismus	104
3.30	Antikommunismus	107
3.30.1	Anti-Antifa/Anti-Zivilgesellschaft	108
3.31	Erinnerungskultur und Geschichtspolitik	110
3.31.1	Verhältnis zum Nationalsozialismus	110
3.31.2	Umgang mit der Geschichte der DDR	113
3.31.3	Weitere NS-Relativierungen	114
3.31.4	Kolonialismus	115
3.31.5	Sonstige Geschichtspolitik	116

<b>4 Strategien im Umgang mit rechten Akteur*innen in kommunalen Gremien</b>	<b>119</b>
4.1 Vor der ersten Sitzung: Wie kann ich mich vorbereiten?	121
4.1.1 Interne Absprachen und Vernetzung	121
4.1.2 Die letzte Sitzung der vorhergehenden Wahlperiode	123
4.1.3 Interfraktionelle Koordinierung	124
4.1.4 Fraktionsbildung	127
4.2 Einen guten Start hinlegen	129
4.2.1 Die konstituierende Sitzung	129
4.2.2 Öffentliche Erklärungen	130
4.2.3 Wahlen von Personen in Ämter, Gremien und Positionen	132
4.2.4 Allein im Rat? Handlungsfähig bleiben!	138
4.3 Gremienalltag: Mit Mut und Freude bei der Sache bleiben	141
4.3.1 Hinweise für den persönlichen Umgang mit Rechten	141
4.3.2 Klug mit Anträgen umgehen	147
4.3.3 Auf Redebeiträge (nicht) reagieren	158
<b>Interview mit Katharina König-Preuss: «Ich halte Ausgrenzung für den einzig richtigen Weg!»</b>	<b>162</b>
<b>5 Haltung zeigen – Angebote schaffen</b>	<b>169</b>
5.1 Ansprechbar sein und informieren	170
5.1.1 Sprechstunden	171
5.1.2 Infostände	171
5.1.3 Ämterbegleitung	171
5.1.4 Broschüren in einfacher Sprache	171
5.2 Vergabe von Räumen	172
5.3 Veranstaltungen	173
5.3.1 Eigene Veranstaltungen	173
5.3.2 Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen	174
5.3.3 Rechte im Publikum	175
5.4 Kooperation mit anderen Kommunalfractionen	176
5.5 Fortbildung, Information und Beratung	176
5.6 Bündnisse schmieden – Projekte sichern	177
5.6.1 Bündnisse stärken	177
5.6.2 Partizipation von links	177
5.6.3 Bedrohte Soziokultur	178
5.6.4 Opferberatungsstellen, Demokratieprojekte und Antidiskriminierungsstellen	180
5.6.5 Initiativen marginalisierter Gruppen, Selbstorganisationen und Verbände	182
5.6.6 Kommunale Erinnerungskultur	185

<b>6 Schutz vor Bedrohungen</b>	<b>189</b>
6.1 Online-Schutz	190
6.2 Ängste thematisieren und Unterstützungsnetzwerke aufbauen	191
6.3 Dokumentieren und Anzeigen der Vorfälle	192
6.4 Juristische Möglichkeiten, Begleitung und Nachsorge	192
<b>7 Literatur</b>	<b>195</b>
<b>8 Anhang</b>	<b>198</b>
8.1 Literaturempfehlungen	198
8.2 Webseiten	206
8.3 Archive	207
8.4 Kontakte	208
8.5 Beratungsstellen	209
Zu den Autor*innen	210



# VORWORT: KOMMUNAL- POLITIK BRAUCHT MUTIGE MENSCHEN – GERADE JETZT!

---

Seit mehr als 20 Jahren bin ich Stadtverordnete in Bernau bei Berlin. DIE LINKE war in mehreren Wahlperioden die stärkste Fraktion und stellt seit 2014 den Bürgermeister.

Es gab und gibt in Bernau keine Koalitionen. Für die allermeisten, die Kommunalpolitik gestalten und verantworten, steht die Sacharbeit im Vordergrund. Trotz durchaus auch gegensätzlicher politischer Positionen hat das Ringen um gemeinsame Lösungen Priorität. Leitend ist der Wille, für die Stadt und ihre Bürger\*innen vernünftige Entscheidungen zu treffen. So wurde mancher Antrag fraktionsübergreifend auf den Weg gebracht. Nach anstrengenden Sitzungen trifft man sich hin und wieder auch mal auf ein Glas Bier. Es ist nicht unüblich, dass an öffentlichen Sitzungen der Fraktion DIE LINKE auch Mitglieder anderer Fraktionen teilnehmen.

Die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten fand in Bernau lange Zeit außerhalb der Stadtverordnetenversammlung bei Straßenfesten oder auch Straßenblockaden statt.

DIE LINKE ist Teil des «Netzwerks für Toleranz und Weltoffenheit». Seit den Kommunalwahlen in Brandenburg im Mai 2019 gibt es nun auch in Bernau eine Fraktion der Partei Alternative für Deutschland (AfD). Darauf mussten wir uns einstellen und der Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunalpolitiker\*innen spielt dabei eine wichtige Rolle. Zum Umgang mit dieser für viele neuen Situation soll die vorliegende Broschüre beitragen.

Es wird darauf ankommen, auch in Zukunft Themen rechtzeitig zu besetzen und sie starkzumachen. Früher war die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) die «Kümmerer»-Partei, das sollte DIE LINKE wieder werden. Eine der vorrangigsten Aufgaben von Kommunalpolitiker\*innen bleibt es deshalb zu wissen, was die Leute bewegt, das Gespräch mit ihnen zu suchen, auch zwischen den Wahlen, und Angebote in unterschiedlicher Form zu machen – in Bernau heißt das: Sprechstunden unterm freien Himmel, «Rotes Frühstück», öffentli-

che thematische Fraktionssitzungen in Stadt- und Ortsteilen, Sprechstunde unterm Weihnachtsbaum und seit mehr als zehn Jahren Politischer Aschermittwoch. Zu diesem «Kümmern» gehört es auch, Vereine, Initiativen und andere Räume der Zivilgesellschaft nicht den Rechten zu überlassen.

Noch wichtiger als bisher ist die Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Fraktionen. Dazu muss man nicht zwingend Koalitionen bilden, unverzichtbar ist es aber, sich abzustimmen und sich gemeinsam von Rechten zu distanzieren. Dass es jenseits parteipolitischer Differenzen einen gemeinsamen demokratischen Konsens gibt, der politische Kultur im Umgang miteinander ein- und rechte Pöbeleien ausschließt, müssen wir immer wieder deutlich machen – vor allem auch nach außen. Für DIE LINKE verbietet sich eine Zusammenarbeit mit Fraktionen der extremen Rechten von selbst. Dort, wo andere Fraktionen das «nicht so eng» sehen, sollte es von uns energisch kritisiert werden.

Zur politischen Kultur gehört es auch, nicht über jedes Stöckchen zu springen, das einem hingehalten wird. Manches kann man ins

Leere laufen lassen oder mit Ironie kommentieren. Eine klare und unmissverständliche Abgrenzung von völkischen, rassistischen und sexistischen Äußerungen ist dagegen zwingend und muss öffentlich erfolgen. Dabei ist der Blick nicht nur auf die gewählten Vertreter\*innen zu richten. Breites zivilgesellschaftliches Engagement stärkt eine gegen rechts gerichtete politische Grundstimmung in der Kommune und leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbreitung von Informationen und zur Aufklärung. Gedenktage wie der 27. Januar oder der 9. November sollten dem emotionalen Erinnern dienen, die Geschichte der eigenen Kommune könnte nach antifaschistischen Bezugspunkten durchforscht werden.

Die Tatsache, dass extreme Rechte verstärkt in den Kommunen vertreten sind und dort ihre Möglichkeiten nutzen, sollte uns nicht verunsichern. Ich danke daher den Verfasser\*innen für diese sehr gelungene, informative und ermutigende Broschüre.

Dr. Dagmar Enkelmann  
Vorstandsvorsitzende der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Berlin, Februar 2021



# 1 EINLEITUNG



---

In seiner Rede in Eisleben (Sachsen-Anhalt) am 20. Januar 2018 ließ Björn Höcke zwischen islamfeindlichen Tiraden auch durchblicken, welche Machtfantasien er hegt: «Unsere zukünftige Volkspartei ist die letzte evolutionäre Chance für unser Vaterland [...]. Wir werden die Macht bekommen – und dann werden wir das durchsetzen, dann werden wir das durchsetzen, was notwendig ist, damit wir auch in Zukunft noch unser freies Leben leben können.»<sup>1</sup> Von den Medien weitgehend unbeachtet, nahm er auch auf die zu diesem Zeitpunkt bevorstehenden Kommunalwahlen Bezug: «Und das Dritte und Letzte, das mir Antonio Gramsci mitgegeben hat, das ist die klassische Entscheidung zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und der politischen Gesellschaft. Liebe Freunde, jenseits der Parlamente, jenseits der Verwaltungsapparate dieses Staates wird der Zeitgeist geprägt. Und nur wenn man den Zeitgeist beherrscht, kann man die kulturelle Hegemonie erwerben, und nur wenn man die kulturelle Hegemonie erworben hat, wie das die 68er und in Folge die Alt-68er getan haben, kann man ir-

gendwann und wirklich langfristig die politische Macht erwerben. Das heißt, wir müssen rein in die bürgerliche Gesellschaft – und das wäre eine Bitte, die ich heute Abend hier zum Ausdruck bringen will: Wir Patrioten, liebe Freunde, wir müssen rein, wir müssen rein in die Schützenvereine, wir müssen rein in Jagdgenossenschaften, wir müssen rein in die Kirchengemeinden, wir müssen rein in die Kirmesgesellschaften, da müssen wir überall rein, um uns die bürgerliche Gesellschaft zurückzuholen, und wir werden uns die bürgerliche Gesellschaft zurückholen. Und parallel dazu müssen wir natürlich die politische Gesellschaft durchdringen. Die AfD ist ja von oben nach unten mit den großen Themen gewachsen, und zwar so schnell und kräftig gewachsen wie keine andere Partei vor ihr seit 1945. Eine unglaubliche, ja als historisch zu bezeichnende Erfolgsgeschichte, auf die wir zurückblicken können als AfD. Und jetzt, liebe Freunde, muss ein gegenläufiges Wachstum erfolgen: von unten nach oben. Jetzt müssen wir die kommunalpolitische Ebene in Angriff nehmen, und ich glaube, die heutige Veranstaltung dient ja auch dazu, den

<sup>1</sup> dpa: Höcke in Eisleben. Landeschef will Islam nach Machtergreifung in Türkei bekämpfen, in: Mitteldeutsche Zeitung, 28.1.2018, unter: [www.mz-web.de/eisleben/hoecke-in-eisleben-landeschef-will-islam-nach-machtergreifung-in-tuerkei-bekaempfen-29572096](http://www.mz-web.de/eisleben/hoecke-in-eisleben-landeschef-will-islam-nach-machtergreifung-in-tuerkei-bekaempfen-29572096).

Kommunalwahlkampf hier in Sachsen-Anhalt – und in Thüringen werden wir ihn auch in Kürze eröffnen – entsprechend zu starten. Wir müssen überall dort, wo wir gute Leute haben – und die Betonung liegt auf gute Leute, denn Qualität ist der Quantität vorzuziehen –, überall dort müssen wir jetzt rein: in die Landratsämter, in die Kreistage, in die Stadträte, wir müssen Bürgermeister stellen. Das ist jetzt unsere Aufgabe.»<sup>2</sup>

Höckes Worte müssen als Drohung verstanden werden. Sie zeigen das Selbstbewusstsein einer völkisch-nationalistischen Rechten, die sich kurz vor der Machtübernahme wähnt. Und das nicht ohne Anlass: Ob auf den Philippinen, in den USA, Ungarn, Österreich, der Türkei, Polen, Russland, Israel, Italien, Myanmar, Indien oder in Brasilien – in den letzten Jahren ist die Gesellschaft in vielen Teilen der Welt deutlich nach rechts gerückt. Auch in Deutschland erleben wir nicht erst seit der viel beschworenen «Grenzöffnung» 2015 einen lauter und auch gewaltvoller werdenden Rassismus, dem in den Medien und in der Politik – wieder einmal – wenn nicht das Wort geredet, dann jedenfalls nicht entschieden entgegengetreten wird. Man müsse «die Sorgen der Bürger» sehen und «mit Rechten reden», heißt es oft. Wieder einmal wird nicht oder nur zögerlich verstanden, dass Rechte immer schon meinten, was sie sagen: Wenn ein

Alexander Gauland ruft: «Wir werden sie jagen!», dann meint er damit nicht nur die Regierung Merkel, sondern greift die freie Gesellschaft als Ganzes an.

Mit den «Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes» (Pegida) und zunehmender rechter Gewalt führt die extreme Rechte den Kampf auf der Straße. Mit eigenen Printmedien, Internet-Trollen auf allen Kanälen der sozialen Medien und «Bürgerdialogen» führt sie den Kampf um die Köpfe. Und mit der Partei Alternative für Deutschland (AfD) und anderen Akteur\*innen wird der Kampf in die Parlamente getragen. Die Situation erinnert an das alte «Drei-Säulen-Konzept» der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Und auch an die später hinzugekommene vierte Säule, den «Kampf um den organisierten Willen», also die Bündelung der vielfältigen rechten Organisationen.<sup>3</sup> Neonazi-Hooligans laufen bei Demonstrationen – nicht nur wie in Chemnitz im September 2018 – einträchtig neben AfD-Politiker\*innen, Holocaustleugner\*innen neben «Wutbürgern», «Lebensschützer» neben NPD-Funktionär\*innen und Burschenschaftlern. Der sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Jens Maier verdeutlichte im Juni 2018 in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag den Führungsanspruch seiner Partei in dieser rechten Be-

<sup>2</sup> Höcke, Björn: Rede in Lutherstadt Eisleben, 20.1.2018, unter: [www.youtube.com/watch?v=SjqdFggKR-jw](http://www.youtube.com/watch?v=SjqdFggKR-jw). <sup>3</sup> Brandstetter, Marc: Die vier Säulen der NPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2006, unter: [www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2006/september/die-vier-saeulen-der-ndp](http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2006/september/die-vier-saeulen-der-ndp).

wegung: «Mit der AfD ist eine Kraft in diesem Land aufgewacht, die weder Sie noch irgendein anderer aufhalten kann.»<sup>4</sup> Maier wird bewusst sein, dass er damit die in Deutschland verbotene SA-Parole «Deutschland, erwache!» aufgegriffen hat. Er ist Richter.

Als neue Herausforderung haben im Zuge der COVID-19-Pandemie Verschwörungsideologien an Einfluss gewonnen, die mit der Leugnung der Gefährlichkeit des Virus einhergehen und in der Regel einen stark antisemitischen Einschlag haben. Bei den Versammlungen der sogenannten Querdenker-Bewegung werden sämtliche Regeln zum eigenen Schutz sowie dem anderer Personen verweigert, indem das Tragen von Mund-Nase-Masken abgelehnt und der gebotene Abstand bewusst nicht eingehalten wird. Einen besonderen Stellenwert kommt dabei dem QAnon-Verschwörungsmythos zu, der in den USA, aber auch in Deutschland zahlreiche Anhänger\*innen hat (→ 3.29 Antisemitismus).

Im Jahr 2019 hatten AfD und Co. reichlich Gelegenheit, Höckes Worten Taten folgen zu lassen. Parallel zur Europawahl wurden in Bremen alle Gremien, in Hamburg die Bezirksversammlungen und in acht Flächenländern nahezu alle kommunalen Gremien neu gewählt: in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen,

Sachsen-Anhalt und in Thüringen. Auch einige Wahlbeamt\*innen wie Landrät\*innen und Bürgermeister\*innen wurden neu gewählt. Im Jahr 2020 folgten die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Bayern.

Auch für 2021 stehen wieder Wahlen an. In der ersten Jahreshälfte sind dies Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Im Herbst folgen die Abstimmungen über die Zusammensetzung der Landtage in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sowie des Berliner Abgeordnetenhauses, die von der Neuwahl der Bezirksverordnetenversammlungen begleitet wird. In Hessen und Niedersachsen finden im März bzw. September Wahlen zu Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Ortsbeiräten statt. Dazu kommt, ebenfalls im Herbst, die Bundestagswahl.

Viele demokratische, insbesondere linke Kommunalpolitiker\*innen stehen nicht erst seit den Wahlen 2019/20 vor besonderen Schwierigkeiten. Für einige gehören rechte Akteur\*innen inzwischen zum politischen Alltag – für andere hingegen war es das erste Mal, dass völkisch-nationalistische und autoritäre Rechte in den Sitzungssaal und die Ausschüsse einzogen. Umso dringlicher stellt sich die Frage, wie mit rechten Akteur\*innen in- und außerhalb von kommunalen Gremien um-

<sup>4</sup> Zit. nach: Wiegel, Gerd: Zwischenbilanz, in: der rechte rand 173, Juli/August 2018, unter: [www.der-rechte-rand.de/archive/4017/zwischenbilanz-afd/](http://www.der-rechte-rand.de/archive/4017/zwischenbilanz-afd/).

zugehen ist. Die Herausforderungen für Kommunalpolitiker\*innen bestehen darin, sich Rassismus und Antisemitismus klar entgegenzustellen und mit anderen demokratischen Akteur\*innen gemeinsame Absprachen zum Umgang in den Gremien zu finden, um rechte Propaganda in demokratisch legitimierte Gremien zu entlarven, sie klar zu benennen und keine Normalisierung im politischen Alltag zuzulassen.

Dafür ist es unumgänglich, dass alle linken Politiker\*innen die ihre Politikfelder betreffenden Positionen der Rechten kennen. Antifaschismus ist auch in der Kommunalpolitik kein Thema für Spezialist\*innen, sondern muss als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Trotzdem sollte der Erfahrung und dem Wissen von Spezialist\*innen vertraut und wenn möglich ein Austausch mit meist bestens informierten antifaschistischen Gruppen der jeweiligen Region etabliert werden. Davon profitieren in der Regel beide Seiten. Zum Kampf gegen rechts gehört es selbstverständlich auch, sich nicht an der Entwicklung eigener Politikangebote hindern zu lassen, sondern gerade jetzt deutlich für eine menschliche Gesellschaft und soziale Verbesserungen einzutreten. In Kenntnis rechter Denkmuster kann dies noch selbstbewusster geschehen. Und linke Akteur\*innen in den Kommunen müssen noch mehr als bisher verstehen, dass Vernetzung wichtig ist: mit emanzipatorischen und kämpferischen, zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Initiativen und Verbänden aller Le-

bensbereiche auf kommunaler Ebene einerseits und mit energischen Genoss\*innen aus anderen Kommunen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene andererseits.

In den Kommunen geht es nicht nur um die Umsetzung der Bundes- und Landesgesetzgebung, sondern vor allem um Problemlösungen vor Ort. Hier besteht für viele Menschen die Möglichkeit zur direkten Kontaktaufnahme. «Ich halte Ausgrenzung für den einzig richtigen Weg!», sagt Katharina König-Preuß, Landtagsabgeordnete der Partei DIE LINKE im Thüringer Landtag und Mitglied des Stadtrats in Jena, im Interview (→ Interview mit Katharina König-Preuß, S. 162). In Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten, Ortsbeiräten oder Bezirks- und Stadtverordnetenversammlungen, Bezirksräten und -versammlungen spielt sich Alltagspolitik ab, die für viele Menschen leichter zu (be-)greifen ist als Landes-, Bundes- oder Europapolitik. Diese soziale Nähe ist die Stärke der Kommunalpolitiker\*innen. Das wissen rechte Akteur\*innen nur allzu gut, denn oft geben sich AfD, NPD und Co. als «Kümmerer» aus und heften sich damit genau das Etikett an, das auch eine Partei wie DIE LINKE für sich in Anspruch nimmt. Linke Politik muss hier also den Unterschied klar und deutlich machen, indem sie solidarische statt völkisch-nationale, demokratische statt autoritäre und integrative statt ausgrenzende Ansätze liefert. Linke, progressive Kräfte und Akteur\*innen müssen Politik für alle Menschen gestalten. Aber nicht nur *für* alle, sondern auch *mit* allen,

mit Migrant\*innen, Geflüchteten, Juden\*Jüdinnen, Frauen, Homo- und Transsexuellen, Menschen mit Behinderung, Erwerbslosen, Wohnungs- und Obdachlosen und Alleinerziehenden – kurz: mit und für eine Gesellschaft, in der sich keine\*r gegen andere ausspielen lässt. Dafür kämpfen antifaschistische und humanistische Kommunalpolitiker\*innen, ob allein, zu zweit oder in einer großen Fraktion.

Noch einige grundsätzliche Bemerkungen zu Wortwahl und Schreibweisen in dieser Broschüre: Wir finden die Begriffe Rechtsextremismus und Rechtspopulismus problematisch und verwenden sie nur in Zitaten. Das Konzept, radikale, politische Einstellungen mit dem Wort «Extremismus» an den viel zitierten «Rändern» links und rechts neben der demokratischen «Mitte» zu verorten, ignoriert die Tatsache, dass Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit oder Chauvinismus, also Ideen, die von der Ungleichwertigkeit von Menschen ausgehen, immer schon in allen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten vorhanden waren. Diese Ignoranz ist in unseren Augen ein Teil des Problems, das sich in den aktuellen rassistischen Mobilisierungen von «Nein zum Heim»-Initiativen über Pegida und Corona-Leugner\*innen bis zur AfD zeigt. Die Ereignisse der letzten Jahre haben lediglich sichtbar werden

lassen, was immer schon da war und eben nicht konsequent genug bekämpft wurde. Außerdem ist es aus unserer Sicht mindestens zynisch, Forderungen nach Gleichberechtigung, nach Freiheit der bzw. des Einzelnen in einer Gesellschaft der Vielen und Freien mit ihrem exakten Gegenteil gleichzusetzen.

Der sozialwissenschaftlich umstrittene Extremismusbegriff hat reale Auswirkungen. Etwa auf die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA): Dem 1947 gegründeten antifaschistischen Bundesverband wurde im November 2019 die Gemeinnützigkeit aberkannt. Die Grundlage hierfür bildet der Verfassungsschutzbericht des bayerischen Inlandsgeheimdiensts, in dem die Überlebendenorganisation als «größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich Antifaschismus» bezeichnet wird, deren Grundlage ein «kommunistisch orientierter Antifaschismus» sei.<sup>5</sup> Aufgrund der Einschätzung der bayerischen Behörde und eines Erlasses zur Abgabenordnung des Bundesfinanzministeriums, auf dessen Grundlage Vereine, die durch den Verfassungsschutz beobachtet werden, ihre Gemeinnützigkeit verlieren, folgte deren Entzug nicht nur auf Bundesebene, sondern auch in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Berlin.<sup>6</sup> Aus

<sup>5</sup> Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2019, S. 260, unter: [www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/vsb-2019\\_bf.pdf](http://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/vsb-2019_bf.pdf). <sup>6</sup> Litschko, Konrad: Der Ärger begann in Bayern, taz, die tageszeitung, 9.12.2019, unter: <https://taz.de/VVN-BdA-nicht-mehr-gemeinnuetzig/15644360/>.

gutem Grund kann mithin das Extremismuskonzept als eines zur Lähmung des Kampfes gegen rechts bezeichnet werden.

Der Begriff Rechtspopulismus wiederum gibt zwar implizit zu, dass problematische Einstellungen «im Volk» – *populus* (lat.): Volk – vorhanden sind, dem quasi nach dem Mund geredet werden würde. Andererseits verharmlost es die Situation: «Populär» hört sich so ungefährlich an. Popularitätswerte sind heute wichtig, Popmusik hören viele. Auf den Inhalt wird dabei kaum noch geachtet. «Populismus» beschreibt also bestenfalls eine Methode. Ein politisches Phänomen wird damit aber entpolitisiert. Es braucht deshalb endlich wieder einen genauen Blick auf die Verhältnisse, eine schonungslose Problemanalyse.

Es gibt viele richtige Begriffe, um die verschiedenen Rechten zu bezeichnen. Wir haben es mit christlichen Fundamentalist\*innen und selbsternannten «Lebensschützern» zu tun, mit völkischen Nationalist\*innen, Antisemit\*innen und Rassist\*innen, mit Leugner\*innen des Klimawandels und Autolobbyist\*innen, Frauen- und Homofeind\*innen, mit neoliberalen Wohlstandschauvinist\*innen, mit Militarist\*innen und Revisionist\*innen, mit angeblichen «Neurechten» und Burschenschaftlern, mit Faschist\*innen und Neonazis. Sie sollten auch so genannt werden. Wenn im Folgenden allgemeine Begriffe wie extreme Rechte genutzt werden, ist das gesamte Spektrum gemeint.

Diese Broschüre kann nur Handlungsempfehlungen geben. Jede Person mit einem Mandat muss für sich selbst entscheiden, was sie sich selbst zumuten möchte und kann und welche Risiken sie einzugehen bereit ist. Die Empfehlungen sollen all denjenigen eine Unterstützung sein, die sich den Herausforderungen stellen und sich gemeinsam mit Kolleg\*innen entschieden gegen Antidemokrat\*innen in der Kommune positionieren und klare Kante gegen rechts zeigen wollen. Gleichzeitig möchten die nächsten Seiten verschiedene Möglichkeiten aufzeigen, mit welchen Mitteln in den Ausschüssen oder Ältestenratssitzungen, aber auch auf Veranstaltungspodien rechten Akteur\*innen die Bühne für rassistische und heteristische Redebeiträge genommen werden kann. Dabei bieten wir verschiedene Herangehensweisen an, mit den sehr unterschiedlichen Bedingungen vor Ort, den Personen und Netzwerken umzugehen.

Nichtstun ist keine Alternative! Es ist an der Zeit, dass alle linken, menschenrechtlich geprägten, demokratischen Mandatsträger\*innen und Initiativen sich gegenseitig unterstützen und auf allen parlamentarischen Ebenen, aber auch außerhalb der Sitzungen und Gremien gegen rechts Haltung zeigen und Stellung beziehen. Das tägliche Paroli-Bieten, Gegenhalten, Enttarnen ist eine Aufgabe für viele Mandatsträger\*innen geworden. Wir wünschen uns, dass alle Leser\*innen sich mit dieser Broschüre bestärkt fühlen, dass das Entstehen

gegen Rassismus, Homophobie, Neonazismus und Nationalismus in den Gremien wichtig ist und mutige Menschen und Akteur\*innen braucht. Dabei dürfen Humor und Spaß beim Lesen und bei der politischen Arbeit nicht zu kurz kommen. Michaela Sojka, ehemalige Landrätin des Landkreises Altenburger Land in Thüringen für DIE LINKE, mit der wir am 6. Januar 2019 ein Interview geführt haben, zeigt, dass eine klare Haltung auch mit Mandat möglich ist:

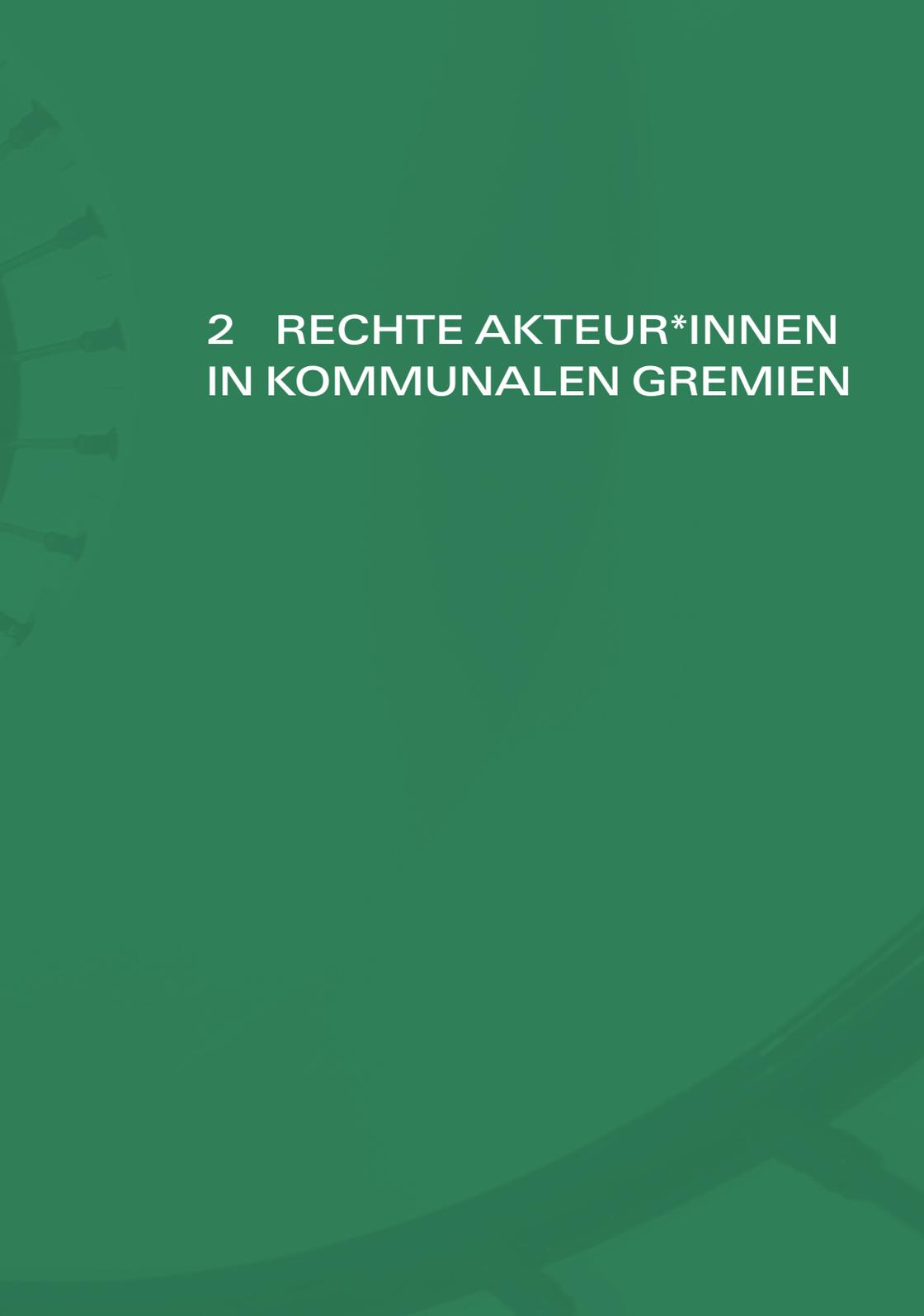
«Natürlich hat man als Linke eine Haltung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, ob mit oder ohne Amt. Das habe auch ich nie

versteckt, im Gegenteil. Von 2012 bis 2018 konnte ich auch die spezifischen Möglichkeiten im Amt einer Landrätin nutzen, um Zusammenhänge deutlich zu machen, zu argumentieren bzw. auf aktuelle Ereignisse in meinen unzähligen Reden und Grußworten einzugehen. Viel darüber habe ich auch in den sozialen Medien kommuniziert.»

Wir möchten ermutigen, bestärken und auffordern, für eine solidarische, humanistische Kommunalpolitik mit den Menschen vor Ort gegen rechte Akteur\*innen auf die Straßen zu gehen, Veranstaltungen anzubieten und auch weiterhin für linke Politik einzustehen.







## 2 RECHTE AKTEUR\*INNEN IN KOMMUNALEN GREMIEN

---

## 2.1 RECHTE PARTEIEN NACH 1945

Rechte Parteien und Wählergemeinschaften in der Kommunalpolitik sind nicht neu. Schon in den späten 1940er und 1950er Jahren gab es zum Beispiel mit der Deutschen Partei (DP) und dem Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) zwei Rechts-außen-Parteien, die in vier bzw. sechs Landtage einzogen und an drei bzw. fünf Landesregierungen beteiligt waren. In Niedersachsen stellte die DP sogar den zweiten Ministerpräsidenten. Beide Parteien waren bis 1960 auch an verschiedenen Bundesregierungen unter Konrad Adenauer beteiligt. Sicher durch ihre Erfolge auf Landes- und Bundesebene ermutigt, traten DP und GB/BHE in vielen Regionen der Bundesrepublik auch zu Kommunalwahlen an. In welchem Umfang sich andere, damals im Bundestag vertretene rechte Parteien wie die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei (DKP-DRP) oder die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) an Kommunalwahlen

beteiligten, ist nicht bekannt. In den folgenden Jahrzehnten gab es immer wieder neue rechte bis neonazistische Parteien, die eine Zeit lang Wahlerfolge nicht nur in Landtagen, sondern auch in Kreisen, Städten und Gemeinden erzielten. So zog die 1964 gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) in sieben der damals zehn westdeutschen Landtage ein und verpasste den Einzug in den Bundestag 1969 mit 4,3 Prozent nur knapp. Verschiedenen Angaben zufolge kam die Partei in ihrer damaligen, ersten Hochphase auf viele Hundert Kommunalmandate.

In den 1980er Jahren in Westdeutschland und in den 1990er Jahren im gesamten Land waren die Parteien Die Republikaner (REP) und Deutsche Volksunion (DVU) in mehreren Landtagen und etlichen Kommunen erfolgreich. In Garzau (Landkreis Märkisch-Oderland, Brandenburg) stellten die REP mit Friedrich Röger ab 1993 sogar den Bürgermeister. Röger wurde 1998

1 Die im Jahr 2000 vom als «Richter Gnadenlos» bekannt gewordenen Ronald Barnabas Schill (Hamburg) eigentlich als Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) gegründete, später in Offensive D umbenannte Partei wurde 2007 aufgelöst. 2 «Unter der Pro-Bewegung oder den Pro-Parteien verstand man ein Konglomerat aus Parteien, Wählervereinigungen und Vereinen in Deutschland, die de jure eigenständig, jedoch de facto personell, organisatorisch und programmatisch eng miteinander verflochten waren. Als zentrale Organisationen fungierten dabei der Verein pro Köln sowie die Parteien pro NRW und pro Deutschland. Nach der Selbstauflösung von pro Deutschland und pro Köln in den Jahren 2017 und 2018 und der Umwandlung von pro NRW in einen Verein 2019 wurden die Aktivitäten der Pro-Bewegung weitgehend eingestellt. Es bestehen jedoch weiterhin vereinzelt lokale Gruppen wie die Bürgerbewegung Pro Chemnitz.» Stichwort: Pro-Bewegung, Wikipedia. The Free Encyclopedia, 23.2.2021, unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Pro-Bewegung>.

für eine Wählergemeinschaft wiedergewählt, trat 2000 aus Altersgründen zurück, kandidierte 2009 aber noch einmal für den Landtag – für die NPD.

In den frühen 2000er Jahren folgte in einigen Regionen zum Beispiel die sogenannte Schill-Partei,<sup>1</sup> in anderen Gegenden die Parteien der «Pro»-Bewegung.<sup>2</sup>

## WENDEZEIT IN DER NOCH-DDR

Zu den letzten Kommunalwahlen in der DDR trat im Mai 1990 in vielen Regionen die sogenannte Deutsche Soziale Union (DSU) an, die sich in der Folgezeit sehr schnell vom konservativen Versuch, einen Ableger der Christlich-Sozialen Union (CSU) im Osten zu etablieren, zu einer Partei des rechtsreaktionären Milieus entwickelte.

Die Partei Die Republikaner (REP) durften damals nicht antreten, da ihre Registrierung verweigert wurde: Parteien- und Kommunalwahlgesetz der DDR enthielten eine Klausel, durch die Aktivitäten extrem rechter Parteien verhindert werden sollten. Allerdings wurden mit den Mitteldeutschen Nationaldemokraten (MDN) und der Nationalen Alternative (NA) zwei neonazistische Gruppierungen als Parteien registriert. Die MDN waren bis zur Fusion im August 1990 der DDR-Ableger der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Der abweichende Name wurde wohl einerseits wegen des Scheiterns der Annäherungsversuche an die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) gewählt, die im August 1990 weitgehend in der Freien Demokratischen Partei (FDP) aufging. Andererseits profitierte die Partei von der Unerfahrenheit der DDR-Verwaltung, die hinter dem Begriff Nationaldemokraten offenbar nichts Antidemokratisches vermutete. Verbotsbestrebungen kamen zu spät und die MDN wurden im Gegensatz zu NA und REP zu den Kommunalwahlen im Landkreis Salzwedel, damals Bezirk Magdeburg, zugelassen, blieben aber ohne Mandat.

Quelle: Paragraph 3 Absatz 2 Parteiengesetz der DDR sowie Paragraph 9 Absatz 2 Kommunalwahlgesetz der DDR<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Paragraph 3 Absatz 2 Parteiengesetz der DDR: «Die Gründung und Tätigkeit von Parteien, die faschistische, militaristische, antihumanistische Ziele verfolgen sowie Glaubens-, Rassen- und Völkerhass bekunden oder verbreiten, die Personen und Gruppen aufgrund ihrer Nationalität, ihrer politischen Zugehörigkeit, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer körperlichen bzw. geistigen Behinderungen diskriminieren oder ihre Ziele mit Gewalt oder durch Androhung von Gewalt zu verwirklichen suchen, sind verboten.» Paragraph 9 Absatz 2 Kommunalwahlgesetz der DDR: «Parteien, andere politische Vereinigungen und Organisationen, Bürgerbewegungen und -gemeinschaften, die faschistische, militaristische, antihumanistische Ziele verfolgen sowie Glaubens-, Rassen- und Völkerhass bekunden oder verbreiten, die Personen und Gruppen aufgrund ihrer Nationalität, ihrer politischen Zugehörigkeit, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer körperlichen bzw. geistigen Behinderungen diskriminieren oder ihre Ziele mit Gewalt oder durch Androhung von Gewalt zu verwirklichen suchen, sind von der Wahl ausgeschlossen.»

Schon seit Mitte der 1990er Jahre, insbesondere aber nach dem Einzug in die Landtage von Sachsen (2004) und Mecklenburg-Vorpommern (2006) feierte auch die NPD erneut Erfolge. Sie kam in dieser Zeit wieder auf viele Hundert Mandate in Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten.

Heute ist das Spektrum rechter Akteur\*innen in der Kommunalpolitik sehr vielfältig. Vertreter\*innen autoritär rechter und neonazistischer Parteien wie NPD oder REP, die in früheren Legislaturen große Erfolge hatten, lassen sich ebenso finden wie Mandatsträger\*innen von Kleinstparteien wie der neonazistischen Partei Der III. Weg<sup>4</sup> und der Partei Die Rechte. Hinzu kommen solche, die über Listen der mittlerweile weitgehend aufgelösten Parteien und Gruppen der «Pro»-Bewegung gewählt wurden, Überbleibsel und frühere Funktionär\*innen der Schill-Partei, christliche Fundamentalist\*innen und türkische Nationalist\*innen. Nur schwer überschaubar ist die Vielzahl dezidiert rechter Wählergemeinschaften, rechter Kandidierender auf unverdächtigen Listen sowie rechter Einzelbewerber\*innen.

Die vielen verschiedenen Parteien und Listen sind auch Ausdruck der Konjunkturen der vergangenen Jahrzehnte. Erfolg und Niedergang von Parteiprojekten, persönliche, strategische oder inhaltliche Differenzen führten und führen immer wieder zu Aus- und Übertritten sowie Neugründungen. Gerade bei erfolgreichen jungen Parteien werden machthungrige Glücksritter von vielversprechenden Posten angelockt. Die entsprechenden Kämpfe und enttäuschten Rückzüge konnten und können auch bei der derzeit zweifellos einflussreichsten Partei des Spektrums beobachtet werden: der AfD. Symptome dieser Kämpfe sind nicht nur die hohe Fluktuation bei ihren kommunalen Mandatsträger\*innen, sondern auch die vielen Abspaltungen, wie etwa die in der Bedeutungslosigkeit verschwundene Partei Liberal-konservative Reformer (LKR)<sup>5</sup> um AfD-Gründer Bernd Lucke, die schon wieder aufgelösten Projekte Die Blaue Partei von Frauke Petry oder Aufbruch deutscher Patrioten – Mitteldeutschland (ADFM) des AfD-Rechts-außen und einstigen sachsen-anhaltischen Partei- und Fraktionschefs André Poggenburg.

<sup>4</sup> Zwischenzeitlich ging ein Mandat in Plauen (Sachsen) durch Übertritt von der NPD auf den III. Weg über. Durch den Tod des Mandatsträgers fiel der Sitz 2017 an den nächsten Bewerber der NPD-Liste. Bei den Wahlen 2019 kam die Partei auch direkt zu Mandaten. <sup>5</sup> Bis November 2016 hieß die Partei Allianz für Fortschritt und Aufbau (Alfa), musste sich nach einem Rechtsstreit aber umbenennen.

## 2.2 AKTUELLE SITUATION

Aktuell kommen Parteien, Listen und Einzelbewerber\*innen rechts von CDU/CSU neben 375 Sitzen<sup>6</sup> in Landtagen, dem Bundestag und dem Europaparlament auf mindestens 5.750 bei den jeweils letzten Wahlen errungene kommunale Mandate, also gut zwei Prozent aller Sitze. Außerdem stell(t)en sie ein paar wenige Bürgermeister, darunter ab 2014 Hans Liesegang in Zepelin (AfD, mittlerweile ausgetreten, 2019 parteilos wiedergewählt, Landkreis Rostock, Mecklenburg-Vorpommern), die AfD-Kreisräte Johannes Nitzsche in Oßling (für das «Bündnis Zukunft Gestalten», Landkreis Meißen, Sachsen) und Hans-Joachim Weigel in Schönfeld (für die DSU gewählt, parteilos seit 2019, Landkreis Meißen, Sachsen), der im März 2018 in die AfD eingetretene Bürgermeister von Burladingen (Zollernalbkreis, Baden-Württemberg, Rücktritt zum 1.6.2020), der kurz vor seiner Wahl im September 2017 aus der AfD ausgetretene Marcel Schneider in Teuchern (Burgenlandkreis, Sachsen-Anhalt) und der frühere Landtagskandidat der DVU-Abspaltung Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP) Horst Schubert in Stößen (Burgenlandkreis, Sachsen-Anhalt),

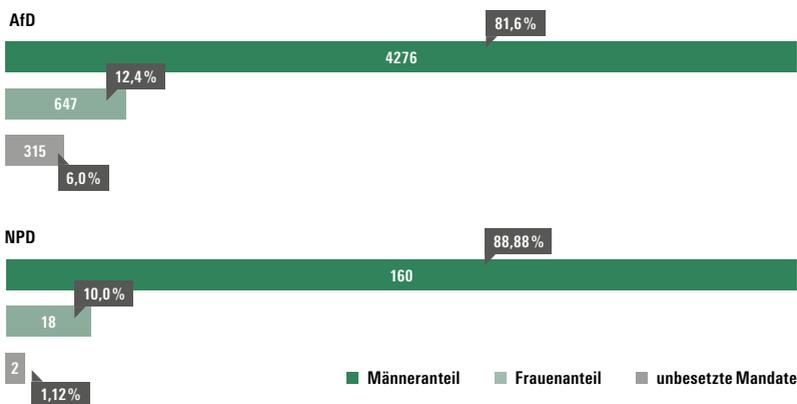
der 2004 und 2005 für die Freien Wähler im Kreistag saß und dort eine gemeinsame Fraktion mit der NPD bildete. Hinzu kommen mehrere Ortsbürgermeister, so zum Beispiel Stefan Jagsch, der zeitweise für die NPD in Altenstadt-Waldsiedlung im Amt war (Wetteraukreis, Hessen) (→ 4.1.4 Fraktionsbildung). Mit Benjamin Focke stellt die NPD aktuell<sup>7</sup> auch den stellvertretenden Ortsbürgermeister von Gohrau (Stadt Oranienbaum-Wörlitz, Landkreis Wittenberg, Sachsen-Anhalt). Anfang Dezember 2020 wurde bekannt, dass der stellvertretende Bürgermeister der Gemeinde Bibow (Landkreis Nordwestmecklenburg, Mecklenburg-Vorpommern) Kenneth Stange über viele Jahre zum Milieu einiger der wichtigsten Neonazi-Vereine gehörte. Der für eine unverdächtige Wählergemeinschaft gewählte Stange nahm danach an mehreren Treffen der «Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V.»<sup>8</sup> teil. Zu den Treffen der elitären Neonazi-Sekte kamen in früheren Jahren auch die spätere NSU-Terroristin Beate Zschäpe oder der mutmaßliche Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke,

<sup>6</sup> Hinzu kommen vier Mitglieder in CDU-Fraktionen, die über AfD-Listen gewählt wurden. Alle genannten Zahlen beziehen sich auf den Kenntnisstand des apabiz e. V. von Ende Oktober 2020. <sup>7</sup> Es gab im September eine Ergänzungswahl für den unvollständig besetzten Ortschaftsrat. Ob die nun mögliche Neuwahl des stellvertretenden Ortsbürgermeisters durch das Gremium zwischenzeitlich stattfand, ist bisher nicht bekanntgemacht worden (Stand: Anfang Dezember 2020). <sup>8</sup> Röpke, Andrea: Die Artgemeinschaft: Mehr als braune Heiden, in: Antifaschistisches Infoblatt 100, 13.12.2013, unter: [www.antifainfoblatt.de/artikel/die-artgemeinschaft-mehr-als-braune-heiden](http://www.antifainfoblatt.de/artikel/die-artgemeinschaft-mehr-als-braune-heiden).

Stephan Ernst.<sup>9</sup> Daneben soll Stange auch auf einer Mitgliederliste der revisionistischen Schlesischen Jugend<sup>10</sup> gestanden und Kontakt zum verurteilten Neonazi-Terroristen Manfred Roeder<sup>11</sup> gehabt haben. Infolge der Veröffentlichungen trat Stange aus der Wählergemeinschaft aus und legte seine politischen Ämter als stellvertretender Bürgermeister und Gemeinderat nieder.<sup>12</sup>

Auffallend ist der bei nahezu allen rechten Parteien und Listen geringe Frauenanteil unter Kandidierenden und Mandatsträger\*innen (→ Abbildung 1). Nur 12,4 Prozent, also circa jede\*r siebte für die AfD Gewählte ist eine Frau. Die für die NPD Gewählte ist eine Frau. Die für die NPD Gewählten bringen es auf zehn Prozent. Aus dem Rahmen fällt hier die «Pro»-Bewegung, bei der immerhin jedes vierte Mandat von einer Frau gehalten wird.

**Abbildung 1: Frauenanteil unter den Gewählten<sup>13</sup>**



Alle Angaben beziehen sich auf die Ergebnisse der jeweils letzten vor November 2020 durchgeführten Wahlen, also auf die Gewählten – unabhängig davon, ob die Mandate jeweils angenommen wurden.

Quelle: apabiz e.V., Stand: November 2020

<sup>9</sup> Stephan Ernst wurde am 28. Januar 2021 vom Oberlandesgericht Frankfurt am Main wegen Mordes verurteilt. Das Urteil ist bisher nicht rechtskräftig, da bis zum 4. Februar 2021 alle Beteiligten Revision eingelegt haben. Vgl. Auch Ahmet I. legt Revision gegen Urteil im Lübcke-Prozess ein, Hessenschau, 4.2.2021, unter: [www.hessenschau.de/panorama/auch-ahmet-i-legt-revision-gegen-urteil-im-luebcke-prozess-ein,luebcke-familie-revision100.html](http://www.hessenschau.de/panorama/auch-ahmet-i-legt-revision-gegen-urteil-im-luebcke-prozess-ein,luebcke-familie-revision100.html).  
<sup>10</sup> Antifaschistisches Infoblatt: Artikel zum Stichwort Schlesische Jugend, unter: [www.antifainfoblatt.de/tags/schlesische-jugend](http://www.antifainfoblatt.de/tags/schlesische-jugend).  
<sup>11</sup> Antifaschistisches Infoblatt: Artikel zum Stichwort Manfred Roeder, unter: [www.antifainfoblatt.de/tags/manfred-roeder](http://www.antifainfoblatt.de/tags/manfred-roeder).  
<sup>12</sup> Schröder, Alexander: Rücktritt, Blog-Eintrag, Internetauftritt der Initiative Gemeinsam für Bibow, 8.12.2020, unter: <https://bibow.home.blog/2020/12/08/rucktritt/>.  
<sup>13</sup> Aufgrund der großen Gesamtzahl der Mandate und der hohen Fluktuation ist eine auch nur näherungsweise Übersicht zu den aktuellen Mandatsträger\*innen hier nicht möglich.

Die AfD konnte bei den jeweils letzten Kommunalwahlen mindestens 5.238 Mandate gewinnen,<sup>14</sup> von denen 647 von Frauen besetzt waren (12,4 Prozent).

Aufgrund zu weniger Kandidierenden waren in der jeweils aktuellen Wahlperiode schon zum Zeitpunkt der Wahlen 298 Sitze (sechs Prozent) unbesetzt. Aufgrund fehlender Nachrücker\*innen kommen stetig weitere dazu.

Die AfD ist damit in 1.710, also in rund acht Prozent aller Gremien eingezogen. Auf Kreisebene finden sich in 394 der 421<sup>15</sup> Gremien Gewählte der extrem rechten Partei, in Ostdeutschland flächendeckend.

Die aktuelle Übermacht der AfD im rechtsoffenen bis rechtsautoritären Teil der Gesellschaft führte gleich-

zeitig zu mehreren Dutzend Übertritten aus nahezu allen Parteien, darunter REP, NPD, «Pro»-Bewegung und DSU, aber auch CSU, CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und sogar DIE LINKE.<sup>16</sup> Unter den Kandidierenden auf den Listen der AfD fanden sich auch ehemalige Mitglieder der Piratenpartei. Zuletzt trat im April 2020 Sergej Henke aus der CDU in der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf zur AfD über.<sup>17</sup>

Durch Aus- und Übertritte gingen der AfD im Laufe der Jahre aber auch Hunderte Sitze verloren. Seit dem kommunalen Superwahljahr 2019 häufen sich Meldungen von Fraktionsaustritten oder -spaltungen. Nicht immer gehen damit Parteiaustritte einher.

## 2.3 REGIONALE UNTERSCHIEDE

Der Ost-West-Vergleich ergab für 2018 eine ungefähr der Bevölkerungsgröße entsprechende Verteilung der Mandate: 269 gewonnene Mandate im Osten (ohne Berlin) standen 1.195 im Westen gegenüber, was einem Verhältnis von gut 1 zu 4 entsprach. Die unterschiedliche Verteilung der Mandate in den Bundesländern war nicht auf die Stärke der Partei in der jeweiligen

Region, sondern vor allem auf den Zeitpunkt zurückzuführen, zu dem gewählt worden war. In Thüringen etwa erreichte die AfD 2014 ganze fünf Kommunalmandate. Die erst ein gutes Jahr zuvor gegründete Partei hatte bis dahin einfach zu wenig Zeit für den Aufbau ihrer Strukturen gehabt. Vier Monate später war Björn Höcke allerdings schon Fraktionschef einer (relativ) starken

<sup>14</sup> Mitgezählt sind einige Personen mit AfD-Parteibuch, die über andere Listen gewählt wurden. <sup>15</sup> Die Städte Aachen, Göttingen und Hannover werden mitgezählt, da sie zwar zu einem Landkreis/einer Region gehören, trotzdem aber kreisfreien Städten gleichgestellt sind. <sup>16</sup> So trat Patrick Hoffmann im Kreistag Kusel (Rheinland-Pfalz) 2014 aus der Partei DIE LINKE aus und im Jahr darauf in die AfD ein. 2016 kandidierte er für die AfD für den Landtag. Jörg Henke kandidierte 2009 für DIE LINKE für den Gemeinderat Crossen (Landkreis Saale-Holzland-Kreis, Thüringen). 2014 zog er dann für die AfD in das Gremium ein. <sup>17</sup> Henke, Sergej: Die unheimliche Allianz, Homepage AfD-Fraktion Marzahn-Hellersdorf, 29.4.2020, unter: [www.afd-fraktion-mahe.de/2020/04/29/die-unheimliche-allianz/](http://www.afd-fraktion-mahe.de/2020/04/29/die-unheimliche-allianz/).

AfD-Fraktion im Thüringer Landtag. In Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein fanden flächen-deckende Kommunalwahlen erst im März und September 2016 bzw. im März 2018 statt. Mit 777 Gewählten erhielt die AfD allein in diesen drei Ländern nahezu die Hälfte aller ihrer

damaligen kommunalen Sitze. Nach den Kommunalwahlen 2019 und 2020 in zwölf der sechzehn Bundesländer haben sich die Mandate im Westen auf 2.389 verdoppelt, im Osten haben sie sich mit 2.752 (jeweils ohne Berlin) aber sogar verzehnfacht.

**Abbildung 2: Verteilung der gewählten AfD-Kandidat\*innen nach politischen Ebenen<sup>18</sup>**

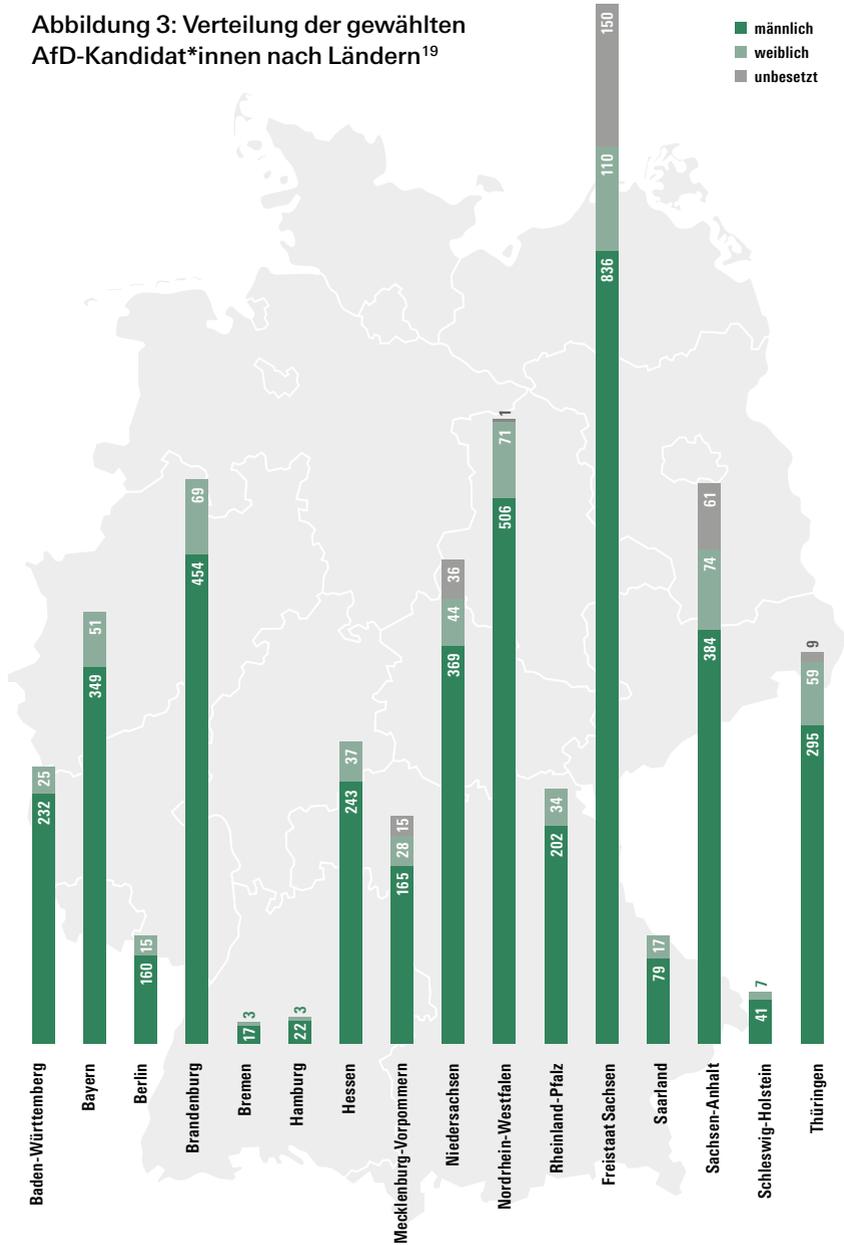
	Gremien mit AfD	AfD-Mandate			
		männlich	weiblich	unbesetzt	gesamt
<b>Bezirke</b>	10	32	9	0	41
<b>Kreise/kreisfreie Städte</b>	394	1.845	264	0	2.109
<b>Gemeindeverbände</b>	41	65	10	6	81
<b>Städte/Gemeinden</b>	909	1.949	301	293	2.543
<b>Gemeindeteile</b>	356	385	63	16	464
<b>gesamt</b>	1.710	4.276	647	315	5.238

Alle Angaben beziehen sich auf die Ergebnisse der jeweils letzten vor November 2020 durchgeführten Wahlen, also auf die Gewählten – unabhängig davon, ob die Mandate jeweils angenommen wurden.

Quelle: apabiz e. V., Stand: November 2020

<sup>18</sup> Siehe Fußnote 13. <sup>19</sup> Siehe Fußnote 13.

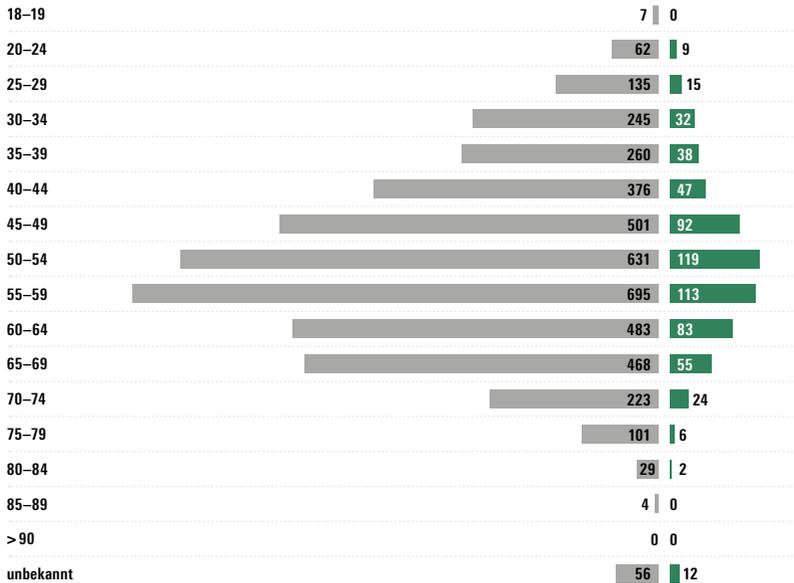
Abbildung 3: Verteilung der gewählten AfD-Kandidat\*innen nach Ländern<sup>19</sup>



Alle Angaben beziehen sich auf die Ergebnisse der jeweils letzten vor November 2020 durchgeführten Wahlen, also auf die Gewählten – unabhängig davon, ob die Mandate jeweils angenommen wurden. Quelle: apabiz e. V., Stand: November 2020

**Abbildung 4: Altersverteilung der gewählten AfD- und NPD-Kandidat\*innen**

AfD<sup>20</sup>



Quelle: apabiz e. V., Stand: November 2020

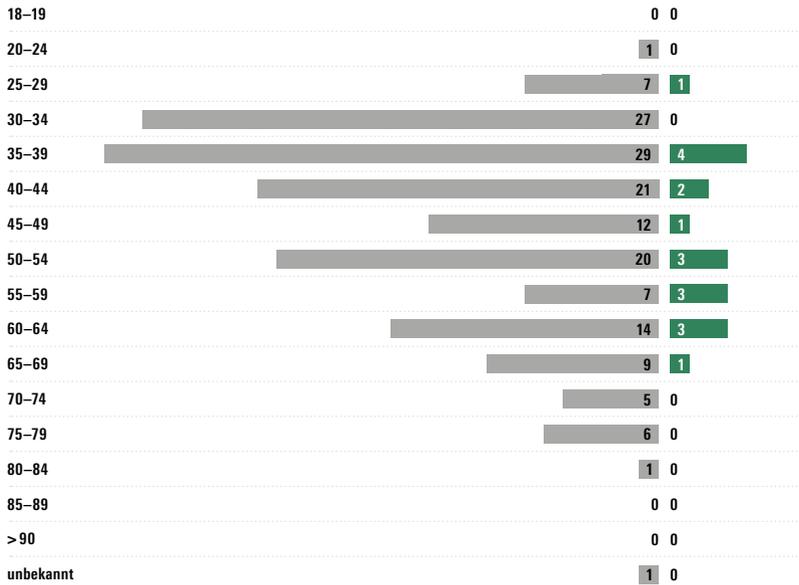
■ männlich ■ weiblich

Für eine Partei im Aufwind überrascht der auf den ersten Blick relativ hohe Altersdurchschnitt bei der AfD (→ Abbildung 4). AfD-Abspal-

tungen kommen daneben auf gerade noch 31 Mandate, darunter eine Frau.

<sup>20</sup> Siehe Fußnote 13. Alle Angaben beziehen sich auf die Ergebnisse der jeweils letzten vor November 2020 durchgeführten Wahlen, also auf die Gewählten – unabhängig davon, ob die Mandate jeweils angenommen wurden. Die Altersangaben beziehen sich ebenfalls auf den Zeitpunkt der Wahlen. Da in den meisten Fällen nur die Geburtsjahre bekannt sind, wurde hilfsweise davon ausgegangen, dass alle Mandatsträger\*innen am jeweiligen Wahltag Geburtstag haben.

## NPD<sup>21</sup>



Quelle: apabiz e. V., Stand: November 2020

■ männlich ■ weiblich

## 2.4 NPD UND CO.

Die Anzahl der NPD-Mandate hat sich mit den Wahlen der vergangenen beiden Jahre mehr als halbiert. In Sachsen wurde sie geradezu pulverisiert. Selbst in ihrer Hochburg Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (Sachsen) kam sie statt der bisherigen fünf auf nur ein Kreistagsmandat. Insgesamt erhielten Listen

der Neonazi-Partei noch 139 Mandate. Hinzu kommen mindestens 41 Einzelbewerber\*innen oder Bewerber\*innen anderer Listen mit NPD-Parteibuch, darunter die oft ungenau als «Tarnlisten» bezeichneten, der NPD nahestehenden Listen. Während der Name Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) der Listen

<sup>21</sup> Siehe Fußnote 20.

in München und Nürnberg (Bayern) klar auf die Nähe zur NPD verweist, «verstecken» sich NPD-Leute und der Partei nahestehende Neonazis anderswo unter unverständlicheren Bezeichnungen wie Bürger Bündnis Hecklingen e.V. (Salzlandkreis, Sachsen-Anhalt), Freie Liste für Geithain (Landkreis Leipzig, Sachsen), Neue Liste Jahnsdorf (Erzgebirgskreis, Sachsen), Wir FÜR HIER – Die Heimatliste (Sebnitz, Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) oder Wählergemeinschaft Heimat (Gägelow, Landkreis Nordwestmecklenburg). In den jeweiligen Kommunen ist der Charakter der Listen allerdings meist kein Geheimnis. Das Bündnis Zukunft Hildburghausen (Thüringen) ist durch ihren Kreisrat, den Neonazi-Unternehmer Tommy Frenck, wohl die bekannteste «Tarnliste».

Von den insgesamt 180 Sitzen mit NPD-Bezug sind zwei unbesetzt, 18 werden derzeit von Frauen gehalten (zehn Prozent).<sup>22</sup> Auch bei der NPD gab es in den letzten Jahren immer wieder Austritte. In der jeweils vorigen Wahlperiode verließ etwa jede\*r zehnte NPD-Mandatsträger\*in die Partei. Die internen, strategischen und persönlichen Konflikte sowie die von Erfolg zu Erfolg eilende AfD als Konkurrenz schlugen sich parallel auch in den Mitgliederzahlen nieder, die in den letzten zehn Jahren von gut 7.000 auf weniger als 4.000

gesunken sind. Die Partei Die Rechte hält aktuell drei Sitze, ebenso wie Der III. Weg.

In der Vergangenheit kam es auch immer wieder zu Übertritten zur NPD. So wechselte etwa der ehemalige Bürgermeister von Krauschwitz (Burgenlandkreis, Sachsen-Anhalt) Hans Püschel von der SPD zur NPD ebenso wie Gustav Haenschke im Gemeinderat von Wellen (Bördekreis, Sachsen-Anhalt). Haenschke gehörte seit den frühen 1990er Jahren zu den Fahrern der sachsen-anhaltischen Ministerpräsidenten. Bürgermeister von Wellen war damals der ehemalige Innenminister von Sachsen-Anhalt Holger Stahlknecht (CDU). Zuletzt konnte die NPD zwei Übertritte aus der AfD verbuchen. In Strehla (Landkreis Meißen, Sachsen) wechselte der AfD-Stadtrat Alfred Kunze im September 2020 zur NPD und bildet nun mit dem NPD-Landesvorsitzenden Peter Schreiber eine Fraktion.<sup>23</sup> Mit dem Eintritt des für die AfD direkt gewählten Kay Nerstheimer ins Abgeordnetenhaus Berlin ist die NPD nun sogar wieder in einem Landesparlament vertreten, auch wenn das Mandat mit den Wahlen im September 2021 aller Wahrscheinlichkeit nach wieder verloren gehen wird. Nerstheimer war unter anderem Funktionär der rechten Kleinstpartei Die Freiheit und der rassistischen German Defence League. Nach

<sup>22</sup> dpa: Sachsens NPD wirft Leipziger Stadtrat Enrico Böhm raus, in: Leipziger Volkszeitung, 23.3.2016, unter: [www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Sachsens-NPD-wirft-Leipziger-Stadtrat-Enrico-Boehm-raus](http://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Sachsens-NPD-wirft-Leipziger-Stadtrat-Enrico-Boehm-raus). <sup>23</sup> NPD Netzredaktion: NPD-Fraktion im Stadtrat Strehla perfekt!, npd.de, 30.9.2020, unter: <https://npd.de/2020/09/npd-fraktion-im-stadtrat-strehla-perfekt/>.

Presseberichten zu seinen extrem rechten Aktivitäten wurde er schon bei der Konstituierung 2016 nicht in die AfD-Fraktion aufgenommen.

## 2.5 REPUBLIKANER UND «PRO»

Die Republikaner (REP) holten zuletzt nur noch 26 Mandate, davon entfielen fünf auf Frauen (19,2 Prozent). Viele frühere Mandatsträger\*innen der Republikaner finden sich heute in den Reihen der AfD.

Auch die «Pro»-Bewegung existiert mit 14 Mandaten kommunalpolitisch kaum noch. Zwei der wichtigsten Parteien des Spektrums, die Bürgerbewegung Pro Köln und die Bürgerbewegung Pro Deutschland, haben sich Ende 2017 bzw. Anfang 2018 offiziell aufgelöst. Pro

Deutschland forderte seine Mitglieder auf, sich der AfD anzuschließen.<sup>24</sup> Zur «Pro»-Bewegung gehört auch Pro Chemnitz um den Rechtsanwalt und Stadtrat Martin Kohlmann. Kohlmann wurde vor allem durch die rassistischen Demonstrationen im Sommer und Herbst 2018 in Chemnitz sowie als überaus aggressiver Verteidiger im Verfahren gegen die Neonazi-Terrorgruppierung Gruppe Freital (Sachsen)<sup>25</sup> überregional bekannt.

## 2.6 KLEINSTPARTEIEN, EINZELBEWERBER\*INNEN UND WÄHLERGEMEINSCHAFTEN

Die sonstigen, extrem rechts einzuordnenden Mandatsträger\*innen haben sehr unterschiedliche Hintergründe: So holten zum Beispiel die Rechtsrockmusiker Stefan Behrens<sup>26</sup> in Schwanebeck (Landkreis Harz, Sachsen-Anhalt) und Ralf Städing<sup>27</sup> in Postlow (Landkreis Vorpommern-Greifswald, Meck-

lenburg-Vorpommern) als Einzelbewerber Mandate ebenso wie Michael Hanko<sup>28</sup> in Spremberg (Landkreis Spree-Neiße, Brandenburg), der mittlerweile für die AfD im Brandenburger Landtag sitzt, oder der als Neonazi-Hooligan bekannte Dennis Wesemann<sup>29</sup> in Stresow (Landkreis Jerichower Land, Sachsen-Anhalt).

<sup>24</sup> Pro Deutschland: Pro Deutschland hat sich aufgelöst, 15.11.2017, unter: <https://web.archive.org/web/20171115012002/https://www.pro-deutschland.de/>. <sup>25</sup> Nebenklage «Gruppe Freital»: Prozess gegen Mitglieder der neonazistischen Gruppe Freital im Oberlandesgericht Dresden. Eine Dokumentation, 4.3.2018, unter: [www.gruppe-freital-nebenklage.de/](http://www.gruppe-freital-nebenklage.de/). <sup>26</sup> Behrens ist Bassist und Gitarrist unter anderem bei der Band Kategorie C. <sup>27</sup> Städing gehört(e) zur Neonazi-Band Wiege des Schicksals, vgl. dazu: Neonazi wird Feuerwehrchef, in: Ostsee-Zeitung, 21.2.2014, unter: [www.endstation-rechts.de/news/ich-habe-da-keinerlei-bedenken-neonazi-musiker-soll-feuerwehr-chef-werden.html](http://www.endstation-rechts.de/news/ich-habe-da-keinerlei-bedenken-neonazi-musiker-soll-feuerwehr-chef-werden.html). <sup>28</sup> Auf einem Hanko gehörenden Grundstück befand sich ein Neonazi-Treffpunkt; vgl. dazu: Kompalla, Peggy/Wendler, Simone: Pumper diskutieren «Bunker 38», in: Lausitzer Rundschau, 19.4.2008, unter: [www.lr-online.de/lausitz/spremberg/pumper-diskutieren-bunker-38\\_aid-4001658](http://www.lr-online.de/lausitz/spremberg/pumper-diskutieren-bunker-38_aid-4001658). Hanko trat im Dezember 2018 in die AfD ein.

Hinzu kommen extrem rechte Kleinstparteien wie «Ab jetzt ... Demokratie durch Volksabstimmung» (Rhein-Sieg-Kreis, Nordrhein-Westfalen), Unabhängige Bürgerpartei (UBP,<sup>30</sup> Nordrhein-Westfalen) oder Bürger in Wut (BiW) in Bremen sowie Reste von DSU, Zentrumspartei oder STATT-Partei.

Aus dem Spektrum der Corona-Leugner\*innen haben sich im Sommer 2020 mehrere Parteien gegründet, die bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen noch erfolglos waren. Die Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis) stellt aber mit Alkje Fontes in Hohenberg-Krusemark (Landkreis Stendal, Sachsen-Anhalt) eine als Einzelbewerberin gewählte Gemeinderätin. Fontes, die auch zum Bundesvorstand der Partei gehört, stammt aus dem Milieu extrem rechter Siedler\*innen. Im dieBasis-Vorgängerprojekt «Widerstand 2020» saß Fontes mit Ingo Heyde im kommissarischen Landesvorstand, bevor sie sich zerstritten. Heyde hält Mandate als Einzelbewerber im Stadtrat von Braunsbedra (Saalekreis, Sachsen-Anhalt) und im Ortschaftsrat Großkayna. Im Stadtrat gehört er zur «Fraktion Bürgerin-

teressen/Bündnis 90/Die Grünen/Die Linken/FDP/Einzelbewerber Ingo Heyde».<sup>31</sup>

Auch einige christliche Fundamentalist\*innen sitzen in kommunalen Gremien. Sie sind zumeist für «Aufbruch C – Christliche Werte für eine menschliche Politik», das dem evangelikalen Spektrum zuzurechnende «Bündnis C – Christen für Deutschland» bzw. deren Vorläuferparteien Partei Bibeltreuer Christen (PBC) und AUF – Partei für Arbeit, Umwelt und Familie gewählt worden.

In Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat das Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit (BIG) Mandate. Das auch in anderen Bundesländern aktive BIG gilt als türkisch-nationalistisch und Erdoğan-nah. Im selben Milieu sollen sich auch das Neue Forum Offenbach (Hessen) und andere Wählergruppen bewegen. Ähnliche Kleinstparteien gab und gibt es punktuell auch in Communities von Immigrant\*innen aus der ehemaligen Sowjetunion, so etwa die 2013 zunächst unter dem Namen «Aussiedler und Migranten Partei Deutschland» gegründete Partei Die Einheit, die sich inzwischen aber wieder aufgelöst hat.<sup>32</sup>

**29** Vgl. dazu: Bündnis Magdeburg Nazifrei: Neonazi gibt Mandat auf, Versandhandel brummt, 31.7.2015, unter: <https://md-linksdrehend.org/mdnf/indexe08a.html?p=3786>. **30** Nicht alle unter diesem Namen firmierenden Gruppierungen sind der extremen Rechten zuzuordnen. **31** Schierholz, Alexander: «Liebevolles Miteinander»? Zoff bei «Widerstand 2020», in: Mitteldeutsche Zeitung, 28.6.2020, unter: [www.mz-web.de/politik/-liebevolles-miteinander--zoff-bei-widerstand-2020-36920968](http://www.mz-web.de/politik/-liebevolles-miteinander--zoff-bei-widerstand-2020-36920968). **32** Stratiewski, Dmitri: Der Kampf um «russische» Stimmen, in: Migazin, 26.10.2015, unter: [www.migazin.de/2013/09/16/der-kampf-um-«russische»stimmen/](http://www.migazin.de/2013/09/16/der-kampf-um-«russische»stimmen/).



## **DIREKT GEWÄHLTE VERTRETER\*INNEN VON MIGRANT\*INNEN**

Migrantische Wählergemeinschaften sind in einigen Bundesländern vor allem für direkt gewählte Migrantenvertretungen von Bedeutung. Auch Parteien können zu diesen Wahlen antreten. In mindestens sieben Kommunen in Nordrhein-Westfalen traten kürzlich etwa Listen der AfD bei der Wahl der Integrationsräte an und holten mindestens elf Sitze. Auch die «Migrantenliste» des «Aufbruchs Leverkusen» um den früheren «Pro»-Funktionär Markus Beisicht holte ein Mandat im dortigen Integrationsrat.

In der Stadtverordnetenversammlung von Fulda (Hessen) wollten CDU und Christliche Wählereinheit (CWE) im Oktober 2020 mit einem Antrag den direkt gewählten Ausländerbeirat durch eine vom Rat bestimmte «Integrationskommission» ersetzen lassen. Bei der Abstimmung bekamen sie mit 29 Ja- zu 24 Nein-Stimmen zwar die Mehrheit. Der Beschluss wurde aber nach dem Hinweis einer Verordneten geprüft und im Nachhinein als Ablehnung gewertet, da für eine Hauptsatzungsänderung mehr als die Hälfte der gesetzlich vorgesehenen 59 Rät\*innen zustimmen müssen, die Mehrheit der Anwesenden reicht hingegen nicht. Dass mit dem Antrag Mitbestimmungsrechte begrenzt werden sollten, ist offensichtlich. Erst im Mai hatte der Hessische Landtag beschlossen, dass alle Gemeinden ab 1.000 «ausländischen» Einwohner\*innen einen Ausländerbeirat wählen sollen, es sei denn, sie haben eine «Integrationskommission».

Quellen: Niederschrift über die 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda am 26.10.2020 und Nowak, Peter: Fulda setzt Ausländerbeirat ab, in: neues deutschland, 28.10.2020, unter: [www.neues-deutschland.de/artikel/1143700.fulda-setzt-auslaenderbeirat-ab.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/1143700.fulda-setzt-auslaenderbeirat-ab.html); Der Landeswahlleiter für Hessen: Ausländerbeiratswahl 2021. Allgemeine Informationen, ohne Datum, unter: <https://wahlen.hessen.de/kommunen/ausl%C3%A4nderbeiratswahl/allgemeine-informationen>



Zu beachten sind auch die in manchen Regionen sehr starken, explizit rechten Wählervereinigungen, deren Mitglieder teilweise auf langjährige Aktivitäten in diversen ex-

trem rechten Organisationen zurückblicken können. Im Landkreis Bautzen (Sachsen) war etwa das «Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland» um den früheren CDU-Bundestags-

abgeordneten Henry Nitzsche<sup>33</sup> aktiv. Nitzsche kandidierte 2019 auf der AfD-Liste für den Kreistag. Auf den Listen der im Landkreis Wittenberg (Sachsen-Anhalt) aktiven Allianz der Bürger (AdB) trafen ehemalige Aktive der Schill-Partei und bizarren Figuren aus dem Reichsbürger-Spektrum wie dem «König von Deutschland», Peter Fitzek, und frühere DVU-Funktionär\*innen aufeinander. In Stadtrat und Kreistag Wittenberg bildete die AdB zeitweise mit der AfD Fraktionen. In Frankfurt am Main sind die Bürger für Frankfurt (BfF) vertreten, die 2015 wegen der «zunehmend nach rechts tendierenden politischen Ausrichtung» vom hessischen Landesverband der Freien Wähler ausgeschlossen wurden.<sup>34</sup> Die Gruppierung Die Hannoveraner wurde von früheren REP-Mitgliedern gegründet, ebenso die Bürger Union Stadtallendorf (BUS, Hessen). Die Wählergemeinschaft Die Freien Bürger (Main-Taunus-Kreis, Hessen) mit ihren Ablegern in Bad Soden und Flörsheim werden vom früheren Bundesvorsitzenden der Deutschen Partei (DP) Heinrich Kappel geführt. Die Freie Liste Biblis (FLB, Landkreis Bergstraße, Hessen) wurde bei den letzten Wahlen mit 31,4 Prozent zweitstärkste Kraft und

stellt sieben der 23 Gemeindevertreter\*innen. Der Fraktionsvorsitzende der FLB Hans-Peter Fischer ist nicht nur früherer REP-Politiker, sondern auch Eigentümer des Hotels «Neißeblick» in Ostritz (Landkreis Görlitz, Sachsen). Das Grundstück an der Grenze zu Polen war in den letzten Jahren mehrfach Schauplatz von Neonazi-Veranstaltungen wie sächsischen NPD-Landesparteitagen. Zuletzt fanden dort die vom langjährigen Neonazi-Kader Thorsten Heise<sup>35</sup> (Leinefelde, Landkreis Eichsfeld, Thüringen) organisierten Festivals unter dem Motto «Schild & Schwert» statt. Den aus halb Europa angereisten bis zu 1.000 Ultrarechten wurden Rechtsrock und Kampfsport, Tattoo- und Verkaufsstände geboten. Da die Namen von Wählergemeinschaften und Regionalparteien – wie die Beispiele zeigen – meist wenig über die Inhalte aussagen, muss in diesem Bereich von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden. Gerade hier und bei Einzelkandidierenden sollten linke Kommunalpolitiker\*innen besonders aufmerksam sein, um nicht ungewollt mit Rechten gemeinsam zu agieren. Hilfreich kann dabei das Wissen antifaschistischer Initiativen sein (→ Adressen im Anhang).

**33** Burschel, Friedrich: Das Institut für Staatspolitik, in: Antifaschistisches Infoblatt 84, März 2009, unter: [www.antifainfoblatt.de/artikel/das-institut-f%C3%BCr-staatspolitik](http://www.antifainfoblatt.de/artikel/das-institut-f%C3%BCr-staatspolitik); Nitzsches Neffe Johannes ist AfD-Kreisrat und Bürgermeister in Oßling (Landkreis Meißen). **34** Murr, Günter: Freie Wähler schließen BFF aus, in: Frankfurter Neue Presse, 21.4.2015, unter: [www.fnpp.de/frankfurt/freie-waehler-schliessen-10712838.html](http://www.fnpp.de/frankfurt/freie-waehler-schliessen-10712838.html). **35** Antifaschistisches Infoblatt: Artikel zum Stichwort Thorsten Heise, unter: [www.antifainfoblatt.de/tags/thorsten-heise](http://www.antifainfoblatt.de/tags/thorsten-heise).

## 2.7 EXTREM RECHTE IN ETABLIERTEN PARTEIEN

Einige Wählergemeinschaften haben sich in der Bundesvereinigung Freie Wähler (FW) zusammengeschlossen. In der Partei, die in den einzelnen Bundesländern inhaltlich sehr unterschiedlich aufgestellt ist, zeigt sich das Problem der «Braunzone» zwischen Konservativen und extremen Rechten ziemlich deutlich. In Bayern sind die FW an der CSU-geführten Landesregierung beteiligt. Nach der Auflösung der AfD-Abspaltung Bürger für Mecklenburg-Vorpommern (BMV) im Dezember 2018 schlossen sich die meisten Mandatsträger\*innen den FW an und bildeten zunächst eine gemeinsame Fraktion im Schweriner Landtag.<sup>36</sup> Im September 2019 traten die Abgeordneten im Streit aus den FW aus. Ralf Borschke schloss sich wieder der AfD-Fraktion an, Bernhard Wildt und Matthias Manthei traten der CDU-Fraktion bei, Christel Weißig blieb fraktionslos. In Sachsen gingen die FW mit ihrer neuen Geschäftsführerin, der früheren grü-

nen Fraktionschefin im Landtag und Protagonistin der «Bürgerbewegung für Sachsen», Antje Hermenau, in den Landtagswahlkampf. Hermenau hatte sich mehrfach verständnisvoll zu Pegida geäußert<sup>37</sup> und trat bei der AfD mit einer Lesung auf,<sup>38</sup> woraufhin sie sich mit Bündnis 90/Die Grünen überwarf. Die FW-Sachsen wandten sich in einer Pressemitteilung im Oktober 2018 «gegen jede Form des Extremismus», warfen gleichzeitig aber Angela Merkel den Bruch ihres Amtseids vor, weil sie in Bezug auf die Ereignisse in Chemnitz im August und September 2018 den Begriff «Hetzjagd» verwendet habe.<sup>39</sup> Aber ob «Kinder statt Inder» (Jürgen Rüttgers, CDU im Jahr 2000),<sup>40</sup> «unterschiedliche Vermehrung von Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlicher Intelligenz» (Thilo Sarrazin, SPD, 2010)<sup>41</sup> oder «Das gehört sich für niemand [sic!] und für einen Asylbewerber schon dreimal nicht» (Boris Palmer, Bündnis 90/Die Grünen, 2018):<sup>42</sup> Auch in etablierten

**36** Freie Wähler M-V: Bürgerliche Parteien in MV gehen gemeinsamen Weg, 13.11.2018, unter: <https://mv-freiewaehler.jimdo.com/2018/11/13/b%C3%BCrgerliche-parteien-in-mv-gehen-gemeinsamen-weg/>. **37** Geisler, Astrid: Hanebüchen, verharmlosend, naiv, in: taz, die tageszeitung, 25.1.2015, unter: [www.taz.de//!5022617/](http://www.taz.de//!5022617/) und Fischer, Christian: Grünen-Ikone sieht schwarz, in: Bild, 2.11.2015, unter: [www.bild.de/regional/dresden/antje-hermenau/buch-gruene-politikerin-hermenau-liebauegelt-mit-cdu-43244572.bild.html](http://www.bild.de/regional/dresden/antje-hermenau/buch-gruene-politikerin-hermenau-liebauegelt-mit-cdu-43244572.bild.html). **38** Reinhard, Doreen: Sie war eine Grüne. Plötzlich tritt sie bei der AfD auf. Was ist da los?, in: Die Zeit, 29.9.2016, unter: [www.zeit.de/2016/41/antje-hermenau-die-gruenen-afd-doebln](http://www.zeit.de/2016/41/antje-hermenau-die-gruenen-afd-doebln). **39** Freie Wähler Landesvereinigung Sachsen: Freie Wähler Sachsen fordern Wiedergutmachung für Chemnitz-Rufschädigung, 12.9.2018, unter: <http://newsroom.freiewaehler-sachsen.de/freie-waehler-sachsen-fordern-wiedergutmachung-fuer-chemnitz-rufschadigung>. Alternativ abrufbar unter: BundesPressePortal: Freie Wähler Sachsen fordern Wiedergutmachung für Chemnitz-Rufschädigung, 12.9.2018, unter: [www.bundespresseportal.de/sachsen/16-sachsen/freie-waehler-sachsen-fordern-wiedergutmachung-fuer-chemnitz-rufschadigung-landesvorsitzender-grosse-staatsregierung-soll-verluste-bilanzieren.html](http://www.bundespresseportal.de/sachsen/16-sachsen/freie-waehler-sachsen-fordern-wiedergutmachung-fuer-chemnitz-rufschadigung-landesvorsitzender-grosse-staatsregierung-soll-verluste-bilanzieren.html). **40** «Kinder statt Inder». Rüttgers verteidigt verbalen Ausrutscher, Spiegel Online, 9.3.2000, unter: [www.spiegel.de/politik/deutschland/kinder-statt-inder-ruettgers-verteidigt-verbalen-ausrutscher-a-68369.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kinder-statt-inder-ruettgers-verteidigt-verbalen-ausrutscher-a-68369.html). **41** Wittrock, Philipp: Einwanderer-Schelte. Sarrazin erklärt die Verdummung der Deutschen, Spiegel Online, 10.6.2010, unter: [www.spiegel.de/politik/deutschland/einwanderer-schelte-sarrazin-erklart-die-verdummung-der-deutschen-a-700031.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/einwanderer-schelte-sarrazin-erklart-die-verdummung-der-deutschen-a-700031.html). **42** Knaack, Tobias: Rassismus? Palmer erklärt sich weiter – und sorgt weiter für Debatte, in: Südwest Presse, 1.5.2018, unter: [www.swp.de/suedwesten/staedte/um/rassismus\\_palmer-erklart-sich-weiter\\_-und-sorgt-wieder-fuer-debatte-25416076.html](http://www.swp.de/suedwesten/staedte/um/rassismus_palmer-erklart-sich-weiter_-und-sorgt-wieder-fuer-debatte-25416076.html).

Parteien wie CDU/CSU, FDP, SPD oder Bündnis 90/Die Grünen fallen immer wieder rassistische, antisemitische und andere rechte Positionen auf, was angesichts der Politik,

die diese Parteien auf Bundesebene häufig zu verantworten haben, nicht verwundern kann. Selbst in der Partei DIE LINKE sind fragwürdige Positionen bisweilen anzutreffen.

## 2.8 WEITERE AKTEUR\*INNEN

Neben Mandatsträger\*innen in Bezirkstagen bis hinunter zu Ortsteilräten gibt es auch rechte Ortsbürgermeister\*innen und Dezernent\*innen. Hinzu kommen viele sachkundige Einwohner\*innen in Ausschüssen sowie – zumindest in Kreistagen und den Räten größerer Städte und Gemeinden – Mitarbeitende und Büros der Fraktionen.<sup>43</sup> Viele der Mitarbeitenden können ihren Lebensunterhalt mit dieser Arbeit bestreiten, sind also sozusagen hauptamtliche Rechte. Welche Bedeutung dies für die Ansprechbarkeit vor Ort haben kann, ist nicht zu unterschätzen.

Sichtbares Zeichen der finanziellen Ressourcen, die auch rechten Fraktionen auf kommunaler Ebene zustehen, sind eigene Flug- und Mitteilungsblätter, die zum Teil nur online, zum Teil aber auch gedruckt erscheinen. Mit eigenen Seiten in den Publikationen der jeweiligen Parteigliederungen oder mit eigenen Heftchen berichten AfD-Fraktionen unter Namen wie *Kasseler Durchblick* (AfD-Fraktion Kassel) oder *Der kleine Populist* (AfD Marzahn-Hel-

lersdorf und Lichtenberg, Berlin) über Initiativen und Veranstaltungen der Kommunalpolitiker\*innen.<sup>44</sup> Die meisten NPD-Regionalblätterchen wie *Blickpunkt Strehla* (Sachsen), *Klartext Wetzlar* (Hessen) oder *Wartburgbote* (Eisenach, Thüringen) erscheinen inzwischen allerdings nicht mehr.

Linke Kommunalpolitiker\*innen sollten nicht davor zurückschrecken, Machwerke dieser Art aufmerksam zu studieren, um einerseits zu wissen, was Wähler\*innen in ihren Regionen zu lesen bekommen, und um andererseits auf die Argumentationen reagieren zu können.

Dasselbe gilt für den Bereich soziale Medien: Facebook, Twitter, Instagram und Co. werden zunehmend nicht nur von jüngeren Wähler\*innen genutzt. Tipps für den Umgang mit analogen und digitalen Medien werden zum Beispiel in Seminaren der «Linken Medienakademie» (LiMA), der Rosa-Luxemburg-Stiftung und von antifaschistischen Bildungsträgern gegeben (→ Adressen im Anhang).

<sup>43</sup> Die Verwaltungsgliederung in den Bundesländern ist unterschiedlich. Ebenso unterscheiden sich die Bezeichnungen der Gremien und Funktionen. Ein Überblick findet sich in den Kommunalverfassungen der jeweiligen Bundesländer. <sup>44</sup> Giesbers, Tilo: Blaues Rauschen im Blätterwald, in: der rechte rand 172, Mai/Juni 2018, unter: [www.der-rechte-rand.de/archive/3666/afd-publikationen/](http://www.der-rechte-rand.de/archive/3666/afd-publikationen/).

Auch die extreme Rechte versucht, ihre Kommunalpolitik zu professionalisieren. Die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der NPD führt seit Jahrzehnten Schulungen für Kommunalpolitiker\*innen durch. Mittlerweile existieren entsprechende AfD-nahe Organisationen wie der Verein für Kommunalpolitik NRW e.V. (VfK) oder der Verein konservativer Kommunalpolitiker e.V. (VKK) mit Vertretungen in mehreren Bundesländern. Die AfD-Bayernakademie bietet Seminare auch für Funktionär\*innen in Parteistrukturen wie Schatzmeister\*innen an. Ob das Abstimmungsverhalten des Akademiechefs René Jentzsch als AfD-Fraktionsvorsitzender im Kreistag Erlangen-Höchstadt die Anziehungskraft der angebotenen Seminare erhöht, scheint allerdings fraglich: Im September 2020 wurde ein «Appell zu Moria» verabschiedet, in dem erklärt wird, dass auch der Landkreis bei der Aufnahme von Geflüchteten aus dem Lager seinen Beitrag erbringen wolle, also Geflüchtete aufnehmen würde.<sup>45</sup>

In den kommenden Jahren werden aller Voraussicht nach die verschiedenen parteinahen Stiftungen bzw. Bildungsvereinigungen der AfD wichtiger werden. Aktuell hat sich im Kampf um die Anerkennung auf Bundesebene die Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) gegen einige Mitbewerberinnen durchgesetzt. In einigen Bundesländern wurden au-

ßerdem Landesstiftungen gegründet, etwa die Friedrich-Friesen-Stiftung e.V. (FFS) in Sachsen-Anhalt, der Immanuel-Kant-Verein e.V. in Nordrhein-Westfalen oder die Carl-Joseph-Meyer-Stiftung (CJMS) in Thüringen. Die Erasmus-Stiftung Brandenburg e.V. erhielt als erste AfD-nahe Stiftung schon 2016 staatliche Mittel. Spätestens wenn die Partei in der zweiten Legislatur im Bundestag sitzt – vermutlich also ab 2022 –, wird die zugehörige Bundesstiftung wohl eine staatliche Förderung ähnlich den Stiftungen der anderen Bundestagsparteien erhalten. Das wird ihr die Möglichkeit eröffnen, ihre extrem rechte Ideologie mit sehr viel mehr Vorträgen, Seminaren und Publikationen zu verbreiten als heute.

Mit der Johann-Gottlieb-Fichte-Stiftung e.V. (REP) oder dem Bildungswerk für Heimat und nationale Identität (NPD) gab und gibt es auch bei anderen extrem rechten Parteien Stiftungen, die aber nicht auf staatliche Mittel zugreifen können, weil ihnen die nötige parlamentarische Vertretung fehlt.

Wichtig ist es außerdem, die außerparlamentarischen Aktivitäten von rechts im Auge zu behalten. Wenn rassistische «Bürgerinitiativen» gegen Unterkünfte von Geflüchteten demonstrieren, Angehörige der sogenannten Identitären Bewegung Theateraufführungen stören oder Neonazis Sachspenden für (deut-

<sup>45</sup> Przybilla, Olaf: AfD-Kreisräte stimmen für Flüchtlingsaufnahme, in: Süddeutsche Zeitung, 15.9.2020, unter: [www.sueddeutsche.de/bayern/erlangen-hoechstad-afd-moria-fluechtlinge-1.5031728](http://www.sueddeutsche.de/bayern/erlangen-hoechstad-afd-moria-fluechtlinge-1.5031728).

sche) Obdachlose sammeln, greifen sie damit Diskurse vor Ort auf und flankieren häufig die Arbeit ihrer «Kameraden» in den Gremien.

### 2.8.1 Rechte Fraktionen

In den Gremien einiger Kommunen gibt es spätestens seit den letzten Kommunalwahlen Mehrheiten von rechts. Eine Zusammenarbeit von Wählergemeinschaften mit der AfD gab und gibt es aber schon länger. So bildeten zum Beispiel im Burgenlandkreis (Sachsen-Anhalt) nach der schon erwähnten NPD/FW-Fraktion bis Anfang 2019 FW, Bürger für Weißenfels – Landgemeinden (BfW) und AfD – vertreten durch den früheren Landesvorsitzenden André Poggenburg – eine Kreistagsfraktion.<sup>46</sup> Im Stadtrat von Mücheln (Saalekreis, Sachsen-Anhalt) saß der Landtagsabgeordnete Gottfried Backhaus, der nach seinem AfD-Austritt für die Blaue Partei aktiv war, bis Oktober 2018 in einer Fraktion mit der Freien Wählergemeinschaft. Auch mit anderen rechten Parteien arbeitet die AfD kommunal zusammen. Im Vogtlandkreis (Sachsen) bildeten bis 2019 AfD und DSU eine Ausschussgemeinschaft, in Kaarst (Rhein-Kreis Neuss, Nordrhein-Westfalen) stellten AfD und Zentrumspartei bis April 2020 eine Fraktion. Seit September 2020 bilden vier aus der AfD-Fraktion ausgetretene Kreisrät\*innen eine

Fraktion mit dem einzig verbliebenen NPD-Vertreter Lutz Battke, der schon vor einigen Jahren als Fußballtrainer mit Vokuhila und Hitlerbärtchen öffentliche Aufmerksamkeit erregte. Wohl aufgrund der von der AfD eingelegten Rechtsmittel wurde die Fraktion von «AfD – Die Aufrechten» Anfang November 2020 in «Alternative für den Burgenlandkreis» umbenannt.

### 2.8.2 Die «Brandmauer» bröckelt

Einige, zum Teil wieder aufgelöste, gemeinsame Kommunalfraktionen der AfD haben in den letzten Jahren gezeigt, dass punktuell auch Vertreter\*innen «normaler» Parteien zu weitgehenden Kooperationen mit rechts außen bereit sind. So bildeten etwa die CDU (bis 2019 Zörbig, Anhalt-Bitterfeld, Sachsen-Anhalt oder 2014 bis 2016 Kreistag Elbe-Elster, Brandenburg), die FDP (2014 bis 2015, Kreistag Gütersloh, Nordrhein-Westfalen), ein Parteiloser der FDP und «Liste Sport» (bis 2019, Sandersdorf-Brehna, Anhalt-Bitterfeld, Sachsen-Anhalt) oder die Ökologisch-Demokratische Partei Deutschlands (ÖDP), die Bayernpartei und ein Parteiloser (Kreistag Ebersberg in Bayern) gemeinsame Fraktionen mit der AfD. Die FDP-Vertreterin im Gemeinderat von Oberkrämer (Landkreis Oberhavel, Brandenburg) zog im November 2018 nach Protesten ihre Pläne für

<sup>46</sup> Nach Poggenburgs AfD-Austritt und seiner Gründung der Partei ADPM trennte sich die Fraktion von ihm, vgl. Günther, Albrecht: Fraktion trennt sich von Ex-AfDler. André Poggenburg im Kreistag nun ohne Fraktion, in: Mitteldeutsche Zeitung, 14.1.2019, unter: [www.mz-web.de/burgenlandkreis/fraktion-trennt-sich-von-ex-afdler-andr%C3%A9-poggenburg-im-kreistag-nun-ohne-fraktion-31870610](http://www.mz-web.de/burgenlandkreis/fraktion-trennt-sich-von-ex-afdler-andr%C3%A9-poggenburg-im-kreistag-nun-ohne-fraktion-31870610).

eine gemeinsame Fraktion mit dem im Jahr zuvor aus der NPD ausgetretenen Ratskollegen zurück.<sup>47</sup>

Trotz der nach wie vor stetigen Radikalisierung der AfD gab es auch nach den Wahlen 2019 wieder entsprechende Beispiele. Im Gemeinderat von Eilsleben (Bördekreis, Sachsen-Anhalt) trennte sich die CDU-Fraktion vom AfD-Vertreter nach Presseberichten im September 2019. Der CDU-Fraktionschef erklärte gegenüber Journalist\*innen von Report Mainz: «Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir das beenden, sobald ein Pressezirkus entsteht.»<sup>48</sup> In Frankenstein (Landkreis Kaiserslautern, Rheinland-Pfalz) bildet das Ehepaar Monika (CDU) und Horst Franz Schirdewahn (AfD) die Fraktion «Fortschritt Frankenstein».<sup>49</sup>

In Schkopau (Saalekreis, Sachsen-Anhalt) steht der FDP-Vertreter einer Fraktion mit drei AfD-Räten vor.<sup>50</sup> In Karstädt (Landkreis Prignitz, Brandenburg) wurde die AfD/FDP-Fraktion im März 2020 in «Alternative/Unabhängige Fraktion Karstädt» umbenannt.<sup>51</sup>

Im Gemeinderat von Gohrisch (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Sachsen) schloss sich der AfD-Vertreter nicht nur mit den beiden (parteilosen) CDU-Räten, sondern auch mit dem ebenfalls parteilosen von Bündnis 90/Die Grünen zu einer Fraktion zusammen.<sup>52</sup>

Auch Fraktionsbildungen von extremen Rechten mit Linken gab es schon. So schlossen sich im Jahr 2004 im Kreistag Rhein-Sieg-Kreis (Nordrhein-Westfalen) die jeweils einzeln für die PDS, die NPD und «Ab jetzt ... Demokratie durch Volksabstimmung» Gewählten zur «Technischen Fraktion» zusammen. Der PDS-Vertreter trat jedoch nach der folgerichtigen Kritik an diesem Zusammenschluss aus der Partei aus.<sup>53</sup> Im Gemeinderat vom Muldestausee (Landkreis Anhalt-Bitterfeld, Sachsen-Anhalt) bildete sich 2014 eine Fraktion aus Wählergemeinschaften, einem Einzelbewerber, zwei AfD-Vertretern und zwei parteilos über die offene Liste der LINKEN Gewählten. Erst als es knapp ein halbes Jahr später öffentliche Kritik

**47** Winkler, Marco: Margitta Bergmann (FDP) meldet Fraktion mit Ex-NPDler wieder ab, in: Märkische Oderzeitung, 19.11.2018, unter: [www.moz.de/lokales/oranienburg/gefordert-margitta-bergmann-fdp-meldet-fraktion-mit-ex-npdler-wieder-ab-49120036.html?res=1](http://www.moz.de/lokales/oranienburg/gefordert-margitta-bergmann-fdp-meldet-fraktion-mit-ex-npdler-wieder-ab-49120036.html?res=1). **48** Redaktion Report Mainz: Nach NPD-Wahl in Altenstadt-Waldsiedlung: Weitere Kooperation der CDU mit Rechtsextremisten, 10.9.2019, unter: [www.swr.de/-/id=24769814/property=download/nid=233454/1vyhfc9/index.pdf](http://www.swr.de/-/id=24769814/property=download/nid=233454/1vyhfc9/index.pdf). **49** Zillmann, Carsten: Frankensteins Horror für die CDU: Ehepaar schließt in Rat Fraktionsgemeinschaft zwischen AfD und Union, in: Rhein-Zeitung, 5.7.2019, unter: [www.rhein-zeitung.de/region/rheinland-pfalz\\_artikel,-frankensteins-horror-fuer-die-cdu-ehepaar-schliesst-in-rat-fraktionsgemeinschaft-zwischen-afd-und-unio-\\_arid,1996448.html](http://www.rhein-zeitung.de/region/rheinland-pfalz_artikel,-frankensteins-horror-fuer-die-cdu-ehepaar-schliesst-in-rat-fraktionsgemeinschaft-zwischen-afd-und-unio-_arid,1996448.html). Ein daraufhin gegen Monika Schirdewahn verhängter Parteiausschluss hatte im Juli 2020 vor dem Landesschiedsgericht Bestand. **50** Gohl, Christopher: Warum es in Schkopau keine AfD-FDP-Fraktion mehr geben kann, Blog-Beitrag, 2.3.2020, unter: <https://freiheitfuereinander.org/2020/03/02/warum-es-in-schkopau-keine-afd-fdp-fraktion-mehr-geben-kann/>. **51** Vgl. Gemeinde Karstädt: Niederschrift über die 1. Sitzung der Gemeindevertretung Karstädt vom 12.3.2020, 3.4.2020, unter: [www.bartelsoft.de/19357kstr/ris/ti-gemeinde/listen/Beleg\\_p202091ADE7FBAAB69495D009016D88451F9.pdf](http://www.bartelsoft.de/19357kstr/ris/ti-gemeinde/listen/Beleg_p202091ADE7FBAAB69495D009016D88451F9.pdf). **52** Lehmann, Timo: Macht ein Grüner Politik mit der AfD, Spiegel Online, 13.9.2019, unter: [www.spiegel.de/politik/deutschland/gohrisch-in-sachsen-wo-afd-cdu-und-gruene-eine-fraktion-bilden-a-1286648.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gohrisch-in-sachsen-wo-afd-cdu-und-gruene-eine-fraktion-bilden-a-1286648.html). **53** NPD und PDS bilden gemeinsame Kreistags-Fraktion, Spiegel Online, 14.10.2004, unter: [www.spiegel.de/politik/deutschland/zusammenschluss-in-nrw-npd-und-pds-bilden-gemeinsame-kreistags-fraktion-a-323185.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zusammenschluss-in-nrw-npd-und-pds-bilden-gemeinsame-kreistags-fraktion-a-323185.html).

gab, distanzierte sich DIE LINKE von den beiden Gemeinderäten. In Langenwetzendorf (Landkreis Greiz, Thüringen) wurde im Juni 2019 eine Fraktion «Initiative Ortsteile Langenwetzendorf» aus den Vertretern von Freier Wählergemeinschaft, Feuerwehrverein Neugersdorf, AfD/Bürger für Langenwetzendorf und (parteilos) DIE LINKE angemeldet.<sup>54</sup> Im Oktober 2020 schlossen sich in Korschenbroich (Rhein-Kreis Neuss, Nordrhein-Westfalen) die beiden frisch gewählten Räte von der LINKEN und der Zentrums- und Unabhängiger Linker Liste (Ulli).<sup>55</sup>

In vielen Räten kam und kommt es zu strategischen Absprachen zwischen extremen Rechten und sich selbst demokratisch nennenden Rät\*innen. In Penzlin (Landkreis Mecklenburgische Seenplatte) bildeten CDU und AfD für die Abstimmungen zur Ausschussbesetzung eine Zählgemeinschaft.<sup>56</sup> Ähnliche Kooperation gab es zwischen CDU und AfD in Wackerow, zwischen SPD und AfD zeitweise auch in Saßnitz (beide Landkreis Vorpom-

mern-Greifswald, alle Mecklenburg-Vorpommern).<sup>57</sup> In Forst (Landkreis Spree-Neiße, Brandenburg) war sich der örtliche Fraktionschef der LINKEN nicht zu schade, zu einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der AfD in die linke Geschäftsstelle zu laden. Dass es auch noch um den Neubau eines Jugendzentrums gehen sollte, spricht Bände über die Ignoranz des mittlerweile aus der LINKEN ausgeschlossenen Verantwortlichen gegenüber der aggressiven AfD-Programmatik.<sup>58</sup>

Die zunehmenden Angriffe etwa auf Beratungsstellen oder Jugend- und Kultureinrichtungen, die in den Landtagen zum Standardrepertoire von NPD und AfD gehörten bzw. gehören, machen deutlich, was rechte Mehrheiten in Kommunen für solche Projekte bedeuten. Für Kürzungen sogenannter freiwilliger Leistungen wie Personal-, Miet- und Sachkosten freier Träger braucht es in den Kommunen lediglich einfache Beschlüsse. In vielen Fällen sind solche Entscheidungen existenziell. Anfang Februar 2019 zeigte sich in Dresden exemplarisch, wie diese Praxis in Zukunft wohl in vielen Kommunen aussehen wird: Ein Bündnis aus CDU, FDP, Bürgerfrak-

**54** Katharina König-Preuß auf Twitter, 13.6.2019, unter: <https://twitter.com/KatharinaKoenig/status/1139273652422303744>; [www.langenwetzendorf.de/News/1457159023/1458571501/Hauptaus-schuss](http://www.langenwetzendorf.de/News/1457159023/1458571501/Hauptaus-schuss). **55** Latsch, Marc: Linke und Zentrum bilden Fraktion im neuen Stadtrat, in: Rheinische Post, 25.10.2020, unter: [https://rp-online.de/nrw/staedte/korschenbroich/korschenbroich-linke-und-zentrum-bilden-gemeinsam-fraktion-im-stadtrat\\_aid-54164059](https://rp-online.de/nrw/staedte/korschenbroich/korschenbroich-linke-und-zentrum-bilden-gemeinsam-fraktion-im-stadtrat_aid-54164059). **56** Jaeger, Mona: Politik ist nirgends trivial, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.10.2019, unter: [www.faz.net/aktuell/politik/inland/kooperation-mit-afd-in-kommunen-politik-ist-nirgends-trivial-16451423.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kooperation-mit-afd-in-kommunen-politik-ist-nirgends-trivial-16451423.html). **57** AFP/dpa/lsg: SPD beendet Kooperation mit AfD auf Rügen, in: Die Welt, 20.9.2019, unter: [www.welt.de/politik/deutschland/article200677010/Sassnitz-SPD-beendet-Kooperation-mit-AfD-auf-Ruegen.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article200677010/Sassnitz-SPD-beendet-Kooperation-mit-AfD-auf-Ruegen.html). **58** Fritsche, Andreas: Linke-Politiker nach Auftritt mit AfD aus der Partei geworfen, in: neues deutschland, 27.9.2020, unter: [www.neues-deutschland.de/artikel/1142356.ingo-paesche-linke-politiker-nach-auftritt-mit-afd-aus-der-partei-geworfen.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/1142356.ingo-paesche-linke-politiker-nach-auftritt-mit-afd-aus-der-partei-geworfen.html).

tion und AfD lehnte die beantragten Mittel für freie Kulturprojekte fast vollständig ab<sup>59</sup> (→ 3.24 Kultur). Dass Teile der Union auch auf Landesebene bereit sind, mit der AfD zusammenzuarbeiten, zeigte sich nicht nur bei der Wahl des FDP-Abgeordneten Kemmerich mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD zum thüringischen Ministerpräsidenten im Februar 2020, sondern vor allem in Sachsen-Anhalt: Im Juni 2019 fabulierten mit Lars-Jörn Zimmer (Bitterfeld) und Ulrich Thomas (Quedlinburg) die beiden stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden in einer «Nur zur internen Diskussion!» bestimmten «Denkschrift» darüber, dass «das Soziale mit dem Nationalen zu versöhnen» sei. «Die linksorientierte Medienberichterstattung» würde die AfD stärken. Die Kenia-Koalition schade der CDU. Daher müssten «sich zukünftige strategische Überlegungen ausschließlich daran orientieren, mit welchen Parteien die eigene Politik und der mehrheitliche Wille der Wähler in Sachsen-Anhalt tatsächlich umgesetzt werden kann». Unverblümter könnte eine Koalition mit der oder wenigstens eine

Tolerierung durch die AfD kaum gefordert werden. Anfang Dezember 2020 eskalierte der ohnehin seit Jahren schwelende Konflikt in der Koalition, als die CDU – gegen den erklärten Willen des Ministerpräsidenten und anders als alle 15 anderen Unionsfraktionen in den Ländern – gegen die Erhöhung der Rundfunkgebühren stimmen wollte. Das hätte zwangsläufig dazu geführt, dass sie der AfD zum bisher größten politischen Erfolg verholten hätte, weil damit die Beitragserhöhung mit der CDU-AfD-Mehrheit im Landtag abgelehnt worden und aufgrund des dadurch wirksamen Vetos auf Bundesebene gescheitert wäre. Die Phrase von der «linksorientierte[n] Medienberichterstattung» entpuppt sich hier deutlich als diplomatischeres «Lügenpresse!». Über den Streit musste Innenminister Stahlknecht seinen Hut nehmen: Er hatte in einem Zeitungsinterview mit der *Volksstimme* offen für ein Nein zur Gebührenerhöhung geworben und eine mögliche Duldung einer CDU-Minderheitsregierung durch die AfD nach einem eventuellen Bruch der Koalition erwogen.<sup>60</sup>

<sup>59</sup> Allianz aus CDU und AfD in Dresden – Freie Kulturprojekte vor dem Aus, Deutschlandfunk Kultur, 8.2.2019, unter: [www.deutschlandfunkkultur.de/allianz-aus-cdu-und-afd-in-dresden-freie-kulturprojekte-vor.1013.de.html?dram:article\\_id=440619](http://www.deutschlandfunkkultur.de/allianz-aus-cdu-und-afd-in-dresden-freie-kulturprojekte-vor.1013.de.html?dram:article_id=440619). <sup>60</sup> Bock, Michael: Stahlknecht – «Meine CDU ist nicht braun», in: *Volksstimme*, 4.12.2020, unter: [www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/stahlknecht-meine-cdu-ist-nicht-braun](http://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/stahlknecht-meine-cdu-ist-nicht-braun); siehe auch: dpa/lep/gub/dp/mre: Stahlknecht kündigt Rücktritt als CDU-Chef in Sachsen-Anhalt an, in: *Die Welt*, 4.12.2020, unter: [www.welt.de/politik/deutschland/article221780608/Sachsen-Anhalt-Stahlknecht-kuendigt-Ruecktritt-als-CDU-Chef-an.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article221780608/Sachsen-Anhalt-Stahlknecht-kuendigt-Ruecktritt-als-CDU-Chef-an.html).

## 2.9 AUSBLICK AUF DIE KOMMUNALWAHLEN 2021 IN HESSEN, NIEDERSACHSEN UND BERLIN

Bei den 2021 anstehenden Kommunalwahlen in Hessen (14. März),<sup>61</sup> Niedersachsen (voraussichtlich 12. September) und Berlin (Bezirkswahlen, 26. September), aber auch in den darauffolgenden Jahren ist zu befürchten, dass sich die Trends der vergangenen Jahre teilweise fortsetzen. Einige lokal verankerte, rechtsautoritäre Wählergemeinschaften werden in den meisten Fällen nur dann an ihre früheren Ergebnisse anknüpfen können, wenn die AfD nicht gleichzeitig antritt. Noch deutlich drastischer werden NPD und REP unter der neuen Konkurrenz zu «leiden» haben. Beide werden trotz vollmundiger Ankündigungen weiter Mandate einbüßen. Für die Republikaner ist Hessen bisher die letzte «Hochburg». Die NPD hat in Wetzlar, also ebenfalls Hessen, ihre derzeit größte Fraktion. Einige rechte Parteien verzichten mittlerweile aufgrund der geringen Erfolgsaussichten auf konkurrierende Wahlantritte gegen die AfD. Einige Kleinstparteien wie Pro Deutschland haben sich sogar aufgelöst.

Große Teile des extrem rechten Spektrums werden sowohl in Form von Stimmen als auch personell von der AfD geradezu aufgesogen.

Die AfD wird zu deutlich mehr Gremienwahlen unterhalb der Kreisebene antreten als 2016, da sie Zeit hatte, ihre Strukturen weiter auszubauen. In den Kreistagen und Räten der kreisfreien Städte wird sie zwar einerseits ihre Lücken weiter füllen können und möglicherweise in die fünf ihr noch fehlenden Gremien dieser Ebene einziehen. Andererseits wird sie hier möglicherweise auch Mandate verlieren, weil sie in den drei Bundesländern an die Umfragewerte von 2016 aktuell nicht heranreicht. In den meisten Berliner Bezirken wird sie Verluste hinnehmen müssen. Ausnahme könnte Marzahn-Hellersdorf sein, wo sie Chancen hat, die LINKE sogar als stärkste Kraft abzulösen. In Friedrichshain-Kreuzberg dagegen könnte sie ihren Fraktionsstatus verlieren. Insgesamt ist in den nächsten Jahren sicher keine Entwarnung zu erwarten.

<sup>61</sup> Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Hessen am 14. März 2021 können aufgrund des vorherigen Redaktionsschlusses nicht berücksichtigt werden.





# 3 THEMATISCHE AKTIONSFELDER RECHTER AKTEUR\*INNEN



---

Grundsätzlich haben rechte Politiker\*innen und Parteien ihre spezielle Sicht auf alle Aspekte der Gesellschaft. Es gibt extrem rechte Ansätze in der Sozialpolitik genauso wie im Umweltschutz, der Haushalts-, Gesundheits- oder Kinder- und Jugendpolitik. In den Anträgen und Anfragen und den Redebeiträgen geht es in allen denkbaren Varianten um den «Großen Austausch» und «Islamisierung», um «Lügenpresse», «Altparteien» und den Kampf gegen «Linksextremismus», «Diesel-Hysterie» und Videoüberwachung, aber auch um Busfahrpläne, Mülleimer, Gesundheitsversorgung, Sportplätze, Straßenschäden oder behindertengerechte Verwaltungsgebäude.

Daher müssen sich linke Politiker\*innen nicht nur der politischen Dimension ihrer eigenen Positionen bewusst sein, sondern sich auch mit rechten Sichtweisen beschäftigen. Nur so können sie Rechte fundiert kritisieren und selbstbewusst auf rechte Argumente reagieren. Moralische Empörung allein hilft nicht. Permanente Skandalisierung wird stumpf und selbst zum «normalen» Alltag. Auch und gerade wenn rechte Initiativen vordergründig harmlos erscheinen, wenn zum Beispiel bessere Unterkünfte für Obdachlose im Winter gefordert werden, müssen die impliziten Ideen entschlüsselt und problematisiert wer-

den: Wenn sich die Forderung nur auf Deutsche bezieht, sollte sie klar und deutlich als rassistisch markiert werden. Dabei ist es wichtig, nicht auf Worte wie «fremdenfeindlich» oder «ausländerfeindlich» zurückzugreifen. Ein in Deutschland geborenes Kind mit dunkler Hautfarbe oder ein Nachkomme von «Gastarbeiter\*innen» (West) oder «Vertragsarbeiter\*innen» (Ost) ist hier nicht «fremd» und auch kein\*e «Ausländer\*in». Auch der Begriff Xenophobie trifft nicht die Realität, denn es geht nicht um «Angst vor Fremden», sondern um Menschenfeindlichkeit und Rassismus.

Dass das klare Benennen des Problems oft nicht so einfach ist, wie es auf den ersten Blick erscheint, zeigt sich leider immer wieder. Antidemokratische Politiker\*innen sind es in der Regel gewohnt, sich gegen emanzipative Argumente zu wehren, während Demokrat\*innen oder Moderator\*innen oft nicht darauf vorbereitet sind, sich mit rechten Argumentationen auseinanderzusetzen, wie bei vielen Podiumsdiskussionen oder TV-Talkshows zu sehen ist.

Es ist wichtig zu verstehen, dass es in entsprechenden Debatten auch auf kommunaler Ebene nicht darum geht und gehen kann, die Rechten davon zu überzeugen, dass eine menschliche Gesellschaft wichtig und ihre Haltung falsch ist.

Es geht vielmehr darum, die anderen Verordneten zu erreichen und sich dadurch Mehrheiten gegen reaktionäre und menschenfeindliche Positionen zu erarbeiten. Und es geht vor allem darum, der Bevölkerung verständlich zu machen, warum die jeweilige rechte Initiative aus linker und humanistischer Sicht abzulehnen ist – ob dem Publikum einer öffentlichen Sitzung, den Followern bei Twitter oder den Menschen, die in der Tageszeitung einen Bericht über die Sitzung oder eine Meldung zu einer Stellungnahme lesen.

Wir versuchen im Folgenden, einen Überblick darüber zu geben, in welchen Politikfeldern und mit welchen Mitteln die rechten Akteur\*innen in der Vergangenheit versucht haben, ihre rassistischen und antidemokratischen Ziele durchzusetzen. In der Hoffnung, dass die Weitergabe dieser konkreten Erfahrungen hilft, auf

ähnliche Situationen vorbereitet zu sein, nennen wir die Positionen und Anträge der Rechten beispielhaft, ohne sie aber weiter zu kommentieren. In den Fußnoten finden sich Hinweise zu weiteren Auseinandersetzungen mit den Konzepten und Positionen der Rechten.

Nicht alle Themenfelder finden hier Erwähnung. Auch zu hier fehlenden Bereichen wie Digitalisierung, Müllentsorgung, Haushalts- und Finanzpolitik, Tourismus/Naherholung, Wissenschaft und Forschung, Stadtentwicklung/Wohnen/Bauen, Bergbau, Seefahrt, Fischerei und zu vielem anderen mehr gibt es extrem rechte Vorstellungen, die sich im Kommunalpolitischen widerspiegeln.

Ergänzend empfiehlt sich ein Blick in die Bände der Reihe «Crashkurs Kommune» der Rosa-Luxemburg-Stiftung ([www.rosalux.de/publikationen/crashkurs-kommune/](http://www.rosalux.de/publikationen/crashkurs-kommune/)).

### 3.1 «KÜMMERER»-THEMEN

Viele rechte Anträge beschäftigen sich mit auf den ersten Blick unverdächtigen Themen. Aber harmlose rechte Anträge gibt es nicht. Oftmals geht es dabei um Anliegen, mit denen sich die Rechten als diejenigen darstellen wollen, die als Einzigen den Willen der vielbeschworenen «kleinen Leute» artikulieren würden. Besonders deutlich wird dies bei Anträgen, die sich um die Reparatur einer Parkbank, Schäden an einem bestimmten Fußweg oder Müll auf

einem Spielplatz drehen. Solche Anliegen müssten nicht in den öffentlichen Sitzungen eines Rats diskutiert werden, denn oftmals reicht in solchen Fällen schon ein Hinweis an die zuständige Verwaltung. Klingt die Forderungen auch noch so harmlos und oft sogar nachvollziehbar: Sie dienen immer (auch) der Selbstdarstellung und Werbung für die jeweilige rechte Partei oder Liste (→ 4.3.2 Klug mit Anträgen umgehen).

### 3.2 PLEBISZITE/PARTIZIPATION/WAHLEN

Zwar wünschen sich völkische Rechte perspektivisch einen autoritären Staat. Bevor die nötigen Mehrheiten erlangt sind, geben sie sich aber gern demokratisch. Als probates Mittel sehen sie dafür Forderungen nach mehr Partizipation und direkter Demokratie, womit sie suggerieren, die Adressat\*innen selbst zu «Kümmerern» um die eigenen Interessen machen zu wollen. Die betreffenden Themen finden sich auf der ideologischen Agenda der jeweiligen Partei. Eins ist all diesen Forderungen gemein: Sie sind stets mit der mindestens impliziten Behauptung verbunden, die Verwaltung bzw. die herrschenden «Kartellparteien» würden Tatsachen verschweigen, um ihre «volksfeindlichen» Machenschaften und Pläne zu verschleiern. Und in der Regel sollen nur jene teilhaben dürfen, die in den Augen der Rechten «deutsch» sind.

Bürgerbeteiligung etwa bei der Standortsuche für neue Geflüchtetenunterkünfte wird in vielen Gremien gefordert. Auch Petitionen gehören nicht nur auf Bundes- und Landesebene zu den Instrumenten extrem rechter Politik, sondern auch in den Kommunen. Oft wird zudem versucht, Bürgerinitiativen zu vereinnahmen. Die in vielen Bundesländern angebotenen Einwohnerfragestunden in den Gre-

miensitzungen werden von rechten Aktivist\*innen gern besucht, um den Verordneten ihrer Partei Gelegenheit zu geben, Themen öffentlich aufzugreifen. Teilweise nutzen NPD- oder AfD-Funktionär\*innen das Mittel auch schon, bevor sie Sitze im Gremium haben. Außerdem bieten rechte Parteien, derzeit allen voran die AfD, häufig sogenannte Bürgerdialoge an, um sich «volksnah» zu geben. Und schließlich dienen auch Infostände außerhalb der Wahlkämpfe dazu, der Wahlbevölkerung den Eindruck zu vermitteln, dass ihre Anliegen nur von rechts verstanden werden würden.

In manchen Ländern gibt es die Möglichkeit, durch Plebiszite, also Volksbegehren und Volksentscheide, über Gesetzesvorhaben abstimmen zu lassen, die bislang noch nicht vom Parlament behandelt wurden. Auch dieses Mittel versucht beispielsweise die AfD in Berlin zu nutzen, indem sie – gemeinsam mit CDU und FDP – gegen die Schließung des Flughafens Tegel polemisierte oder aktuell – mit der CDU – für eine drastische Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum wirbt.<sup>1</sup>

Wenn es hingegen um die Ausweitung von Wahlrechten geht, stellen sich Rechte klar gegen solche Ansinnen. Die NPD möchte, dass nur «ethnisch Deutsche» wählen dür-

<sup>1</sup> Biselli, Anna: Berliner Bündnis für mehr «Videoaufklärung»: Überwachung heißt jetzt Datenschutz, netzpolitik.org, 25.7.2017, unter: <https://netzpolitik.org/2017/berliner-buendnis-fuer-mehr-videoaufklaerung-ueberwachung-heisst-jetzt-datenschutz/>.

fen. Dass nicht nur EU-Bürger\*innen zumindest kommunal wählen dürfen, sondern in einigen Bundesländern auch über eine Ausweitung auf alle fest in Deutschland lebende Nichtdeutsche diskutiert wird, hält die AfD für «nicht mit dem Grundgesetz vereinbar».<sup>2</sup> In Thüringen versuchte die AfD im Jahr 2018, die drei Jahre zuvor beschlossene Absenkung des aktiven, kommunalen Wahlalters auf 16 Jahre mit einer Verfassungsklage zu kippen, scheiterte damit aber.<sup>3</sup>

Noch deutlich weiter gehen Überlegungen in Teilen der AfD, das Wahlrecht für Menschen ganz abzuerkennen, die staatliche Transferleistungen, also etwa Hartz IV empfangen. Dass dies der eigenen Wählerschaft nur schwer zu vermitteln sein würde, dämmerte offenbar auch dem sächsischen AfD-Chef Jörg Urban, als er meinte, dass das «gerade im Osten» «ein dickes Brett» sei.<sup>4</sup> Ähnliche Vorstellungen hatte schon der AfD-Gründer Konrad Adam.<sup>5</sup>

### 3.3 SOZIALPOLITIK

Für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen gehört zu den elementaren Aufgaben linker Politik. Auch wenn in den Kommunen kein direkter Einfluss auf die gesetzlichen Regelungen in der Sozialpolitik genommen werden kann, befassen sich doch sehr viele der hier zu treffenden Entscheidungen mit sozialen Fragen.

Linke Sozialpolitik hat einen universalen Anspruch. Im Vordergrund der Sozialpolitik der extremen Rechten steht hingegen eine Verknüpfung von Rassismus und Sozialchauvinismus. Sie verfolgt das Ziel, einen Keil zwischen die «deutsche

Bevölkerung» und geflüchtete Menschen sowie Migrant\*innen zu treiben. Um diese Gruppen rassistisch gegeneinander auszuspielen, stellen rechte und extrem rechte Parteien vermehrt Anfragen zu den Sozialleistungen in den Kommunen und den finanziellen Mitteln, die für die Geflüchtetenhilfe ausgegeben werden. Auch bei der Unterbringung von Obdachlosen sind Vergleiche zur Unterbringung von Geflüchteten an der Tagesordnung. So bietet zum Beispiel die AfD in Altenburg (Thüringen) eigenen Angaben zufolge seit Mitte des Jahres 2018 Sozialbe-

<sup>2</sup> Ausweitung des Wahlrechts für Ausländer ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, in: AfD Kompakt Mitgliedermagazin, 8.6.2018, unter: <https://afdkompakt.de/2018/06/08/ausweitung-des-wahlrechts-fuer-auslaender-ist-mit-dem-grundgesetz-nicht-vereinbar/>. <sup>3</sup> Debes, Martin: Niederlage für AfD: Wahlrecht für 16-Jährige verstößt nicht gegen Landesverfassung, in: Thüringer Allgemeine 26.8.2018, unter: [www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Niederlage-fuer-AfD-Wahlrecht-fuer-16-Jaehrige-verstoest-nicht-gegen-Landesver-723863857](http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Niederlage-fuer-AfD-Wahlrecht-fuer-16-Jaehrige-verstoest-nicht-gegen-Landesver-723863857). <sup>4</sup> Thorwarth, Katja: Info-Abend der AfD Sachsen: Wer Arbeitslosengeld bekommt, soll nicht wählen dürfen, in: Frankfurter Rundschau, 4.3.2020, unter: [www.fr.de/meinung/afd-sachsen-arbeitslosengeld-bekommt-soll-nicht-waehlen-duerfen-13566657.html](http://www.fr.de/meinung/afd-sachsen-arbeitslosengeld-bekommt-soll-nicht-waehlen-duerfen-13566657.html); Jörg Urban AfD: Kein Wahlrecht für Hartz4 «Empfänger» – Nix ALG I, Kindergeld, Wohngeld, Blindengeld, Video, 27.7.2020, unter: [www.youtube.com/watch?v=m-38ZyLt-PZg](http://www.youtube.com/watch?v=m-38ZyLt-PZg). <sup>5</sup> Kemper, Andreas: AfD: Wahlrecht für Arbeitslose abschaffen?, Homepageintrag, 15.4.2013, unter: <https://andreakemper.org/2013/04/15/afd-wahlrecht-fur-arbeitslose-abschaffen/>.

ratungen an. Wie Antje Göring-Kube, Büroleiterin des AfD-Bundestagsabgeordneten Robby Schlund, in einem Video darstellt, gehe es ihr insbesondere darum, dass «deutsche Menschen oder sprich im Neudeutschen, die hier schon länger leben, behandelt werden wie Menschen 2. Klasse». Weiter sagt sie: «Ich bekomme Nackenstarre bei Pro Asyl. Dieses millionenschwere Unternehmen, staatstreu und politisch korrekt. Da wird sich dumm und dusselig verdient, Asylbewerber [sic!] darauf hinzuweisen, den Staat, der ihnen Schutz gewährt, zu verklagen [...], und sich somit weitere Jahre in der sozialen Hängematte zu sichern.»<sup>6</sup> Im Kreistag Waiblingen (Baden-Württemberg) wollte die AfD eine Erhöhung des Etats für den kommunalen Wohnungsbau streichen lassen, da dies nicht zum Kernbereich der Kreisaufgaben gehöre.<sup>7</sup> Für eine Partei, die eher die kommerzielle Immobilienwirtschaft hofiert, scheint dies konsequent.

Geradezu zynisch erscheint die Logik, dass Menschen, die sich die Miete nicht mehr leisten können, ihr Wohnung kaufen sollten. Entsprechende Anträge wurden von der AfD zum Beispiel im Berliner Abgeordnetenhaus eingebracht. Mit der Einführung eines teilweisen Mietendeckels durch die rot-rot-grüne Landesregierung in Berlin hat das Thema auch bundesweit noch ein-

mal an Brisanz gewonnen und wird zusätzlich mit antikommunistischen Stereotypen aufgeladen.

Angriffe auf Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften von rechts werden in der Regel mit Hetze gegen die Unterbringung von Geflüchteten verbunden. Auch in der Verhinderung von Bauvorhaben tut sich die AfD im Verein mit anderen Parteien hervor. So im brandenburgischen Velten. Dort wollte die stadteneigene Regionalentwicklungsgesellschaft (REG) ein soziales Wohnungsbauprogramm größeren Umfangs umsetzen. Das wurde vorerst durch eine Mehrheit der Stadtverordneten aus Pro Velten, AfD, CDU und NPD verhindert. In dieser Zusammensetzung beschlossen die Verordneten zu Jahresbeginn 2020, dass künftig keine Bebauungspläne für Vorhaben über 50 Wohnungen erstellt werden dürften. Der Stadt drohen – nicht nur in diesem Fall – Fördermittel des Landes zu entgehen.<sup>8</sup>

Rainer Rahn, von Beruf Zahnarzt, ist seit Januar 2019 für die AfD Mitglied des Hessischen Landtags. Zuvor war Rahn, der seit 2013 in der Partei ist, unter anderem in Frankfurt am Main Stadtverordneter. Im November 2019 kommentierte der Abgeordnete ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die teilweise Unrechtmäßigkeit von Leistungsminderungen bei fehlender

<sup>6</sup> Göring-Kube, Antje: AfD Sozial – Langversion, 4.10.2018, unter: [www.youtube.com/watch?time\\_continue=3&v=UGDS18PUPIM](https://www.youtube.com/watch?time_continue=3&v=UGDS18PUPIM) (depubliziert, letzter Zugriff: 6.1.2019). <sup>7</sup> Fechter, Armin: Streit um das Wohnungsbauprogramm, in: Backnanger Kreiszeitung, 17.12.2018, unter: [www.bkz.de/nachrichten/streit-um-das-wohnungsbauprogramm-2987.html](http://www.bkz.de/nachrichten/streit-um-das-wohnungsbauprogramm-2987.html). <sup>8</sup> Becker, Roland: Rathaus sieht Fördermittel in Gefahr, in: Moz.de, 28.2.2020, unter: [www.moz.de/lokales/hennigsdorf/sozialer-wohnungsbau-rathaus-sieht-foerdermittel-in-gefahr-49342592.html](http://www.moz.de/lokales/hennigsdorf/sozialer-wohnungsbau-rathaus-sieht-foerdermittel-in-gefahr-49342592.html).

Mitwirkung für Bezieher\*innen von Hartz IV auf seiner Facebook-Seite. Mit Bezug auf einen Artikel in der *Bild*-Zeitung unterstellte Rahn, das Urteil würde «eine weitverbreitete Einstellung» befördern, nach der ein Sozialstaat «die Pflicht [hat], für alle zu sorgen und jedem Wohnung, Essen und medizinische Versorgung zu finanzieren». <sup>9</sup> Darüber hinaus bezeichnete Rahn Menschen, die angeblich deshalb Transferleitungen beziehen, «weil es bequemer ist» als zu arbeiten, als «unsozial und parasitär». Wegen des an den Nationalsozialismus erinnernden Sprachgebrauchs in die Kritik geraten, erklärte sich Rahn in der für die AfD so typischen Art der Ausflucht, ein Bezug auf die Tierwelt wäre nicht beabsichtigt gewesen, wenn auch die Äußerung grenzwertig sei. Auch die Kleinstpartei Der III. Weg gibt sich einen sozialen Anstrich, der bei ihr Teil einer nahezu unverhohlenen gezeigten neonationalsozialistischen Weltanschauung ist. Im seit 2015 bestehenden «Stützpunkt Vogtland» betreibt die Partei in Plauen nicht nur eine Kleiderkammer, sondern sorgt sich mit scheinbar sozialen Aktivitäten wie Hausaufgabenhilfe, Gitarrenkursen und Selbstverteidigung auch um die Nachwuchsarbeit. Mit ihrem Verständnis einer Sozialarbeit von extrem rechts außen, für dessen Umsetzung sogar eine eigene

«Arbeitsgruppe Jugend» ins Leben gerufen wurde, knüpft die Partei an bestehende Probleme wie fehlende Jugendeinrichtungen an und verbindet sie mit einem Weltbild, demzufolge die Jugend – in bester NS-DAP-Tradition – revolutionär sei. <sup>10</sup> Zugute kommt der Partei, die am 1. Februar 2020 einen sächsischen Landesverband gegründet hat, die kommunale Arbeit des langjährigen Neonazi-Kaders Tony Gentsch, der sowohl ein Mandat für den Plauer Stadtrat als auch für den Kreistag des Vogtlands hat. Gentsch, der bereits im verbotenen «Freien Netz Süd» aktiv war, hat den Vorsitz des Landesverbands übernommen. Das Motto «Gerechtigkeit für alle Deutschen», unter dem eine Parteiveranstaltung am 14. März 2020 stand, zeigt deutlich das Grundverständnis der schein-sozialen Aktivitäten des III. Wegs. <sup>11</sup>

Sieben Jahre hat die AfD gebraucht, um ein eigenes Rentenkonzept bzw. einen «Leitantrag [...] zur Debatte über die künftige Ausrichtung [...] in Fragen der Sozialpolitik» zu erarbeiten, das auf einem turbulenten Parteitag am 28./29. November 2020 in Kalkar verabschiedet wurde. Beim Thema Sozial- und Rentenpolitik ist die Partei, wie auch in anderen Bereichen, gespalten, weshalb unter anderem ein bereits für 2019 geplanter Sozialparteitag verschoben werden musste. Auf der einen Seite des

<sup>9</sup> Rahn, Rainer: Guten Morgen liebe Hessen, Facebook-Post, 12.11.2019, unter: [www.facebook.com/afdrainerrahn/posts/1219709488231336](https://www.facebook.com/afdrainerrahn/posts/1219709488231336). <sup>10</sup> Hartl, Johannes: Wenn sich Neonazis als Sozialarbeiter tarnen, Störungsmelder, 6.11.2019, unter: <https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2019/11/06/wenn-sich-neonazis-als-sozialarbeiter-tarnen>. <sup>11</sup> Freires, Horst: Neonazis mit pseudosozialem Mäntelchen, Blick nach rechts, 13.2.2020, unter: [www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/neonazis-mit-pseudosozialem-m-mntelchen](https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/neonazis-mit-pseudosozialem-m-mntelchen).

Konflikte um die rentenpolitische Ausrichtung der AfD steht der völkisch-nationalistische – formal aufgelöste – «Flügel» mit Björn Höcke als Symbolfigur. Nach Höckes Vorstellungen soll ein Rentenaufschlag, den nur Deutsche erhalten sollen, steuerlich finanziert werden. Die nationalliberale Parteiposition, für die Jörg Meuthen steht, würde am liebsten die beitragsfinanzierte gesetzliche Rente abschaffen und an ihre Stelle eine ebenfalls steuerfinanzierte Mindestrente setzen. Damit würde für Rentner\*innen nicht nur ein finanzielles «Lebensminimum» bleiben, sondern auch das Prinzip, dass Lohnarbeitgeber\*innen sich an der Rentenfinanzierung beteiligen, aufgegeben werden.<sup>12</sup> In der Präambel des Leitanspruchs steht an erster Stelle ein Bekenntnis zur «sozialen Marktwirtschaft», die im rechten Sprachgebrauch mit der «Solidarität und gegenseitigen Hilfe innerhalb unseres Volkes»<sup>13</sup> zusammengebracht wird. Der Antrag stellt die klassische Familie in den Mittelpunkt. Diese wird zwar nicht ausdrücklich als heterosexuell definiert, dennoch findet sich unter der Überschrift «Stabile Partnerschaften – Glückliche Familien» ein Absatz, in dem über Gendermainstreaming und angebliche «Frühsexualisierung» als Verwirrungen der sexuellen Identität von Kindern und Jugendlichen

schwadroniert wird. Für diese wird eine «Einstellung des Marketings»<sup>14</sup> gefordert. Statt in sozialökonomischen Kategorien zu denken, wird Familienpolitik biologisiert. So sollen Familien nach dem Konzept des Antrags aus Steuermitteln pro «Kind 20.000 Euro Beiträge der Eltern zur Rentenversicherung aus Steuermitteln erstattet bekommen, ohne dass sich die Rentenansprüche dadurch verringern».<sup>15</sup>

Der AfD schwebt im Abschnitt «Reform der Rentenversicherung» eine Individualisierung des Renteneintritts vor. Das Papier suggeriert, es könne eine unabhängig von körperlichen Möglichkeiten und ökonomischen Zwängen getroffene Entscheidung sein, ob Menschen früher oder später in Rente gehen. Es gilt das simple Prinzip «Wer länger arbeitet, bekommt mehr Rente».<sup>16</sup> Soziale Ungleichheit wird bei der Partei, die sich gern als «Kümmerer für die kleinen Leute» inszeniert, ausgeblendet. Die im Antrag vorgesehene Ausweitung der Rente auf Beamte\*innen und Selbstständige bezeichnet der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge als «Demagogie», die den national-sozialen Vorstellungen von Höcke entgegenkommt, während am Ende des Antrags «wieder das Konzept von Jörg Meuthen, eine steuerfinanzierte Rente, weil angeblich das Umlageverfahren dem

12 Neuerer, Dietmar: Höcke-Flügel wirft AfD-Chef Meuthen parteischädigendes Verhalten vor, in: Handelsblatt, 26.1.2020, unter: [www.handelsblatt.com/politik/deutschland/rentendebatte-hoecke-fluegel-wirft-afd-chef-meuthen-parteischaedigendes-verhalten-vor/25474312.html](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/rentendebatte-hoecke-fluegel-wirft-afd-chef-meuthen-parteischaedigendes-verhalten-vor/25474312.html). 13 Leitanspruch der Bundesprogrammkommission zur Debatte über die künftige Ausrichtung der Alternative für Deutschland in Fragen der Sozialpolitik, 10.3.2020, unter: <https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/11/2020/10/Leitanspruch-BPK-Sozialpolitik.pdf>. 14 Ebd., S. 7. 15 Ebd., S. 16. 16 Ebd., S. 15.

demografischen Wandel nicht gewachsen ist»,<sup>17</sup> zum Tragen kommt. Im Rahmen des Parteitags wurde der Antrag mit einer Mehrheit von 88,6 Prozent angenommen. Bei allen Unterschieden und Zerwürfnissen

der beiden AfD-Flügel machen sich diese «weniger an grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Fragestellungen» fest, sondern bestehen vor allem im Hinblick auf das Verhältnis zwischen «Staat und Markt».<sup>18</sup>

### 3.4 SOZIALCHAUVINISMUS

Insbesondere in großen Städten, aber auch in ländlicheren Regionen instrumentalisieren Rechte Wohnungslose, um gegen Nichtdeutsche zu hetzen. So stellte zum Beispiel die AfD im Kreis Teltow-Fläming (Brandenburg) eine Anfrage, wie hoch der Anteil von EU- und Nicht-EU-Ausländer\*innen an den Obdachlosen sei.<sup>19</sup> Ob ein «Kältebus» der AfD in Essen (Nordrhein-Westfalen),<sup>20</sup> eine «Päckchenaktion» der AfD Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (Sachsen)<sup>21</sup> oder Spendenaktionen von Neonazis wie von dem «Bürgerbund Sachsen-Anhalt» für «deutsche Obdachlose»<sup>22</sup> – Kern solcher Aktionen ist nicht das Herz für sozial Benachteiligte. Die Berliner Obdachlosenhilfe distanzierte sich

daher mit deutlichen Worten von AfD-Aktionen dieser Art: «In Berlin fällt die AfD mit Forderungen auf, obdachlose Menschen aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben oder sie abzuschieben, wenn sie keinen deutschen Pass haben. Die AfD steht nicht für Lösungen, sondern für Menschenverachtung.»<sup>23</sup> Das Ausspielen sozialer Interessen unterschiedlicher Gruppen gegeneinander zeigt sich auch im Verhältnis zur Mietpreibremse. Im Thüringer Landtag sprach der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion Stefan Möller mit Bezug auf dieses wohnungspolitische Instrument von «Zwangsbewirtschaftung» und forderte, Geflüchtete in Sammelunterkünften einzuquartieren, anstatt in eigenen Wohnungen.<sup>24</sup> In Chem-

**17** Butterwege, Christoph: Armutsforscher über AfD-Rentenkonzept «Nur ein fauler Kompromiss», Interview, Deutschlandfunk, 28.11.2020, unter: [www.deutschlandfunk.de/armutsforscher-ueber-afd-rentenkonzept-nur-ein-fauler.694.de.html](http://www.deutschlandfunk.de/armutsforscher-ueber-afd-rentenkonzept-nur-ein-fauler.694.de.html). **18** Schilk, Felix: Die soziale Frage als Ordnungsproblem. Zur ideologischen Konvergenz von Konservatismus und Neoliberalismus in der Neuen Rechten, in: Burschel, Friedrich (Hrsg.): Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus, Berlin 2020, S. 111–164, hier S. 118. **19** Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming, Anfrage 5-3495/18-KT, 27.3.2018. **20** Hilfe nur für Deutsche? AfD mit «Kältebus für Obdachlose», fiftyfifty Online, ohne Datum, unter: [www.fiftyfifty-galerie.de/aktuell/3264/hilfe-nur-fr-deutsche-afd-mit-kltebus-fr-obdachlose](http://www.fiftyfifty-galerie.de/aktuell/3264/hilfe-nur-fr-deutsche-afd-mit-kltebus-fr-obdachlose). **21** Teidelbaum, Lucius: Ein Herz für (deutsche) Obdachlose?, in: der rechte rand 170, Januar 2018, unter: [www.der-rechte-rand.de/archive/2868/kein-herz-obdachlose/](http://www.der-rechte-rand.de/archive/2868/kein-herz-obdachlose/). **22** Bitterfeld-rechtsaußen: Engagement für Obdachlose – Neonazis als Helfer?, Facebook-Post, 28.11.2015, unter: [www.facebook.com/bitterfeldrechtsausen/posts/das-mdr-magazin-exakt-berichtet-in-seiner-letzten-ausgabe-auch-%C3%BCber-die-brigade/1653281031615380/](https://www.facebook.com/bitterfeldrechtsausen/posts/das-mdr-magazin-exakt-berichtet-in-seiner-letzten-ausgabe-auch-%C3%BCber-die-brigade/1653281031615380/). **23** Berliner Obdachlosenhilfe e. V.: Warum die AfD für uns unwählbar ist, 21.2.2020, unter: [www.berliner-obdachlosenhilfe.de/blog/warum-die-afd-fuer-uns-unwaelbar-ist/](http://www.berliner-obdachlosenhilfe.de/blog/warum-die-afd-fuer-uns-unwaelbar-ist/). **24** Einführung der Mietpreibremse in Erfurt zeigt die Planlosigkeit von Rot-Rot-Grün, AfD Kompakt MitgliederMagazin, 30.8.2019, unter: <https://afdkompakt.de/2019/08/30/einfuehrung-der-mietpreibremse-in-erfurt-zeigt-die-planlosigkeit-von-rot-rot-gruen/>.

nitz wiederum werden Obdachlose als mögliche Problemauslöser\*innen stigmatisiert: Gegen die Nutzung eines ehemaligen Hotels für ein Wohnprojekt mit alkoholkranken Obdachlosen durch das Sozialamt sprach sich die damals noch zur AfD gehörende Stadträtin Diana Rabe<sup>25</sup> aus, weil das Haus nahe einer Schule liege.<sup>26</sup>

Exklusiv für Dresdner\*innen will sich der Verein «Dresdner Bürger helfen Dresdner Obdachlosen und Bedürftigen e. V.» engagieren. Das allein muss noch nicht problematisch sein. Allerdings sind nicht alle Einwohner\*innen der Elbstadt gemeint. Auf dem Blog *Philosophia Perennis* des rechten Theologen David Berger äußert Ingolf Knajder, einer der Organisatoren des Vereins, unter der vielsagenden Überschrift «Rechtsradikalismus in Dresden? Wir haben ganz andere Probleme!», dass Vereine wie die Tafel gegründet worden seien, «um den Bedürftigen und Obdachlosen zu helfen und nicht um Asylanten, illegale Einwanderer ohne Ausweispapiere, Asylmissbraucher und Scheinasylanten, kriminelle Migranten und islamistische

Terroristen zu beköstigen».<sup>27</sup> Es verwundert nicht, dass der Verein dem Umfeld von Pegida und der extrem rechten Gruppierung «Ein Prozent» zugeordnet wird.<sup>28</sup> Neben einer Begegnungsstätte in Dresden betreibt der 2016 gegründete Verein ein Ferienhaus auf Rügen und veranstaltet die Dresdner Friseurtage sowie ein Dresdner Weihnachtsessen.

In einzelnen Fällen richten sich die Vorstöße gezielt gegen Sinti und Roma. In einer Kleinen Anfrage an den Sächsischen Landtag wollte der AfDler Carsten Hütter wissen, wie viele Sinti und Roma deutscher und anderer Staatsangehörigkeit im Land leben würden.<sup>29</sup> Auch in Dortmund ließ sich die AfD über «die Roma-Problematik» aus und hetzte in einer Pressemitteilung: «Mit Hilfe der hiesigen Sozialindustrie [wird] ein zunehmend teureres Füllhorn an Sozialstaatsleistungen ausgeschüttet.»<sup>30</sup> Diese Beispiele verdeutlichen, dass die AfD nicht nur in Reden, Anträgen und Gesetzentwürfen, sondern vor allem auch mit dem Mittel der Kleinen Anfrage versucht, Material für ihr Weltbild zu sammeln.

**25** Rabe hat im Januar 2021 die Stadtratsfraktion der AfD verlassen, um sich der noch weiter rechts stehenden Fraktion von «Pro Chemnitz» anzuschließen. Sie blieb allerdings weiter Parteimitglied der AfD. Vgl. Informationsdienst zur AfD in Sachsen: Chemnitzer AfD-Politikerin tritt Neonazi-Fraktion bei, 13.1.2021, unter: <https://idas.noblogs.org/?p=4630>. **26** Moegen, Thomas: Suchtkranke direkt an der Schule? Geplantes Wohnprojekt sorgt für Unruhe in Sachsen, Tag24, 2.6.2020, unter: [www.tag24.de/chemnitz/gruena-suchtkranke-obdachlose-alkoholiker-gruenaer-hof-chemnitz-afd-gruene-1533869](http://www.tag24.de/chemnitz/gruena-suchtkranke-obdachlose-alkoholiker-gruenaer-hof-chemnitz-afd-gruene-1533869). **27** Berger, David: «Rechtsradikalismus in Dresden? Wir haben ganz andere Probleme», Interview mit Ingolf Knajder Blog-Beitrag, *Philosophia Perennis*, 19.10.2016, unter: <https://philosophia-perennis.com/2016/10/19/dresden-obdachlose/>. **28** Kulturbüro Sachsen e.V.: Sachsen rechts unten 2019, S. 12, unter: [https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2019/04/Sachsen\\_rechts\\_unten\\_2019\\_Kulturbuero-Sachsen\\_web.pdf](https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2019/04/Sachsen_rechts_unten_2019_Kulturbuero-Sachsen_web.pdf). **29** Ayyadi, Kira: Wie viele Sinti und Roma leben in Sachsen?, *Belltower news*, 25.6.2018, unter: [www.belltower.news/afd-anfrage-wie-viele-sinti-und-roma-leben-in-sachsen-48380/](http://www.belltower.news/afd-anfrage-wie-viele-sinti-und-roma-leben-in-sachsen-48380/). **30** AfD-Ratsfraktion Dortmund: Das große Füllhorn der Sozialmarktbeschicker. Der Dortmunder Roma und Sinti-Report 2017 der Stadt liegt vor, 29.6.2017, unter: [www.afd-do-fraktion.de/item/369-das-grosse-fuellhorn-der-sozialmarktbeschicker-der-dortmunder-roma-und-sinti-report-2017-der-stadt-liegt-vor](http://www.afd-do-fraktion.de/item/369-das-grosse-fuellhorn-der-sozialmarktbeschicker-der-dortmunder-roma-und-sinti-report-2017-der-stadt-liegt-vor).

### 3.5 BEHINDERTENFEINDLICHKEIT

Von vielen rechten Akteur\*innen werden Menschen mit Behinderung nicht als gleichwertig angesehen. Auch die AfD lehnt dementsprechend Inklusion, etwa im Schulsystem, ab. Der saarländische Fraktionschef Josef Dörr verglich in einer Landtagsdebatte im April 2018 angeborene Behinderungen mit ansteckenden Krankheiten.<sup>31</sup> Im Bundestag hatten AfD-Abgeordnete Wochen zuvor nach der Entwicklung der Anzahl von Menschen mit Schwerbehindertenausweis gefragt und dabei einen möglichen Zusam-

menhang mit Migration und Inzucht hergestellt.<sup>32</sup> Auf die Anfrage reagierte 18 Sozialverbände mit einer gemeinsamen Anzeige in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, in der sie an die Euthanasie im Nationalsozialismus erinnerten.<sup>33</sup>

Trotz der auch in der damaligen Zeit schon weit rechts zu verortenden AfD wurde der AfD-Kreisrat Ivo Teichmann im Mai 2015 einstimmig zum Vorsitzenden des Senioren- und Behindertenbeirats im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge gewählt.<sup>34</sup>

### 3.6 KINDER- UND JUGENDPOLITIK

Durch den Einzug der AfD, aber auch der NPD in kommunale Gremien haben Rechte vermehrt Einblick in die Kinder- und Jugendarbeit vor Ort. Die AfD hat mit ihren zahlreichen Mandaten in vielen Kommunen Zugang zu etlichen, bei großen Fraktionen sogar zu nahezu allen Ausschüssen und Gremien bekommen. In den Jugendhilfeausschüssen erhalten sie Daten und Einsicht in Konzepte und Programme von Jugendfreizeiteinrichtungen und Schülerclubs. Ob Ini-

tiativen für Geflüchtete, Jugendeinrichtungen, soziokulturelle Zentren oder Frauenhäuser und -projekte, ob Wohlfahrtsverbände, Kulturbetriebe, Theater, Hochschulen oder Universitäten, Feuerwehr oder Schützenvereine – all diese Institutionen und diejenigen, die in ihnen menschenrechtlich und antirassistisch orientierte Arbeit leisten, werden über Anfragen, Anträge, massive öffentliche Diffamierungskampagnen, Schulpranger im Netz und organisierte

**31** «Was aber unter keinen Umständen geht, ist, dass in dem gleichen Krankenhaus oder der gleichen Abteilung dann auch Menschen mit übertragbaren Krankheiten, schweren ansteckenden Krankheiten, behandelt werden, die dann die anderen Kranken anstecken. Das ist ein Bild. In der Schule haben wir die gleiche Situation, dass Kinder beispielsweise mit Down-Syndrom zusammen mit anderen Kindern unterrichtet werden.» Landtag des Saarlandes 14. Sitzung, 16. Wahlperiode, 18.4.2018, unter: [www.landtag-saar.de/File.ashx?FileId=118498&FileName=PI-Pr16\\_014.pdf](http://www.landtag-saar.de/File.ashx?FileId=118498&FileName=PI-Pr16_014.pdf). **32** Deutscher Bundestag: Drucksache 19/1444, 22.3.2018; Achtelik, Kirsten: Exklusion um jeden Preis, ohne Datum, unter: [www.kirsten-achtelik.net/2018/05/10/exklusion-um-jeden-preis/](http://www.kirsten-achtelik.net/2018/05/10/exklusion-um-jeden-preis/). **33** Der Paritätische: Es geht uns alle an: Wachsam für Menschlichkeit, ohne Datum, unter: [www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/vielfalt-ohne-alternative/es-geht-uns-alle-an-wachsam-sein-fuer-menschlichkeit/](http://www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/vielfalt-ohne-alternative/es-geht-uns-alle-an-wachsam-sein-fuer-menschlichkeit/). **34** AfD-Mann vertritt Senioren und Behinderte im Kreis, Sächsische.de, 3.5.2020, unter: [www.saechsische.de/afd-mann-vertritt-senioren-und-behinderte-im-kreis-3095491.html](http://www.saechsische.de/afd-mann-vertritt-senioren-und-behinderte-im-kreis-3095491.html).

Shitstorms mit dem Ziel in Verruf gebracht, sie von öffentlicher Förderung auszuschließen. Dabei werfen rechte Politiker\*innen den Trägern, Erzieher\*innen und Sozialpädagog\*innen immer wieder vor, sie seien «linksextremistisch». Erziehungskonzepte, die antirassistische Arbeit fördern und Kinder im Sinne von Menschenrechten und Mündigkeit weiterbilden, werden kriminalisiert und diffamiert.

Hinter einer von der AfD eingeforderten «Neutralitätspflicht» und der Berufung auf den umstrittenen «Beutelsbacher Konsens»<sup>35</sup> gegenüber allen, die sich politisch zu Wort melden, steckt der Versuch, gesellschaftlich anerkannte rote Linien aufzuheben und die eigenen, oft jenseits jeder Diskussion stehenden geschichtsrevisionistischen, misogynen, rassistischen und geschmacklosen Tabubrüchen salonfähig zu machen. Dabei geht es rechten Politiker\*innen im Wesentlichen darum, Politik über die Kürzung kommunaler Gelder zu betreiben oder missliebige Bewerber\*innen bei öffentlichen Ausschreibungen zu diffamieren. Immer wieder sehen sich Träger dazu gezwungen, sich zu rechtfertigen und zu wehren.<sup>36</sup>

Im Chemnitzer Stadtrat sorgten CDU, FDP, AfD und Pro Chemnitz

in einer gemeinsamen Wahl dafür, dass der Jugendhilfeausschuss in seiner Vielfalt massiv beschnitten wurde und nahezu alle Akteur\*innen einer progressiv-demokratischen und alternativen Jugendhilfeland-schaft ausgeschlossen wurden.<sup>37</sup>

Es gibt zahllose Beispiele für die Unterstützung dieser Zerstörung der demokratischen Kultur auch durch CDU oder die SPD – etwa die vergleichsweise neue Praxis, politisch tätigen Organisationen und Vereinen wie Campact, attac oder dem VVN-BdA die Gemeinnützigkeit zu entziehen. So begründete zum Beispiel das Finanzamt Ludwigsburg seine Entscheidung, dem kleinen soziokulturellen Zentrum DemoZ die Gemeinnützigkeit zu entziehen, mit einer Mischung aus Beutelsbacher Konsens und Neutralitätsgebot: Das Zentrum versuche, «die öffentliche Meinung im Sinne eigener Auffassungen zu beeinflussen». Die Behörde berief sich dabei auf Veranstaltungen im DemoZ, die sich gegen den Kapitalismus richteten oder für Anarchismus warben, heißt es in der *Ludwigsburger Kreiszeitung*.<sup>38</sup> Und weiter: «Zudem kritisiert das Ludwigsburger Finanzamt, dass sich die Angebote des DemoZ nicht an alle Menschen richten, sondern manche Personenkreise von

**35** Der 1976 entwickelte Beutelsbacher Konsens legt Grundsätze für die politische Bildung fest. **36** Dieckmann, Marcel: Jugendsozialarbeit im Visier. Rechtspopulistische Angriffe und Einschüchterungsversuche, in: Berlin rechtsaußen – der Berlin-Blog vom apabiz, 11.12.2018, unter: <https://rechtsausen.berlin/2018/12/jugendsozialarbeit-im-visier-rechts-populistische-angriffe-und-einschuechterungsversuche/?fbclid=IwAR0lkhKfIcUaA5ecUwdPz3ogWEzNMLbn-cwUIYaL6mw17qN5GYXLnl59eCw>. **37** Bündnis 90/Die Grünen Chemnitz: Jugendhilfeausschuss von CDU in seiner Vielfalt zerstört, 22.8.2019, unter: <https://gruene-chemnitz.de/start/2019/08/jugendhilfeausschuss-von-cdu-in-seiner-vielfalt-zerstoert/>. **38** Wald, Christian: Gemeinnützigkeit. Verein für Finanzamt zu weit links, in: Ludwigsburger Kreiszeitung, 12.11.2019, unter: [www.lkz.de/lokales/stadt-ludwigsburg\\_artikel,-verein-fuer-finanzamt-zu-weit-links-\\_arid,566837.html](http://www.lkz.de/lokales/stadt-ludwigsburg_artikel,-verein-fuer-finanzamt-zu-weit-links-_arid,566837.html).

den Veranstaltungen ausgeschlossen sind.» Dabei bezieht sich die Behörde auch auf das Impressum der Homepage des DemoZ, in dem «Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind» von

Veranstaltungen des DemoZ ausgeschlossen werden. Was sich einst als juristische Formel zum Schutz gegen gewalttätige Nazis oder die sogenannte Wortergreifungsstrategie durchgesetzt hatte, entscheidet nun über die Existenz dieser Vereine, indem der Versuch, Räume gegen den gewaltvollen Zugriff von rechts und im Sinne verletzlicher Teilnehmer\*innen zu schützen, gegen die Betreiber gewendet wird.



## GEMEINNÜTZIGKEIT

Selbstverwalteten Jugendzentren und soziokulturellen Zentren, die sich als Vereine organisieren (→ 3.24 Kultur), wird zunehmend aufgrund des Vorwurfs, sich politisch zu äußern oder zu betätigen, die Gemeinnützigkeit aberkannt. Für die oft zivilgesellschaftlich aktiven kleinen Vereine bedeutet dies den Wegfall öffentlicher Förderungen, die vielfach an eine solche Gemeinnützigkeit gebunden sind, sowie den Wegfall von Steuererleichterungen und der Möglichkeit, über steuerabzugsfähige Spenden auch kritische politische Projekte zu unterstützen. Weil sich das selbstverwaltete Jugendzentrum DemoZ unter anderem in politischer Bildung gegen Rassismus und Antisemitismus sowie für eine solidarische, gleichberechtigte und soziale Gesellschaft einsetzt, hat ihm das zuständige Finanzamt die Gemeinnützigkeit aberkannt. Im Bundesverband Soziokultur e. V. haben sich über 600 soziokulturelle Zentren und Initiativen, die als gemeinnützige Vereine organisiert sind, zusammengeschlossen. Sie fordern, dass eine Präzisierung des Gemeinnützigkeitsrechts dahingehend vorgenommen wird, dass die verfassungsmäßige politische Betätigung von zivilgesellschaftlichen Organisationen als elementarer Bestandteil einer lebendigen Demokratie ausdrücklich erlaubt wird. Der unter anderem vom Finanzausschuss des Bundesrats vorgeschlagene neue Passus lautet: «Elementare Bestandteile einer lebendigen Demokratie sind eine kritische Zivilgesellschaft und starke Organisationen, die politische Entscheidungsprozesse aktiv begleiten, sich einmischen und Stellung beziehen. Die selbstlose Beteiligung an der öffentlichen Meinungsbildung sowie der politischen Willensbildung sind Kennzeichen des zivilgesellschaftlichen Engagements und ein unverzichtbarer Bestandteil unseres

Gemeinwesens. Zivilgesellschaftliche Organisationen leisten aufgrund gewandelter gesellschaftlicher Strukturen einen immer größeren Beitrag zur gesellschaftlich-demokratischen Debatte.» Dieser Vorschlag wurde allerdings am 9. Oktober 2020 im Bundesrat abgelehnt.

Quellen: DemoZ: Kulturzentrum in Ludwigsburg verliert Gemeinnützigkeit, Pressemitteilung, 11.11.2019, unter: [www.demoz-lb.de/2019/11/11/pressemitteilung-kulturzentrum-in-ludwigsburg-verliert-gemeinnuetzigkeit/](http://www.demoz-lb.de/2019/11/11/pressemitteilung-kulturzentrum-in-ludwigsburg-verliert-gemeinnuetzigkeit/); DemoZ: Pressemeldung des Bundesverbands Soziokultur e.V. zum Thema der Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts, 4.11.2020, unter: [www.demoz-lb.de/2020/11/04/pressemeldung-des-bundesverbands-soziokultur-e-v-zum-thema-der-aenderung-des-gemeinnuetzigkeitsrechts/](http://www.demoz-lb.de/2020/11/04/pressemeldung-des-bundesverbands-soziokultur-e-v-zum-thema-der-aenderung-des-gemeinnuetzigkeitsrechts/); Bundesrat Drucksache 503/1/20, S. 154

Rechte Akteur\*innen stellen pluralistischen Ansätzen in der Kinder- und Jugendarbeit eine «christlich-abendländliche» Erziehung in Kita und Schule gegenüber (→ 3.8 Antigen-derismus/Antifeminismus).<sup>39</sup> Allein in Niedersachsen und Hessen thematisierte die AfD auf Kreisebene innerhalb eines Jahres in elf Anträgen und Anfragen die Situation in Kindertagesstätten.<sup>40</sup> So stellte zum Beispiel die AfD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Offenbach (Hessen) einen Änderungsantrag zu «flexiblen Öffnungszeiten für Alleinerziehende, Schichtarbeiter und Auszubildende».<sup>41</sup> Der Antrag setzt sich für eine Nutzung flexibler Öffnungszeiten ausschließlich für die angesprochene Zielgruppe und nur unter der Bedingung ein, dass beruf-

liche Gründe für eine solche Nutzung vorliegen. Das bedeutet, dass vor allem Alleinerziehende nur im Rahmen der vereinbarten und nachgewiesenen Lohnarbeitszeit diese flexiblen Kita-Öffnungszeiten nutzen könnten. Immer wieder werden auch Fälle von völkischen Nationalist\*innen bekannt, die in Elternvertretungen von Kitas oder Schulen aktiv sind, wie etwa die ehemalige NPD-Kreistagsabgeordnete Judith Rothe (Landkreis Mansfeld-Südharz, Sachsen-Anhalt).<sup>42</sup> Der bekannte Neonazi-Kader Thomas «Steiner» Wulff etwa war zeitweise Elternvertreter an der Schule seines Sohnes.<sup>43</sup> Die Ehefrau von Ralf Wohlleben, der als Unterstützer der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde,

**39** Schönberger, Agnes: Beliebte Weihnachtsbräuche, in: Frankfurter Rundschau, 21.11.2016, unter: [www.fr.de/rhein-main/alle-gemeinden/offenbach/offenbach-beliebte-weihnachtsbraeue-a-293422](http://www.fr.de/rhein-main/alle-gemeinden/offenbach/offenbach-beliebte-weihnachtsbraeue-a-293422). **40** Untersuchungszeitraum März 2016 (Hessen) bzw. November 2016 (Niedersachsen) bis Sommerpause 2017. Hafeneger, Benno/ Jestädt, Hannah/Klose, Lisa-Marie/Lewek, Philine (Hrsg.): AfD in den Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure, Schwalbach/Ts. 2018, S. 115. **41** AfD-Fraktion Offenbach: Änderungsantrag Pilotprojekt für flexible Öffnungszeiten in Kitas, 29.9.2016, 2016-21/DS-(A)0074/2. **42** Rothe, Judith, Belltower news, 1.5.2008, unter: [www.belltower.news/rothe-judith-51186/](http://www.belltower.news/rothe-judith-51186/). **43** Adam, Jan: T-Shirt-Affäre nimmt positive Wendung – Thomas «Steiner» Wulff nicht mehr im Elternrat, in: Endstation Rechts., 20.9.2007, unter: [www.endstation-rechts.de/news/t-shirt-affaere-nimmt-positive-wendung-thomas-steiner-wulff-nicht-mehr-im-elternrat.html](http://www.endstation-rechts.de/news/t-shirt-affaere-nimmt-positive-wendung-thomas-steiner-wulff-nicht-mehr-im-elternrat.html).

hat bis 2011 in einer privaten Kindertagesstätte in Jena gearbeitet. Sie war bis 2009 selbst Mitglied der NPD und zeitweise Schatzmeisterin im Kreisverband Jena (Thüringen).<sup>44</sup> Am Beispiel von völkischen Siedler\*innen diskutieren juristische und (sozial-)pädagogische Fachkräfte in der Broschüre «Funktionalisierte Kinder»<sup>45</sup> die Lebensrealitäten von Kindern in rechten Familienzusammenhängen unter dem Gesichtspunkt der Kindeswohlgefährdung (→ Literaturempfehlungen im Anhang). Zu den rechten Strukturen gehören auch parteinahe Jugendorganisationen wie die Jungen Nationalisten (früher Junge Nationaldemokraten, JN) bei der NPD oder die Junge Alternative (JA) bei der AfD. Noch deutlich unverblümter werden extrem rechte Erziehungskonzepte in völkischen Vereinigungen wie der verbotenen Heimattreuen Deut-

schen Jugend (HdJ) umgesetzt.<sup>46</sup> Durch die Indoktrination in solchen Organisationen wird die neonazistische Ideologie fest in den Köpfen von Kindern und Jugendlichen verankert, die wiederum oft auch ihre eigenen Kinder zu entsprechenden Schulungen schicken. Im Ergebnis sind häufig ganze Familien über Generationen hinweg Teil dieser elitären Gemeinschaften,<sup>47</sup> darunter auch etliche Kommunalpolitiker\*innen. In Wernigerode (Landkreis Harz, Sachsen-Anhalt) ist mit Rüdiger Dorff seit einigen Jahren ein ehemaliger «Bundesführer» des Bundes Heimattreuer Jugend – der Freibund e.V. (BHJ) und Funktionär der Deutschen Gildenschaft Dezerent. Mitte Dezember 2020 sollte er im Stadtrat zudem zum stellvertretenden Oberbürgermeister gewählt werden.<sup>48</sup> Nach öffentlicher Kritik zog er die Kandidatur zurück.<sup>49</sup>

### 3.7 FAMILIENPOLITIK

Rechte Familienpolitik fördert ausschließlich ein heterosexuelles Vater-Mutter-Kind-Familienbild und leitet daraus bestimmte Verhaltensweisen, Rollen- und Aufgabenver-

teilungen ab. «Deutsche» Frauen bekommen dabei eine besondere Funktion im rechten Kampf gegen einen imaginierten «Bevölkerungsaustausch» zugewiesen: Sie sollen mög-

<sup>44</sup> Glaser, Enrico/Rahner, Judith: Kindertagesbetreuung in Zeiten rechtspopulistischer Mobilisierungen, in: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Ene, mene, muh – und raus bist du! Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik, Berlin 2018, S. 5, unter: [www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/12/kita\\_internet\\_2018.pdf](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/12/kita_internet_2018.pdf). <sup>45</sup> Hechler, Andreas: Funktionalisierte Kinder. Kindeswohlgefährdung in Neonazifamilien – eine Hilfestellung für Fachkräfte in den Bereichen Recht und (Sozial-)Pädagogik, hrsg. von der Fachstelle Rechtsextremismus und Familie, Bremen 2020. <sup>46</sup> Die HdJ war zuletzt wegen der Mitgliedschaft des damaligen brandenburgischen Fraktionschefs Andreas Kalbitz in den Schlagzeilen. Kalbitz ist unterdessen nach wochenlangen Querelen deswegen aus der AfD ausgeschlossen worden. <sup>47</sup> Röpke, Andrea: Ferien im Führerbunker. Die neonazistische Kindererziehung der «Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ)», Dresden 2008. <sup>48</sup> Lotzmann, Dennis/Sielaff, Ivonne: Umstrittene Personalie im Rathaus Wernigerode, in: Volksstimme, 1.12.2020, unter: [www.volksstimme.de/lokal/wernigerode/vize-buergermeister-umstrittene-personalie-im-rathaus-wernigerode](http://www.volksstimme.de/lokal/wernigerode/vize-buergermeister-umstrittene-personalie-im-rathaus-wernigerode); Speit, Andreas: Kandidat mit Vergangenheit, in: taz, die tageszeitung, 5.12.2020, unter: <https://taz.de/Rechte-und-Buergermeisterwahl/15736718/>. <sup>49</sup> Lotzmann, Dennis/Sielaff, Ivonne: Dorff zieht die Notbremse, in: Volksstimme, 9.12.2020, unter: [www.volksstimme.de/lokal/wernigerode/wernigerode-dorff-zieht-die-notbremse](http://www.volksstimme.de/lokal/wernigerode/wernigerode-dorff-zieht-die-notbremse).

lichst viele Kinder bekommen und nicht abtreiben. Die AfD stellte dazu im Sächsischen Landtag eine Anfrage, wie viele gebärfähige Frauen es in Sachsen gäbe, nach Nationalitäten unterteilt.<sup>50</sup> Hinter familien- und geschlechterpolitischen Anträgen der AfD steht die Idee einer Bevölkerungspolitik, aus der migrantische Familien, Regenbogenfamilien sowie nicht christliche, vor allem muslimische Familien und ihre Anliegen aktiv ausgeschlossen werden. In der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung stellte die AfD einen Antrag für ein Begrüßungsgeld, aber nur für Eltern mit deutschem Pass.<sup>51</sup>

Rechte propagieren die heterosexuelle Kernfamilie auch mit dem Argument, sie schütze Frauen und Kinder vor Gewalt und stelle einen wichtigen Erziehungsraum dar. Fachberatungsstellen widersprechen dieser Darstellung und weisen immer wieder darauf hin, dass dieses elterliche Verfügungsrecht über Kinder gerade das Risiko des Machtmissbrauchs birgt. Zudem betonen sie, dass sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt vor allem im Nahraum ausgeübt wird und dass die Behauptung, die meisten Täter\*innen seien «Fremde»,<sup>52</sup> die effektive Arbeit gegen diese Gewalt erschwert.<sup>53</sup>

### 3.8 ANTIGENDERISMUS/ANTIFEMINISMUS

Ein wichtiger Themenbereich für Rechte fast aller Couleur ist die Ablehnung von Geschlechtergerechtigkeit, Feminismus und Genderpolitik. Rechte bestreiten, dass Geschlecht eine soziale Kategorie ist, und naturalisieren Zweigeschlechtlichkeit. Rechte Politik forciert den «Erhalt» traditioneller Geschlechterrollen und -ordnung und sieht daher eine Gefahr in Ansätzen, die dies hinterfragen, wie

zum Beispiel den Gender Studies oder institutionalisierten Gleichstellungsmaßnahmen.

Immer wieder stellen AfD-Fraktionen Anträge zur Streichung von «Gender Budgeting», lehnen das Gendern – etwa mit Sternchen oder Binnen-I – in der Verwaltungssprache kategorisch ab und bezeichnen Gender-Mainstreaming<sup>54</sup> als groteske Ideologie. Auch von einer «Übererfüllung der Frauenquote in der

<sup>50</sup> Reißnig, Christine: Irritation wegen AfD-Anfrage zu «gebärfähigen Frauen», mdr Aktuell, 1.2.2020, unter: [www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/afd-kleine-anfrage-gebahrfaehige-frauen-100.html](http://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/afd-kleine-anfrage-gebahrfaehige-frauen-100.html). <sup>51</sup> Röd, Idilko: AfD: Nur deutsche Babys willkommen, MAZ-Online, 11.3.2018, unter: [www.maz-online.de/Lokales/Potsdam/AfD-Nur-deutsche-Babys-willkommen](http://www.maz-online.de/Lokales/Potsdam/AfD-Nur-deutsche-Babys-willkommen). <sup>52</sup> Vgl. Jäger, Margarete/Kroppenber, Max/Nothardt, Benno/Wamper Regina: #120Dezibel: Frauenrechte oder Antifeminismus? Populistische Diskursstrategien der extremen Rechten und Anschlussstellen im politischen Mainstream. In: Berg, Lynn/Zick, Andreas (Hrsg.): FGW-StudieRechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie 02, Düsseldorf 2019, unter: [www.fgw-nrw.de/fileadmin/user\\_upload/FGW-Studie-RSD-02-Jaeger-2020\\_01\\_06-komplett-web.pdf](http://www.fgw-nrw.de/fileadmin/user_upload/FGW-Studie-RSD-02-Jaeger-2020_01_06-komplett-web.pdf). <sup>53</sup> BKSf: Gegen eine Instrumentalisierung durch Rechtspopulist\*innen – Positionspapier von Fachberatungsstellen zu sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt, 29.8.2019, unter: [www.bundeskoordination.de/kontext/controllers/document.php/215.1/2/6d113e.pdf](http://www.bundeskoordination.de/kontext/controllers/document.php/215.1/2/6d113e.pdf). <sup>54</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Strategie «Gender Mainstreaming», 19.2.2016, unter: [www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gleichstellung-und-teilhabe/strategie-gender-mainstreaming](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gleichstellung-und-teilhabe/strategie-gender-mainstreaming).

Kreisverwaltung» ist die Rede.<sup>55</sup> Oftmals wird wahlweise die Ausweitung des Aufgabenbereichs der Gleichstellungsbeauftragten der jeweiligen Körperschaften auf die Gleichberechtigung von Männern oder gleich die zusätzliche Einsetzung von Männerbeauftragten gefordert. In Treptow-Köpenick (Berlin) wollte die AfD den «Mädchenpreis», der vom Bezirk jährlich an Mädchen vergeben wird, die sich sozial engagieren, in «Jugendpreis» umbenennen, da die bisherige Praxis Jungen diskriminiere und dadurch gegen das Grundgesetz verstoße.<sup>56</sup> In Nordrhein-Westfalen griff die AfD das Förderprogramm für Frauenhäuser mit dem Argument an, es brauche entsprechende Schutzräume auch für Männer.<sup>57</sup>

Wenn Rechte von dem Schutz von Frauenrechten sprechen, meinen sie damit nicht feministische Ziele wie Gleichstellung und Antisexismus. Darüber können auch Frauenorganisationen wie der Ring Nationaler Frauen (RNF) der NPD oder Frauen in der Alternative (FridA) und Frauen Alternative e. V. (Falter) bei der AfD nicht hinwegtäuschen.

Vielmehr wird im rechten Antifeminismus versucht, feministisch erkämpfte Rechte rückgängig zu ma-

chen und bestehende Ressourcen zu beschneiden. Die rechte christlich fundamentalistische «Lebensschützerbewegung» demonstriert seit vielen Jahren gegen das Recht auf Abtreibung. Die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch plädierte im Bundestag bei einer Änderung des Abtreibungsparagrafen für den Erhalt des Werbeverbots für Abtreibungen. Sie argumentierte, dass Abtreibung kein Menschenrecht sei,<sup>58</sup> und sprach damit gebärfähigen Menschen ganz grundsätzlich die Selbstbestimmung über den eigenen Körper ab. Entsprechende Ideologeme schlagen sich auch in der Kommunalpolitik nieder. In Stadt und Kreis Passau (Bayern) sind Schwangerschaftsabbrüche seit einem von der CSU initiierten Kreistagsbeschluss 1986 verboten. Mehrfach scheiterten im Stadtrat Versuche, das Verbot zumindest für die Stadt zu kippen.<sup>59</sup>

Rechte Akteur\*innen skandalisieren Sexismus und sexuelle Gewalt nur dann, wenn sie von vermeintlichen Migrant\*innen ausgeht. Beispiele für diese rechte Diskursstrategie sind Aneignungen des Tötungsdelikts in Kandel und der #MeToo-Kampagne durch die Kampagne #120Dezibel der Identitären Bewegung.<sup>60</sup>

**55** AfD-Kreisfraktion Offenbacher-Land: AfD Antrag zur Übererfüllung der Frauenquote, 20.10.2016, unter: [www.afd-offl.de/afd-antrag-zur-ubererfullten-frauenquote/](http://www.afd-offl.de/afd-antrag-zur-ubererfullten-frauenquote/). **56** Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin, Drucksache VIII/0628, 13.12.2018. **57** AfD-Fraktion Landtag NRW: Kleine Anfrage Förderprogramm Frauenhäuser des Landes Nordrhein-Westfalen: Tatsächliche Gleichstellung?, 14.11.2019, unter <https://cdn.afd.tools/vwp-content/uploads/sites/137/2019/11/MMD17-7872.pdf>. **58** «Abtreibung ist kein Menschenrecht», in: Zeit Online, 13.10.2018, unter: [www.zeit.de/politik/deutschland/2018-10/beatrix-von-storch-afd-paragraf-219a](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-10/beatrix-von-storch-afd-paragraf-219a). **59** Markmeyer, Bettina: In Passau wird nicht abgetrieben, in: taz, die tageszeitung, 2.4.1998, unter: <https://taz.de/11351064/>; Weite Wege zum nächsten Arzt: Abtreibungen in Bayern erschwert, BR24, 9.9.2020, unter: [www.br.de/nachrichten/bayern/weite-wege-zum-naechsten-arzt-abtreibungen-in-bayern-erschwert,SA19Yvf](http://www.br.de/nachrichten/bayern/weite-wege-zum-naechsten-arzt-abtreibungen-in-bayern-erschwert,SA19Yvf). **60** Vgl. Jäger, Margarete/Kroppenberg, Max/Nothardt, Benno/Wamper, Regina: #120Dezibel: Frauenrechte oder Antifeminismus? Populistische Diskursstrategien der extremen Rechten und Anschlussstellen im politischen Mainstream, in: Berg, Lynn/Zick, Andreas (Hrsg.): FGW-Studie Rechtspopulismus, soziale Frage und Demokratie 2, Düsseldorf 2019.



## TÖDLICHER HASS AUF FRAUEN UND FEMINISMUS

In den letzten Jahren ist eine antifeministische Zuspitzung rechter Terroranschläge weltweit zu beobachten, bei denen sich die Täter oft im Internet vernetzen und radikalisieren. Bei dem Anschlag auf die Synagoge, einen Dönerimbiss und auf Passant\*innen in Halle am 9. Oktober 2019 hörte der Täter, der seine Tat über eine Helmkamera ins Internet streamte und mit einem Soundtrack versah, einen Song, der einen misogynen Anschlag in Toronto 2018 durch einen Fanatiker der «Incel»-Bewegung verherrlicht und die Gewalt gegen Frauen, Homosexuelle, Trans\*- und Inter\*personen oder marginalisierte feminisierte Männer als Kollaborateure der feministisch geprägten Geschlechterordnung propagiert. Diese Attentäter zielen im Namen einer «weißen Überlegenheit» («White Supremacy») mit ihren Gewaltakten vor allem auf Frauen\*, jüdische Menschen und Migrant\*innen. Auch der Attentäter von Hanau, der am 19. Februar 2020 neun Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte, seine Mutter und sich selbst erschoss, argumentierte rassistisch und frauenfeindlich zugleich. Im rechten Weltbild dieses neuen Tätertyps bewirkt die Verbindung von Frauenhass mit den bekannten antisemitischen Bildern der «jüdischen Weltverschwörung» und rassistischen Verschwörungsideen von «Bevölkerungsaustausch» und «Umvolkung» eine tödliche Mischung.

Incel = Involuntary Celibates = unfreiwillig zölibatär lebend

Quellen: Autor\*innenkollektiv FE.IN (Hrsg.): Frauen\*Rechte und Frauen\*Hass, Berlin 2019, S. 111 ff.; Jasser, Greta/Kelly, Megan/Rothermell, Ann-Kathrin: Frauenfeind, aber kein Incel, 30.3.2020, in: Belltower news, unter: [www.belltower.news/das-manifest-des-hanau-attentaeters-zwischen-rechtsextremismus-und-frauenhass-frauenfeind-aber-kein-incele-97509/](http://www.belltower.news/das-manifest-des-hanau-attentaeters-zwischen-rechtsextremismus-und-frauenhass-frauenfeind-aber-kein-incele-97509/); Schiele, Katharina: «Halle reiht sich in die Serie frauenfeindlicher Attentate ein», Sendung Panorama, 31.10.2019, unter: <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2019/Halle-reiht-sich-in-die-Serie-frauenfeindlicher-Attentate-ein,frauenhass120.html>



### 3.9 LGBTIQ\*-FEINDLICHKEIT

Die AfD vertritt auch beim Thema Rechte für LGBTIQ\*<sup>61</sup> eine ablehnende Haltung, obwohl einzelne AfD-Politiker\*innen auch lesbisch, schwul oder trans\* sind und sich in Vereinigungen wie Homosexuelle in der AfD oder Alternative Homosexuelle (AHO) organisieren. Die selbst offen lesbisch lebende Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion Alice Weidel spielte die Homofeindlichkeit der eigenen Partei herunter und behauptete, die größte Bedrohung gegen Homosexuelle gehe von muslimischen Migrant\*innen aus.<sup>62</sup> In der Begründung eines AfD-Antrags zur Abschaffung der «Ehe für alle» warnte der AfDler Thomas Ehrhorn im Bundestag davor, dass die gleichgeschlechtliche Ehe zum «Volkstod» führen könne.<sup>63</sup> Im Bereich Sexualerziehung zog eine Broschüre über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt für Fachkräfte in Kindertagesstätten eine Flut von Anträgen und Anfragen nach sich.<sup>64</sup>

Die Anträge richteten sich gegen die Thematisierung sexueller Vielfalt und eine Pädagogik der Vielfalt, die die Rechten als «Frühsexualisierung» ablehnen. Die AfD im Brandenburger Landtag wollte 2017 die Förderung der «Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwule und Trans\* Belange» streichen.<sup>65</sup> Ein Verordneter der AfD im Kreistag Peine (Niedersachsen) fand es auf Facebook «konsequent», dass Homosexuellen in Uganda lebenslange Haft droht.<sup>66</sup> Er nahm – neben vielen anderen rechten Politiker\*innen – am jährlichen «Marsch für das Leben» im September 2015 in Berlin teil. Die veranstaltenden «Lebensschützer\*innen» (→ 3.8 Antigenderismus/Antifeminismus) betrachten Abtreibungen grundsätzlich als Verbrechen – wahlweise am christlichen Glauben oder am (weißen) Volk. Formulierungen wie «Abtreibungsholocaust» verharmlosen zudem die Shoah.<sup>67</sup>

**61** LGBTIQ\* bezeichnet die englische Abkürzung für lesbisch, schwul, bisexuell lebende sowie trans\*, inter\* und queere Menschen. Der Stern steht für weitere existierende Formen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und verweist auf weitere Möglichkeiten von Geschlecht und Begehren jenseits der hetero- und zweigeschlechtlichen Normvorstellungen, die schon immer existierten, aber strukturell unsichtbar gemacht und gesellschaftlich marginalisiert werden. **62** Berger, David: Alice Weidel: «Die AfD ist die einzige echte Schutzmacht für Schwule und Lesben in Deutschland», *Philosophia Perennis*, 20.9.2017, unter: <https://philosophia-perennis.com/2017/09/20/alice-weidel-interview/>. **63** AfD-Vorstoß zur Abschaffung der Ehe für alle abgelehnt, *queer.de*, 9.7.2019, unter: [www.queer.de/detail.php?article\\_id=34019](http://www.queer.de/detail.php?article_id=34019). **64** Queer Format: Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Themen frühkindlicher Inklusionspädagogik, Berlin 2018, unter: [www.queerformat.de/wp-content/uploads/mat\\_kita\\_QF-Kita-Handreichung-2018.pdf](http://www.queerformat.de/wp-content/uploads/mat_kita_QF-Kita-Handreichung-2018.pdf). **65** «Benachteiligung der heterosexuellen Mehrheit»: AfD will Förderung queerer Gruppen streichen, *queer.de*, 1.6.2017, unter: [www.queer.de/detail.php?article\\_id=28958](http://www.queer.de/detail.php?article_id=28958). **66** AfD-Spitzenkandidat befürwortet Verfolgung von Homosexuellen, *queer.de*, 28.4.2016, unter: [www.queer.de/detail.php?article\\_id=26030](http://www.queer.de/detail.php?article_id=26030). **67** Apabiz: Lebensschutz-Bewegung, ohne Datum, unter: [www.apabiz.de/rubrik/lebensschutz-bewegung/](http://www.apabiz.de/rubrik/lebensschutz-bewegung/).

## KREATIV UND MIT HUMOR GEGEN RECHTE INITIATIVEN

Während einer Landtagsdebatte in Sachsen-Anhalt im Mai 2018 zu Geschlechtsidentitäten fragte ein AfD-Abgeordneter, wie viele Geschlechter es denn nach Meinung der Linken gäbe. Der grüne Abgeordnete Sebastian Striegel antwortete mit einem Zwischenruf, dass es 42 wären. Der damalige AfD-Fraktionsvorsitzende André Poggenburg versuchte daraufhin, sich bei Twitter über Striegel und den «linken geistigen Verfall» lustig zu machen. Auch nach mehrfacher Aufklärung verstand er offenbar nicht, dass er sich blamiert hatte: Die Antwort «42» sollte nicht nur die Absurdität der Frage kommentieren, sondern war ein Zitat aus dem Roman «Per Anhalter durch die Galaxis» von Douglas Adams. Hier lautet die Antwort auf die «Frage nach dem Leben, dem Universum und dem ganzen Rest» «42». Die Debatte fand an einem Gedenktag für den Autor Douglas Adams statt.

Im September 2018 brachte die AfD einen Antrag in den Landtag von Thüringen ein, der die Förderung von Kulturveranstaltungen einschränken sollte. Ein Alternativantrag der CDU wollte gar die Streichung des Interventionsfonds des Landesprogramms für Demokratie. Aufhänger war ein geplantes «Aufmucken gegen rechts»-Konzert, auf dem Punkbands spielen sollten. Die linke Abgeordnete Katharina König-Preuss reagierte mit einer fulminanten Rede, in der sie fast 40 Bandnamen und passende Zitate aus Punksongs unterbrachte.

Quellen: 42? So blamierte sich AfD-Mann Poggenburg auf Twitter, in: BZ, 25.5.2018, unter: [www.bz-berlin.de/deutschland/42-so-blamierte-sich-afd-mann-poggenburg-auf-twitter](http://www.bz-berlin.de/deutschland/42-so-blamierte-sich-afd-mann-poggenburg-auf-twitter). Vgl. auch: Wikipedia: Towel Day, 18.10.2020, unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Towel\\_Day](https://de.wikipedia.org/wiki/Towel_Day). Thüringer Landtag, Protokoll, 6. Wahlperiode, Protokoll 128. Sitzung, 27.9.2018

In der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Tempelhof-Schöneberg in Berlin machte eine AfD-Verordnete 2018 sogar publik, die Geschlechtsangleichung zum Mann inklusive Namenswechsel juristisch

vollzogen zu haben.<sup>68</sup> Die politische Praxis der Partei sieht allerdings keinerlei Notwendigkeit für den Schutz oder Beratungsangebote für queere\*, trans\*- oder homosexuelle Menschen.

<sup>68</sup> Hinck, Gunnar: Geduldet in der AfD, in: taz, die tageszeitung, 21.2.2018, unter: [www.taz.de/!5483989/](http://www.taz.de/!5483989/).

### 3.10 BILDUNGSPOLITIK

Im Bereich Bildungspolitik behandeln Initiativen extrem rechter Politiker\*innen häufig tatsächlich relevante Fragen, wie den Zustand der Schulgebäude, den Mangel an Lehrkräften, Hygiene und kostenlosem Mittagessen. Aber auch in diesem Feld zeigen sich schnell die ideologischen Hintergründe. So geht es in den Anfragen der AfD etwa um den Anteil von migrantischen Schüler\*innen, Gewalt von muslimischen Schüler\*innen, das angebliche Verbot von Schweinefleisch oder die herbeifantasierte Bevorzugung von geflüchteten Kindern bei der Schulzuweisung. Auch Lernmethoden wie das «Schreiben nach Hören», durch die angeblich die deutsche Sprache gefährdet werde, werden problematisiert. Hinzu kommen Forderungen nach der Einführung von Schuluniformen, etwa in Berlin.<sup>69</sup> Besonders verbissen agiert die AfD, wenn es im Unterricht um ihre Politik geht. Ihrer Meinung nach wird auch hier ein ominöses Neutralitätsgebot verletzt.<sup>70</sup> Um unliebsame Berichte und Unterrichtsinhalte zu bekämpfen, hat die Partei in

mehreren Bundesländern eine Art Lehrerpranger eingerichtet: Auf eigens erstellten Webseiten sollen Lehrer\*innen gemeldet werden, die über die AfD – aus AfD-Perspektive negativ – aufklären. In Hamburg versuchte die AfD gegen einen vermeintlich besonders schlimmen Hort der «linksextremistischen» Antifa an zwei Schulen vorzugehen. Dort waren Aufkleber gegen die AfD verklebt worden, was diese für eine Kampagne inklusive parlamentarischer Initiativen nutzte.<sup>71</sup> Schüler\*innen wehrten sich mit Aktionen «Gegen Hetzkampagnen der AfD».<sup>72</sup> Im Bürgerschaftswahlkampf 2020 griff dann auch die FDP das Thema auf.<sup>73</sup> Auch in der Erwachsenenbildung macht die AfD Feinde ausfindig, indem sie beispielsweise gegen Kurse und Vorträge an Volkshochschulen vorgeht, da dort etwa Islamisierung gefördert<sup>74</sup> oder «Anti-AfD-#Hetze» betrieben werde.<sup>75</sup> Ihre Argumentation mit dem sogenannten Beutelsbacher Konsens<sup>76</sup> stellt allerdings dessen Überwältigungsverbot und das Ausgewogenheitspostulat völlig auf den Kopf und interpretiert sie als Frei-

**69** Abgeordnetenhaus Berlin: Antrag der AfD-Fraktion. Einführung von Schulgeld, Drucksache 18/0549, 20.9.2017, unter: [www.parlament-berlin.de/adoss/18/BildJugFam/vorgang/bj18-0093-v.pdf](http://www.parlament-berlin.de/adoss/18/BildJugFam/vorgang/bj18-0093-v.pdf). **70** AfD-Fraktion Hamburg: Informationsportal Neutrale Schulen Hamburg, ohne Datum, unter: <https://afd-fraktion-hamburg.de/rechtsvorschriften-rund-um-das-neutralitaetsgebot/>. **71** Carini, Marco: Sticker machen die AfD verrückt, in: taz, die tageszeitung, 19.9.2019, unter: <https://taz.de/AfD-verpetzt-Schulen/15627501/>. **72** Lamprecht, Stefanie: Schüler gegen AfD. Aktion gegen «rechte Hetze» an mehreren Schulen, in: MOPO. Hamburger Morgenpost, 16.2.2019, unter: [www.mopo.de/hamburg/schueler-gegen-afd-aktion-gegen-rechte-hetze-an-mehreren-schulen-32049926](http://www.mopo.de/hamburg/schueler-gegen-afd-aktion-gegen-rechte-hetze-an-mehreren-schulen-32049926). **73** Speit, Andreas: Hamburger FDP kapert AfD-Kampagne, in: der rechte rand 182, Januar/Februar 2020, unter: [www.der-rechte-rand.de/archive/5900/hamburg-afd-afd-kampagne/](http://www.der-rechte-rand.de/archive/5900/hamburg-afd-afd-kampagne/). **74** AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag: Volkshochschule fördert Islamisierung, 17.1.2018, unter: <https://archiv.afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/volkshochschule-foerdert-islamisierung.html>. **75** Düsterwald, Marco: Mit den Rechten reden – Warum eigentlich nicht? Ein Erfahrungsbericht, in: vhs de pesche. Landesverband Nordrhein-Westfalen, 6.5.2018, unter: <https://vhs-depesche.nrw/mit-den-rechten-reden-warum-eigentlich-nicht-ein-erfahrungsbericht>. **76** Siehe Fußnote 35.

brief für völkische und rassistische «Ansichten», die im Meinungsspektrum ihren Platz haben müssten. Im Bereich Hochschulen und Universitäten problematisieren extrem Rechte Studiengänge wie Gender Studies oder stellen Anfragen zu Personal und Finanzierung der Studierendenvertretungen.<sup>77</sup> Sie treten aber auch selbst zu den Wahlen der Studierendenparlamente an. In Magdeburg und Halle gingen Hochschulgruppen, die sich «Studentische Interessen» und «Freies Denken» nennen und zur NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) gehörten, bei den Wahlen zum Studierendenrat (StuRa) 2007 und 2008 leer aus. Die Campus Alternative (CA), eine sich großteils aus den Identitären von «Kontrakultur Halle» rekrutieren-

de Hochschulgruppe der AfD, zog 2018 mit einem Sitz in den Studierendenrat der Martin-Luther-Universität ein und verteidigte den Sitz auch im Folgejahr.<sup>78</sup> Auch an anderen Universitäten gab bzw. gibt es CA-Gruppen.<sup>79</sup>

Auch Lehrer\*innen oder akademisch Lehrende machen immer wieder am rechten Rand von sich reden. Dabei reicht das Spektrum von Hochschullehrer\*innen wie Jörg Barberowski,<sup>80</sup> Bernd Lucke oder Jörg Meuthen über den Gymnasiallehrer Björn Höcke, den Berufsschullehrer und NPD-Funktionär Stefan Paasche bis zu Grundschullehrer\*innen wie dem völkisch-nationalistisch hetzenden «Volkslehrer» Nikolai Nerling. Erst kürzlich tat sich in Berlin ein Lehrer als Corona-Leugner hervor.<sup>81</sup>

### 3.11 GESUNDHEITSPOLITIK

Auch in der Gesundheitspolitik der extrem Rechten finden sich typische Ideologeme wieder. Dabei geht es – wenn auch oft implizit – insbesondere um Hetze gegen Migrant\*innen und Migration, LGBTIQ\*-Feindlichkeit oder Marktradikalismus.

Darüber hinaus wird die Ablehnung der Schulmedizin von rechts zunehmend sichtbar, etwa die Forderung nach weiterer Gleichstellung von Heilpraktiker\*innen und ihren «alternativen» Behandlungsmethoden mit ausgebildeten Ärzt\*innen.<sup>82</sup> Das

<sup>77</sup> Fzs – freier Zusammenschluss von student\*innenschaften: AfD-Landtagsanfrage will Verfasste Studierendenschaft durchleuchten, 20.11.2017, unter: [www.fzs.de/2017/11/20/afd-landtagsanfrage-will-verfasste-studierendenschaft-durchleuchten/](http://www.fzs.de/2017/11/20/afd-landtagsanfrage-will-verfasste-studierendenschaft-durchleuchten/). <sup>78</sup> Seppelt, Enrico: Linke bleiben stärkste Stura-Kraft, IB ist mit drin, dubisthalle.de, 17.5.2018, unter: <https://dubisthalle.de/linke-bleiben-staerke-stura-kraft-ib-ist-mit-drin/>; vgl. auch: Mader, Fabian: An den Unis prallen die Ideologien aufeinander, BR24, 27.5.2016, unter: [www.br.de/nachricht/unis-afd-hochschulgruppen-100.html](http://www.br.de/nachricht/unis-afd-hochschulgruppen-100.html). <sup>79</sup> Teidelbaum, Lucius: Kein Kampf um den Campus, in: der rechte rand 162, September 2016, unter: [www.der-rechte-rand.de/archive/1617/kein-kampf-um-den-campus/](http://www.der-rechte-rand.de/archive/1617/kein-kampf-um-den-campus/). <sup>80</sup> Kracher, Veronika: «Barberowski hat eine Grenze überschritten», in: neues deutschland, 18.11.2019, unter: [www.neues-deutschland.de/artikel/1128778.humboldt-uni-berlin-baberowski-hat-eine-grenze-ueberschritten.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/1128778.humboldt-uni-berlin-baberowski-hat-eine-grenze-ueberschritten.html). <sup>81</sup> Vorbrüggen, Carlotta: Corona-Leugner unterrichtet an Berliner Oberstufenzentrum, in: BZ, 12.11.2020, unter: [www.bz-berlin.de/berlin/mittle/corona-leugner-unterrichtet-an-berliner-oberstufenzentrum](http://www.bz-berlin.de/berlin/mittle/corona-leugner-unterrichtet-an-berliner-oberstufenzentrum). <sup>82</sup> Deutscher Bundestag: Antrag Fraktion der AfD: Heilpraktiker – Berufsbild schützen und weiterentwickeln, Drucksache 19/24648, 25.11.2020.

Spektrum reicht dabei von Homöopathie bis hin zu abstrusen Quacksalbereien wie der Germanischen Neuen Medizin.<sup>83</sup>

### 3.11.1 Infektionskrankheiten und Impfungen

Immer wieder richten sich die Anfragen der AfD auf die Fallzahlen meldepflichtiger Infektionskrankheiten. Dabei geht es beispielsweise um HIV, Tuberkulose oder Krätze.<sup>84</sup> Häufig wird ausgerechnet nach den Jahren ab 2015 – dem Jahr der von rechts als «Flüchtlingskrise» apostrophierten Ankunft Zehntausender Geflüchteter vor allem aus Syrien und Afghanistan – gefragt, womit offensichtlich auf Antworten mit signifikanten Steigerungen von Fallzahlen durch Geflüchtete spekuliert wird. Der bayerische AfD-Landtagsabgeordnete Andreas Winhart äußerte sich in unerträglich rassistischer Weise über Menschen, die er als Geflüchtete aus Afrika betrachtet.<sup>85</sup> Ähnlich diskriminierend sind Anfragen nach Masernimpfquoten in bestimmten Bevölkerungsgruppen oder explizit unter Asylbewerber\*innen. Die Antworten auf solche Fragen bieten allerdings nicht immer die von den Fragesteller\*innen er-

hofften Fakten. So sind die Impfquoten gegen bestimmte Krankheiten unter Kindern mit Migrationshintergrund teilweise höher als im anderen Bevölkerungsteil.<sup>86</sup> In Wohnquartieren von Besserverdienenden in großen Städten gibt es überproportional viel Zuspruch zu Esoterik und Pseudomedizin, somit auch eher eine ablehnende Haltung gegenüber Impfungen.<sup>87</sup>

Spätestens mit der Einführung bzw. im Osten der Wiedereinführung der Masernimpfpflicht im März 2020 – etwa zeitgleich zum Beginn der Corona-Pandemie in Deutschland – entdeckte auch die extreme Rechte ihre Ablehnung gegenüber Impfungen wieder. Schon in den Jahren davor hatte sich im Milieu aus Esoteriker\*innen, Reichsbürger\*innen und Verschwörungsgläubigen eine kleine Szene von aktionistischen Impfgegner\*innen herausgebildet. Ähnliche Debatten gab es bereits vor mehr als 200 Jahren, nachdem 1807 im Königreich Bayern die Pockenimpfung verpflichtend wurde. Fünf Jahre bevor die Pockenimpfpflicht durch Bismarck 1874 im gesamten Deutschen Reich eingeführt wurde, gründeten sich erste Organisationen von Impfgegner\*innen – in Leipzig

**83** Die «Germanische Neue Medizin», Antifaschistisches Infoblatt, 19.9.2015, unter: [www.antifainfoblatt.de/artikel/die-%E2%80%9Egermanische-neue-medizin%E2%80%9C](http://www.antifainfoblatt.de/artikel/die-%E2%80%9Egermanische-neue-medizin%E2%80%9C). **84** AfD-Fraktion Chemnitz: Infektionskrankheiten, RA-183/2018, 16.3.2018. **85** AfD-Kandidat warnt vor Infektionskrankheiten, die vermeintlich aus Afrika kommen, und wird vom Gesundheitsamt zerlegt, in: Stern, 11.10.2018, unter: <https://bit.ly/3dV8Soi>, Video unter: [www.rfo.de/mediathek/video/ermittlungen-gegen-andreas-winhart/](http://www.rfo.de/mediathek/video/ermittlungen-gegen-andreas-winhart/). **86** Abgeordnetenhaus Berlin: Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Jessica Bießmann (AfD): Kindergesundheit, Drucksache 18/11 610, 15.7.2017, unter: <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-11610.pdf>. **87** Abgeordnetenhaus Berlin: Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Mohr (AfD): Entwicklung der Maserninfektion in Berlin im Vergleich zur Anzahl der Schutzimpfungen, Drucksache 18/10 491, 15.2.2017, unter: <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-10491.pdf>.

und Stuttgart.<sup>88</sup> Später lehnten auch Teile der NSDAP die Schulmedizin ablehnten und die Impfpflicht wurde im «Dritten Reich» gelockert. Der anthroposophische Teil der Esoterik der 1880er Jahre war wesentlich durch antisemitische Grundtendenzen geprägt. Auch die Behauptung, Impfungen seien von jüdischen Ärzten erfunden worden, um Menschen krank zu machen und daraus Gewinn zu schlagen, wurde schon 1881 in die Welt gesetzt.<sup>89</sup>

### 3.11.2 Corona

Nach demselben Muster wird heute behauptet, Georg Soros und/oder Bill Gates würden – unter anderem mit der neuen 5G-Mobilfunktechnik – Menschen massenhaft schwächen oder sogar Corona übertragen. Mit Impfungen gegen Corona würden sie sich bereichern und/oder mithilfe der den Impfstoffen beigemischten Mikrochips die Bevölkerung versklaven.<sup>90</sup> Die aus den USA kommende QAnon-Bewegung verbreitet noch deutlich haarsträubendere Verschwörungsfantasien<sup>91</sup> (→ 3.30 Antikommunismus).

Seit im März 2020 staatlicherseits die ersten Maßnahmen ergriffen wurden, um die Ausbreitung des Corona-Virus in Deutschland einzudämmen, hat sich eine Szene entwickelt, die die damit verbundenen Beschränkungen aus irrationalen Gründen ablehnt. In den Chatgruppen und auf den zunehmend militanten Demonstrationen dieser neuen Bewegung kommt – ähnlich übrigens wie vor 100 Jahren<sup>92</sup> – eine große Bandbreite von Menschen unterschiedlichster kultureller und sozialer Herkunft sowie politischer Selbstverortung mit all ihren verschiedenen Symboliken zusammen. Auch wenn diese Mischung auf den ersten Blick bizarr wirkt, so wird bei näherer Betrachtung deutlich, dass es irrationale Welterklärungen sind, die diese Menschen verbinden und die es rechten Akteur\*innen erlauben, Anknüpfungspunkte zu finden und die Bewegung leicht für sich zu instrumentalisieren.

Nahezu sämtliche Parteien und Wählergemeinschaften von rechts finden sich in diesem Milieu wieder oder haben zumindest versucht,

<sup>88</sup> Fugmann, Tom: Die Geschichte der Impfgegner, in: MDR Zeitreise, 21.10.2020, unter: [www.mdr.de/zeitreise/impfen-impfgegner-geschichte-des-impfens-100.html](http://www.mdr.de/zeitreise/impfen-impfgegner-geschichte-des-impfens-100.html). Mit den «Querdenkern 711» kommt aktuell auch eine der bekanntesten Organisationen der Corona-Leugner\*innen aus Stuttgart. Die «711» im Namen bezieht sich auf die ersten drei Ziffern des Postleitzahlenbereichs. Vgl. dazu auch: Baureithel, Ulrike: Stuttgart, du Jerusalem, in: der Freitag. Die Wochenzeitung, 14.9.2020, unter: [www.freitag.de/autoren/ulrike-baureithel/stuttgart-du-jerusalem](http://www.freitag.de/autoren/ulrike-baureithel/stuttgart-du-jerusalem). <sup>89</sup> Bittner, Michael: Die Impfgegner und der Antisemitismus, 2.7.2015, unter: <https://michaelbittner.info/2015/07/02/die-impfgegner-und-der-antisemitismus/>; dazu: 1881 erschien die einflussreiche Kampfschrift «Die Judenfrage als Racen-, Sitten- und Culturfrage» von Eugen Dühring, einem der wichtigsten Vordenker des späteren Nationalsozialismus und der mit ihr verbundenen Rassenlehre. In ihr behauptete er, das Impfen sei ein Aberglaube, von jüdischen Ärzten aus Gründen der persönlichen Bereicherung erfunden. In der fünften Auflage der Schrift im Jahre 1900 forderte Dühring die «Vernichtung des Judenvolkes» (ebd.). <sup>90</sup> Sawall, Achim: Die weltweite 5G-Verschwörung erklärt, 9.7.2020, unter: [www.golem.de/news/coronavirus-die-weltweite-5g-verschwörung-erklärt-2007-148834.html](http://www.golem.de/news/coronavirus-die-weltweite-5g-verschwörung-erklärt-2007-148834.html). <sup>91</sup> Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V.: QAnon: Eine weltweit verbreitete antisemitische Verschwörungsideologie mit historischen Wurzeln, Berlin 2020, unter: [https://jfd.a.de/wp-content/uploads/2020/11/Qanon\\_Informationsblatt.pdf](https://jfd.a.de/wp-content/uploads/2020/11/Qanon_Informationsblatt.pdf). <sup>92</sup> Baureithel, Ulrike: Stuttgart, du Jerusalem, in: der Freitag. Die Wochenzeitung, 14.9.2020, unter: [www.freitag.de/autoren/ulrike-baureithel/stuttgart-du-jerusalem](http://www.freitag.de/autoren/ulrike-baureithel/stuttgart-du-jerusalem).

von der Dynamik des Augenblicks im Corona-Jahr 2020 zu profitieren. Dies zeigte sich auch in den kommunalen Gremien. So verweigerte etwa der AfD-Verordnete Danny Damerau während einer Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Neukölln das Tragen einer Maske.<sup>93</sup> Drei Beispiele von Ende Oktober aus dem Saalekreis (Sachsen-Anhalt) sind besonders bezeichnend: Marcel Wald, AfD-Stadtrat in Braunsbedra, wünschte den Unionspolitiker\*innen Söder, Merkel und Spahn tödliche Krankheiten und den Sturz des Bundestags.<sup>94</sup> Sein Parteifreund Sven Ebert erschien im Kreistag mit Kriegerhelm und verglich die Corona-Maßnahmen mit den antijüdischen Gesetzen der Jahre ab 1933: «Und wir regen uns auf, wenn früher die Leute deportiert wurden, weil es eine Anordnung gab, dass Juden deportiert werden müssen.»<sup>95</sup> Das langjährige Kreistagsmitglied Michael Teske trat aus der Linksfraktion aus und kam damit seinem Ausschluss zuvor: Teske hatte behauptet, wir würden «in einer Diktatur» leben, von «Corona-Erzählung» gesprochen und aktiv an Demons-

trationen anderer COVID-Leugner\*innen teilgenommen.<sup>96</sup>

### 3.11.3 Prävention

Im Kreistag Rhein-Sieg (Nordrhein-Westfalen) wollte die Kleinstpartei «Demokratie durch Volksabstimmung» 2016 die Förderung der Aids-Hilfe streichen. Die absurde Begründung war, dass ein HIV-Virus bisher gar nicht nachgewiesen sei.<sup>97</sup> Im Kreistag Helmstedt (Niedersachsen) hatte die NPD in Kooperation mit der CDU 2006 mehr Erfolg: Hier wurde die beantragte Förderung der Aids-Hilfe nicht bewilligt.<sup>98</sup>

### 3.11.4 Klinische Infrastruktur

Seit Langem wird in vielen Kommunen diskutiert, ob kommunale Kliniken privatisiert werden sollten. Ergebnis einer solchen Privatisierung ist, dass wirtschaftliche Belange über das Wohlergehen der Patient\*innen, also über die öffentliche Daseinsvorsorge gestellt werden. Im Kreistag Darmstadt-Dieburg (Hessen) wollte die AfD 2017 das Kreisklinikum privatisieren, was die anderen Parteien ablehnten.<sup>99</sup> Eine unschöne Situation gibt es in der Debatte um das Kreis-

<sup>93</sup> Linksfraktion in der BVV Neukölln: AfD undemokratisch, 8.5.2020, unter: [www.linksfraktion-neukoelln.de/aktuelles/nachrichten/detail/news/afd-undemokratisch/](http://www.linksfraktion-neukoelln.de/aktuelles/nachrichten/detail/news/afd-undemokratisch/). <sup>94</sup> Briest, Robert: Politikern den Tod gewünscht: Stadtrat verlässt Partei und Fraktion, in: Mitteldeutsche Zeitung, 3.11.2020, unter: [www.mz-web.de/merseburg/politikern-den-tod-gewuenscht-stadtrat-verlaesst-partei-und-fraktion-37569984](http://www.mz-web.de/merseburg/politikern-den-tod-gewuenscht-stadtrat-verlaesst-partei-und-fraktion-37569984). <sup>95</sup> Briest, Robert: Handschak kritisiert Schließungen. AfD sorgt für Eklat mit Shoa-Vergleich, in: Mitteldeutsche Zeitung, 30.10.2020, unter: [www.mz-web.de/saalekreis/handschak-kritisiert-schliessungen-afd-sorgt-fuer-eklat-mit-shoa-vergleich-37555592](http://www.mz-web.de/saalekreis/handschak-kritisiert-schliessungen-afd-sorgt-fuer-eklat-mit-shoa-vergleich-37555592). <sup>96</sup> Van Alost, Melain: «Er ignoriert Corona». Wie die Pandemie die Kreisfraktion der Linken spaltet, in: Mitteldeutsche Zeitung, 26.10.2020, unter: [www.mz-web.de/merseburg/er-ignoriert-corona--wie-die-pandemie-die-kreisfraktion-der-linken-spaltet-37538272](http://www.mz-web.de/merseburg/er-ignoriert-corona--wie-die-pandemie-die-kreisfraktion-der-linken-spaltet-37538272). <sup>97</sup> Fleck, Helmut: Volksabstimmung. Ab jetzt Demokratie durch Volksabstimmung – Politik für die Menschen, 6.12.2016, unter: [https://blog.demokratie-durch-volksabstimmung.de/PDF/2017/20\\_04\\_2017/Kreistag\\_19\\_12/Aenderungsantraege\\_Volksabstimmung\\_zum\\_Doppelhaushalt\\_2017\\_-\\_2018.pdf](https://blog.demokratie-durch-volksabstimmung.de/PDF/2017/20_04_2017/Kreistag_19_12/Aenderungsantraege_Volksabstimmung_zum_Doppelhaushalt_2017_-_2018.pdf). <sup>98</sup> Schwarz-Braun in Helmstedt, in: taz. die tageszeitung, 25.1.2007, unter: [www.taz.de/1324998/](http://www.taz.de/1324998/). <sup>99</sup> Jörs, Reinhard: Kreistag Darmstadt-Dieburg lehnt AfD-Antrag zur Klinikprivatisierung geschlossen ab, echo-online.de, 15.2.2017, unter: [www.echo-online.de/lokales/darmstadt-dieburg/kreis-darmstadt-dieburg/kreistag-darmstadt-dieburg-lehnt-afd-antrag-zur-klinikprivatisierung-geschlossen-ab\\_17684521#](http://www.echo-online.de/lokales/darmstadt-dieburg/kreis-darmstadt-dieburg/kreistag-darmstadt-dieburg-lehnt-afd-antrag-zur-klinikprivatisierung-geschlossen-ab_17684521#).

krankenhauses Wolgast (Mecklenburg-Vorpommern):<sup>100</sup> Auf der Seite der Gegner\*innen der Teilschließung finden sich neben LINKEN auch NPD und AfD.<sup>101</sup> Gerade in solchen

Situationen unfreiwilliger Kooperation sollte eine klare Distanzierung gegenüber Rechten öffentlich kommuniziert werden (→ 4.3.2 Klug mit Anträgen umgehen).

### 3.12 DROGENPOLITIK

Vielfach versuchen Rassist\*innen, Drogenhandel als Problem darzustellen, das von «Ausländern» ins Land gebracht werde, um Deutschen zu schaden. Die Formel heißt «Drogen = kriminell = Ausländer». Entsprechende Anfragen und Anträge finden sich in vielen Kommunalvertretungen.

Dabei sind einige Neonazis wohl eher froh über offene Grenzen in der Europäischen Union (EU), da sie selbst tief in den Handel, etwa mit der Modedroge Crystal Meth, verstrickt sind.<sup>102</sup> Die zweite Konstante rechter Drogenpolitik: In der Regel kennen sie nur das Mittel der Repression, um den Handel mit illegalen Drogen zu bekämpfen. Von Legalisierung, humaner Behandlung von Suchtkranken oder den Gefahren durch legale Drogen (Alkohol, Medikamente, Nikotin) wol-

len sie zumeist nichts wissen. Auch präventive Maßnahmen, wie zum Beispiel die Einrichtung von Konsumräumen zur Ermöglichung des gefahrloseren Konsums oder das kostenlose Verteilen steriler Utensilien an Drogenkranke auf der Straße und in Diskotheken, lehnen sie ab, wie etwa suggestive Fragen in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Neukölln zu einem Drogenmobil zeigten.<sup>103</sup>

Ende 2019 wurde im Zuge einer Razzia bekannt, dass der frühere Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Cuxhaven (Niedersachsen) zu den Beschuldigten in einem Verfahren wegen Drogenhandels gehörte. Die 98 Kilogramm Kokain sollen über den Containerhafen Bremerhaven eingeführt worden sein, wo Marcus Hoffmann arbeitete.<sup>104</sup>

**100** Fleischervorstadt-Blog: Offener Brief: «Greifswald für alle» irritiert über FFDG-beteiligung in Wolgast, 16.11.2016, unter: <https://blog.17vier.de/2016/11/16/offener-brief-krankenhaus-wolgast-ffdg/>. **101** Linke und AfD kritisieren Krankenhaus-Pläne für Wolgast, in: Bild, 17.11.2016, unter: [www.bild.de/regional/aktuelles/mecklenburg-vorpommern/ministerium-arbeitet-an-tragfaehigem-modell-48788976.bild.html](http://www.bild.de/regional/aktuelles/mecklenburg-vorpommern/ministerium-arbeitet-an-tragfaehigem-modell-48788976.bild.html); Adler, Steffen: Bergemann droht Parteiausschluss, in: Ostsee-Zeitung, 9.11.2018, unter: [www.ostsee-zeitung.de/Vorpommern/Usedom/Bergemann-droht-Parteiausschluss-bei-den-Linken](http://www.ostsee-zeitung.de/Vorpommern/Usedom/Bergemann-droht-Parteiausschluss-bei-den-Linken). **102** Baumgärtner, Maik: Crystal Meth. Die Droge aus der Neonazi-Szene, Deutschlandfunk Kultur, 18.5.2015, unter: [www.deutschlandfunkkultur.de/crystal-meth-die-droge-aus-der-neonazi-szene.1008.de.html?dram:article\\_id=320133](http://www.deutschlandfunkkultur.de/crystal-meth-die-droge-aus-der-neonazi-szene.1008.de.html?dram:article_id=320133). **103** Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Neukölln, Kleine Anfragen Anne Zielisch (fraktionslos, über AfD-Liste gewählt) KA/060/XX, KA/093/XX und von Steffen Schröter (AfD) KA/173/XX. **104** Müller, Ann-Katrin/Siemens, Ansgar: AfD-Mann soll 98 Kilo Kokain geschmuggelt haben, in: Der Spiegel, 13.12.2019, unter: [www.spiegel.de/panorama/justiz/niedersachsen-afd-politiker-marcus-hoffmann-soll-98-kilo-kokain-geschmuggelt-haben-a-1301133.html](http://www.spiegel.de/panorama/justiz/niedersachsen-afd-politiker-marcus-hoffmann-soll-98-kilo-kokain-geschmuggelt-haben-a-1301133.html).

### 3.13 RECHTS- UND INNENPOLITIK

In der Rechts- und Innenpolitik setzen radikale Rechte – wenig überraschend – vor allem auf Repression, aber – ebenso erwartbar – auch auf Rassismus sowie die Verharmlosung von rechter Gewalt und der Bedrohung von rechts.

#### 3.13.1 Bürgerdienste und Ordnungsangelegenheiten

In vielen Kreisen und Gemeinden fordern autoritäre Rechte eine repressivere Ordnungspolitik, wenn es um illegale Müllentsorgung, Lärm, wildes Plakatieren oder Graffiti geht. Die Ordnungsämter sollen unter anderem schärfer gegen Verstöße vorgehen und höhere Bußgelder verhängen dürfen.

Wenn etwa die AfD Posten wie Beigeordnete für Ordnungsangelegenheiten stellt, nutzt sie diese, um sich als «Kümmerer» für die oft zitierten «deutschen Tugenden» Ordnung und Sauberkeit zu präsentieren.

Brisanz bekommt der Verwaltungsbereich der Ordnungsämter auch durch den Zugriff auf Meldedaten, den Einfluss auf Asylverfahren und nicht zuletzt die Aufsicht über das Waffenrecht.

#### 3.13.2 Polizei/Geheimdienste

Auch wenn Kommunen keinen direkten Einfluss auf Polizei oder (Inlands-)Geheimdienste haben, versu-

chen Mandatsträger\*innen von extrem rechts doch, ihre Law-and-Order-Vorstellungen auch in diesem Bereich durchzusetzen. Oftmals geht es dabei um die kommunale Anwendung von Überwachungsgesetzen, beispielsweise bei der Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Verdrängungseffekte oder der Datenschutz spielen in den Argumentationen keine Rolle. Örtliche Polizeistrukturen beraten die kommunalen Verwaltungsspitzen im Rahmen von Dienstberatungen und greifen damit ihrerseits in ordnungspolitische Entscheidungen ein. Auch an Runden Tischen zu lokaler «Sicherheit» etwa im Quartiersmanagement oder der Stadtentwicklung sind meist Polizeivertreter\*innen beteiligt. Weite Teile der Kommunalpolitik und leider meist auch der jeweiligen Stadtgesellschaft vertrauen der Polizei aus einem autoritären Staatsverständnis<sup>105</sup> blind und sind daher nicht kritikfähig. Die Polizei ihrerseits ist strukturell kontrollsüchtig und damit nicht in der Lage, sich selbst zu kontrollieren. Verschärfend können rechte Vorstellungen hinzukommen, die es selbstredend auch unter Polizeibeamt\*innen gibt.<sup>106</sup>

Geradezu absurd wird es, wenn Ordnungsämter und Polizei, teilweise auch Staatsanwaltschaften Teil

<sup>105</sup> Pichl, Maximilian: Gefährliche Rede vom «Rechtsstaat», in: Legal Tribune, 27.2.2019, unter: <https://lto.de/recht/justiz/j/rechtsstaat-sicherheit-gewaltmonopol-polizei-begriff-bedeutung/>. <sup>106</sup> Der Volksverpetzer: Karte mit rechten Polizei-Vorfällen, 6.10.2020, unter: [www.volksverpetzer.de/analyse/einzelfallkarte/](http://www.volksverpetzer.de/analyse/einzelfallkarte/), siehe auch die Polizei Einzelfallkarte auf Google Maps, ohne Datum, unter: <http://l.linxx.net/1g>.

von angeblich «zivilgesellschaftlichen» Bündnissen für Demokratie, Toleranz oder Ähnliches sind.

### 3.13.3 Justiz

Seit jeher versuchen Reaktionäre, Einfluss auf die Justiz zu nehmen. International wurde erst jüngst der Austausch von Richter\*innen in der Türkei, in Polen oder in den USA breit debattiert. Aber auch in Deutschland gibt es Zugriffsmöglichkeiten für die extrem Rechte auf Justizstrukturen. In den Ländern werden regelmäßig Richterwahlausschüsse, auf kommunaler Ebene Laienrichter\*innen, sogenannte Schöff\*innen, gewählt. Seit vielen Jahren ruft beispielsweise die NPD ihre Klientel dazu auf, sich bei den entsprechenden Wahlen zu bewerben – punktuell mit Erfolg.<sup>107</sup> So wurde etwa die Kreisvorsitzende der NPD Meißen (Sachsen) zur stellvertretenden Schöffin am Amtsgericht Riesa gewählt.<sup>108</sup> Auch AfD oder Pegida versuchten bei den letzten Schöffwahlen zur neuen Legislatur, die Anfang 2019 begann, ihnen genehme Personen in diese wichtigen Positionen zu bringen.<sup>109</sup> In Lüneburg (Niedersachsen) wurde eine Liste mit potenziellen Jugend-schöff\*innen durch den Stadtrat beschlossen, auf der auch drei Neona-

zis standen.<sup>110</sup> Aufgrund von Kritik wurde die Abstimmung neu angesetzt (→ Gespräch mit dem Jugend-schöffen Michael Maske «Welcher Bürger liest schon die Aushänge in Rathäusern?», S. 136).

Zwar werden hauptamtliche Richter\*innen nicht auf kommunaler Ebene bestimmt. Gleichwohl können sie im Bereich Verwaltungsgerichtsbarkeit Einfluss auf kommunales Handeln nehmen. Ein Richter des Verwaltungsgerichts Gießen (Hessen) urteilte im August 2019 nicht nur formell, die Gemeinde Ranstadt habe NPD-Plakate mit dem Slogan «Stoppt die Invasion: Migration tötet!» nicht abhängen lassen dürfen, da der NPD keine Gelegenheit zur Anhörung gegeben worden sei. Die Parole sei auch nicht volksverhetzend, «sondern als die Realität teilweise darstellend zu bewerten», da «dem erkennenden Gericht [...] Fälle bekannt [sind], in denen Asylbewerber zu Mördern wurden». In der Urteilsbegründung wird auf 5.000 Jahre Migration verwiesen, die «teils auch mit tödlichem Ausgang» verbunden gewesen sei. «Abstrakt gesehen» könne «eine übermäßige Migration in Form der Immigration nach Deutschland zum Tod der deutschen Kultur führen».<sup>111</sup>

**107** Janisch, Wolfgang: Wie sich Gerichte gegen rechte Schöffen wehren können, in: Süddeutsche Zeitung, 27.1.2020, unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/schoeffen-rechte-gerichte-1.4773760>. **108** NPD-Schöffin: Ehrenamtlich eine Gegenmacht aufbauen, Alternative Dresden News, 24.3.2010, unter: [www.addn.me/news/npd-schoeffin-ehrenamtlich-eine-gegenmacht-aufbauen/](http://www.addn.me/news/npd-schoeffin-ehrenamtlich-eine-gegenmacht-aufbauen/). **109** Wüstenberg, Daniel: Wie AfD und NPD ihre Anhänger zu Richtern machen wollen, in: Stern, 28.2.2018, unter: [www.stern.de/politik/deutschland/schoeffenwahl-wie-afd-und-npd-ihre-anhaenger-zu-richtern-machen-wollen-7878050.html](http://www.stern.de/politik/deutschland/schoeffenwahl-wie-afd-und-npd-ihre-anhaenger-zu-richtern-machen-wollen-7878050.html). **110** Einspruch! Lüneburger Stadtrat will Neonazis zu Schöff\*innen machen, Antifaschistische Aktion Lüneburg, 8.6.2018, unter: <https://antifa-lg-ue.org/2018/06/03/einspruch/>. **111** Bürgerservice Hessenrecht: «Wahlplakat versus Ordnungsbehörde», 9.8.2019, unter: [www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/LARE190036038](http://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/LARE190036038).

Auch in AfD-Fraktionen in Landtagen, dem Bundestag und Kommunalvertretungen finden sich Richter\*innen und Staatsanwält\*innen. In der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Reinickendorf etwa saß von 2016 bis 2019 der Staatsanwalt Matthias Bath. Bath war Fluchthelfer an der Berliner Mauer und saß dafür von 1976 bis 1979 in DDR-Haft. Er war Mitglied der CDU, dann im Landesvorstand der REP, später im Landessatzungsausschuss der FDP und schrieb mehrfach für die extrem rechten Blätter *Junge Freiheit* und *Mut*. Im Jahr 1999 gehörte er zu den Teilnehmenden eines Treffens der «Nationalen Sammlungsbewegung» von Holocaustleugner Horst Mahler. Schon 1990 gehörte er als stellvertretender Vorsitzender zum Gründungsvorstand des extrem rechten Vereins Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk (HvFB),<sup>112</sup> was er bis 2006 blieb.<sup>113</sup>

Anfang November 2020 wurde zudem der Fall einer Berliner Staatsanwältin bekannt, die sich an den «Anti-»Corona-Demonstrationen im August in Berlin beteiligt hatte und auf deren Facebook-Profil extrem rechte (Re-)Postings und Verschwörungsbauptungen verbreitet wurden.<sup>114</sup>

### 3.13.4 Bundeswehr

Eigentlich Kompetenz des Bundes, spielt das Militär aber auch kommunal eine Rolle. Dabei geht es nicht «nur» um Bundeswehrstandorte, ihre lokale Arbeitgeberrolle und die örtliche Infrastruktur. Flächendeckend ist die Bundeswehr auch in Katastrophenschutzplanungen einbezogen. Aktuell sitzt sie bei den pandemiebedingt eingerichteten Corona-Krisenstäben der Kreisverwaltungen mit am Tisch. Im Burgenlandkreis (Sachsen-Anhalt) wurde das Kreisverbindungskommando der Bundeswehr durch Norbert Waldinger, Mitglied der extrem rechten Burschenschaft Corps Thuringia Leipzig, vertreten. Später war auch «Oberfeldarzt» Gunnar Glowka von der Leipziger Burschenschaft Germania Teil des Gremiums. Glowka gehörte zu einer extrem rechten «Prepper»-Gruppe. In der Chatgruppe «Zuflucht Beuden» tauschten sich mindestens acht Personen, größtenteils Aktive oder Reservisten der Bundeswehr, über ihre Planungen für den von ihnen herbeigesehnten «Rassenkrieg» aus. Gastgeberin im nord-sächsischen Beuden war Jana Krause, bis 2019 CDU-Gemeinderätin. In einem Chat wird einem der Beteiligten mit «Herzlichen Glückwunsch

<sup>112</sup> Apabiz: Profil: Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk e. V., 1996, unter: [www.apabiz.de/archiv/material/Profile/HvFB.htm](http://www.apabiz.de/archiv/material/Profile/HvFB.htm). <sup>113</sup> Berlin rechtsaußen: Das rechte Netzwerk der Berliner AfD, 12.9.2016, unter: <https://rechtsausen.berlin/2016/09/das-rechte-netzwerk-der-berliner-afd/>. <sup>114</sup> Geiler, Julius/Fröhlich, Alexander: Berliner Staatsanwältin demonstriert mit «Reichsbürgern» und «Querdenkern», in: Der Tagesspiegel, 13.11.2020, unter: [www.tagesspiegel.de/berlin/wollt-ihre-den-totalen-lockdown-berliner-staatsanwaeltin-demonstriert-mit-reichsbuergern-und-querdenkern/26619624.html](http://www.tagesspiegel.de/berlin/wollt-ihre-den-totalen-lockdown-berliner-staatsanwaeltin-demonstriert-mit-reichsbuergern-und-querdenkern/26619624.html).

und Sieg Heil, Herr Hauptmann!» zur Hochzeit gratuliert. Der Gratulant Kai Mehliß wiederum kandidierte 2019 für die CDU zum Stadtrat Bernburg und Kreistag Salzlandkreis (Sachsen-Anhalt). Bis zum Bekanntwerden des Chats war er nicht nur CDU-Kreisvorstandsmitglied und stellvertretender Landesvorsitzender des Arbeiter-Samariter-Bunds (ASB), sondern – gemeinsam mit dem Ortschaftsrat und damaligen CDU-Kreisvorstandsmitglied Robert Möritz (Köthen-Löbnitz, Landkreis Anhalt-Bitterfeld) auch im extrem rechten Soldatenverband Uniter organisiert.<sup>115</sup>

### 3.13.5 Feuerwehr

Viele Feuerwehren haben Probleme mit veralteter Ausrüstung.<sup>116</sup> Freiwillige Feuerwehren leiden wegen der geringen Aufwandsentschädigungen zusätzlich unter Nachwuchsmangel, vor allem im ländlichen Raum. In einzelnen Fällen haben

sich deshalb schon Ortsgruppen der Freiwilligen Feuerwehr aufgelöst.<sup>117</sup> Auch rechte Kommunalpolitiker\*innen versuchen, diese Probleme aufzugreifen, allerdings nicht stringent: In Lichtenberg (Landkreis Bautzen, Sachsen) etwa lehnte die AfD den Kauf eines neuen Löschfahrzeugs zunächst ab.<sup>118</sup> Die Forderung der AfD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz nach Rentenpunkten für ehrenamtliche Tätigkeiten wie in Freiwilligen Feuerwehren findet sich allerdings auch in Kommunalwahlprogrammen der AfD.<sup>119</sup> Wie gering die Berührungängste mancher Feuerwehren gegenüber der extrem Rechten sind, zeigen Grußworte von Bernd Höcke bei der Verbandsversammlung des Thüringer Feuerwehrverbands 2020.<sup>120</sup> Im Gemeinderat von Crossen (Saale-Holzlandkreis, Thüringen) bilden Freiwillige Feuerwehr, «Bürger für Crossen» und AfD die «Fraktion 24».<sup>121</sup>

**115** Sachsen-Anhalt rechtsaußen: «Sieg Heil, Herr Hauptmann» – Rechte Prepper in der Bundeswehr, 7.6.2020, unter: <https://sa-rechtsausen.net/sieg-heil-herr-hauptmann-rechte-prepper-in-der-bundeswehr/>. **116** Buchenau, Sven: Feuerwehr-Streik erfolgreich beendet, in: Feuerwehr-Magazin, 21.12.2017, unter: [www.feuerwehrmagazin.de/presseblog/feuerwehr-streik-erfolgreich-beendet-76596](http://www.feuerwehrmagazin.de/presseblog/feuerwehr-streik-erfolgreich-beendet-76596). **117** Beckmann, Thomas: Feuerwehr aus Nachbarkommune hat sich aufgelöst, 8.11.2020, unter: [www.feuerwehr-kirchhundem.de/news/feuerwehr-aus-nachbarkommune-hat-sich-aufgelost/](http://www.feuerwehr-kirchhundem.de/news/feuerwehr-aus-nachbarkommune-hat-sich-aufgelost/); Gerstner, Gerald: Gemeinderat beschließt die Auflösung der Feuerwehr, in: Main-Post, 26.4.2017, unter: [www.mainpost.de/regional/schweinfurt/gemeinderat-beschliesst-die-aufloesung-der-feuerwehr-art-9575661](http://www.mainpost.de/regional/schweinfurt/gemeinderat-beschliesst-die-aufloesung-der-feuerwehr-art-9575661). **118** Lichtenberg: Streit um Löschauto beigelegt, Sächsische.de, 15.10.2020, unter: [www.saechsische.de/kamenz/lokales/lichtenberg-feuerwehr-erhaelt-neues-auto-5297087.html](http://www.saechsische.de/kamenz/lokales/lichtenberg-feuerwehr-erhaelt-neues-auto-5297087.html). **119** AfD-Kreisverband Bitburg-Prüm: Wahlprogramm zur Kommunalwahl zum Kreistag 2019, 26.1.2019, unter: [www.afd-bitburg-pruem.de/wp-content/uploads/2019/05/Wahlprogramm-Eifelkreis-final-26.01.2019.pdf](http://www.afd-bitburg-pruem.de/wp-content/uploads/2019/05/Wahlprogramm-Eifelkreis-final-26.01.2019.pdf). **120** Hegemann, Jan-Erik: AfD-Politiker Höcke spricht Grußwort, in: Feuerwehr-Magazin, 6.10.2020, unter: [www.feuerwehrmagazin.de/nachrichten/news/afd-politiker-hoecke-spricht-grusswort-102728](http://www.feuerwehrmagazin.de/nachrichten/news/afd-politiker-hoecke-spricht-grusswort-102728). **121** Grunert, Susann: Bürgermeisterkandidaten in Crossen im Bewerbungsgespräch, in: Ostthüringer Zeitung, 17.9.2020, unter: [www.otz.de/regionen/eisenberg/buergermeisterkandidaten-in-crossen-im-bewerbungsgespraech-id230450742.html](http://www.otz.de/regionen/eisenberg/buergermeisterkandidaten-in-crossen-im-bewerbungsgespraech-id230450742.html).

### 3.14 WIRTSCHAFTSPOLITIK/REKOMMUNALISIERUNG

Rechte Wirtschaftspolitik in den Kommunen dreht sich im Wesentlichen um zwei Aspekte: Einerseits geht es um die Verhinderung eines «Ausverkaufs» durch ausländische Investor\*innen – deshalb sollen deutsche Unternehmen bevorzugt werden. Im Bereich des kommunalen Eigentums steht folglich meist nicht die Verhinderung von Privatisierungen im Vordergrund, entscheidend ist vielmehr, an wen etwa kommunale Eigenbetriebe verkauft werden sollen. Je nach Akteur\*in können sich rechte Anträge andererseits aber auch gegen Privatisierungen richten. Die Argumentation der AfD im Fall des Neubaus einer Autobahnstrecke bei Heilbronn (Baden-Württemberg) macht die Zielrichtung deutlich: Die AfD lehnte die Finanzierung über eine öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) nicht etwa ab, weil dies zu einer Abhängigkeit von privaten Wirtschaftsinteressen führen würde, sondern weil damit aus ihrer Sicht die Schuldenbremse umgangen werden würde.<sup>122</sup>

Rechte treten auch selbst als Unternehmer\*innen auf. Dabei vermischen sich häufig Geschäft und Propaganda. So beispielsweise beim Neonazi Tommy Frenck: Ehemals Kreisvorsitzender der NPD Hildburghausen (Thüringen), sitzt Frenck heute für die rechte Wählergemein-

schaft «Bündnis Zukunft Hildburghausen» im Kreistag. Frenck kaufte im Dezember 2014 in Kloster Veßra die Gastwirtschaft «Goldener Löwe». Das Lokal fungiert als Treffpunkt für Neonazis und Ausrichtungsort für Neonazi-Konzerte, etwa am 25. Mai 2019 mit der Neonazi-Band Sleipnir. Frenck erwirtschaftet außerdem Einnahmen über sein Label und einen Versandhandel<sup>123</sup> und veranstaltet Neonazi-Konzerte auch im Nachbarort Themar, zuletzt mit bis zu 6.000 Besucher\*innen. 2020 kam Frenck durch den Verkauf einer eigenen Biermarke mit dem Namen «Deutsches Reichsbräu», die er auf seiner Facebook-Seite angekündigt hat, in die Schlagzeilen. Auf dem Etikett von Frencks Bierflaschen ist der Markenname in Frakturschrift zu lesen, darüber prangt ein Adler, der einem NS-Symbol ähnelt. Allerdings ist statt eines Hakenkreuzes ein Eisernes Kreuz zu sehen. Dadurch ist der Aufdruck strafrechtlich nicht relevant. Die Flaschen wurden in einem Getränkemarkt im sachsen-anhaltinischen Bad Bibra zum Kistenpreis von 18,88 Euro verkauft. Die Zahlenkombinationen gehören zu den Standardcodes von Neonazis: Die 18 steht für den ersten und den achten Buchstaben des Alphabets, also A und H, die Initialen Adolf Hitlers, die 88 für «Heil Hitler».<sup>124</sup> Unter dem Motto «Deut-

<sup>122</sup> Palka, Thomas Axel: Spatenstich zum Neubau der Neckartalbrücke, 10.4.2017, unter: [www.thomas-palka.de/2017/04/spatenstich-neckartalbruecke/](http://www.thomas-palka.de/2017/04/spatenstich-neckartalbruecke/). <sup>123</sup> Haskala: Neonazi-Immobilie «Goldener Löwe» als kriminelle Hochburg, 11.8.2020, unter: <https://haskala.de/2020/08/11/neonazi-immobilie-goldener-loewe-als-kriminelle-hochburg/>. <sup>124</sup> Getränkemarkt verkauft Bier mit Nazi-Symbolik für 18,88 Euro, in: Süddeutsche Zeitung, 24.1.2020, unter: <https://bit.ly/3eB0iuj>.

sche helfen Deutschen» wurde auf Frencks Anwesen verschiedentlich ein Flohmarkt veranstaltet, um die örtliche Bevölkerung anzusprechen. Die jedoch wehrt sich zunehmend mit eigenen Aktionen gegen die Präsenz von Neonazis im Dorf.

In puncto Kommunalisierung ist das Profil der AfD unscharf und wirkt beliebig. Mal spricht sie sich für eine Kommunalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) aus. So die Kreistagsfraktion im Rhein-Lahn-Kreis (Rheinland-Pfalz), die mit einer «Übernahme des Betriebs des ÖPNV durch den Kreis» den Busverkehr «effizienter, flexibler und umweltfreundlicher»<sup>125</sup> gestalten will. In einem anderen Fall wiederum stellt sich die Partei hinter unternehmerische Interessen. Im thüringischen Ilm-Kreis sollte ab dem 1. Juli 2019 der Busnahverkehr von dem kreiseigenen Unternehmen Omnibusverkehr GmbH (IOV) betrieben werden. Dem lag ein Kreistagsbe-

schluss vom 6. September 2017 zugrunde, dem eine jahrelange Suche nach einer gesetzeskonformen Lösung zur Neustrukturierung des ÖPNV vorausgegangen war.<sup>126</sup> Gegen die Kommunalisierung wandte sich nicht nur das davon betroffene private Unternehmen Regionalbus Arnstadt (RBA) sowie die Industrie- und Handelskammer Südthüringen, sondern auch die AfD. Deren Kreisvorstand stellte sich hinter RBA und stattete dem Unternehmen sogar einen persönlichen Besuch ab. AfD-Kreisvorsitzender Sebastian Thieler verstieg sich zudem zu Drohungen bezüglich des Abstimmungsverhaltens im Kreistag: «Im Fall eines eintretenden Schadens für den Kreis werden wir nicht davor zurückschrecken, jeden einzelnen Befürworter haftbar zu machen.»<sup>127</sup> Inzwischen wurde eine RBA-Beschwerde gegen den Kreistagsbeschluss durch das Thüringer Oberlandesgericht zurückgewiesen.<sup>128</sup>

### 3.15 LOBBYISMUS-/KORRUPTIONSKRITIK

Rechte Kritik an Korruption und Lobbyismus operiert gern mit der Phrase von der «Selbstbedienungsmentalität» der «Altparteien», etwa bei der Verteilung von Posten in Verwaltung- und Aufsichtsräten von

Unternehmen in (teilweise) kommunalem Eigentum. Dabei werden vor allem die Sitzungsgelder und sonstigen Vergütungen als genereller Hinweis auf Käuflichkeit angesehen, wie zum Beispiel die AfD im

<sup>125</sup> Pressemitteilung AfD-Kreistagsfraktion im Rhein-Lahn-Kreis: Leere Busse und hohe Kosten, in: Blick aktuell, 3.8.2019, unter: [www.blick-aktuell.de/Politik/Leere-Busse-und-hohe-Kosten-402979.html](http://www.blick-aktuell.de/Politik/Leere-Busse-und-hohe-Kosten-402979.html). <sup>126</sup> Bauernschmidt, Eckhard: Kreistagsbeschluss zu ÖPNV ist rechtens, DIE LINKE Kreisverband Ilm-Kreis, ohne Datum, unter: [www.die-linke-ilmkreis.de/aktuell/aktuell/mehr/eckhard-bauernschmidt-kreistagsbeschluss-zum-oepnv-ist-rechtens/](http://www.die-linke-ilmkreis.de/aktuell/aktuell/mehr/eckhard-bauernschmidt-kreistagsbeschluss-zum-oepnv-ist-rechtens/). <sup>127</sup> AfD droht Mitgliedern im Kreistag, in: Thüringer Allgemeine (Arnstadt), 5.4.2019, unter: [www.thueringer-allgemeine.de/leben/vermischtes/afd-droht-mitgliedern-im-kreistag-id225291817.html](http://www.thueringer-allgemeine.de/leben/vermischtes/afd-droht-mitgliedern-im-kreistag-id225291817.html). <sup>128</sup> Busstreit im Ilm-Kreis: Weg frei für Kommunalisierung, in: busblickpunkt Informationen für Busunternehmer, 13.9.2019, unter: [www.busnetz.de/busstreit-im-ilm-kreis-weg-frei-fuer-kommunalisierung/](http://www.busnetz.de/busstreit-im-ilm-kreis-weg-frei-fuer-kommunalisierung/).

Kreistag Heilbronn (Baden-Württemberg) in einem Statement deutlich machte.<sup>129</sup> Wie andere Rechte vor ihnen spendeten die Verordneten verschiedener AfD-Fraktionen Teile ihrer Sitzungsgelder demonstrativ für gemeinnützige Zwecke, so etwa die Kreistagsfraktion Worms-Alzey (Rheinland-Pfalz) für die Corona-Hilfe Alzey,<sup>130</sup> die Kreistagsfraktion Bautzen (Sachsen) an einen Schwimmverein<sup>131</sup> oder die Stadtratsfraktion Hettstedt (Landkreis Mansfeld-Südharz, Sachsen-Anhalt) an einen Tierpark.<sup>132</sup> In einigen Fällen lehnten die Empfänger\*innen die Spenden ab wie die Tafel der Arbeiterwohlfahrt in Bitterfeld.<sup>133</sup> Die AfD-Fraktion Sachsen wollte besonders clever sein, als die Universitätsklinik Dresden 200 Mund-Nasen-Masken aus der Werkstatt eines Modeateliers geschenkt bekam, aber erst durch ein PR-Foto der AfD erfuhr, welche Partei hinter der Spende steckte. Als Reaktion gab die Klinik die Masken an eine Flüchtlingsambulanz weiter.<sup>134</sup> Heu-

te würde die AfD diese Aktion wohl schon allein deswegen nicht wiederholen, weil sie Masken ablehnt.

Seit ihrer Gründung zeigt die AfD, dass sie es mit der Korruptionskritik nicht so genau nimmt, wenn es um ihren eigenen Vorteil geht. Im Zusammenhang mit Wahlkämpfen in verschiedenen Bundesländern wurden mehrere Millionen Postwurfsendungen und einige Tausend Plakate mit AfD-Wahlempfehlungen verteilt. Die eigentlichen Urheber\*innen wurden nicht genannt.<sup>135</sup> Hinzu kommen offenbar schwarze Kassen<sup>136</sup> und illegale Spenden an einzelne Kreisverbände, wie den von Alice Weidel,<sup>137</sup> oder für den Wahlkampf des Bundessprechers Jörg Meuthen,<sup>138</sup> die auch schon Ermittlungsverfahren und Strafzahlungen nach sich zogen. Im November 2020 erließ die Bundestagsverwaltung wegen illegaler Parteispenden Strafbescheide über rund 500.000 Euro. Die Partei lehnt die Zahlung eines Großteils der Strafe ab.<sup>139</sup>

**129** AfD-Kreisverband Heilbronn: Keine Korruption im Kreistag, 18.11.2016, unter: [www.afd hn/p/kreistag-keine-korruption-121.html](http://www.afd hn/p/kreistag-keine-korruption-121.html). **130** AfD-Kreisverband Alzey-Worms: AfD Kreistagsfraktion spendet ihre Aufwandsentschädigung, 10.5.2020, unter: [www.afd-alzey-worms.de/2020/05/10/afd-kreistagsfraktion-spendet-ihre-aufwandsentschaedigung/](http://www.afd-alzey-worms.de/2020/05/10/afd-kreistagsfraktion-spendet-ihre-aufwandsentschaedigung/). **131** Paufler, Sandro: 1.700 Euro für Schwimmverein aus Kamenz, in: WochenKurier, 16.12.2020, unter: [www.wochenkurier.info/sachsen/bautzen/artikel/1700-euro-fuer-schwimmverein-aus-kamenz-77882/](http://www.wochenkurier.info/sachsen/bautzen/artikel/1700-euro-fuer-schwimmverein-aus-kamenz-77882/). **132** AfD-Kreisverband Mansfeld-Südharz: AfD spendet für Tierpark Waldeck, Facebook-Post, 5.10.2020, unter: [www.facebook.com/afd.msh/posts/218295565181727/](http://www.facebook.com/afd.msh/posts/218295565181727/). **133** Czerwonn, Frank: Partei wollte 600 Euro geben. AWO lehnt AfD-Spende für die Tafel Bitterfeld ab, in: Mitteldeutsche Zeitung, 27.4.2020, unter: [www.mz-web.de/bitterfeld/partei-wollte-600-euro-geben-awo-lehnt-afd-spende-fuer-die-tafel-bitterfeld-ab-36609986](http://www.mz-web.de/bitterfeld/partei-wollte-600-euro-geben-awo-lehnt-afd-spende-fuer-die-tafel-bitterfeld-ab-36609986). **134** Redaktionsnetzwerk Deutschland: AfD lässt Masken für Klinik nähen – die fühlt sich ausgenutzt, 26.3.2020, unter: [www.rnd.de/politik/afd-lassst-corona-masken-fur-klinik-naehen-die-fohlt-sich-ausgenutzt-H7HCN6RWVM5HSPDV2TFT25H44IY.html](http://www.rnd.de/politik/afd-lassst-corona-masken-fur-klinik-naehen-die-fohlt-sich-ausgenutzt-H7HCN6RWVM5HSPDV2TFT25H44IY.html). **135** LOBBYPEDIA: Alternative für Deutschland (AfD), ohne Datum, unter: [https://lobbypedia.de/wiki/Alternative\\_f%C3%BCr\\_Deutschland\\_\(AfD\).LobbyControl.Initiative\\_f%C3%BCr\\_Transparenz\\_und\\_Demokratie:Geheime\\_Millionen\\_und\\_der\\_Verdacht\\_illegaler\\_Partispendingen:10\\_Fakten\\_zur\\_intransparenten\\_Wahlkampfhilfe\\_f%C3%BCr\\_die\\_AfD,September\\_2017,unter://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Hintergrundpapier\\_Verdeckte\\_Wahlhilfe\\_AfD.pdf](https://lobbypedia.de/wiki/Alternative_f%C3%BCr_Deutschland_(AfD).LobbyControl.Initiative_f%C3%BCr_Transparenz_und_Demokratie:Geheime_Millionen_und_der_Verdacht_illegaler_Partispendingen:10_Fakten_zur_intransparenten_Wahlkampfhilfe_f%C3%BCr_die_AfD,September_2017,unter://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Hintergrundpapier_Verdeckte_Wahlhilfe_AfD.pdf). **136** Neue Spendenaffäre in der AfD, in: Der Spiegel, 29.11.2019, unter: [www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-neue-spendenaffaere-partei-liess-sich-von-reichen-goennern-finanzieren-a-1298842.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-neue-spendenaffaere-partei-liess-sich-von-reichen-goennern-finanzieren-a-1298842.html). **137** Pittelkow, Sebastian/Riedel, Katja/Wellmann, Georg: Spur zum Umfeld eines Duisburger Millionärs, tagesschau.de, 5.4.2019, unter: [www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-spenden-115.html](http://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-spenden-115.html). **138** Röbel, Sven: AfD muss 400.000 Euro Strafe zahlen, in: Der Spiegel, 16.4.2019, unter: [www.spiegel.de/politik/deutschland/illegale-partefinanzierung-afd-muss-400-000-euro-strafe-zahlen-a-1263017.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/illegale-partefinanzierung-afd-muss-400-000-euro-strafe-zahlen-a-1263017.html). **139** AfD will Strafe von 400.000 Euro nicht bezahlen, SWR aktuell, 20.11.2020, unter: [www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/afd-strafzahlung-spenden-100.html](http://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/afd-strafzahlung-spenden-100.html).

Auch einige legale Großspenden aus der Wirtschaft, unter anderem auch von einem früheren Waffenhändler, gingen an die AfD.<sup>140</sup> Der größte Einzelbetrag, der der AfD bisher zufluss, waren mehr als sieben Millionen Euro aus dem Erbe eines parteilosen Toilettenspülungsingenieurs.<sup>141</sup> Da alle Spendeneinnah-

men durch staatliche Zuschüsse verdoppelt werden, brachte allein diese Zahlung der Partei mehr als 14 Millionen Euro. Auch der mutmaßliche Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke<sup>142</sup> soll ebenso wie ein Mitglied der Wertunion der CDU<sup>143</sup> an die Partei gespendet haben.

### 3.16 VERKEHR/AUTO(FAHRER)LOBBY

Spätestens seit 2018 sind Fahrverbote für bestimmte schadstoffintensive Autos in vielen Städten ein Thema. Einige Gerichte haben geurteilt, dass solche Verbote wegen ständiger Überschreitung von Abgasgrenzwerten zu verhängen sind. Während die Autoindustrie sich mit allerlei Tricks aus ihrer Verantwortung für zu hohe Schadstoffausstöße zu stellen versucht, sprang ihr die AfD mit ihrer Kampagne «Ja zum Diesel!» zur Seite. Die den Urteilen zugrunde liegenden Klagen der Deutschen Umwelthilfe seien eine «ideologisch geprägte Aktion».<sup>144</sup> Schließlich seien die EU-Grenzwerte für Stickoxide viel zu niedrig und eine Gesundheitsgefährdung sei gar nicht erwiesen. Zudem wird zu einem der schärfsten Schwerter der deutschen Politik gegriffen: Die «Diesel-Hysterie»

würde Arbeitsplätze gefährden. Im Fall der geplanten Giga-Factory von Tesla in Grünheide (Landkreis Oder-Spree, Brandenburg), das als Vorzeigeprojekt der Elektroautoindustrie in Europa auch für die Abkehr vom Verbrennungsmotor steht, instrumentalisierte die AfD wiederum den Umweltschutz, um gegen das nicht deutsche Unternehmen vorzugehen. Tatsächlich gibt es Bedenken von Umweltverbänden wegen des hohen Wasserverbrauchs und des damit sinkenden Grundwasserspiegels – in einer Region, die sowieso schon besonders unter Trockenheit leidet. Als die AfD um die örtliche Landtagsabgeordnete und Gemeinderätin Kathleen Muxel versuchte, den Protest gegen den Bau der Fabrik zu dominieren, wurden einige Kundgebungen abgesagt, zum Teil wurde

**140** AfD erhielt Großspende von mutmaßlichem Ex-Waffenhändler aus Bangkok, in: Der Spiegel, 16.1.2019, unter: [www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-parteienfinanzierung-grossspende-von-mutmasslichem-ex-waffenhaendler-aus-bangkok-a-1248416.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-parteienfinanzierung-grossspende-von-mutmasslichem-ex-waffenhaendler-aus-bangkok-a-1248416.html). **141** Redaktionsnetzwerk Deutschland: Damit wurde der AfD-Millionenspender reich, 13.2.2020, unter: [www.rnd.de/wirtschaft/der-afd-millionenspender-wurde-wohl-mit-klospulungen-reich-XYEDAGPWYJCOBPCS3NBE4D6KY4.html](http://www.rnd.de/wirtschaft/der-afd-millionenspender-wurde-wohl-mit-klospulungen-reich-XYEDAGPWYJCOBPCS3NBE4D6KY4.html). **142** EXIF. Recherche und Analyse: Lübcke-Mord: Stephan Ernst und Markus Hartmann auf der AfD-Demo in Chemnitz, 26.9.2019, unter: <https://exif-recherche.org/?p=6417>. **143** EXIF. Recherche und Analyse: «Wertunion»: AfD-Spende und ein Waffenkauf, 12.2.2020, unter: <https://exif-recherche.org/?p=6606>. **144** AfD: Ja zum Diesel – machen Sie mit!, Homepage, ohne Datum, unter: [www.afd.de/ja-zum-diesel/](http://www.afd.de/ja-zum-diesel/).

auch gegen die rechten Unterwanderungsversuche demonstriert.<sup>145</sup>

Die Pro-Diesel-Kampagne der AfD passt gut zu den vielen Anträgen, in denen sie in den Kommunen gegen den Ausbau der Fahrradinfrastruktur und gegen tatsächliche oder behauptete Einschränkungen des Autoverkehrs agitiert. In Berlin-Neukölln beantragte die AfD beispielsweise Schwerpunktkontrollen und Nachschulungen, um «gefährliches Verkehrsverhalten von Radfahrern wirksam bekämpfen» zu können.<sup>146</sup> In mehreren Bezirken ging die Partei mit Anträgen gegen Tempo-30-Zonen vor, die zu Testzwecken eingerichtet worden waren, um die hohe Stickoxidbelastung zu verringern.<sup>147</sup>

Ähnlichen Argumentationen folgte die Schill-Partei in der Hamburger Regierung mit der CDU ab 2001. Schill-Verkehrssenator Mario Mettmann knöpfte sich gleich in den ersten Monaten «rot-grüne Verkehrsschikanen» vor. Die Anzahl von Tempo-30-Zonen wurde verringert, Tempo-100-Regelungen auf Hamburger Autobahnstücken wurden aufgehoben, Poller entfernt und eine nach einem tödlichen Unfall angelegte Busspur wurde in eine Autospur rückverwandelt. Ursprünglich sollten auch Blitzer entfernt werden.<sup>148</sup>

Die wegen der Corona-Pandemie notwendigen Abstandsregelungen können im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nur selten eingehalten werden. Daher wurden in einigen Städten temporäre Pop-up-Radwege eingerichtet, das heißt Fahrspuren zu Radwegen umfunktioniert, um Menschen ohne Motorisierung die Mobilität zu sichern. Die AfD in Berlin klagte dagegen vor dem Verwaltungsgericht und bekam erstinstanzlich recht. Das Oberverwaltungsgericht entschied dann aufgrund einer Beschwerde des Senats, dass die Radwege vorerst bleiben dürfen. Mitte Februar zog die AfD ihre Klage zurück.<sup>149</sup>

Beim Thema ÖPNV sind sich die AfD-Fraktionen im Abgeordnetenhaus Berlin und der Stadtverordnetenversammlung Velten (Landkreis Oberhavel, Brandenburg) offenbar nicht einig. Während die Hauptstadt-AfD in ihrem «Mobilitätskonzept» für die Jahre 2019 bis 2050 einen Ausbau diverser S-Bahn-Strecken, unter anderem der S25 über Velten nach Kremmen fordert, stimmten zwei ihrer drei Veltener Parteifreunde im Februar 2020 für einen Antrag, der die Wiederherstellung genau dieser Strecke ablehnt. Der Ablehnungsantrag von «Pro Vel-

**145** AfD protestiert gegen Tesla-Fabrik in Grünheide, rbb24, 13.6.2020, unter: [www.rbb24.de/wirtschaft/thema/tesla/beitraege/afd-kritisiert-tesla-ansiedlung-und-fuerchtet-folgen-fuer-umwelt.html](http://www.rbb24.de/wirtschaft/thema/tesla/beitraege/afd-kritisiert-tesla-ansiedlung-und-fuerchtet-folgen-fuer-umwelt.html), <https://taz.de/Tesla-und-die-AfD/15669153/>. **146** Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin: Drucksache 0517/XX, 20.2.2018. **147** Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin: Drucksache 0524/V, 13.6.2017. **148** Wipperling, Adriana: Protestparteien in Regierungsverantwortung, Potsdam 2007, S. 219; Carini, Marco/Speit, Andreas: Ronald Schill. Der Rechtssprecher, Hamburg 2002, S. 111 f. **149** AfD-Abgeordneter zieht Klage gegen Pop-up-Radwege zurück, rbb24, 19.2.2021, unter: [www.rbb24.de/politik/beitrag/2021/02/berlin-pop-up-radwege-rechtssicher-klage-verfahren-eingestellt-guenther.html](http://www.rbb24.de/politik/beitrag/2021/02/berlin-pop-up-radwege-rechtssicher-klage-verfahren-eingestellt-guenther.html).

ten» bekam auch die Stimmen der CDU und des NPD-Vertreters und Organisators von Neonazi-Konzerten Robert Wolinski und wurde damit angenommen.<sup>150</sup>

Als Sprecher für ÖPNV der AfD-Fraktion Berlin fungiert übrigens Gun-

nar Norbert Lindemann. Der Verkehrsexperte erkannte im Juli 2020 im Wort «Fahrspurende» in der Überschrift eines Artikels über einen Unfall nicht etwa den Schluss einer Straße, sondern «Genderwahnsinn» wie bei «Studierende».<sup>151</sup>

### 3.17 UMWELT- UND NATURSCHUTZ

Schon die historischen Nationalsozialist\*innen verehrten «die Natur», «die Heimat» und «den deutschen Wald» und sprachen von «Heimatschutz». Der Hundefreund Adolf Hitler war Vegetarier. Heute geben Neonazis Magazine wie *Umwelt & aktiv* (2007 bis 2019) und Leute aus dem Milieu um Identitäre und Ein Prozent das als Nachfolgeprojekt zu bewertende Heft *Die Kehre*<sup>152</sup> heraus und verbreiten per Video vegane Kochtipps. Die NPD-Jugend Junge Nationaldemokraten (JN) organisierte 2007 eine Kundgebung gegen die Genversuchsanlage in Gatersleben (Landkreis Harz, Sachsen-Anhalt) – Motto: «Umweltschutz ist Heimatschutz». Die NPD im Kreistag Harz beantragte Monate später, die Einrichtung einer «gentechnikfreien Region auf freiwilliger Basis durch die Bauern» zu prüfen.<sup>153</sup>

Ähnlich wie der ehemalige US-Präsident Donald Trump ignorieren

viele Reaktionäre die wissenschaftlichen Erkenntnisse und leugnen den Anteil des Menschen am Klimawandel. Im Zusammenhang mit den Klimaschutzzielen des Hessischen Landtags stellt die AfD-Fraktion Rheingau-Taunus fest, dass der Einfluss des Menschen auf Klimaveränderungen nicht wissenschaftlich nachgewiesen sei und die «sogenannten «Klimaschutzziele» abgelehnt werden sollten.<sup>154</sup> Die «maßlose Errichtung» von Windrädern sei außerdem «eine systematische Naturverschandelung und eine nachhaltige Zerstörung unseres kulturellen Lebensraums»,<sup>155</sup> außerdem lebe durch Photovoltaik und Windkraft «nicht ein einziger Eisbär eine einzige Stunde länger».<sup>156</sup>

Spätestens seit dem ersten globalen Klimastreik im Februar 2019 haben Fridays for Future (FFF) den Klimawandel weltweit fest auf der politischen Agenda verankert. Auch

**150** Hackenbruch, Felix: Keine neuen Wohnungen und bitte keinen S-Bahn-Anschluss, in: Der Tagesspiegel, 18.2.2020, unter: [www.tagesspiegel.de/berlin/afd-npd-und-cdu-in-velten-einig-keine-neuen-wohnungen-und-bitte-keinen-s-bahn-anschluss/25555432.html](http://www.tagesspiegel.de/berlin/afd-npd-und-cdu-in-velten-einig-keine-neuen-wohnungen-und-bitte-keinen-s-bahn-anschluss/25555432.html). **151** Queer.de: AfD-Politiker warnt vor Ende der Fahrspur als «Genderwahnsinn», 28.7.2020, unter: [www.queer.de/detail.php?article\\_id=36688](http://www.queer.de/detail.php?article_id=36688). **152** FARN. Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz: Mit Namenswechsel für Volk und Natur?, 30.4.2020, unter: [www.nf-farn.de/namenswechsel-volk-natur](http://www.nf-farn.de/namenswechsel-volk-natur). **153** Der Kreistag Landkreis Harz: Beschlussvorlage 36/2007, 10.8.2007. **154** AfD-Fraktion Rheingau-Taunus: Antrag 06/17, 13.3.2017. **155** AfD-Fraktion Rheingau-Taunus: Antrag der AfD-Fraktion zu römisch III./Kreistagsitzung 4.10.2016. **156** Ebd.

in Deutschland gibt es mittlerweile Hunderte lokale Gruppen der Bewegung. Gegner\*innen greifen die Aktivitäten der FFF auch in Kommunalvertretungen an. Der Kreistag Fulda (Hessen) sollte sich im September 2019 auf Antrag der AfD gegen FFF-Demonstrationen aussprechen, da Schüler\*innen durch einen möglichen Kontakt «mit linksextremistischen Kräften» gefährdet seien.<sup>157</sup> Im Stadtrat Buxtehude (Landkreis Stade, Niedersachsen) stellte eine AfD-Rätin eine Anfrage zur Anzahl der wegen der FFF ausgefallenen Schulstunden.<sup>158</sup> Die AfD-Fraktion in Dessau-Roßlau (Sachsen-Anhalt) nutzte ihre Seite im Amtsblatt im September 2019, um FFF als «Greta-Thunberg-Fan-Gemeinde!» und «Klima-Hüpfer» zu beleidigen und auf niedrigstem Niveau den menschengemachten Klimawandel zu leugnen. Im Folgemonat hatte die FFF-Ortsgruppe die Gelegenheit, auf der Amtsblatt-Seite der LINKEN eine Richtigstellung zu veröffentlichen.<sup>159</sup> Als im Jahr 2016 Umweltaktivist\*innen von Ende Gelände mit einer Massenaktion gegen den Braunkohleabbau in der Lausitz protestierten,

bekamen sie nicht nur die Repression der Polizei zu spüren. Ermutigt durch eine vorausgegangene Kampagne, mit der in der Region Angst vor «den Chaoten» geschürt worden war,<sup>160</sup> griffen Neonazis und teilweise auch Teilnehmer\*innen von Aktionen der lokalen Bürgerinitiative Pro-Kohle Journalist\*innen und Klimaschützer\*innen tötlich an.<sup>161</sup> Auch im Vorfeld von Folgeaktionen 2019 gab es wieder Drohungen von Neonazis.<sup>162</sup> Ein gegen die Klimaaktivist\*innen in der Lausitz gerichtetes Graffito sorgte außerdem für einen handfesten Polizeiskandal in zwei Akten: Eine Gruppe von Bereitschaftspolizist\*innen, die zum «Großeinsatz» im November 2019 in der Lausitz waren, postete ein Foto in den sozialen Medien, das sie vor einer gegen Klimaproteste gerichteten Wandsprüherei zeigt.<sup>163</sup> Als Polizist\*innen beauftragt wurden, den Schriftzug zu entfernen, taten sie dies nur teilweise: Sie ließen die Buchstaben «DC» neben zwei Krebs-Symbolen stehen und bezogen sich damit offen auf das Nazi-Kürzel «Defend Cottbus».<sup>164</sup> Als die Aktionen von Ende Gelände zur Rettung des Hambacher Forsts

**157** AfD-Antrag zu «Fridays for Future» sorgt für großen Ärger bei den anderen Fraktionen, in: Fuldaer Zeitung, 18.9.2019, unter: [www.fuldaerzeitung.de/fulda/afd-antrag-fridays-future-sorgt-grossen-aerger-anderen-fraktionen-13665276.html](http://www.fuldaerzeitung.de/fulda/afd-antrag-fridays-future-sorgt-grossen-aerger-anderen-fraktionen-13665276.html). **158** AfD-Kreisverband Stade: Anfrage zu «Fridays for Future», 25.6.2019, unter: [www.afd-landkreis-stade.de/kommunalwahl-2016/stadtrat-buxtehude/aktuelles-aus-dem-stadtrat/2111-25-06-2019-anfrage-zu-friday-for-future](http://www.afd-landkreis-stade.de/kommunalwahl-2016/stadtrat-buxtehude/aktuelles-aus-dem-stadtrat/2111-25-06-2019-anfrage-zu-friday-for-future). **159** Amtsblatt der Stadt Dessau-Roßlau September 2019, S. 46 bzw. Oktober 2019, S. 41, unter: <https://verwaltung.dessau-rosslau.de/stadt-buerger/amtsblatt-bekanntmachungen/pressearchiv/amtsblatt/amtsblatt-2019.html>. **160** Koester, Elsa: Nach Übergriffen bei «Ende Gelände»: Polizei setzt Nazis fest, in: neues deutschland, 17.5.2016. **161** Rechte Gewalteskalation während der «Ende Gelände»-Proteste durch die Landespolitik totgeschwiegen, inforiot, 7.6.2016, unter: <https://inforiot.de/rechte-gewalteskalation-waehrend-der-ende-gelaende-proteste-durch-die-landespolitik-totgeschwiegen/>. **162** Giessler, Dennis: Nazis bedrohen Klimaaktivist\*innen, in: taz. die tageszeitung, 27.11.2019, unter: <https://taz.de/Braunkohleproteste-in-der-Lausitz/15640609/>. **163** Polizisten wegen Graffiti-Foto von Einsatz bei Klimaprotest abgezogen, Zeit Online, 29.11.2019, unter: [www.zeit.de/politik/deutschland/2019-11/lausitz-klimaproteste-polizisten-graffiti-foto](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-11/lausitz-klimaproteste-polizisten-graffiti-foto). **164** Noffke, Oliver: Disziplinarverfahren gegen Polizisten wird umfangreicher, rbb24, 2.12.2019, unter: [www.rbb24.de/studiocottbus/politik/2019/12/cottbus-polizisten-graffito-ende-gelaende-dc-rechte-symbole.html](http://www.rbb24.de/studiocottbus/politik/2019/12/cottbus-polizisten-graffito-ende-gelaende-dc-rechte-symbole.html).

im Kreis Düren (Nordrhein-Westfalen) vor einer Abbaggerung für den Tagebau im Herbst 2018 ihren Höhepunkt erreichten, schlugen sich Politiker\*innen der AfD unter ande-

rem im Kreistag Paderborn auf die Seite des Energiekonzerns RWE.<sup>165</sup> Die AfD im Landtag sprach von einer «Hetzjagd» von «vermummten Öko-Hooligans».<sup>166</sup>

### 3.18 LAND-, JAGD- UND FORSTWIRTSCHAFT

Seit vielen Jahren gibt es immer wieder Proteste von Landwirt\*innen, etwa gegen Milchdumpingpreise oder für höhere Subventionen. In letzter Zeit stehen häufig Umweltauflagen im Fokus der Kritik. Verbote von Pestiziden, Kükenschreddern, Antibiotikaeinsatz oder Überdüngung werden von den Organisator\*innen der Demonstrationen nicht als notwendig, sondern als fundamentaler Angriff auf ihren Berufszweig angesehen. In ihrer ablehnenden Argumentation gehen sie so weit, dass selbst die agrarlobby-freundliche CDU/CSU auf Distanz ging. Als einzige Bundestagspartei unterstützte im Herbst 2019 die AfD die Forderungen der «unabhängigen» Bauernvereinigung «Land schafft Verbindung» (LSV) wie etwa die, «Insektenschutz, Klimaschutz und Gewässerschutz» «wissenschaftlich basiert und ideologiefrei zu betreiben». Sie könnte tatsächlich von der AfD stammen.<sup>167</sup> Ansprechpartner für eine LSV-Demonstration im Oktober 2019 in

Bonn war Walter Peters, der 2014 für die AfD in den Kreistag Düren (Nordrhein-Westfalen) gewählt worden war. Er trat zwar nach der Abwahl Luckes aus der Partei aus, findet aber nach wie vor, «Menschen hätten nicht viel Einfluss auf den Klimawandel», wie er der Tageszeitung *taz* gegenüber sagte.<sup>168</sup> Im Jahr 2020 trat er als Einzelbewerber erfolglos wieder für den Kreistag Düren an.

Im Juni 2020 formten bei einer Demonstration von Landwirt\*innen in Oldenswort (Nordfriesland, Schleswig-Holstein) Hunderte Traktoren das Symbol der damals schon von Nationalsozialist\*innen dominierten «Landvolk»-Bewegung der 1920er Jahre, aus deren Reihen zu jener Zeit sogar Bombenanschläge verübt worden waren.<sup>169</sup>

Nicht nur wegen des Waffenrechts sind auch in der Jagd- und Forstwirtschaft rechte Positionierungen sichtbar. Im Gegensatz zur Corona-Verharmlosung wurden die Gefahren des Virus der für Menschen

<sup>165</sup> AfD-Kreisverband Paderborn: Grüne Heuchelei zum Hambacher Forst im Kreistag, 18.9.2018, unter: [www.afd-kv-paderborn.de/index.php/ct-menu-item-1/beitraege/45-mehr-wuerde-fuer-pfandflaschen-sammeler](http://www.afd-kv-paderborn.de/index.php/ct-menu-item-1/beitraege/45-mehr-wuerde-fuer-pfandflaschen-sammeler). <sup>166</sup> AfD-Fraktion NRW: Hambacher Forst – Rechtsfreier Raum, ohne Datum, unter: <https://afd-fraktion.nrw/2018/09/15/hambacher-forst-rechtsfreier-raum/>. <sup>167</sup> Land schafft Verbindung Deutschland: Presseinformation, 6.11.2019, unter: [https://landschaftverbindung.de/wp-content/uploads/2019/11/PM\\_HH-UMK\\_061119\\_final.pdf](https://landschaftverbindung.de/wp-content/uploads/2019/11/PM_HH-UMK_061119_final.pdf). <sup>168</sup> Maurin, Jost: Die dicksten Kartoffeln, in: *taz. die tageszeitung*, 17.10.2019, unter: <https://taz.de/Grosse-Bauernproteste-auf-AfD-Linie/15633870/>. <sup>169</sup> Maurin, Jost: Symbol von Naziwegbereitern, in: *taz. die tageszeitung*, 15.6.2020, unter: <https://taz.de/Bauernprotest-in-Schleswig-Holstein/15689633/>.

harmlosen, für Schweine aber tödlichen Afrikanischen Schweinepest (ASP) schon Jahre vor dem ersten Infektionsfall in Deutschland thematisiert.<sup>170</sup> Implizit wird damit wieder einmal auf einen Feind von außen abgestellt, nämlich aus dem vermeintlich rückständigen Afrika, das nicht nur die Kultur, sondern auch Natur und Landwirtschaft in Europa in Gefahr bringe. Zum Schutz der Nutzscheine vor dem Virus und vor präventiven Massenschlachten werden unter anderem Abschüsse ganzer Schwarzwildbestände, mindestens aber die Einführung einer Abschussprämie<sup>171</sup> gefordert. Als sich 2006 die Vogelgrippe H5N1 ausbreitete, ging der russische Ultranationalist Wladi-

mir Schirinowski noch weiter, als er forderte, alle aus der Türkei zurückkehrenden Zugvögel abzuschießen. «Die Vögel sollen da bleiben, wo sie sind», meinte er damals.<sup>172</sup>

Auch bei einem anderen Thema wurde und wird – nicht zuletzt, um sich als Kämpfer für die Interessen von Nutztierhalter\*innen darzustellen – Bejagung gefordert. Die AfD im Kreistag Harburg (Niedersachsen) wollte per Resolution Wölfe bejagen lassen, da deren Population zu groß sei.<sup>173</sup> Auch andernorts wurde das Thema aufgegriffen.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Themen der Ernährung, Tierhaltung und des Artenschutzes gern als Vehikel für rassistische Ausfälle genutzt und notorisch breitgetreten werden.

### 3.19 INTERNATIONALES/EUROPÄISCHE UNION

Die EU wird von praktisch allen völkisch-nationalistischen Parteien abgelehnt. Sie gilt ihnen als Symbol für eine «Fremdbestimmung» der «Deutschen». Nicht von ungefähr war das Thema EU das Gründungsthema der AfD. In den vergangenen Jahren wurde diese Haltung etwa durch den Brexit, also den Austritt Großbritanniens aus der EU, und nicht zuletzt durch die aggressiv-protektionistische Politik des

damaligen US-Präsidenten Donald Trump bestärkt. Selbst ein «Dexit», also der Austritt Deutschlands aus der EU, wurde ernsthaft diskutiert.

Auch aus linker Sicht gibt es berechtigte Kritik an multilateralen Abkommen und Organisationen. So geht zum Beispiel das Pariser Klimaabkommen ganz offensichtlich nicht weit genug. Der AfD hingegen geht es viel zu weit. Abgeordnete der Partei nennen die Klimaaktivistin Greta

**170** AfD-Fraktion Landtag Sachsen-Anhalt: Afrikanische Schweinepest breitet sich an Deutschlands Grenzen aus, ohne Datum, unter: [www.afdfraktion-lsa.de/afrikanische-schweinepest-auf-dem-vormarsch-nach-sachsen-anhalt-afd-landtagsfraktion-kaempft-fuer-seuchenprophylaxe/](http://www.afdfraktion-lsa.de/afrikanische-schweinepest-auf-dem-vormarsch-nach-sachsen-anhalt-afd-landtagsfraktion-kaempft-fuer-seuchenprophylaxe/). **171** Apel, Daniela: Abschussprämie für Wildschweine?, in: Volksstimme, 9.10.2020, unter: [www.volksstimme.de/lokal/zerbst/schweinepest-abschusspraemie-fuer-wildschweine](http://www.volksstimme.de/lokal/zerbst/schweinepest-abschusspraemie-fuer-wildschweine). **172** Schmitt, Stefan: Forscher zweifeln Zugvogelthese an, in: Der Spiegel, 4.3.2006, unter: [www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/ausbreitung-von-h5n1-forscher-zweifeln-an-der-zugvogel-these-a-403367.html](http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/ausbreitung-von-h5n1-forscher-zweifeln-an-der-zugvogel-these-a-403367.html). **173** Landkreis Harburg: Vorlage Wölfe im Landkreis Harburg, Resolutionsantrag der AfD-Fraktion vom 25.7.2018, VA0454/2018.

Thunberg, die für die Einhaltung und dringend notwendige Ausweitung des Abkommens eintritt, denn auch ein «geistig krankes, behindertes Mädchen».<sup>174</sup>

Auf kommunaler Ebene scheint internationale und EU-Politik – abgesehen beispielsweise von Städtepartnerschaften – kaum eine Rolle zu spielen. Allerdings steht ein Großteil der Kommunalfinanzen über die diversen Fördertöpfe mit

dem EU-Haushalt in Verbindung. Und viele gesetzliche Regelungen, die in den Kommunen umgesetzt werden, gehen auf Entscheidungen der EU zurück, so etwa im Vergabe-recht oder beim Verbraucher- und Klimaschutz. Auch diese Hintergründe sollten linke Kommunalpolitiker\*innen in ihrem jeweiligen Politikfeld kennen, um gegen rechte Argumentationen gewappnet zu sein.

### 3.20 ASYL/GEFLÜCHTETE/MIGRATION

Seit vielen Jahren ist der Themenkomplex Asyl/Geflüchtete/Migration für die völkische Rechte zentral. Rechte Kräfte von Pegida über AfD bis hin zur Identitären Bewegung beziehen sich auf den Verschwörungsmythos vom «großen Austausch», der behauptet, es finde ein von «fremden Mächten» inszenierter Bevölkerungsaustausch statt, in dem «Deutsche» durch «Ausländer» verdrängt werden sollen. Wie der Rechtsextremismusforscher Matthias Quent beschreibt, widerspricht die hinter dieser Idee stehende Annahme, dass es eine homogene Bevölkerung gebe, die «überfremdet» werden könne, dem Grundgesetz, das pluralistisch ist, und ist allein deshalb schon verfassungswidrig. Außerdem leiten sich unsere Rech-

te nicht aus der Abstammung ab, es sind vielmehr Rechte, die uns als Menschen und Staatsbürger\*innen zukommen.<sup>175</sup> Einer der wichtigsten Wegbereiter und prominenten Vertreter entsprechender Thesen ist der einstige Berliner SPD-Spitzenpolitiker Thilo Sarrazin, der in seinem Buch «Deutschland schafft sich ab» behauptet, «Deutschland» sterbe bald aus, da Migrant\*innen mehr Kinder kriegen würden als «Deutsche». Dabei werden angebliche «eugenische» und/oder kulturelle Unterschiede ins Feld geführt, die vor allem muslimische Menschen in rassistischer Weise außerhalb der «deutschen» Gesellschaft verorten.<sup>176</sup> Rechte sehen sich selbst meist als Verteidiger des «christlichen Abendlands» und wollen ins-

174 «Geistig krankes, behindertes Mädchen»: AfD-Mann poltert heftig gegen Greta Thunberg, in: Merkur, 28.7.2020, unter: [www.merkur.de/politik/greta-thunberg-afd-lindemann-kritik-krankheit-asperger-vw-zr-13372745.html](http://www.merkur.de/politik/greta-thunberg-afd-lindemann-kritik-krankheit-asperger-vw-zr-13372745.html). 175 Büüsker, Ann-Kathrin: Gespräch mit Matthias Quent. «Wir haben feste rechtsextreme Strukturen», Deutschlandfunk, 18.3.2019, unter: [www.deutschlandfunk.de/vernetzung-von-rechtsradikalen-und-neonazis-wir-haben-feste.694.de.html?dram:article\\_id=443876](http://www.deutschlandfunk.de/vernetzung-von-rechtsradikalen-und-neonazis-wir-haben-feste.694.de.html?dram:article_id=443876). 176 Friedrich, Sebastian: Zehn Jahre – Sarrazins Thesen prägen, ZAPP, 26.8.2020, unter: [www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/Zehn-Jahre-Sarrazins-Thesen-praegen,sarrazin166.html](http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/Zehn-Jahre-Sarrazins-Thesen-praegen,sarrazin166.html).

besondere die Einwanderung muslimischer Menschen verhindern.

Während die AfD, wie übrigens auch Teile der CDU, einen Aufnahmestopp von Geflüchteten – Stichwort «Obergrenze» – und mehr Abschiebungen fordert, fahren Aktive der Identitären Bewegung an die EU-Außengrenzen und versuchen dort, gewaltsam gegen Geflüchtete und Unterstützer\*innen vorzugehen.<sup>177</sup> Insbesondere die vorübergehende Grenzöffnung durch Bundeskanzlerin Merkel im Jahr 2015 für Geflüchtete aus Syrien, die in Ungarn gestrandet waren, wird als «verfassungswidrig» dargestellt und von praktisch allen rechten Akteur\*innen als Angriffsziel geteilt.

Seit dem Höhepunkt, den die Debatte um das Recht auf Asyl, um Geflüchtete, (Arbeits-)Migration und den Einfluss des Islams auf Einwanderungsgesellschaften 2015 erlebte, sprechen von «Asylflut», «Asylmissbrauch» und Deutschland als angeblichem «Sozialamt der Welt» nicht nur NPD und Co., sondern auch Teile der Unionsparteien.

Die Forderungen nach Grenzschließungen wurden von der CDU 2016 mit der Änderung des Asylpakts I und II faktisch durchgesetzt. Mit den neuen Regelungen, die das Asylrecht massiv beschneiden, wird der Nachzug von Familien stark eingeschränkt, mehr Staaten sind zu

sogenannten sicheren Drittstaaten erklärt, Asylverfahren verkürzt und Abschiebeverfahren deutlich verschärft worden.

Die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten ist in den Kommunen weiterhin ein umkämpftes Thema. Nachdem sich im Frühjahr 2020 mehrere Kommunen für die Aufnahme minderjähriger Geflüchteter aus Griechenland entschieden hatten, verließen bei einer solchen Abstimmung im Chemnitzer Stadtrat die Fraktionsmitglieder von AfD und Pro Chemnitz einfach den Saal, um den Rat beschlussunfähig zu machen.<sup>178</sup> Angesichts von Wohnraumangel und den zu geringen Beständen kommunaler Wohnungs(bau)gesellschaften oder -genossenschaften ist entsprechender Wohnraum oft nur durch Umwidmungen und Neubauten zu schaffen. Die AfD versucht mit allen denkbaren Mitteln, diese Bemühungen zu stören oder als «Ausverkauf» zu denunzieren. Mit wachsendem Fachwissen werden Regelungen des Baurechts gegen geplante Unterkünfte wie MUFs («Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge») eingesetzt. In der Stadtverordnetenversammlung in Velten (Landkreis Oberhavel, Brandenburg) wurde in einem Antrag von Pro Velten ein Baustopp von Projekten mit mehr als 50 Wohneinheiten gefordert und mit den Stimmen von

**177** Ayyadi, Kira: IB-Aktivist Mario Müller und NPD-Mann wollen «Europa verteidigen», Belltower news, 6.3.2020, unter: [www.belltower.news/rechtsextremer-grenzschutz-auf-lesbos-ib-aktivist-mario-mueller-und-npd-mann-wollen-europa-verteidigen-96741/](http://www.belltower.news/rechtsextremer-grenzschutz-auf-lesbos-ib-aktivist-mario-mueller-und-npd-mann-wollen-europa-verteidigen-96741/). **178** Lummer, Benjamin: AfD und Pro Chemnitz scheitern im Stadtrat mit Aktion gegen Flüchtlingsaufnahme, in: Freie Presse, 29.4.2020, unter: [www.freiepresse.de/chemnitz/afd-und-pro-chemnitz-scheitern-im-stadtrat-mit-aktion-gegen-fluechtlingsaufnahme-artikel10783173.html](http://www.freiepresse.de/chemnitz/afd-und-pro-chemnitz-scheitern-im-stadtrat-mit-aktion-gegen-fluechtlingsaufnahme-artikel10783173.html).

AfD, NPD und CDU durchgesetzt (→ 3.3 Sozialpolitik). Das Ziel, den Zuzug von Berliner\*innen ins Umland zu verhindern, wird dabei mit dem Zuzug von «Menschen mit Migrationshintergrund» gekoppelt: Eine AfD-Abgeordnete verlas einen Artikel, in dem es hieß, dass mehr als 40 Prozent all jener, die in den vergangenen Jahren nach Velten gekommen sind, einen Migrationshintergrund hätten.<sup>179</sup> Der CDU Politiker Walter Lübke wurde massiv bedroht und schließlich ermordet, weil er sich als Vertreter der Landesregie-

rung bei einer Bürgerversammlung der hessischen Gemeinde Lohfelden für die Errichtung einer Erstaufnahmeunterkunft für Geflüchtete vor Ort eingesetzt hatte.<sup>180</sup>

In manchen Fällen entdecken NPD oder AfD auch ihr Herz für den Umweltschutz, indem sie die Rodung von Bäumen für die Baulandgewinnung<sup>181</sup> oder das Vorkommen seltener Pflanzen thematisieren, um gegen geplante Geflüchtetenunterkünfte vorzugehen. Nahezu jedes Thema wird mit Asyl, Geflüchteten und/oder dem Islam verbunden.

<sup>179</sup> Blankennagel, Jens: Brandenburger Linke wirft CDU Kooperation mit AfD und NPD in einem Stadtparlament vor, in: Berliner Zeitung, 14.2.2020, unter: [www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/linke-wirft-cdu-eine-kooperation-mit-afd-und-npd-in-einem-stadtparlament-vor-li.76099](http://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/linke-wirft-cdu-eine-kooperation-mit-afd-und-npd-in-einem-stadtparlament-vor-li.76099). <sup>180</sup> Biermann, Kai/Thurm, Frida: Fall Walter Lübke: Angestachelt zur Gewalt, Zeit Online, 18.6.2019, unter: [www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-06/walter-luebcke-hass-hetze-bedrohungen-drohbriefe-rechtsextremismus](http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-06/walter-luebcke-hass-hetze-bedrohungen-drohbriefe-rechtsextremismus). <sup>181</sup> Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf, Drucksache 0135/V, 8.2.2017.



## GESCHICHTLICHER RÜCKBLICK

Die extrem Rechte kann nahtlos an die rassistischen Kampagnen, die auch von anderen konservativen Parteien geführt worden sind, anknüpfen. Die in Bayern noch aktiven Bürgerinitiativen Ausländerstopp (BIA) gehen auf gleichnamige NPD-nahe Gruppen zurück, die im Zuge der Debatten um die Bundestagswahl 1980 gegründet worden waren. Damals versuchten CDU und CSU auf Grundlage von Untersuchungen von Meinungsforscher\*innen, eine «ausländerkritische Haltung in der Bevölkerung» zu bedienen. Im Programm der Regierung des neu gewählten Kanzlers Helmut Kohl hieß es Ende 1982: «Deutschland ist kein Einwanderungsland.» Seitdem sind nicht nur aus völkischen Kreisen Worte wie «Überflutung», «Sozialparadies Bundesrepublik Deutschland», «Asylmissbrauch», «Scheinasylanten» oder «Asylbetrüger» zu hören. Der damalige bayerische Innenminister Edmund Stoiber (CSU) drohte unionsinternen Gegner\*innen einer entsprechenden, schon damals diskutierten Grundgesetzänderung 1986 mit dem Bruch der Zusammenarbeit zwischen den Schwesterparteien. Die Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes, also die faktische Abschaffung des Asyl-

rechts, kam dann 1993 nach jahrelangen pogromartigen Ausschreitungen gegen Geflüchtete und andere (tatsächliche und vermeintliche) Nichtdeutsche mit zahlreichen Toten zustande. Dem sogenannten Asylkompromiss stimmten im Bundestag auch SPD und FDP zu.

Quellen: Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, S. 249 f. u. 266 ff.

### 3.21 FEINDBILD ISLAM

Der Islam ist spätestens seit der in Teilen völlig überzogenen Sicherheitsdebatte infolge der Anschläge vom 11. September 2001 wieder eines der Hauptthemen der extremen Rechten. Antimuslimischer Rassismus findet sich dementsprechend auch im Grundsatzprogramm der AfD, das auf dem Stuttgarter Bundesparteitag 2016 beschlossen wurde. Im Programm wird antimuslimischer Rassismus als «Religionskritik» bemängelt. Sehr deutlich heißt es: «Der Islam gehört nicht zu Deutschland und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.»<sup>182</sup> Hinter dieser dramatischen Beschworung verschwindet die nachfolgende Feststellung, dass viele Muslim\*innen «rechtstreu und integriert» leben. Zudem ist im Anschluss die

Rede von islamischen Parallelgesellschaften und «Scharia-Richtern». Minarette und Rufe des Muezzins werden im Parteiprogramm des Weiteren als islamische Herrschaftssymbole bezeichnet. Damit erfährt der Islam eine Dämonisierung und wird als gefährlicher Gegenpol zu den angeblich «jüdisch-christlichen» Grundlagen und zur freiheitlich demokratischen Grundordnung konstruiert. Ein solches Othering<sup>183</sup> ist typisch für rassistische Meinungsmuster.

#### 3.21.1 Sakralbauten

Das schlägt sich in rechter Kommunalpolitik häufig in gezielter Agitation gegen (geplante) muslimische Sakralbauten, Kulturvereine oder Friedhöfe nieder. Die thüringische AfD-Landtagsabgeordnete Corinna Herold etwa thematisierte als Stadträtin von Erfurt mehrfach den Neubau einer Moschee im Erfurter

<sup>182</sup> Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der AfD, 2016, unter: [www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm\\_AfD\\_Druck\\_Online\\_190118.pdf](http://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf). <sup>183</sup> Othering bezeichnet einen Prozess des Anders- oder Fremdmachens von Gruppen und der Hierarchisierung von Unterschieden. Im Rassismus wird dabei die Wir-Gruppe als emanzipiert, aufgeklärt oder tolerant aufgewertet, während andere Gruppen wie beispielsweise Muslim\*innen als rückständig oder antimodern pauschal abgewertet werden.

Stadtteil Marbach. Ihre Anfrage zum Bearbeitungsstand der Bauvoranfrage der Moschee bezog sich unter anderem auf die Höhe des geplanten Minaretts und der Finanzierung des Baus.<sup>184</sup> An Aktionen der gegen die Moschee gerichteten «Initiative Erfurt zeigt Gesicht» nahmen regelmäßig Aktivist\*innen der NPD, wie zum Beispiel die Spitzenkandidatin zur Landtagswahl 2019, Antje Vogt, teil.

In Kaufbeuren im Allgäu (Bayern) richtete sich ein Bündnis mit dem Namen «Kaufbeurer Bürger gegen den Neubau einer Ditib-Moschee» um Michael Stürzenberger, der der Bundesvorsitzende der inzwischen aufgelösten Kleinstpartei Die Freiheit war und sich als Autor des muslimfeindlichen Blogs «Politically Incorrect» (PI-News) einen Namen gemacht hat, sowie den Schatzmeister des örtlichen AfD-Kreisverbands Wolfgang Rotter und andere Rechte gegen den Bau einer Moschee des als Erdoğan-nah geltenden Verbandes DİTİB.<sup>185</sup> In diesem Fall gab es im Sommer 2018 sogar einen Bürgerentscheid, den die Moscheegegner\*innen gewannen.<sup>186</sup> Auf den Unterschriftenlisten für den Entscheid standen auch 27 Verstorbene, was zu Ermittlungen wegen Urkundenfälschung führte.<sup>187</sup>

### 3.21.2 Ernährung, Tierhaltung und Artenschutz

Ob es um angebliche Diebstähle von Ziegen aus Tierparks oder den islamischen Fleischer um die Ecke geht: Das rituelle Schächten wird von Rassist\*innen als Beleg für den barbarischen Charakter des Islams herangezogen. Im Nationalsozialismus wurde das Schächten im Judentum ähnlich thematisiert und verfolgt.

Die AfD forderte in ihrem Bundestagswahlprogramm 2017 die ersatzlose Streichung des Paragraphen 4a Absatz 2 Nummer 2 des Tierschutzgesetzes, in dem für «Angehörige bestimmter Religionsgemeinschaften» Ausnahmen vom betäubungslosen Ausbluten von Tieren geregelt sind. Zu diesen Religionsgemeinschaften zählt neben dem Islam auch das Judentum.

Der Tod von Schweinen stellt hingegen offenbar kein Problem dar, im Gegenteil: Sie werden aus rechter Perspektive zu wenig gegessen. Zunehmend beziehen sich völkische Nationalist\*innen in den Kommunalvertretungen auf den Verschwörungsmythos, dass die «Islamisierung Deutschlands» zum Verbot von Schweinefleisch führe. Vor allem die vermeintliche Indoktrination von Kindern und Jugendlichen durch die angebliche Änderung der Speisepläne

<sup>184</sup> Stadtrat Erfurt, Drucksachen 0968/16 (11.5.2016) und 2642/16 (2.12.2016). <sup>185</sup> «Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.» (türkisch: Diyanet İşleri Türk İslam Birliği). <sup>186</sup> Lipp, Sebastian: Rechtsradikale jubeln – und verschärfen den Ton nach Bürgerentscheid, Allgäu rechtsaußen, 2.8.2018, unter: <https://allgaeu-rechtsausen.de/2018/08/02/kaufbeuren-moschee-rechtsradikale-jubeln-und-verschaerfen-ton-nach-buergerentscheid/>. <sup>187</sup> Stein, Timo: 27 Tote stimmen für Bürgerentscheid gegen Moscheeneubau in Kaufbeuren, watson.de, 20.8.2018, unter: [www.watson.de/deutschland/bayern/563372071-27-tote-stimmen-fuer-buergerentscheid-gegen-moscheeneubau-in-kaufbeuren](http://www.watson.de/deutschland/bayern/563372071-27-tote-stimmen-fuer-buergerentscheid-gegen-moscheeneubau-in-kaufbeuren).

in Kitas und Schulen ist Ziel von Anfragen und Anträgen. In Celle beantragte die AfD im Mai 2018, dass in Kitas und Grundschulen weiter bzw. wieder Schweinefleisch angeboten werden solle. Der Stadtrat lehnte das Gesuch ab. Der CDU-Fraktionschef kommentierte launig: «Den angekündigten Antrag der AfD braucht kein Schwein.»<sup>188</sup> In Offenbach (Hessen) begründete die AfD-Fraktionsvorsitzende einen ähnlichen Antrag damit, dass sich «nicht nach den Befindlichkeiten der ausländischen Mitbürger» gerichtet werden dürfe: «Wir leben nun mal in Deutschland. Wem es nicht passt, muss es nicht essen.»<sup>189</sup> In Berlin-Neukölln fragte eine fraktionslose AfD-Verordnete, ob «in Neuköllner Grundschulkantinen die Scharia» gelte. Noch drastischer äußerte sich die Landtagsabgeordnete Christel Weißig (Ex-AfD, heute Freie Wähler Mecklenburg-Vorpommern): Sie forderte ein «Pflicht-Essen» von Schweinefleisch durch Migrant\*innen an der Grenze.<sup>190</sup> Das Thema ist kein rein deutsches Phänomen. Die an der dänischen Regierung beteiligte völkisch-nationalistische Dansk Folkeparti (DF, Dänische Volkspartei) brachte im Stadtrat von Randers einen Antrag durch, der städtische Einrichtungen zwingt, in ihren Kantinen immer auch Schweinefleisch anzubieten.

Auch das islamische Zuckerfest ist der extrem Rechten ein Anlass, ihren antimuslimischen Rassismus aktionistisch zu zeigen. Das Fest zum Fastenbrechen am Ende des Ramadan-Monats wird im Türkischen als Ramazan-Fest bezeichnet. Als am 8. Juni 2019 in Chemnitz ein interkulturelles und interreligiöses Zuckerfest veranstaltet wurde, lud die extrem rechte Gruppe Pro Chemnitz aus Protest zu einem Grillfest ein. Das Grillgut bestand aus einem Schwein – ein gezielter Affront, da gläubige Muslim\*innen kein Schweinefleisch verzehren.<sup>191</sup> Bereits am 10. August 2013 wollte ein städtischer Jugend- und Kulturtreff in Oberursel (Hochtaunuskreis, Hessen) das Fest zum Ende des Fastenmonats Ramadan feiern. Der muslimfeindliche Blog «Politically Incorrect» (PI-News) skandalisierte die Planung unter der Überschrift «Oberursel: Grillen nach «muslimischer Art»». In dem Artikel wird demagogisch gemutmaßt, dass es nicht bekannt sei, ob mit «muslimischer Art» «zu später Stunde das allseits beliebte Messern oder das Treten auf die Köpfe der ggf. anwesenden autochtonen Gäste»<sup>192</sup> gemeint sei. Darüber hinaus wird den Leser\*innen nahegelegt, ihre Meinung dem sozialdemokratischen Bürgermeister der Stadt, Hans-Georg Brum,

**188** Ende, Michael: Im Celler Rat geht's um die Wurst, in: Cellesche Zeitung, 6.3.2018, unter: [www.cellesche-zeitung.de/Celle/Aus-der-Stadt/Celle-Stadt/Im-Celler-Rat-geht-s-um-die-Wurst](http://www.cellesche-zeitung.de/Celle/Aus-der-Stadt/Celle-Stadt/Im-Celler-Rat-geht-s-um-die-Wurst). **189** Dahmer, Matthias: Kulturkampf mit Schweinefleisch, Offenbach-Post Online, 4.2.2017, unter: [www.op-online.de/offenbach/kulturkampf-schweinefleisch-afd-antrag-offenbach-7364213.html](http://www.op-online.de/offenbach/kulturkampf-schweinefleisch-afd-antrag-offenbach-7364213.html). **190** Speit, Andreas: Rechte dürfen mitspielen, in: taz, die tageszeitung, 12.11.2016. **191** Rechtsextreme grillen – Polizei schreitet ein, in: Sächsische Zeitung: 10.6.2019, unter: [www.saechsische.de/rechtsextreme-grillen-polizei-schreitet-ein-5081141.html](http://www.saechsische.de/rechtsextreme-grillen-polizei-schreitet-ein-5081141.html). **192** Oberursel: Grillen nach «muslimischer Art», PI-News, 25.7.2013, unter: [www.pi-news.net/2013/07/oberursel-grillen-nach-muslimischer-art/](http://www.pi-news.net/2013/07/oberursel-grillen-nach-muslimischer-art/).

kundzutun. Dieser bekam denn auch E-Mails mit Beschwerden. Das Fest wurde schließlich mit der Begründung «Personalmangel» abgesagt.<sup>193</sup>

### 3.21.3 Sport

Auch den Sport sehen Kommunalpolitiker\*innen vom Islam bedroht. In den Stadtrat von Koblenz (Rheinland-Pfalz) brachten CDU und Freie Wähler im Dezember 2018 den Antrag ein, in die neu zu beschließende Haus- und Badeordnung in den

städtischen Schwimmbädern einen Passus aufzunehmen, der gestattete Bekleidung aufzählt. Bewusst nicht erwähnt wurden dabei Burkinis, also von vielen Musliminnen getragene Ganzkörperbadeanzüge, weil nicht zu sehen sei, ob die Trägerin offene Wunden oder ansteckenden Hautausschlag habe. Der Antrag wurde mithilfe der AfD beschlossen.<sup>194</sup> Auch in anderen Kommunen richten sich Initiativen gegen Burkinis, unter anderem beim Schulschwimmen.

## 3.22 VERSCHWÖRUNGSMYTHOS «UMVOLKUNG»/«DEUTSCHENFEINDLICHKEIT»

Im Nationalsozialismus bezeichnete der Begriff «Umvolkung» die «Re-Germanisierung» von Deutschen in slawischen Gesellschaften und eine Siedlungspolitik, die der Abgrenzung von Ethnien in zugewiesenen Räumen dienen sollte, etwa durch die «Arisierung» polnischer und ukrainischer Städte.

Dem Grundsatz der «pathischen Projektion» (Adorno/Horkheimer) folgend, dass anderen Taten zuzutrauen seien, die dem eigenen Denken entsprechen, wurde das Wort schon in den späten 1920er Jahren genutzt, um die angeblich drohende Gefahr zu beschreiben, dass die Deutschen aufgrund von Geburtenrückgang und «volksfremder» Einwanderung zu einer Minderheit im eigenen Land werden könnten. Heute wird das

«Volksfremde» vor allem in Muslim\*innen und dem Islam gesehen. Schlagworte wie «Umvolkung», «Bevölkerungsaustausch», «Überfremdung» oder «Volkstod» sind in rechten Diskursen allgegenwärtig und häufig auch wieder mit antisemitischen Konnotationen verbunden. In der Regel wird hinter dem «großen Austausch» der (deutschen) Bevölkerung der Versuch geheimer Eliten gesehen, das «christliche Abendland» oder die weiße (deutsche) Identität zu zerstören. Namen von Organisationen wie Identitäre Bewegung oder Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida) zeugen von der großen Bedeutung dieser im Kern antisemitischen Verschwörungserzählung für die völkische und neofaschistische

<sup>193</sup> Rechte Hetze aus dem Internet, in: Frankfurter Rundschau, 1.2.2019 (aktualisiert), unter: [www.fr.de/rhein-main/hochtaunus/bad-homburg-ort47554/rechte-hetze-internet-11647349.html](http://www.fr.de/rhein-main/hochtaunus/bad-homburg-ort47554/rechte-hetze-internet-11647349.html). <sup>194</sup> Stadt Koblenz: Beschlussvorlage BV/0511/2018/1, 13.11.2018.

Rechte. Auf kommunaler Ebene versuchen völkische Nationalist\*innen – neben direkten Angriffen auf das «Fremde» –, etwas für die Steigerung «weißer» Geburten zu tun. Schon in den späten 1980er Jahren beantragte die NPD in ihrer damaligen Hochburg Wölfersheim (Wetteraukreis, Hessen) ein Begrüßungsgeld für (deutsche) Babys.<sup>195</sup> Ein solches Begrüßungsgeld forderten auch NPD-Anträge in der Bürgerschaft Stralsund (Mecklenburg-Vorpommern), der Ratsversammlung Neumünster (Schleswig-Holstein) und dem Stadtrat von Strehla (Landkreis Meißen, Sachsen).

Im Landtag von Sachsen beantragte die AfD 5.000 Euro für jedes neugeborene Kind.<sup>196</sup> Auch im Entwurf des Bundestagswahlprogramms der AfD 2017 stand ein «Baby-Begrüßungsgeld in Form von Bargeld oder sofortigem Steuernachlass». In der Stadtverordnetenversammlung Potsdam forderte die AfD-Fraktion im Jahr 2017 ein «Begrüßungsgeld für Neugeborene» in Höhe von 500 Euro – wenn die Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft haben (→ Drei Praxisbeispiele zum Umgang mit Anträgen von rechts, S. 151).

Quasi als Begründung für die diskriminierende Haltung gegenüber

Nicht-«Deutschen» wird die Existenz einer umgekehrten Ideologie behauptet: der «Deutschenfeindlichkeit». Zunehmend wird diese etwa Berichten und Statistiken über rassistische Straf- und Gewalttaten entgegengestellt. Schon 2010 behauptete die damalige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU), es gebe «in unseren Schulhöfen und es gibt in unseren U-Bahnen und S-Bahnen ein Problem mit Deutschenfeindlichkeit».<sup>197</sup> Anfragen zu entsprechenden Vorfällen stellten im selben Jahr unter anderem die Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) im Münchener Stadtrat<sup>198</sup> oder im Dortmunder Stadtrat die Freie Bürger-Initiative (FBI).<sup>199</sup> Die AfD Dortmund brachte im Herbst 2018 einen Antrag für ein «Deradikalisierungsprogramm für junge Muslime, die sich in Deutschenfeindlichkeit und frühkindlichem Antisemitismus üben» ein.<sup>200</sup> Im Januar 2019 wurde dann allen Ernstes die langjährige Forderung der extremen Rechten dadurch geandelt, dass bei der Erfassung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) durch die Polizeien tatsächlich die neue Kategorie der «deutschfeindlichen Straftaten» eingeführt wurde.<sup>201</sup>

**195** Molitor, Andreas: Wir sind keine Nazis, Zeit Online, 24.3.1989/21.11.2012 (aktualisiert), unter: [www.zeit.de/1989/13/wir-sind-keine-nazis/](http://www.zeit.de/1989/13/wir-sind-keine-nazis/). **196** Sächsischer Landtag, Drucksache 6/1779, 1.6.2015. **197** dpa: Schröder warnt vor Deutschenfeindlichkeit, Spiegel Online, 10.10.2010, unter: [www.spiegel.de/politik/deutschland/familienministerin-schroeder-warnt-vor-deutschenfeindlichkeit-a-722342.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/familienministerin-schroeder-warnt-vor-deutschenfeindlichkeit-a-722342.html). **198** Bürgerinitiative Ausländerstopp: Deutschenfeindlichkeit an Schulen – auch in München ein Thema, 9.11.2010, unter: <https://auslaenderstopp-muenchen.de/index.php/deutschenfeindlichkeit-an-schulen-auch-in-muenchen-ein-thema/>. **199** Rat der Stadt Dortmund, DS Drucksache 02899-10, 16.12.2010. **200** AfD-Ratsfraktion Dortmund: Sichere Herkunftsstaaten – Auswirkungen auf Dortmund – Antrag zur Sitzung des ABöOAB am 13.11.2018, 4.11.2018, unter: [www.afd-do-fraktion.de/ItemList/user/46-afdortmund?start=20](http://www.afd-do-fraktion.de/ItemList/user/46-afdortmund?start=20). **201** Deutscher Bundestag: Drucksache 19721354, 29.7.2020, unter: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/213/1921354.pdf>.

### 3.23 GEWERKSCHAFTEN

Mit der Initiative «Werde Betriebsrat» grätschte die AfD, aber auch die Identitäre Bewegung sowie das völkisch-nationalistische Kampagnenprojekt «Ein Prozent für unser Land» 2018 in ein grundlinkes Thema. Das konnte als ein Angriff auf die bestehenden Gewerkschaftsstrukturen gewertet werden. Aus der AfD heraus wurden inzwischen mehrere, ganz eigene Arbeitnehmerverbände gegründet, darunter der Alternative Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland (ALARM!), der mit dem Slogan «Sozial, ohne rot zu werden» antrat und am 1. Mai 2017 in Erfurt eine eigene Kundgebung abhielt.<sup>202</sup> Vorsitzender der Vereinigung ist Jürgen Pohl, Bundestagsabgeordneter der AfD und Höcke-Vertrauter. Er ist Sprecher für Arbeitnehmerfragen seiner Fraktion und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales.<sup>203</sup> ALARM!-Funktionär\*innen nehmen auch an Demonstrationen von anderen Gewerkschaften teil. Die Gewerkschaft IG Metall wies im Nachgang einer Demonstration darauf hin, dass eine Teilnahme der AfD leider nicht verhindert werden konnte.<sup>204</sup> Kritik übt die AfD an zu hoher Rendite für Unternehmer\*innen bei gleichzeitig sinkenden Löhnen für die Arbeiter\*innen. Doch

ohne das Argument der Zuwanderung kommt ihre Problemanalyse nicht aus: So wären es auch hier die Migrant\*innen, die oft bereit wären, als Unqualifizierte unter schlechten Bedingungen zu arbeiten, und dadurch die Löhne drücken würden. Neben ALARM! sind auch die Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer e. V. (AVA), die Alternative Interessenvertretung der Arbeitnehmer (AidA) oder die Alternative öffentlicher Dienst (AöD) eher Chimären als aktive Organisationen.

Zumindest punktuell haben sich in der Automobilindustrie mit Zentrum Automobil e.V. (ZA) bei Daimler in Baden-Württemberg und der «IG Beruf und Familie» bei Porsche und BMW in Leipzig rechte «Gewerkschaften» etabliert. Teilweise schon seit gut zehn Jahren stellen sie Betriebsräte, unter ihnen auch ein Neonazi-Musiker.<sup>205</sup> Bei der Firma Stihl in Waiblingen (Baden-Württemberg)<sup>206</sup> hatten Rechte mit der Liste «Mut zur Veränderung» Erfolg. Im Gegensatz dazu wurde die von einem AfD-Mitglied gegründete Dienstleistungsgewerkschaft Luft Verkehr Sicherheit (DGLVS) zu den Betriebsratswahlen am Hamburger Flughafen 2018 gar nicht erst zugelassen, weil sie keine Gewerkschaft

**202** Budler, Kai: Völkischer Sozialpopulismus, in: der rechte rand 171, März 2018, unter: [www.der-rechte-rand.de/archive/3560/alarm-afd/](http://www.der-rechte-rand.de/archive/3560/alarm-afd/). **203** Deutscher Bundestag: Biografie Jürgen Pohl, AfD, unter: [www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/PI-/J522674](http://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/PI-/J522674). **204** Budler, Kai: Völkischer Sozialpopulismus, in: der rechte rand 171, März 2018, unter: [www.der-rechte-rand.de/archive/3560/alarm-afd/](http://www.der-rechte-rand.de/archive/3560/alarm-afd/). **205** Strauch, Jan W.: Kein Durchbruch, in: der rechte rand 171, März 2018, unter: [www.der-rechte-rand.de/archive/3285/zentrum-automobil-afd/](http://www.der-rechte-rand.de/archive/3285/zentrum-automobil-afd/). **206** Schwarz, Peter/ZVW: «Alternative» Betriebsräte bei Stihl, 28.3.2018, unter: [www.zvw.de/lokales/waiblingen/alternative-betriebsraete-C3%A4te-bei-stihl\\_arid-65752](http://www.zvw.de/lokales/waiblingen/alternative-betriebsraete-C3%A4te-bei-stihl_arid-65752).

nach dem Betriebsverfassungsgesetz ist.<sup>207</sup>

Analog zu Parlamenten gibt es auch in Vertretungen von Beschäftigten rechte Personen, die über unverdächtige Listen gewählt wurden, wie etwa einen AfD-Kreistagsabgeordneten im Betriebsrat bei Volkswagen Emden (Niedersachsen) oder den AfD-Bundestagskandidaten Denny Jankowski bei Jenoptik.<sup>208</sup> Am bekanntesten dürfte der IG-BCE-Betriebsrat Guido Reil sein, früher SPD, heute AfD-Abgeordneter im Europaparlament.

### 3.24 KULTUR

Auch der Kulturbereich ist zunehmend Angriffen von rechts ausgesetzt. Vor allem in größeren Städten sind alternative Diskotheken und Clubs Ziel rechter Initiativen. Dabei wurde ein Beispiel aus Berlin überregional bekannt: Sibylle Schmidt, AfD-Verordnete in der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg, wollte im April 2018 mit einem Antrag die Schließung des berühmten Clubs «Berg-hain» erreichen, unter anderem wegen angeblicher Verstöße gegen die Gaststättenverordnungen und Drogenmissbrauchs. Schmidt hatte früher selbst viele Jahre Punk-Konzern-

Auch aus den Reihen der irrationalistischen Corona-Verharmloser\*innen des «Demokratischen Widerstands» hat sich Anfang August 2020 eine «Demokratische Gewerkschaft» gegründet. Angesichts der rasanten (Selbst-)Radikalisierung des ohnehin sehr heterogenen Spektrums handelt es sich dabei aber wohl eher um ein Kurzzeitphänomen.<sup>209</sup>

Die Zeitschrift *der rechte rand* hat sich im Frühjahr 2018 in einer Schwerpunktausgabe mit dem Thema «Angriffe auf Gewerkschaften und Betriebsräte von rechts» beschäftigt.<sup>210</sup>

te veranstaltet. Die heftige Reaktion aus der Clubszene brachte Schmidt schon zwei Tage später dazu, den Antrag zurückzuziehen.<sup>211</sup> Die Clubszene begann, sich unter dem Motto «Reclaim Club Culture» zu organisieren und mit eigenen Raves rechten Aufmärschen aktiv entgegenzutreten: Gegen den bundesweiten AfD-Aufmarsch Ende Mai 2018 in Berlin mit circa 5.000 Teilnehmenden demonstrierten nicht nur rund 10.000 Menschen in einer «Glänzenden Parade» von «Die Vielen»<sup>212</sup> und viele Tausend bei verschiedenen anderen Aktionen, sondern auch gut 50.000 Menschen bei

**207** Ver.di Hamburg: ver.di begrüßt Ablehnung von rechter Vorschlagsliste bei Betriebsratswahlen, 27.3.2018, unter: <https://hamburg.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++db4dc548-318a-11e8-8fc2-525400b665de>. **208** Frerks, Sören: Sie sind schon lange unter uns, in: *der rechte rand* 171, März 2018, unter: [www.der-rechte-rand.de/archiv/3297/rassismus-gewerkschaft/](http://www.der-rechte-rand.de/archiv/3297/rassismus-gewerkschaft/). **209** Demokratischer Widerstand: «Raus aus dem DGB, rein in eine echte Gewerkschaft!», 18.9.2020, unter: <https://demokratischerwiderstand.de/artikel/148/raus-aus-dem-dgb-rein-in-eine-echte-gewerkschaft/>. **210** *Der rechte rand* 171: Angriffe auf Gewerkschaften und Betriebsräte von rechts, März/April 2018. **211** Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, Drucksache 0738/V, 25.4.2018. **212** Die Vielen: Erklärung der Vielen, ohne Datum, unter: [www.dievielen.de/erklarungen](http://www.dievielen.de/erklarungen).

einem antifaschistischen Rave, zu dem viele Berliner Clubs und DJs aufgerufen hatten.

In Baden-Württemberg stellte die AfD eine Anfrage nach den Staatsangehörigkeiten der dort an staatlichen Theatern beschäftigten Künstler\*innen. Sie wollte wissen, wie viele Balletttänzer\*innen, Schauspieler\*innen, Sänger\*innen und Musiker\*innen in der Oper keinen deutschen Pass besitzen und wo sie ausgebildet wurden.<sup>213</sup> Dieser rassistischen Anfrage begegneten die Betroffenen mit kreativem Protest. Das Theater Ulm fragte in den sozialen Medien nach den Vorstrafen, Schulabschlüssen und abgeschlossenen Berufsausbildungen der Mitglieder des AfD-Landesverbands. Der Stuttgarter Stiftskirchenpfarrer Matthias Vosseler veröffentlichte aus Protest eine ausführliche Analyse seiner eigenen DNA.<sup>214</sup>

Auch soziokulturelle Räume werden von rechter Politik bedroht und unter Druck gesetzt (→ 5.6.3 Bedrohte Soziokultur). Im Zusammenhang mit einer Bachelorarbeit an der Fachhochschule in Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern) über das «Fusion»-Festival gab die Polizei das Sicherheitskonzept des Festivals samt personenbezogenen Daten

wie Namen und Telefonnummern von Mitarbeitenden des veranstaltenden Kulturkosmos Müritz e. V. an den ehemaligen AfD-Politiker und verurteilten rechten Gewalttäter Ulf-Theodor Claassen weiter.<sup>215</sup> Dieser hatte die Arbeit als Polizeidozent betreut. In der Folge forderte der Polizeipräsident eine komplette Bestreifung des Festivals und eine mobile Wache auf dem Gelände. LINKE, Grüne, FDP und sogar der CDU-Bürgermeister des Nachbardorfs stellten sich hinter die «Fusion» und verteidigten das seit 20 Jahren bestehende linke Festival mit seinen 70.000 Besucher\*innen erfolgreich als wirtschaftlich essenziell und kulturell bereichernd für die Region.<sup>216</sup>

Insbesondere die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln für soziokulturelle Projekte mit linker Ausrichtung wird vermehrt von rechts angegriffen (→ 3.6 Kinder- und Jugendpolitik). Exemplarisch für diese Angriffe steht der Verein Treibhaus in Döbeln (Landkreis Mittelsachsen, Sachsen): Im Kulturkonvent wurde die Zusage der Förderungsverlängerung des Treibhaus e. V. verzögert und an eine Bestätigung des Neutralitätsgebots geknüpft.<sup>217</sup> Der gemeinnützige soziokulturelle Verein gestaltet seit

**213** Maier, Sascha: AfD will Kulturbetriebe auf Migranten hin durchleuchten, in: Stuttgarter Zeitung, 25.6.2019, unter: [www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.landtag-in-baden-wuerttemberg-afd-will-kulturbetriebe-auf-migranten-hin-durchleuchten.8e695384-0000-46b8-af19-e283bd63ee62.html](http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.landtag-in-baden-wuerttemberg-afd-will-kulturbetriebe-auf-migranten-hin-durchleuchten.8e695384-0000-46b8-af19-e283bd63ee62.html). **214** Maier, Sascha: Theater Ulm kontert AfD-Anfrage zu Staatsangehörigkeiten, in: Stuttgarter Zeitung, 3.7.2019, unter: [www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kulturbetriebe-in-baden-wuerttemberg-theater-ulm-kontert-afd-anfrage-zu-staatsangehoerigkeiten.619162da-28d9-4881-8777-71e088a363b4.html](http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kulturbetriebe-in-baden-wuerttemberg-theater-ulm-kontert-afd-anfrage-zu-staatsangehoerigkeiten.619162da-28d9-4881-8777-71e088a363b4.html). **215** Reuter, Markus: Fusion-Festival: Polizei gibt sensible Dokumente ungeschwärzt rechtem Gewalttäter an Polizeihochschule, 20.5.2019, unter: <https://netzpoltik.org/2019/fusion-festival-polizei-gibt-sensible-dokumente-ungeschwaerzt-rechtem-gewalttaeter-an-polizeihochschule/>. **216** Segeth, Andreas: Liberale, Grüne und Linke stellen sich hinter die Fusion, 6.5.2019, unter: [www.nordkurier.de/mueritz/liberale-gruene-und-linke-stellen-sich-hinter-die-fusion-0635404305.html](http://www.nordkurier.de/mueritz/liberale-gruene-und-linke-stellen-sich-hinter-die-fusion-0635404305.html). **217** Treibhaus e. V. Döbeln: Kulturkonvent stellt Förderung des Treibhaus e. V. zurück, 3.12.2019, unter: <https://treibhaus-doebeln.de/kulturkonvent-stellt-foerderung-des-treibhaus-e-v-zurueck/>.

1997 die Kinder- und Jugendarbeit in Döbeln aktiv mit, bietet politische und historische Bildungs- sowie interkulturelle und partizipatorische Projekte an. Außerdem betreibt der Verein im «Haus der Demokratie» neben einer Siebdruckwerkstatt auch das «Café Courage» als Begegnungsstätte und Veranstaltungsort. Die AfD versuchte mit Bezug auf linke Aufkleber in diesem Café im Stadtrat, die Bezuschussung des Vereins zu verhindern.<sup>218</sup> Der AfD-Kreisrat warf dem Verein vor, statt politischer Bildungsarbeit explizit politische Arbeit zu leisten. Der Verein verwies im Unterschied dazu auf sein Recht auf eine politische Haltung, das auch freien Trägern zustehe. Seine politische Haltung verpflichtete den Verein, die Menschenrechte, Menschenwürde und ein demokratisches Miteinander zu verteidigen.<sup>219</sup>

Während linke und alternative Räume und Vereine angegriffen werden, bauen Rechte ihre Möglichkeiten – unterstützt durch diese Art behördlichen Handelns – weiter aus und organisieren sich zunehmend in Vereinen, um eine rechte Zivilgesellschaft aufzubauen. Michael Nattke vom Kulturbüro Sachsen beschreibt, wie solche Vereine,

zum Beispiel Pro Mitsprache e.V. oder Freigeist e.V. als Mobilisierungsplattformen für rechte Politik genutzt werden.<sup>220</sup> Pro Mitsprache organisiert große öffentliche Veranstaltungen, auf denen ein überdimensionales Trojanisches Pferd aufgestellt wird, anhand dessen den Zuhörer\*innen aus rechter Perspektive der imaginierte Bevölkerungsaustausch erklärt wird. Die zwei extrem rechten Vereine Pro Mitsprache e.V. und Zukunft Heimat e.V. starteten die Aktion im April 2018 unter dem Motto «Kunst ist frei – das Trojanische Pferd» als Aktionstag gegen den Migrationspakt.<sup>221</sup> Sie fand unter dem Dach des vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall geführten extrem rechten Vereins Ein Prozent e.V. statt, der für diese und andere Aktivitäten als Vernetzungsplattform dient. Der von dem Antaios-Verleger und Herausgeber der rechten Propagandaschrift *Sezession* Götz Kubitschek, dem Journalisten Jürgen Elsässer und AfD-Mandatsträgern wie Hans Thomas Tillschneider gegründete Verein sieht sich selbst als «Greenpeace der patriotischen Bürgerbewegungen» und fungiert als Sammelbecken für alle möglichen Anti-Asyl-Initiativen.<sup>222</sup> Der rechte

**218** Sparrer, Thomas: Döbelner Stadtrat streitet um Treibhaus-Förderung, in: Leipziger Volkszeitung, 26.9.2019, unter: [www.lvz.de/Region/Doebeln/Doebelner-Stadtrat-streitet-um-Treibhaus-Foerderung](http://www.lvz.de/Region/Doebeln/Doebelner-Stadtrat-streitet-um-Treibhaus-Foerderung). **219** Nordin Menckel, Rebecca: Treibhaus e.V. in Döbeln. AfD setzt sächsischen Verein finanziell unter Druck, Deutschlandfunk, 13.12.2019, unter: [www.deutschlandfunkkultur.de/treibhaus-e-v-in-doebeln-afd-setzt-saechsischen-verein.1001.de.html?dram:article\\_id=465749](http://www.deutschlandfunkkultur.de/treibhaus-e-v-in-doebeln-afd-setzt-saechsischen-verein.1001.de.html?dram:article_id=465749). **220** Vgl. Kulturbüro Sachsen e.V. (Hrsg.): Sachsen rechts unten 2019, Dresden 2019, S. 19, unter: [https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2019/04/Sachsen\\_rechts\\_unten\\_2019\\_Kulturbuero-Sachsen\\_web.pdf](https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2019/04/Sachsen_rechts_unten_2019_Kulturbuero-Sachsen_web.pdf). **221** RechteMedienInfo: Pro Mitsprache e.V./Kunst ist frei – das Trojanische Pferd, 13.9.2019, unter: <https://rechtemedieninfo.blogspot.com/2019/09/pro-mitsprache-ev-kunst-ist-frei-das.html>. **222** Kulturbüro Sachsen e.V. (Hrsg.): Sachsen rechts unten 2019, Dresden 2019, S. 39, unter: [https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2019/04/Sachsen\\_rechts\\_unten\\_2019\\_Kulturbuero-Sachsen\\_web.pdf](https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2019/04/Sachsen_rechts_unten_2019_Kulturbuero-Sachsen_web.pdf).

Verein ExFreiSa (extremismusfreies Sachsen) verfolgt das Ziel, politische Bildungsarbeit von rechts an Schu-

len zu betreiben, und gibt die Schülerzeitung *Jugend spricht* in Weißwasser heraus.<sup>223</sup>

### 3.25 POLITICAL CORRECTNESS

Mit dem Begriff *political correctness* (PC, dt.: politische Korrektheit) war ursprünglich ein inklusives Sprechen gemeint, das auf Begriffe verzichtet, die zum Beispiel sexistisch aufgeladen oder rassistisch, auch durch Kolonialgeschichte, geprägt sind. Damit sollte unter anderem auf die berechtigten Ansprüche der in solcher Weise Fremdbezeichneten eingegangen werden. Die extreme Rechte drehte den Sinn um und nutzt den Begriff, um eine angebliche Bevormundung der «normalen Deutschen» zu markieren. Überschreiten völkische Nationalist\*innen sprachliche Grenzen, indem sie beispielsweise von «Volks-gemeinschaft» reden, kontern sie Kritik häufig mit Vorwürfen, man dürfe ja heute alles Mögliche nicht mehr sagen, es gebe gar Denkverbote.

«PC» ist so zu einem rechten Kampf-begriff gegen alles Emanzipative geworden. Beispiele sind Debatten um rassistische Bezeichnungen,<sup>224</sup> gendergerechte Sprache oder nicht abwertende Bezeichnungen für Menschen mit Behinderungen.

In einigen kommunalen Gremien werden in letzter Zeit Anträge eingebracht, in denen die Idee der korrekten Sprache umgedreht wird. So beantragte die AfD in Marzahn-Hellersdorf in Berlin, «zukünftig nicht mehr pauschal und beliebig die Begriffe «Flüchtlinge», «Geflüchtete» und «Schutzsuchende» für alle Migranten zu verwenden, sondern terminologisch klar zwischen politisch Verfolgten, Bürgerkriegsflüchtlingen und Wirtschaftsmigranten zu unterscheiden».<sup>225</sup>

### 3.26 «LÜGENPRESSE»

Ein Feld, auf dem sich aktuell die Sprachlosigkeit linker Akteur\*innen zeigt, ist die Kritik an der Bericht-

erstattung in den Medien. Selbstverständlich gibt es hier aus linker Sicht viel zu sagen und zu kritisieren

<sup>223</sup> Reinhard, Doreen: Politische Bildung von rechts. Ein sächsischer Verein will an Schulen über Extremismus aufklären, Zeit Online, 13.3.2019, unter: [www.zeit.de/politik/deutschland/2019-02/extremismus-aufklaerung-afd-schulen-bildungsarbeit-sachsen-carsten-huetter](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-02/extremismus-aufklaerung-afd-schulen-bildungsarbeit-sachsen-carsten-huetter). <sup>224</sup> Zuletzt hatte in einer langen Reihe von entsprechenden medialen Entgleisungen die WDR-Sendung «Die letzte Instanz» für Empörung gesorgt und die politische Bedeutung derartiger terminologischer Entscheidungen und der Besetzungen von Sprecherpositionen zum Thema unterstrichen, vgl. Dell, Matthias: Ungenial daneben, Zeit Online, 1.2.2021, unter: [www.zeit.de/kultur/film/2021-01/wdr-sendung-letzte-instanz-thomas-gottschalk-rassismus-janine-kunze](http://www.zeit.de/kultur/film/2021-01/wdr-sendung-letzte-instanz-thomas-gottschalk-rassismus-janine-kunze); eine bemerkenswerte Erwiderung auf den Faux-pas des WDR formulierte Enissa Amani am 9.2.2021 mit ihrer Online-Diskussion «Die beste Instanz», unter: [www.youtube.com/watch?v=r45\\_9wvbDoA](http://www.youtube.com/watch?v=r45_9wvbDoA). <sup>225</sup> Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Drucksache 1149/VIII, 15.11.2018.

(Stichwort Framing).<sup>226</sup> Nicht zuletzt das selektive «Wir müssen den besorgten Bürgern zuhören» hat zum gesellschaftlichen Rechtsruck beigetragen. Mit «besorgt» waren und sind in der Regel ja nicht die Menschen gemeint, die sich Sorgen um Menschenrechte und gesellschaftliche Teilhabe machen. Zugehört wurde und wird meist Rassist\*innen, die offen Grund- und Menschenrechte sowie bürgerliche Freiheiten infrage stellen und gleichzeitig «Lügenpresse» brüllen. Entsprechend hat sich die Presselandschaft verändert.<sup>227</sup>

In dieser Situation müssen progressive Politiker\*innen genau überlegen, was sie wann und wie problematisieren. Falsche oder klar tendenziöse Berichte können und sollten kritisiert werden. Gleichzeitig sollte jeder Angriff auf die Pressefreiheit zurückgewiesen werden. Dass das oft eine Gratwanderung und überaus widersprüchlich sein kann, gehört zum politischen Geschäft, wenn man es ernst nimmt. Auf Kritik zu verzichten, nur weil sie auch aus einer rechten Ecke kommt, dann allerdings mit anderen Argumenten, ist keine Alternative. Die eigene Kritik muss aber immer als links, human und emanzipativ kenntlich bleiben.

Von der AfD wurden in den vergangenen Jahren in mehreren Landtagen Anträge eingebracht, die die jeweiligen Rundfunkstaatsverträge abschaffen wollten. Die staatliche Finanzierung des «Staatsfunks» sei untragbar, hieß es. Stellungnahmen von AfD-Politiker\*innen unter dem Motto «Genug GEZahlt!» finden sich zuhauf. In Brandenburg gründete sich 2018 eine «Volksinitiative» gleichen Namens – maßgeblich geführt von AfD-Funktionär\*innen.<sup>228</sup> Auch andere Rechte wie die NPD wettern gegen die öffentliche Finanzierung der Sender.<sup>229</sup> In Sachsen-Anhalt führte Ende 2020 der Streit um die Erhöhung der Rundfunkgebühren, wo unter Ministerpräsident Haseloff (CDU) eine Kenia-Koalition regiert, fast zum Bruch der Regierungskoalition, da die CDU mit der dort stark vom völkischen Flügel dominierten AfD gegen eine Erhöhung stimmen wollte. Letztendlich zog Haseloff den Gesetzentwurf zurück. Damit war der Medienstaatsvertrag hinfällig, was für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk Einbußen von 1,5 Milliarden Euro allein für die kommenden vier Jahre bedeutet. ARD, ZDF und Deutschlandfunk klagen derzeit vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Kürzun-

**226** Framing bezeichnet in der Medienwirkungsforschung und Kommunikationswissenschaft die Einbettung von Ereignissen in einen bestimmten Rahmen (*frame*, dt.: Rahmen). Dadurch entstehen Bilder, die bewusst oder unbewusst eine Bewertung, bestimmte Vorstellungen von Wirkungszusammenhängen oder Emotion hervorrufen sollen. In den letzten Jahren rückte dieser Forschungsbereich insbesondere im Bereich des Journalismus in den Fokus, da in den Medien Begrifflichkeiten unhinterfragt übernommen und weitverbreitet wurden. Wir erinnern uns an Debatten über «Dönermorde» oder «Asyltourismus». **227** Seeßlen, Georg: Rechts, zwo, drei, in: neues deutschland, 1.12.2018, unter: [www.neues-deutschland.de/artikel/1106999.rechtsruck-im-journalismus-rechts-zwo-drei.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/1106999.rechtsruck-im-journalismus-rechts-zwo-drei.html). **228** Barnack, Victoria: AfD Politiker gründen Verein gegen GEZ-Gebühren, in: Märkische Allgemeine Zeitung Online, 14.5.2018, unter: [www.maz-online.de/Brandenburg/AfD-Politiker-gruenden-Verein-gegen-GEZ-Gebuehren](http://www.maz-online.de/Brandenburg/AfD-Politiker-gruenden-Verein-gegen-GEZ-Gebuehren). **229** Zasowk, Ronny: Es geht ums Prinzip – weg mit der GEZ-Zwangsabgabe!, 4.5.2017, unter: <https://npd.de/es-geht-ums-prinzip-weg-mit-der-gez-zwangsabgabe/>.

gen.<sup>230</sup> «Lügenpresse»-Rufe sind zudem ein Markenzeichen der Demonstrationen von Pegida und Corona-Leugner\*innen.<sup>231</sup>

Im Februar 2020 wurde der Fernsehjournalist Arndt Ginzler im Internet als «Ratte», «Lump», «Denunziant» und «Abschaum» beschimpft und bedroht, nachdem er über die Pegida-Teilnahme des CDU-Stadtrats Wolfgang Jacobi aus Radebeul (Landkreis Meißen, Sachsen) berichtet hatte.<sup>232</sup> Sogar Demonstrationen gegen einzelne Pressevertreter\*innen gehören mittlerweile zum Repertoire von ganz rechts. Nachdem NPD und andere Neonazis im November 2019 in Hannover gegen drei Journalist\*innen marschieren wollten, riefen Hunderte Kolleg\*innen zu Gegenaktionen auf. In einem im März 2020 veröffentlichten Zehn-Punkte-Manifest fordern freie Journalist\*innen alle Medienhäuser und Plattformen dazu auf, freie Mitarbeiter\*innen besser zu schützen als bisher.<sup>233</sup>

Die AfD hat – analog zu ihren Lehrer\*innen-Prangern – ein «Aussteiger-Programm für Mainstream-Journalisten» gestartet, auf dessen Webseite dazu aufgefordert wird,

«die schlimmsten Lügen und Manipulationen der Handlungsredaktionen» zu melden. In entlarvender Ehrlichkeit meinte Initiator und AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron: «Die Website ist ein Angebot an Journalisten der Öffentlich-Rechtlichen, die Qualität der Programme ihrer Sender zu verbessern und damit zur eigenen Arbeitsplatzsicherung beizutragen».<sup>234</sup> Mit anderen Worten: Wer sich an die AfD-Linie anpasst, darf weiter berichten, wenn es zu einer Machtübernahme der Völkischen kommt, wer nicht, wird arbeitslos.

Die beständige Hetze bleibt nicht ohne Folgen. In den letzten Jahren sind tätliche Angriffe auf Journalist\*innen häufiger geworden, wie eine Studie des European Centre for Press and Media Freedom (ECPMF) aus Leipzig ergab.<sup>235</sup>

Im Zuge der Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen nahmen sowohl verbale als auch körperliche Angriffe auf Pressevertreter\*innen noch einmal dramatisch zu. Allein bei der aggressiven Demonstration von Corona-Leugner\*innen in Leipzig im November 2020 kam es zu mehr als 30 gewalttätigen Angriffen

**230** Felber, Piet/Lohoff, Hanna/Spieker, Markus/Vorreyer, Thomas: Was bedeutet die Entscheidung in Magdeburg?, tagesschau.de, 8.12.2020, unter: [www.tagesschau.de/inland/sachsen-anhalt-regierungskrise-faq-101.html](http://www.tagesschau.de/inland/sachsen-anhalt-regierungskrise-faq-101.html). **231** Im August 2018 wurde ein Reporterteam von Frontal 21 (ZDF) auf einer Pegida-Demonstration in Dresden beschimpft und festgehalten. Später stellte sich heraus, dass der Demonstrant ein Mitarbeiter des Landeskriminalamts war. Vgl. Wenn der Polizei-Einsatzleiter sagt «Ihr seid ja die Lügenpresse», Welt Online, 23.8.2018, unter: [www.welt.de/politik/deutschland/article181273656/Sachsen-Wenn-der-Polizei-Einsatzleiter-sagt-Ihr-seid-ja-die-Luegenpresse.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article181273656/Sachsen-Wenn-der-Polizei-Einsatzleiter-sagt-Ihr-seid-ja-die-Luegenpresse.html). **232** Meisner, Matthias: Journalisten-Verband empört über AfD-Hetze, in: Der Tagesspiegel, 2.3.2020, unter: [www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/saechsischer-cdu-stadtrat-bei-pegida-journalisten-verband-empoert-ueber-afd-hetze-gegen-journalisten/25601992.html](http://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/saechsischer-cdu-stadtrat-bei-pegida-journalisten-verband-empoert-ueber-afd-hetze-gegen-journalisten/25601992.html). **233** Freischreiber: Manifest der Freien, 30.4.2020, unter: [www.freischreiber.de/aktuelle/manifest-der-freien/](http://www.freischreiber.de/aktuelle/manifest-der-freien/). **234** Winterbauer, Stefan: Journalisten sollen Medien anschwärzen: AfD startet Meldeportal «für Mainstream-Aussteiger», Femeedia, 28.11.2019, unter: <https://media.de/2019/11/28/journalisten-sollen-medien-anschwärzen-afd-startet-meldeportal-fuer-mainstream-aussteiger/>. **235** European Centre for Press and Media Freedom: Feindbild Journalist IV – Bedrohung als Normalzustand. Eine 5-Jahres-Bilanz, Leipzig 2020, unter: [www.ecpmf.eu/das-feindbild-iv-pressehass-als-normalzustand/](http://www.ecpmf.eu/das-feindbild-iv-pressehass-als-normalzustand/).

auf Journalist\*innen.<sup>236</sup> Auch die Polizei behindert Medienvertreter\*innen immer wieder bei ihrer Arbeit.<sup>237</sup> Ver.di bietet Journalist\*innen wegen der zunehmenden Angriffe mittlerweile spezielle Unterstützung an.<sup>238</sup> Juristische Angriffe auf all jene, die ihren Untersuchungsfokus auf die extreme Rechte richten, gehören ebenfalls zum Alltag. Immer wieder

fällt dabei etwa die Kanzlei Höcker aus Köln auf.<sup>239</sup> Betroffene sollten Kontakt zu medienrechtlich versierten Anwält\*innen suchen, denn häufig sind die Klagen juristisch haltlos. Ziel der Klagen ist es in der Regel, die Betroffenen einzuschüchtern, um unliebsame Berichterstattung zu verhindern.

### 3.27 «ALTERNATIVMEDIEN»

Für ihren Kampf gegen die «Lügenpresse» verfügen die meisten Parteien und Gruppen der extremen Rechten über eigene Medien. Es gibt sowohl interne Verlautbarungsblätter als auch Medien, die sich nach außen richten. Einerseits sollen sie die «Lügen» der politischen Gegner\*innen «entlarven», andererseits eigene Erzählungen und Inhalte verbreiten und über die Aktivitäten der Gliederungen und Fraktionen berichten. Besonders wichtig sind mittlerweile soziale Medien wie Facebook, Twitter oder Instagram. Auf YouTube unterhalten viele aktive Rechte eigene Kanäle,<sup>240</sup> auf denen sie ihre Hetze präsentie-

ren. Aufgrund der Algorithmen, mit denen soziale Medien arbeiten, erreichen sie damit auch viele Menschen außerhalb ihrer eigentlichen Blase. In Thüringen bewarb sich ein bekannter extrem Rechter um eine Frequenz für einen eigenen Radiosender.<sup>241</sup> Bekanntestes Beispiel für die Nutzung insbesondere der neuen Medien dürfte wohl der ehemalige US-Präsident Donald Trump sein, der einerseits «Fake News!!» twiterte, wenn ihm eine Aussage, etwa zum Klimawandel, nicht passte, andererseits aber immer wieder selbst per Twitter Falschbehauptungen produzierte und verbreitete.<sup>242</sup>

**236** Graff, Bernd: Bloß ein Missverständnis, in: Süddeutsche Zeitung, 9.11.2020, unter: [www.sueddeutsche.de/medien/leipzig-demo-journalisten-polizei-1.5110261](http://www.sueddeutsche.de/medien/leipzig-demo-journalisten-polizei-1.5110261). **237** Ver.di: dju in ver.di verurteilt Angriffe auf Medienschaffende bei «Querdenken»-Demo, 8.11.2020, unter: <https://dju.verdi.de/presse/pressemitteilungen/+co++79521560-21a6-11eb-bdd1-001a4a16012a>. **238** Ver.di: Demo-Watch, ohne Datum, unter: <https://dju.verdi.de/ueber-uns/pressefreiheit/+co++830dc29c-dae9-11e5-8c67-525400a933ef>. **239** Blog des Rheinischen Antifaschistischen Bündnisses gegen Antisemitismus: Recherche: Kanzlei Höcker aus Köln. Vom Schreibtisch aus mit zweierlei Maß, 10.1.2020, unter: <https://raba.noblogs.org/post/2020/01/10/recherche-kanzlei-hocker-aus-koln-vom-schreibtisch-aus/>. **240** Münsterland rechtsaußen: Naomi Seibt – eine extrem rechte «YouTuberin» aus Münster, 22.8.2019, unter: <https://muensterlandrechtsausen.blackblogs.org/2019/08/22/243/>. **241** Rosenkranz, Boris: AfD-naher Ingenieur bewirbt sich um Radio-Lizenzen, 9.1.2020, unter: <https://uebermedien.de/45055/afd-naher-ingenieur-bewirbt-sich-um-radio-lizenzen/>; Drenger, Shanghai: Aktivist der rechten Szene meldet bei der TLM einen Radiosender an, Interview mit der Landtagsabgeordneten Madeleine Henfling (Bündnis90/Die Grünen), Radio Lotte, 20.1.2020, unter: [www.radiolotte.de/radio/aktivist-der-rechten-szene-meldet-bei-der-tlm-einen-radiosender-32792.html](http://www.radiolotte.de/radio/aktivist-der-rechten-szene-meldet-bei-der-tlm-einen-radiosender-32792.html). **242** Dass Twitter Trumps Account im Januar 2021 sperrte, kam reichlich spät und löste in Deutschland eine Debatte zur Rolle privater Konzerne im Hinblick auf die Wahrung bzw. Beschneidung der Meinungsfreiheit aus.

Unterstützend kommen die sogenannten Alternativmedien und als Kanäle für Propaganda genutzte Messenger- und Chatdienste wie Telegram oder Wire<sup>243</sup> hinzu. Und sie haben Erfolg. Zeitschriften wie *Compact*, die Zeitung *Junge Freiheit* oder das Monatsmagazin *Zuerst!* gibt es in jedem Pressegeschäft. Auch *Tichys Einblick*, *Cato* oder *Tumult* finden sich neben dem NPD-Parteiblatt *Deutsche Stimme*, der *Deutschen Militärzeitschrift* oder verschiedenen Blättern von Vertriebenenverbänden.<sup>244</sup> Der Kopp-Verlag liefert populäre Veröffentlichungen für Trolle, Völkische und Verschwörungsgläubige.

Die AfD versucht, ihren Führungsanspruch in der extremen Rechten auch mit sogenannten «Kongressen der Freien Medien» zu bekräftigen. Bisher waren die Treffen in Räumen des Bundestags allerdings eher mager besucht.

Antifaschistische Archive wie das Antifaschistische Informations- und Dokumentations-Archiv (a.i.d.a.) in München oder das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz) sammeln rechte Medien aller Art, werten sie aus,

bereiten sie auf, analysieren sie und stellen sie Interessierten aus Politik, Wissenschaft und Initiativen zur Einsicht zur Verfügung. Einrichtungen wie diese freuen sich naturgemäß immer über Zusendung rechten Materials (→ Adressen im Anhang).

Viele Kommunen bieten den Fraktionen der jeweiligen Räte in ihren Amtsblättern Platz, um der Bevölkerung ihre Politik zu erläutern. Extrem rechte Verordnete nutzten diese Gelegenheit bislang einige Male, um ein Medium des ihnen verhassten Establishments mit den eigenen Positionen und Behauptungen teilweise in ein Alternativmedium zu verwandeln. Häufig löste das heftige Debatten auch um die Frage nach der presserechtlichen Verantwortung für die Beiträge aus. Ergebnis war in manchen Fällen, wie etwa in der Stadt Leuna (Saalekreis, Sachsen-Anhalt), dass die Fraktionsseiten kurzerhand gestrichen wurden.<sup>245</sup> Da auf diese Weise Raum für die öffentliche Erklärung politischer Entscheidungen, also die für eine offene Gesellschaft nötige Transparenz genommen wird, kann dies aus linker Sicht aber nicht die Lösung sein.

**243** Terror-Prozess: Rechte Chatgruppen Nährboden für Angriffe?, BR24, 19.11.2020, unter: [www.br.de/nachrichten/bayern/terror-prozess-rechte-chatgruppen-naehrboden-fuer-angriffe,SGiRNs](http://www.br.de/nachrichten/bayern/terror-prozess-rechte-chatgruppen-naehrboden-fuer-angriffe,SGiRNs). **244** Das apabiz analysiert rechte Printmedien in der Publikationsreihe «Magazine», unter: [www.apabiz.de](http://www.apabiz.de). Die antifaschistische Zeitschrift *der rechte rand* widmete dem Thema im Mai/Juni 2018 einen Schwerpunkt, unter: [www.der-rechte-rand.de/ausgaben/ausgabe-172/](http://www.der-rechte-rand.de/ausgaben/ausgabe-172/). **245** Briest, Robert: Nach Ärger um AfD-Beiträge. Leuna streicht Stadtratsrubrik im Stadtanzeiger, in: *Mitteldeutsche Zeitung*, 22.10.2020, unter: [www.mz-web.de/merseburg/nach-aerger-um-afd-beitraege-leuna-streich-tadtratsrubrik-im-stadtanzeiger-37525348](http://www.mz-web.de/merseburg/nach-aerger-um-afd-beitraege-leuna-streich-tadtratsrubrik-im-stadtanzeiger-37525348).

### 3.28 INFORMATIONSFREIHEIT/DATENSCHUTZ

Die extreme Rechte stellt sich gern als Verteidiger der «Wahrheit» und Kämpferin für Transparenz und Aufklärung dar, während sie gleichzeitig Fake News verbreitet, wo immer es ihren Zielen zu dienen verspricht. In den vor allem im Zusammenhang mit den Corona-verharmlosenden Protesten auch in Deutschland immer weiter verbreiteten Verschwörungsmethoden der QAnon-Bewegung hat diese Gleichzeitigkeit ungeahnte Dimensionen angenommen.

Auch auf kommunaler Ebene spiegeln sich die rechten Vorstellungen von Informationszugangsrechten und Datenschutz wider. Häufig zielen Anträge auf Geschäftsordnungsfragen wie eine Videoübertragung der Gremiensitzungen im Internet und somit auf eine bessere Möglichkeit, Öffentlichkeit für das eigene Agieren herzustellen, um sich als «Kümmerer» in Szene zu setzen (→ Drei Praxisbeispiele zum Umgang mit Anträgen von rechts, S. 151).

In der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf (Berlin) beantragte die AfD die «Veröffentlichung der Aktenpläne des Bezirksamtes im Internet», damit Bürger\*innen Auskunftsverlangen gezielter formulieren können.<sup>246</sup>

Stellenweise schon fast exzessiv versuchen rechte kommunale Vertreter\*innen, mittels ihres Fragerechts aus den Verwaltungen Informationen über tatsächliche oder vermeintliche politische Gegner\*innen zu erhalten. Immer wieder müssen Verwaltungen auf datenschutzrechtliche Grenzen des Informationsrechts hinweisen. Die fehlenden Datenschutzkenntnisse in der Verwaltung führen aber immer wieder dazu, dass extreme Rechte Informationen über von ihnen als Feinde markierte Menschen und Initiativen erhalten (→ 3.30.1 Anti-Antifa/Anti-Zivilgesellschaft).

Auf der anderen Seite finden Sitzungen rechter Fraktionen oder Parteistrukturen – bis zu Landesparteitagen – meist nicht öffentlich statt. Selbst bei Bundesparteitagen extrem rechter Parteien wie der NPD oder AfD werden zum Beispiel für die Akkreditierung von Journalist\*innen unnötig viele persönliche Daten verlangt, unliebsame, weil kritische Pressevertreter\*innen werden aber trotzdem häufig nicht zugelassen. Die Forderung nach Transparenz hat also da ihre Grenzen, wo es um die extrem Rechten selbst geht.

<sup>246</sup> Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf, Drucksache 0267/VIII.

### 3.29 ANTISEMITISMUS

Nicht erst seit dem rassistischen und antisemitischen Anschlag in Halle an der Saale, bei dem der Attentäter am 9. Oktober 2019 versuchte, am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur mit Gewalt in die dortige Synagoge einzudringen, um die Anwesenden zu ermorden, ist bekannt, dass Antisemitismus ein integraler Bestandteil rechter Ideologien ist. Er findet sich jedoch auch in anderen politischen Spektren bis in die Linke hinein. Mythen von einer jüdischen Weltverschwörung sind in Form von pseudo-antikapitalistischen Stereotypen weit verbreitet. Gerede wie das vom «Ostküsten-Kapital» (in Anspielung auf die Wall Street in der US-amerikanischen Ostküstenmetropole New York als Sitz der wichtigsten Börse der Welt) steht dabei in der Tradition des alten Begriffs vom bösen «rafenden» im Gegensatz zum guten (deutschen) «schaffenden» Kapital. Häufig wird für Darstellungen des «Dollar-Imperialismus» auf das Bild der Krake oder des hakennasigen und Zigarre rauchenden Kapitalisten mit Zylinder zurückgegriffen. So begründete der damalige sachsen-anhaltische NPD-Landesvorsitzende Andreas Karl im Kreistag des Burgenlandkreises (Sachsen-Anhalt) die Zustimmung seiner Fraktion zu einem Antrag der Grünen 2007 gegen

die Ausweitung eines Braunkohle-tagebaus damit, dass Großkonzerne «uns» ausbeuten und «das Kapital an die Ostküste der USA transferieren» würden.<sup>247</sup> Zu den wirkmächtigsten Publikationen, die den Mythos von einer jüdischen Weltverschwörung verbreiteten, gehört die Anfang des 20. Jahrhunderts veröffentlichte antisemitische Kampfschrift «Protokolle der Weisen von Zion», die vorgibt, sich auf Fakten zu beziehen, aber reine Fiktion ist. Ihr zufolge würden «die Juden» hinter allen wesentlichen, politischen Strömungen wie Liberalismus, Demokratie und Kommunismus stecken. Die «Völker» würden durch «Neid und Hass, durch Streit und Krieg, ja selbst durch Entbehrungen, Hunger und Verbreitung von Seuchen» zermürbt. Und schließlich sei der Antisemitismus selbst eine Erfindung «der Juden». Die gefakten «Protokolle» wurden später unter anderem von der NSDAP wieder veröffentlicht und sind heute noch weltweit verbreitet. Auch der baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete Wolfgang Gedeon bezog sich in mehreren Büchern positiv auf das antisemitische Machwerk,<sup>248</sup> unter anderem in seinem 2012 erschienenen Buch «Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten». Obwohl die AfD immer wieder versucht, sich als Partei

<sup>247</sup> Begrich, Pascal/Weber, Thomas/Roth, Roland: Die NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts. Forschungsbericht zur kommunalpolitischen Arbeit der extremen Rechten sowie zu Formen und Strategien der demokratischen Auseinandersetzung, Magdeburg 2010, S. 59. <sup>248</sup> Netz, Igor: «Antisemitismus der Vernunft», in: der rechte rand 167, Juli 2017, unter: [www.der-rechte-rand.de/archive/2290/drr167-afd-antisemitismus/](http://www.der-rechte-rand.de/archive/2290/drr167-afd-antisemitismus/).

zu inszenieren, die sich für Juden\* Jüdinnen einsetzt, zeigt sich in der Praxis das Gegenteil. Darüber kann auch die kleine Gruppierung «Juden in der AfD» nicht hinwegtäuschen. Ein weiteres Beispiel für den grassierenden Antisemitismus in der AfD ist der Unternehmensberater Gottfried Klases, der für die Partei im Kreistag von Kassel sitzt und aus Zierenberg in Nordhessen stammt. Laut *Frankfurter Rundschau* hetzte er auf seiner Facebook-Seite gegen den Zentralrat der Juden. Dieser hätte die «politische Meinungsbildungshoheit sowie die politische Kontrolle über Deutschland». <sup>249</sup> Zudem bediente das ehemalige CDU-Mitglied gegenüber dem Zentralrat das antisemitische Stereotyp vom «raffenden Juden»: «Seine Fleischtöpfe muss man ja nun schließlich hüten, damit man sich auch in Zukunft üppig daraus bedienen kann.» <sup>250</sup>

Für Antisemit\*innen ist derzeit der aus Ungarn stammende US-Milliardär George Soros das Gesicht der Weltverschwörung. Soros, der den Holocaust in Ungarn überlebte, fördert über seine Stiftungen diverse Projekte in vielen Ländern, beispielsweise die Open Society Foundations, die auch das journalistische Rechercheprojekt Correctiv.org unterstützen. Im Dezember 2018 musste auf Betreiben der völkisch-nationalistischen ungarischen Fidesz-Regierung unter Ministerprä-

sident Orban die von Soros gegründete Central European University (CEU) schließen und nach Wien ins Exil gehen. Als Bundesjustizministerin Katharina Barley (SPD) wenige Tage später Soros in Berlin traf, bezeichnete der thüringische AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner Soros als einen «zweifelichtigen, dubiosen, internationalistischen Strippenzieher» und bediente damit das antisemitische Stereotyp von Juden\*Jüdinnen, die im Verborgenen daran arbeiten würden, anderen zu schaden. <sup>251</sup>

George Soros gehört auch zu den prominenten Feindbildern der Corona-Leugner\*innen, deren Weltbild weitgehend verschwörungsideologisch bestimmt ist und die sich im Zuge der COVID-19-Pandemie nicht nur inhaltlich rasant radikalisiert haben, sondern auch öffentlich gemeinsam mit Neonazis und anderen extrem Rechten auftreten. Dabei werden die amtierende Bundesregierung, insbesondere Angela Merkel, aber auch der Virologe Christian Drosten als Marionetten von George Soros und Bill Gates diffamiert. Im Fall von Bill Gates wird behauptet, er würde die Arbeit der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation, WHO) durch finanzielle Zuwendungen steuern. Es ist zwar richtig, dass die Bill-&Melinda-Gates-Stiftung mit einem Anteil von zehn Prozent am Spendenaufkommen zu den größ-

**249** Meyer, Carsten/Tornau, Joachim F.: Hessischer AfD-Politiker hetzt gegen Juden, in: *Frankfurter Rundschau*, 10.1.2019, unter: [www.fr.de/rhein-main/hessischer-afd-politiker-hetzt-gegen-juden-11103402.html](http://www.fr.de/rhein-main/hessischer-afd-politiker-hetzt-gegen-juden-11103402.html). **250** Ebd. Die Facebook-Seite von Klases ist inzwischen öffentlich nicht mehr einsehbar. **251** AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: Ministerin Barley trifft zweifelichtigen George Soros!, ohne Datum, unter: [www.afdbundestag.de/ministerin-barley-trifft-zweifelichtigen-george-soros-stephan-brandner-afd-fraktion-im-bundestag/](http://www.afdbundestag.de/ministerin-barley-trifft-zweifelichtigen-george-soros-stephan-brandner-afd-fraktion-im-bundestag/).

ten Geldgebern der WHO gehört, weil sich die Organisation nur noch zu 20 Prozent über Mitgliedsbeiträge finanziert. Aus solchen Spenden entstehen sicherlich Abhängigkeiten. Das Engagement der Gates-Stiftung in dieser Sache ist allerdings eher problematisch, weil die Förderung zweckgebunden ausschließlich im Bereich der Eindämmung von Infektionskrankheiten eingesetzt werden kann. Die WHO benötigt jedoch Mittel, über die sie frei nach bestehenden Notwendigkeiten verfügen kann. Verschwörungsgläubige behaupten fälschlicherweise weiter, Bill Gates sei für die Entwicklung des Corona-Virus verantwortlich, um mit der Entwicklung eines Impfstoffs Geld zu verdienen. In einer erweiterten Variante des verschwörungsideologischen Mythos wird verbreitet, dass bei den Impfungen Nanochips gespritzt werden würden, um das Bewusstsein der Bevölkerung zu steuern. So richtig es ist, skeptisch gegenüber einem Multimilliardär und seinen Wohlfahrtsaktivitäten zu sein, so wenig Wirklichkeitsgehalt haben diese Behauptungen. Aus dem Geschäftsmann Gates, der sich einfach an die kapitalistischen Spielregeln hält, wird ein Monster gemacht.<sup>252</sup> Ein besonderer Stellenwert kommt auch dem QAnon-Verschwörungsmythos zu, der aus den USA stammt. Das zentrale Erkennungszeichen ist

der Buchstabe Q, der auf T-Shirts getragen oder auf Transparenten und Aufklebern gezeigt wird. QAnon ist ein angeblicher Mitarbeiter der US-Regierung, der vermeintliches Geheimwissen über einen «tiefen Staat» («deep state») veröffentlicht. Diesem Geheimbund würden liberale Politiker\*innen und Prominente angehören, die in eigenen geheimen Labors entführte Kinder foltern würden, um ihnen den Stoff Adrenochrome abzapfen, der lebensverjüngend wirken soll. Der Verschwörungsmythos hat auch hierzulande viele Anhänger\*innen, etwa den Musiker Xavier Naidoo. Der Rechtsterrorist, der das rassistische Attentat von Hanau am 19. Februar 2019 verübt hat, bei dem er neun Menschen ermordete sowie seine Mutter und sich selbst tötete, bezog sich ebenfalls auf QAnon.<sup>253</sup> Die Symbolähnlichkeit zu den «Querdenkern» ist zwar zufällig, gleichwohl sind Anhänger\*innen des QAnon-Mythos unter Corona-Leugner\*innen akzeptiert. Bei den Aufzügen von Corona-Leugner\*innen sind zudem immer wieder Demonstrant\*innen zu sehen, die gelbe Davidsterne tragen, in Anlehnung an die nationalsozialistischen Judensterne, um sich als Opfer einer angeblichen Diktatur zu stilisieren und mit diesem umgedrehten Bild den Nationalsozialismus sowie die Judenvernichtung zu verharmlosen.<sup>254</sup>

**252** Kruchem, Thomas: Die WHO am Bettelstab. Was gesund ist, bestimmt Bill Gates, SWR2 Wissen, 22.1.2019, unter: [www.swr.de/swr2/wissen/who-am-bettelstab-was-gesund-ist-bestimmt-bill-gates-100.html](http://www.swr.de/swr2/wissen/who-am-bettelstab-was-gesund-ist-bestimmt-bill-gates-100.html). **253** Das Versteckspiel: QAnon/Q/WVG1WGA/Weißes Kaninchen, ohne Datum, unter: <https://dasversteckspiel.de/die-symbolwelt/verschwoerungsmynthen/qanon-q-wwg1wga-weisses-kaninchen-341.html>. **254** Bundesverband RIAS e. V.: Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie, Berlin 2020, unter: [https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08\\_Rias-bund\\_Antisemitismus\\_im\\_Kontext\\_von\\_covid-19.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08_Rias-bund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf).

### 3.30 ANTIKOMMUNISMUS

Antikommunismus ist eine Ideologie, die sich nicht nur gegen Parteien, Strömungen und Einzelpersonen richtet, die sich selbst als kommunistisch oder sozialistisch verstehen, sondern gegen all jene, die von der extremen Rechten, teilweise aber auch von konservativer und liberaler Seite, als links und antifaschistisch oder zivilgesellschaftlich engagiert wahrgenommen werden. Im Extremfall gilt das sogar für die Politik der Großen Koalition aus SPD und CDU/CSU. Pauschal ist dann von «links-grün versifft» die Rede. Antikommunismus ist also ein Containerbegriff geworden. Er wird häufig im Zusammenhang mit der wissenschaftlich umstrittenen Extremismus- oder Hufeisentheorie benutzt, der zufolge sich politische Extreme von rechts und links an den Enden eines den Raum des Politischen beschreibenden Hufeisens annähern würden. Die «wehrhafte», «gesunde» demokratische Mitte stehe den Extremen gegenüber und sei ihren Angriffen ausgesetzt. Der Extremismusbegriff wird nicht allein von der extremen Rechten verwendet. Im Gegenteil. Er gehört zum politisch-ideologischen Standardrepertoire der Bundesrepublik. Die Quellen des Hufeisenmodells reichen bis in die Weimarer Republik zurück, genauer in nationalrevolutionär-völkische Kreise. Aufge-

griffen wurde es auch von Armin Mohler, einem Vordenker der Neuen Rechten.<sup>255</sup> Die AfD nutzt den Extremismusbegriff, um sich selbst als Teil der bürgerlichen Mitte zu inszenieren und gegen antifaschistische sowie zivilgesellschaftliche Projekte zu mobilisieren.

Klassischer Antikommunismus zeigt sich in der aktuellen Kommunalpolitik dort, wo es gilt, linke Bezugsgrößen von rechts zu demonstrieren. Die NPD im Kreistag Harz (Sachsen-Anhalt) beantragte 2007 und 2014, die «dauerhafte Entfernung von intoleranten, rassistischen und antisemitischen Denkmälern, Straßennamen usw. aus dem öffentlichen Leben», nämlich «Denkmäler, Straßennamen und andere Erinnerungsgegenstände an Karl Marx und Friedrich Engels». Es sei nicht zu akzeptieren, «Tatsachen» über die «DDR [...] mit ihrem totalitärem [sic!], inhumanen Totalitarismus» zu verschweigen. Mit der für ihn typischen Häme führte Fraktionschef Michael Schäfer in der Begründung Zitate an, die «Hass und Gewalt» im Denken von Marx und Engels und ihren Antisemitismus belegen sollten. Außerdem schlug Schäfer vor, dass die Kosten für die Umsetzung des Ansinnens über das Bundesprogramm «Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie» getragen werden könnten.<sup>256</sup>

<sup>255</sup> Keil, Daniel: Politik(wissenschaft) als Mythos. Die Extremismustheorie und das Hufeisen, in: Berendsen, Eva/Rhein, Katharina/Uhlig, Tom David: Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts, Berlin 2019, S. 45–57. <sup>256</sup> Der Kreistag Landkreis Harz: Beschlussvorlage 47/2007, 28.8.2007.

Begleitend organisierten NPD und JN im Jahr 2007 auch eine Kundgebung am Marx-Denkmal von Wernigerode.

Mit höhnischer Freude beziehen sich völkische Nationalist\*innen immer wieder positiv auf linke Symbolfiguren wie den langjährigen KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann. In der Regel geht es um ein Zitat, das beweisen soll, dass Thälmann Nationalist war:

«Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk; und meine Nation, die ich mit großem Stolz verehere, ist die deutsche Nation. Eine ritterliche, stolze und harte Nation. [...] Ich bin Blut vom Blute und Fleisch vom Fleische der deutschen Arbeiter und bin deshalb als ihr revolutionäres Kind später ihr revolutionärer Führer geworden.»<sup>257</sup>

Die AfD, zum Beispiel in Oldenburg (Niedersachsen), meint, «Ernst Thälmann wäre heute Mitglied der AfD!»<sup>258</sup> Der frühere Funktionär des internationalen Neonazi-Netzwerks Blood & Honour Sven Liebich aus Halle (Sachsen-Anhalt) bietet über seinen Versand T-Shirts mit dem Thälmann-Zitat an. Schon als Kopf der Kameradschaftsszene des Bundeslands hatte er Anfang der 2000er Jahre T-Shirts mit dem Konterfei von Ché Guevara und dem Spruch «Ché wäre heute bei uns» produziert.

### 3.30.1 Anti-Antifa/ Anti-Zivilgesellschaft

Angriffe auf politische Gegner\*innen gehören für die extreme Rechte zu den wichtigsten Aktionsfeldern. NPD, AfD und Co. lassen nach ihrem Einzug in Parlamente aller Ebenen keine Zeit verstreichen, bis sie mit Anfragen und Anträgen gegen Antifaschist\*innen vorgehen. Die NPD im Kreistag Harz (Sachsen-Anhalt) erkundigte sich ab 2007 mehrfach nach Projekten im Landkreis, die über die damaligen Bundesprogramme gegen rechts finanziert wurden. 2008 beantragte sie den Ausstieg aus dem Bundesprogramm «Vielfalt tut gut».<sup>259</sup> In Berlin-Neukölln brachte die AfD schon einen Tag nach Beginn der Legislatur eine Anfrage zur finanziellen Förderung verschiedener Organisationen durch den Bezirk ein, darunter Antifa-Gruppen, aber auch DIE LINKE, SPD, die Arbeiterwohlfahrt (AWO), Gewerkschaften oder evangelische und katholische Gemeinden.<sup>260</sup> Seither bezogen sich mehrere Hundert Anfragen und Anträge allein in den Berliner Gremien auf Menschen, die sich gegen Rassismus engagieren.

Auch in den Kreis- und Landtagen versuchten und versuchen DVU, NPD und AfD, Einfluss auf zivilgesellschaftliche Projekte zu nehmen. In der Regel werden solche Initiativen mit Beschwerden über einen

**257** Thälmann, Ernst: Zwischen Erinnerungen und Erwartungen, Frankfurt a. M. 1977, S. 56–58. **258** AfD Stadt Oldenburg/Ammerland: Ernst Thälmann wäre heute Mitglied der AfD, Facebook-Post, 18.9.2017, unter: <https://de-de.facebook.com/AfD.Oldenburg/photos/ernst-th%C3%A4lmann-w%C3%A4re-heute-mitglied-der-afd/683808155145938/>. **259** Der Kreistag Landkreis Harz: Beschlussvorlage 303/2008, NPD-Fraktion, 4.12.2008. **260** Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin, Kleine Anfrage KA/001/XX, 28.10.2016.

angeblich undemokratischen Umgang mit der jeweiligen rechten Partei verbunden. Diese Gleichzeitigkeit von Verfolgungswahn («Alle sind gegen uns!») und Größenwahn («Wir werden sie jagen!») ist typisch für die extreme Rechte.

Die Systematik des Vorgehens gegen zivilgesellschaftliche Projekte zeigt sich an einem weiteren Beispiel. So wurden dem gegen rechts engagierten Verein «Aktion Zivilcourage» im sächsischen Pirna am 21. April 2017 die kommunalen Mittel komplett gestrichen – beschlossen von einer Stadtratsmehrheit aus AfD, Freien Wählern und der Initiative «Pirna kann mehr – Blaue Wende».<sup>261</sup> Letztere wurde ursprünglich als Projekt von Frauke Petry gegründet, ist aber inzwischen wieder in sich gespalten.

Eine «Erklärung für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Meinungsfreiheit»<sup>262</sup> seitens der AfD-Fraktion sollte im Juni 2020 der Kreistag des Saale-Holzland-Kreises (Thüringen) beschließen. Im Text dazu heißt es, dass die Meinungsfreiheit «unter dem Druck einer ›political correctness‹» stünde. Mit Bezug auf die DDR werden «Merkmale bzw. Methoden eines Totalitarismus» in der heutigen Gesellschaft ausgemacht, die dazu führen würden, dass nicht konforme Meinungen – gemeint

sind offenbar extrem rechte Positionen – angeblich nur mit Gefahr für die «berufliche Entwicklung und persönliche Gesundheit»<sup>263</sup> geäußert werden könnten.

In Sachsen-Anhalt setzte die AfD sogar eine Enquete-Kommission zu «Linksextremismus» ein – mit Zustimmung eines Teils der CDU-Fraktion. Auch in der von ihr beförderten Debatte um den zivilgesellschaftlichen Verein Miteinander e. V. konnte die AfD auf Zustimmung von CDU-Abgeordneten setzen.<sup>264</sup>

Das Muster, dass alle Organisationen, die sich gegen die AfD artikulieren, von der AfD als «links-grün versifft» oder «linksextremistisch» denunziert werden, erinnert an Anti-Antifa-Listen aus der klassischen Neonazi-Szene, auf denen neben Antifa-Gruppen auch Parteistrukturen von LINKEN bis Union, Gewerkschaften, Rechtsanwält\*innen oder Polizist\*innen aufgeführt waren und sind.

AfD-Chef Jörg Meuthen verstieg sich im Mai 2018 nach einer klaren Äußerung des CSU-Politikers Markus Blume gegen die AfD gar zu der Behauptung, die CSU sei «inzwischen im Antifa-Jargon angelangt».<sup>265</sup>

An die Links-gleich-rechts-Logik des Extremismusbegriffs knüpfen extreme Rechte an, wenn sie ausgerechnet aus Landes- oder Bun-

**261** Bartsch, Michael: Start für die «Trockenlegung», in: taz, die tageszeitung, 8.5.2020, unter: <https://taz.de/AfD-gegen-ostdeutsche-Zivilgesellschaft/!5683529/>. **262** Bürgerinfo Saale-Holzland-Kreis: Vorlage – BV-K-074/20, ohne Datum, unter: <https://ratsinfo-online.net/landkreisshk-bi/v0020.asp?VOLFDNR=893>. **263** Ebd. **264** CDU und AfD gemeinsam gegen links, in: Süddeutsche Zeitung, 29.8.2018, unter: [www.sueddeutsche.de/politik/sachsen-anhalt-gemeinsam-gegen-links-1.4109620](http://www.sueddeutsche.de/politik/sachsen-anhalt-gemeinsam-gegen-links-1.4109620). **265** dpa: Nach CSU-Attacke kontert Jörg Meuthen gegen Markus Blume, Focus Online, 12.5.2018, unter: [www.focus.de/politik/deutschland/afd-nach-csu-attacke-kontert-joerg-meuthen-gegen-markus-blume\\_id\\_8917340.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/afd-nach-csu-attacke-kontert-joerg-meuthen-gegen-markus-blume_id_8917340.html).

desprogrammen gegen Menschenfeindlichkeit wie «Vielfalt tut gut» Gelder für ihre Projekte beantragen. In Bautzen (Sachsen) kündigte der regionale, private Fernsehsender Ostsachsen TV eine Veranstaltung unter dem so unbestimmten wie vielsagenden Titel «Miteinander statt Nebeneinander – Gegen Gewalt und Extremismus» an. Ein Plakat bewarb das Event mit dem Titelzusatz «Jedes Leben zählt!». Der Slogan wird von rechts verwendet, um die Black-Lives-Matter-Bewegung zu provozieren. Als Redner\*innen waren unter anderem die im AfD-Milieu angekommene, frühere DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld und der wegen rechter Ausfälle vom MDR geschasste Kabarettist Uwe Steimle angekündigt. Die dann

kurzfristig abgesagte Veranstaltung sollte von den örtlichen Partnerschaften für Demokratie (PfD) gefördert werden. Ostsachsen-TV-Mitbetreiber David Vandeven sitzt selbst im für die Mittelvergabe zuständigen Begleitausschuss.<sup>266</sup>

Mittlerweile gibt es bundesweit kommunale Begleitausschüsse für das Bundesprogramm «Demokratie leben!», in denen zum Teil auch rechte Akteur\*innen vertreten waren oder sind, beispielsweise im Landkreis Stendal (Sachsen-Anhalt)<sup>267</sup> oder in Bautzen (Sachsen).<sup>268</sup>

In den kommunalen Auswahlgremien des Programms hat die AfD je einen Sitz und bestimmt mit, wenn es um die Finanzierung von Projekten geht, die sich gegen alles richten, wofür die AfD steht.

### 3.31 ERINNERUNGSKULTUR UND GESCHICHTSPOLITIK

#### 3.31.1 Verhältnis zum Nationalsozialismus

Von extrem Rechten wird das Gedenkprojekt «Stolpersteine» immer wieder aufgegriffen. Dazu einige Beispiele. Die NPD beantragte vor einigen Jahren in verschiedenen kommunalen Gremien wie Berliner Bezirksverordnetenversammlungen die Verlegung «roter Stolpersteine» oder – wie im Kreistag Harz (Sachsen-Anhalt) – ähnlicher Stei-

ne, um der «Opfer der sowjetischen Besatzung» oder der «Opfer der SED-Diktatur» zu gedenken. Diese Ansinnen relativiert nicht nur den Holocaust, sondern greift auch den Extremismuskurs auf. Die rassistische Initiative «Kandel ist überall» um die baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete Christina Baum ging noch weiter und verbreitete im September 2018 Bilder von «Merkels Stolpersteinen», auf

<sup>266</sup> Stadt Bautzen, Amtsblatt, 7.3.2020, unter: [www.bautzen.de/fileadmin/media/amtsblatt/2020/amtsblatt-2020-5.pdf](http://www.bautzen.de/fileadmin/media/amtsblatt/2020/amtsblatt-2020-5.pdf). <sup>267</sup> Homepage des Vereins Kinder stärken e. V. Projektseite Partnerschaft für Demokratie, ohne Datum, unter: [www.kinderstaerken-ev.de/pfd-ik-sdl/](http://www.kinderstaerken-ev.de/pfd-ik-sdl/). <sup>268</sup> Stadtrat wählt Ausschuss für Demokratie-Programm, Sächsische.de, 4.3.2020, unter: [www.saechsische.de/stadtraete-waehlen-begleitausschuss-fuer-demokratie-programm-5179452.html](http://www.saechsische.de/stadtraete-waehlen-begleitausschuss-fuer-demokratie-programm-5179452.html).

denen die Namen von Mädchen zu lesen sind, die von Migranten ermordet worden sein sollen.<sup>269</sup> Auch KZ-Gedenkstätten stehen immer wieder im Fokus der extremen Rechten. So wurde aus einer Besuchergruppe der AfD heraus bei einer Führung in der Gedenkstätte Sachsenhausen im Juli 2018 die deutsche Vernichtungspolitik geleugnet, indem die Existenz von Gaskammern bestritten wurde. Zudem wurde die Führung immer wieder durch Zwischenrufe gestört, sodass der zuständige Guide die Veranstaltung abbrach. Der Leugner wurde inzwischen rechtskräftig zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Besuchergruppe kam aus dem baden-württembergischen Wahlkreis von Alice Weidel.<sup>270</sup> Auch andere KZ-Gedenkstätten bzw. deren Stiftungen melden im Zusammenhang mit geschichtsrevisionistischen Positionen der extremen Rechten immer wieder Vorfälle. Nach kritischen Äußerungen darüber, dass die AfD Geschichtsrevisionismus gesellschaftsfähig mache, ist der nunmehr ehemalige Direktor der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten und Leiter der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen, Jens-Christian Wagner, Bedrohungen im

Internet ausgesetzt.<sup>271</sup> Der engagierte Historiker, der bereits häufiger mit der AfD in Konflikt geriet, trat zum 1. Oktober 2020 die Stellung als Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora an.

Die Ablehnung des Gedenkens an die Shoah wird besonders bei Anlässen wie Veranstaltungen zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar deutlich. Im hessischen Büdingen (Wetterau) setzte sich 2017 der dortige NPD-Landesvorsitzende und -Fraktionschef Daniel Lachmann demonstrativ hin, als sich die anderen Verordneten zum Gedenken erhoben.<sup>272</sup> Tage zuvor war im Cottbuser Rathaus an den gerade verstorbenen Holocaustüberlebenden und Ehrenbürger Max Schindler erinnert worden. Der NPD-Verordnete und stellvertretende Bundesvorsitzende Ronny Zasowk verließ währenddessen den Saal.<sup>273</sup> Was zumindest Teile der AfD vom Gedenken an den Holocaust halten, machte Björn Höcke mit seiner bekannten Dresdner Rede im Januar 2017 deutlich, in der er eine «erinnerungspolitische Wende um 180 Grad» forderte und mit Blick auf das Holocaustmahnmal in Ber-

**269** Mück-Raab, Marion: Missbrauchte Stolpersteine, in: taz, die tageszeitung, 22.6.2018. **270** Mitglied einer AfD-Gruppe leugnet Holocaust in KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen, in: Frankfurter Rundschau, 17.10.2019, unter: [www.fr.de/politik/sachsenhausen-afd-besucher-leugnet-holocaust-kz-gedenkstaette-13117367.html](http://www.fr.de/politik/sachsenhausen-afd-besucher-leugnet-holocaust-kz-gedenkstaette-13117367.html). **271** Bergen-Belsen: Gedenkstättenleiter wird bedroht, NDR, 31.1.2020, unter: [www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg\\_heide\\_unterelbe/Bergen-Belsen-Gedenkstaettenleiter-wird-bedroht,bergenbelsen536.html](http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg_heide_unterelbe/Bergen-Belsen-Gedenkstaettenleiter-wird-bedroht,bergenbelsen536.html). **272** Büdingen: Stadtverordnete gedenken des Holocaust und streichen Gelder für NPD-Fraktion, in: Kreis-Anzeiger 1/2018, unter: [www.kreis-anzeiger.de/lokales/wetteraukreis/buedingen/buedingen-stadtverordnete-gedenken-des-holocaust-und-streichen-gelder-fur-npd-fraktion\\_17642952](http://www.kreis-anzeiger.de/lokales/wetteraukreis/buedingen/buedingen-stadtverordnete-gedenken-des-holocaust-und-streichen-gelder-fur-npd-fraktion_17642952). **273** Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS): NPD-Abgeordneter verlässt Saal bei einer Schweigeminute für einen jüdischen Ehrenbürger der Stadt, Twitter, 25.1.2017, unter: [https://twitter.com/Report\\_Antisem/status/824280821796392960](https://twitter.com/Report_Antisem/status/824280821796392960).

lin beklagte: «Wir Deutschen sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.»<sup>274</sup> Keine Probleme hatte Höcke mit seiner Teilnahme am früheren, jährlichen Neonazi-Aufmarsch in Dresden: Bei den «Trauermärschen» wurde mit weit überhöhten Opferzahlen der Bombardierung der Stadt im Februar 1945 gedacht. Die alliierten Luftangriffe auf Nazi-Deutschland wurden und werden von Neonazis auch bei diesen Aufmärschen als «Bombenholocaust» bezeichnet.

Auch in Kommunalvertretungen greifen Neonazis diese NS-Relativierung auf. Im Kreistag Harz (Sachsen-Anhalt) beispielsweise beantragte der damalige NPD-Fraktionsvorsitzende Michael Schäfer im Jahr 2008 und noch einmal 2014 eine «Gedenkstunde [...] für die Opfer des Bombenholocaust».<sup>275</sup> Schäfer, der mehrere Jahre Bundesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN, heute: Junge Nationalisten) und bis 2014 Angestellter der sächsischen NPD-Landtagsfraktion war, ist heute für das Kampagnenprojekt «Ein Prozent für unser Land» aktiv und trat auch für die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung auf.<sup>276</sup> Für die

AfD sitzt Martin Hohmann sowohl im Bundestag als auch im Kreistag Fulda (Hessen). Hohmann wurde 1998 für die CDU in den Bundestag gewählt und löste durch eine Rede zum Tag der Deutschen Einheit 2003 die nach ihm benannte Affäre aus. Damals versuchte er, den Holocaust mit Rückgriff auf altbekannte, antisemitische Verschwörungsmymen durch einen Vergleich mit der Oktoberrevolution und dem Stalinismus zu relativieren, indem er davon sprach, dass «die Juden» «mit einiger Berechtigung als ‹Tätervolk› [zu] bezeichnen» wären.<sup>277</sup> Einige Wochen später schloss ihn die CDU/CSU-Fraktion aus. Im Juli 2004 wurde er schließlich aus der CDU geworfen, wogegen er bis vor den Bundesgerichtshof zog, der die Klage Ende 2007 abwies.<sup>278</sup>

Teilweise kommt es in der Kommunalpolitik bei geschichtspolitischen Themen zu skurrilen Konstellationen. In Oranienburg (Landkreis Oberhavel, Brandenburg) soll in der Nähe des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen ein neues Wohngebiet entstehen, in dem acht neue Straßen zu benennen sind. Es liegt am historischen Ort eines Außenkommandos der Luftschiffbau Zeppelin GmbH Friedrichshafen, für die KZ-Häftlinge in

**274** «Denkmal der Schande». Björn Höcke (AfD) empört mit Hetz-Rede, 17.1.2017, YouTube, 18.1.2017, unter: [www.youtube.com/watch?v=7E\\_Mvgsk6PY](https://www.youtube.com/watch?v=7E_Mvgsk6PY). **275** Der Kreistag Landkreis Harz: Beschlussvorlage 1118/2014, NPD Fraktion, 8.5.2014. **276** AfD-Seminar mit Neonazi-Referent, in: infort, 24.10.2017, unter: <https://infort.de/afd-seminar-mit-neonazi-referent/>. **277** Vollständige Rede Hohmanns bei tagesschau.de, 20.7.2004, unter: <https://web.archive.org/web/20090504020222/http://www.tagesschau.de/inland/meldung229950.html>. **278** Parteiausschluss von Hohmann rechtskräftig, in: Der Tagesspiegel, 18.12.2007, unter: <https://web.archive.org/web/20071218121012/http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Parteien-CDU-Martin-Hohmann;art122,2440707>.

Zwangsarbeit Fesselballons herstellen mussten. Vonseiten des Leiters der Gedenkstätte Sachsenhausen Axel Drecolle sowie des Internationalen Sachsenhausen-Komitees, des Zentralrats der Juden in Deutschland und anderer war beabsichtigt, die Straßen nach ehemaligen KZ-Häftlingen zu benennen. Doch Stadtverordnete von SPD, CDU und AfD fällten einen anderen Beschluss. Die acht Straßen sollen nach Frauen aus ganz verschiedenen historischen Kontexten benannt werden. Nur eine von ihnen war im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert. Eine weitere war in dem von den Sowjets errichteten Speziallager interniert. Drecolle äußerte sich enttäuscht über den Beschluss der Stadtverordneten: «Die jetzt entschiedene Benennungspraxis nimmt auf die Anliegen der Opfer des Konzentrationslagers und deren Angehörige keinerlei Rücksicht [...]»<sup>279</sup>

Immer wieder reagieren Rechte auf Abgrenzungen ihnen gegenüber mit einer besonders widerwärtigen Variante der Relativierung der Shoah, indem sie behaupten, heute ähnlich verfolgt zu werden wie Juden\*Jüdinnen zur Zeit des Nationalsozialismus.<sup>280</sup> Nachdem sich an antifaschistischen Aktionen ge-

gen einen AfD-Aufmarsch Ende Mai 2018 in Berlin mehr als 70.000 Menschen beteiligt hatten, twitterte der Sprecher der AfD Lichtenberg Marius Radtke: «1938 bei den NAZIs: «Judensau!», 2018 bei der ANTI-FA: «AfD-Schwein!»».<sup>281</sup> Ende 2016 schrieben die «AfD-Freunde Kinzigtal» (Hessen) bei Facebook: «Noch vor wenigen Tagen gedenkten [sic!] wir den [sic!] Opfern der Reichspogromnacht. Auch damals begann es mit der gesellschaftlichen Ausgrenzung [von Juden] durch «Gutmenschen» u. a. mit dem Hausverbot für Juden in deutschen Geschäften. Und heute ...? Heute werden AfD'ler [...] vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen.»<sup>282</sup>

### 3.31.2 Umgang mit der Geschichte der DDR

Auch die Geschichte der DDR wird von der extremen Rechten instrumentalisiert und ausgeschlachtet. Insbesondere die AfD tat sich bei Landtagswahlkämpfen in den letzten Jahren mit Parolen wie «Wende 2.0», «Werde Bürgerrechtler!» oder «Die Wende vollenden» hervor. So auch in Leipzig, wo die Rechtspartei 2019 im sächsischen Wahlkampf auf Plakaten mit der Aufschrift «Wende für Leipzig» vor einem Bild der historischen Leipziger Montags-

<sup>279</sup> Die Gedenkstättenstiftung und das Internationale Sachsenhausen-Komitee üben Kritik am Beschluss über Straßennamen, in: Märkische Allgemeine, 23.6.2020, unter: [www.maz-online.de/Lokales/Oberhavel/Oranienburg/Die-Gedenkstaettenstiftung-und-das-Internationale-Sachsenhausen-Komitee-ueben-Kritik-am-Beschluss-ueber-Strassennamen](http://www.maz-online.de/Lokales/Oberhavel/Oranienburg/Die-Gedenkstaettenstiftung-und-das-Internationale-Sachsenhausen-Komitee-ueben-Kritik-am-Beschluss-ueber-Strassennamen). <sup>280</sup> Reuters: «Neue Form des Sterns»: Koch löst Eklat aus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.12.2002, unter: [www.faz.net/aktuell/politik/hessischer-landtag-neue-form-des-sterns-koch-loest-eklat-aus-183002.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/hessischer-landtag-neue-form-des-sterns-koch-loest-eklat-aus-183002.html). <sup>281</sup> Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS): Unsäglich, Twitter, 27.5.2018, unter: [https://twitter.com/Report\\_Antisem/status/1000820072296960000](https://twitter.com/Report_Antisem/status/1000820072296960000). <sup>282</sup> Holocaust-Banalisierung von den AfD-Freunden Kinzigtal, 28.11.2016, unter: <http://keinealternative.blogspot.de/2016/11/28/holocaust-banalisierung-von-den-afd-freunden-kinzigtal/>.

demonstrationen für sich warb.<sup>283</sup> Mit derartigen Slogans wird die parlamentarische Demokratie in die Nähe einer Diktatur gerückt, ihr also ihre Legitimität abgesprochen, um sich selbst zu heroisieren. Auch die extrem rechte Wählervereinigung Pro Chemnitz um Martin Kohlmann setzt auf Bezüge zur DDR-Bürgerrechtsbewegung, indem sich Kohlmann den Bärbel Bohley zugeschriebenen Satz «Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat» auf seiner Internetseite zu eigen macht.<sup>284</sup> Allerdings hat Bohley den Satz nach Ansicht des Historikers Ilko-Sascha Kowalczuk in dieser Form wohl überhaupt nie gesagt.<sup>285</sup>

### 3.31.3 Weitere NS-Relativierungen

Geschichtspolitik ist für völkisch-nationalistische Politik essenziell. In nahezu allen Kommunalvertretungen mit extrem rechten Verordneten werden von ihnen daher auch geschichtspolitische Themen aufgegriffen. Eine wichtige Rolle spielt dabei seit jeher der Umgang mit dem historischen Nationalsozialismus. Das Spektrum reicht hierbei von der scheinbaren Anerkennung der Verbrechen mit der Einschränkung, dass «auch mal Schluss sein» müsse, bis hin zum offenen Be-

kenntnis, den NS-Staat wiederbeleben zu wollen.

Debatten über das vermeintliche Gedenken an «alle Opfer» – wobei mit «alle» in der verharmlosenden Lesart der meisten Rechten auch und vor allem «die Deutschen» gemeint sind, die zum Großteil gar keine Nazis gewesen seien, sondern unter den Nazis gelitten hätten – gehören ebenso dazu wie das Polemisieren gegen eine angebliche «Umerziehung» durch die Alliierten. Häufig ist im Zusammenhang mit der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus auch von einem angeblichen «Schuld kult» die Rede, mit dem endlich Schluss sein müsse. Das antisemitische Motiv der Täter-Opfer-Umkehr ist hier in allen Varianten zu finden. Einen Antrag auf Errichtung eines Denkmals für Zwangsarbeiter\*innen lehnte der AfD-Vertreter im Schulausschuss in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) Matthias Helferich mit der Begründung ab, dass dadurch «keine wabernde Kollektivschuld am Leben erhalten» werde.<sup>286</sup>

Am 8. November 2018 machte im Berliner Abgeordnetenhaus wieder einmal Andreas Wild von sich reden. Der seit 2017 fraktionslose AfD-Politiker nahm an einem Trauermarsch zum Gedenken an den 80. Jahrestag der Pogromnacht vom 9. November 1938 teil – mit einer blauen

<sup>283</sup> Leipziger AfD versucht mit der Erinnerung an die Friedliche Revolution Wahlkampf zu machen, in: Leipziger Internet Zeitung, 21.5.2019, unter: [www.l-iz.de/politik/leipzig/2019/05/Leipziger-AfD-versucht-mit-der-Erinnerung-an-die-Friedliche-Revolution-Wahlkampf-zu-machen-276395](http://www.l-iz.de/politik/leipzig/2019/05/Leipziger-AfD-versucht-mit-der-Erinnerung-an-die-Friedliche-Revolution-Wahlkampf-zu-machen-276395). <sup>284</sup> Sterzik, Sibylle: Streit ums '89er-Erbe, in: Der Sonntag, 23.9.2018, unter: [www.sonntag-sachsen.de/2018/38/streit-ums-89er-erbe](http://www.sonntag-sachsen.de/2018/38/streit-ums-89er-erbe). <sup>285</sup> Kowalczuk, Ilko-Sascha: Wir wollten Gerechtigkeit – ... und bekamen den Rechtsstaat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.9.2020. <sup>286</sup> Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS): Unsäglich:#AfD-Ratsfraktion #Dortmund imaginiert einen Schuld kult, Twitter, 24.10.2017, unter: [https://twitter.com/Report\\_Antisem/status/922836039420563457](https://twitter.com/Report_Antisem/status/922836039420563457).

Kornblume am Revers seines Anzugs.<sup>287</sup> Dieses Symbol wurde seit dem späten 19. Jahrhundert von der antisemitischen Schönerer-Bewegung und später bis zur Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich 1938 von den dortigen Nazis als Erkennungszeichen genutzt, da die NSDAP und das Hakenkreuz in Österreich ab 1933 illegal waren. Die Kornblume muss also als Zeichen gedeutet werden, das «Denkverbote» umgehen möchte. Ähnlich nutzen Neonazis Symbole wie die zwölfstrahlige «Schwarze Sonne»<sup>288</sup> quasi als legales Hakenkreuz.

#### 3.31.4 Kolonialismus

Immer öfter nimmt die AfD positiv auf die Kolonialgeschichte Deutschlands Bezug. Vielerorts richten sich zum Beispiel Initiativen gegen die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die nach Kolonialist\*innen benannt sind, wie in Berlin-Neukölln und im «afrikanischen Viertel» in Berlin-Wedding sowie in Hamburg.<sup>289</sup>

Dort wurde im März 2018 der zu diesem Zeitpunkt stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion, der Jurist Alexander Wolf – inzwischen ist er auch Mitglied des Bundesvorstands –, vom Runden Tisch der Hamburger Kulturbehörde zur Aufarbeitung der kolonialen Ver-

gangenheit der Hansestadt verwiesen. Der Rauswurf erfolgte, als bei der Veranstaltung ein Mann aus der Schwarzen Community das Mikrofon ergriff und gegen Wolfs Teilnahme protestierte. Nachdem sich die Hälfte der Anwesenden dem Protest angeschlossen hatte, wurde Wolf durch den Moderator der Kulturbehörde gebeten zu gehen. Wolfs rechter Hintergrund ist einschlägig bekannt. Er gab nicht nur 1996 das Buch «Schlachtruf – Nationale Lieder» heraus, dass unter anderem das verbotene Hitlerjugend-Lied «Unsere Fahne flattert uns voran» mit leicht verändertem Text sowie zwei weitere Lieder der Hitlerjugend enthält. Wolf trat bereits während seines Studiums in München der extrem rechten und schlagenden Burschenschaft Danubia bei, für die er 1998 als Vorsitzender der Alten Herren fungierte. Zudem verfügt er über Kontakte zur weit rechts außen stehenden «Hamburger Burschenschaft Germania». In Namibia gehört Wolf dem korporierten deutsch-nationalen «Waffenring Windhoeck» an. Bundesweit bekannt wurde Wolf 2019 durch sein Portal «Neutrale Schule Hamburg», auf dem politisch angeblich nicht neutral unterrichtende Lehrkräfte an den Pranger gestellt werden konnten.<sup>290</sup>

**287** Colmenares, Katja: Während Berlin erinnert, verhöhnt AfD-Politiker Opfer, in: Bild, 8.11.2018, unter: [www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/eklat-um-nazi-symbol-bei-afd-politiker-waehrend-holocaust-gedenken-58314796.bild.html](http://www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/eklat-um-nazi-symbol-bei-afd-politiker-waehrend-holocaust-gedenken-58314796.bild.html). **288** Das Versteckspiel: Schwarze Sonne, ohne Datum, unter: <https://dasversteckspiel.de/die-symbolwelt/nationalsozialismus/schwarze-sonne-42.html>. **289** Bohne, Andreas: Die AfD entdeckt den deutschen Kolonialismus, in: Antifaschistisches Infoblatt 121, Winter 2018. **290** Hamburger Bündnis gegen rechts: Kolonialdebatte muss ohne völkischen Geschichtsrevisionisten aus der AfD stattfinden, Presseerklärung, 31.3.2018, unter: [www.keine-stimme-den-nazis.org/11-pressemitteilungen/6845-kolonialdebatte-muss-ohne-voelkischen-geschichtsrevisionisten-aus-der-afd-stattfinden](http://www.keine-stimme-den-nazis.org/11-pressemitteilungen/6845-kolonialdebatte-muss-ohne-voelkischen-geschichtsrevisionisten-aus-der-afd-stattfinden).

In den Bundestag brachte die AfD-Fraktion im Dezember 2019 einen Antrag unter der Überschrift «Die deutsche Kolonialzeit kulturpolitisch differenziert aufarbeiten» ein. Der Text offenbart deutlich das Geschichtsverständnis der Partei in Bezug auf die deutsche Kolonialvergangenheit. Die Bekämpfung der Aufstände der Nama und Ova-herero gegen die deutsche Kolonialmacht in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia) in den Jahren 1904 bis 1908 war ein Völkermord unter dem Befehlshaber Lothar von Trotha. Doch statt den Genozid als solchen zu benennen, ist im AfD-Antrag die Rede davon, dass es «unverhältnismäßige Härten und Grausamkeiten» gegeben hätte.<sup>291</sup> Aus der Logik dieses Geschichtsbilds heraus sieht die Fraktion «keinen Anlass für Entschädigungszahlungen» und beklagt stattdessen, dass die angeblich «ge-

winnbringenden Seiten der deutschen Kolonialzeit erinnerungspolitisch keinen Niederschlag finden». Als Grund hierfür werden «kulturmarxistisch» inspirierte Vergangenheitsdeutungen genannt.

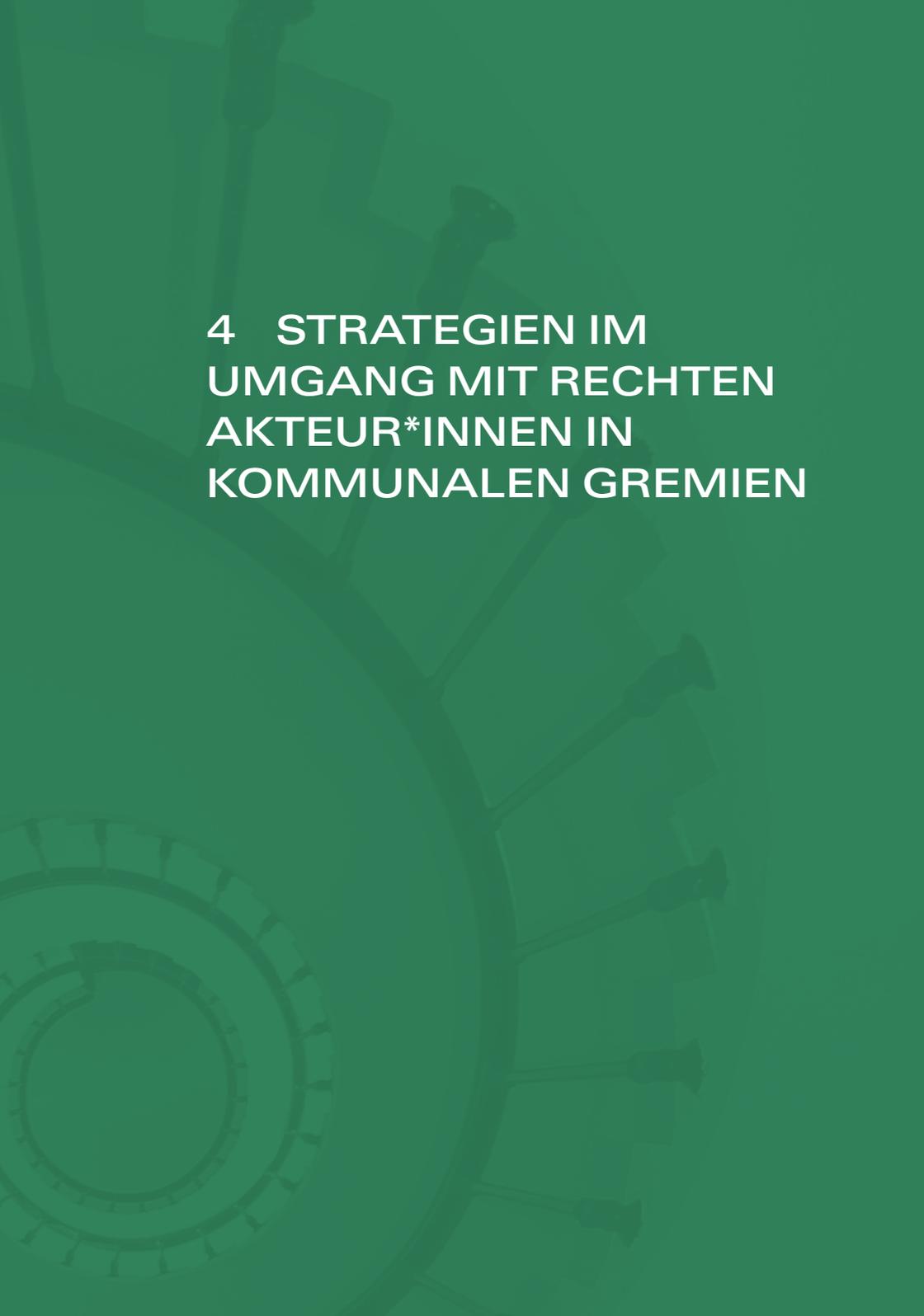
### **3.31.5 Sonstige Geschichtspolitik**

Auch die (finanzielle) Unterstützung von «Landsmannschaften» und «Vertriebenen»-Verbänden ist Thema von AfD-Initiativen, vor allem auf Bundes- und Landesebene. Eine mögliche bessere finanzielle Ausstattung würde die Infrastruktur dieser Revisionist\*innen stärken, was auch in der Fläche spürbar sein könnte, beispielsweise bei Debatten über Denkmale, Gedenkveranstaltungen oder in Schulen. Wenn aller Voraussicht nach ab 2022 die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung staatliche Fördergelder erhält, wird sich das nicht zuletzt auch auf dieses Politikfeld auswirken.

<sup>291</sup> Deutscher Bundestag: Drucksache 19/15784, 11.12.2019.







# 4 STRATEGIEN IM UMGANG MIT RECHTEN AKTEUR\*INNEN IN KOMMUNALEN GREMIEN

---

Zunehmend halten rechte Akteur\*innen Einzug in die kommunalen Gremien. Das Problem mit rechten Parlamentarier\*innen ist allerdings kein neues Phänomen. In allen Bundesländern gibt es bereits Erfahrungen mit rechten Fraktionen oder Einzelpersonen, auch außerhalb kommunaler Institutionen. In einzelnen Stadtverordnetenversammlungen, Gemeinderäten oder Kreistagen sind extrem Rechte bereits seit Jahrzehnten vertreten. In den letzten Jahren ist es ihnen jedoch gelungen, ihre Strukturen deutlich auszubauen und zu festigen. Dadurch haben sie nicht nur Sitze, sondern auch finanzielle Ressourcen hinzugewonnen.

Mit dem Einzug der AfD gibt es vermehrt Schwierigkeiten, Absprachen, die im Hinblick auf den Umgang mit der NPD oder den Republikanern getroffen wurden, weiter aufrechtzuerhalten. Die viel beschworene «Brandmauer gegen rechts» ist nicht nur am Bröckeln, sie droht vielmehr einzustürzen. Eine deutliche Positionierung von linken, antifaschistischen und progressiven Akteur\*innen sowie das Schmieden breiter Bündnisse ist daher dringend nötig. Dass die Präsenz rechter Akteur\*innen sowohl in den Gremien und Parlamenten als auch in Medien und Gesellschaft als «normal» hingenommen wird, muss aktiv bekämpft werden. Dafür gibt

es verschiedene Handlungsmöglichkeiten. Zentrales Anliegen linker kommunaler Mandatsträger\*innen sollte es dabei immer sein, sich deutlich gegen Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus, völkischen Nationalismus und andere menschenfeindliche Ideologien zu Wort zu melden und zu positionieren. Darüber hinaus gilt es, die eigenen Positionen zu stärken und präsent zu machen. Die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Gruppen außerhalb, die Kooperation mit anderen Fraktionen innerhalb des Gremiums sowie der Austausch zwischen linken Politiker\*innen verschiedener Gremien bilden dafür die Grundlage. Klar ist: Positionen, die Angst schüren, die Hass und rechte Gewalt predigen, sind ein Angriff auf die Demokratie, eine solidarische Gesellschaft und ein friedliches Miteinander. Sie zerstören die Fortschritte der vergangenen Jahrzehnte, die in Richtung einer offenen, gerechten Gesellschaft, in deren Mittelpunkt die Teilhabe aller steht, gemacht wurden. Diesen Angriffen ist daher entschieden entgegenzutreten.

In diesem Kapitel stellen wir Strategien dar und geben Tipps für den Umgang mit rechten Akteur\*innen in kommunalen Gremien. Der Aufbau folgt grob der Chronologie einer Wahlperiode und geht darauf ein, was bereits vor der ersten Sit-

zung getan werden kann (4.1), wie mit der ersten Sitzung ein guter Start hingelegt werden kann (4.2)

und welche Möglichkeiten es gibt, auch im Gremienalltag am Ball zu bleiben (4.3).

#### **4.1 VOR DER ERSTEN SITZUNG: WIE KANN ICH MICH VORBEREITEN?**

Während für manche lokalpolitisch Aktive die Auseinandersetzung mit rechten Parteien erst in den letzten Jahren relevant geworden ist bzw. erst mit der Wahl in ein politisches Gremium eine persönliche Ebene bekommen hat, befinden sich andere schon seit Jahrzehnten in dieser direkten politischen und inhaltlichen Auseinandersetzung. Für manche ist der bürokratisch reglementierte «Sitzungsalltag» eines Gremiums also etwas völlig Neues, während erfahrenere Personen auch die letzten Geschäftsordnungstricks schon in- und auswendig kennen.

Die Arbeit in Gremien geht mit der doppelten Anforderung einher, konstruktiv antifaschistisch zu agieren, ohne sich dabei in den bürokratischen Reglementierungen der Gremien zu verlieren. Gerade weil die Zeit für politisches Engagement oft knapper bemessen ist als erwünscht, ist es sinnvoll, sich frühzeitig und im Austausch mit anderen darauf einzustellen.

In den folgenden Abschnitten geben wir einige Hinweise, wie es möglich ist, sich bereits vor der ersten Sitzung, im besten Fall sogar noch in der alten Wahlperiode vorzubereiten, um rechten Gruppierungen und Einzelpersonen von Anfang an den Wind aus den Segeln zu neh-

men. Eingegangen wird dafür auf die Fragen:

- Wie erfolgt eine frühzeitige Vernetzung in Partei und Fraktion?
- Was kann bereits in der letzten Sitzung der alten Wahlperiode getan werden?
- Wie sind interfraktionelle Absprachen noch vor der ersten Sitzung möglich?
- Welche Erklärungen sollten gezielt in der ersten Sitzung (aber ggf. auch danach) veröffentlicht werden?
- Was ist bei Fraktionsbildungen zu beachten?

##### **4.1.1 Interne Absprachen und Vernetzung**

Eine klare antifaschistische Positionierung beginnt bereits bei der Entwicklung des Wahlprogramms und mit der Aufstellung der Kandidat\*innen. Auch im Rahmen des Wahlkampfs gibt es zahlreiche Möglichkeiten, sich eindeutig zu positionieren. Wie eine gemeinschaftliche öffentliche Positionierung im Vorlauf zu Wahlen aussehen kann, zeigt der «Burladinger Aufruf» aus dem Zollernalbkreis (Baden-Württemberg): Dort haben sich verschiedene Parteien, zivilgesellschaftliche Gruppen und Akteur\*innen aus dem Kreis vernetzt, um öffentlich Stellung gegen die AfD

zu beziehen. Dabei nehmen sie explizit Bezug auf ihre historische Verantwortung, denn im Rahmen des «Unternehmens Wüste» starben in den Jahren 1944 und 1945 im Zollernalbkreis mehr als 3.480 Menschen.<sup>1</sup>

Sich rechten Akteur\*innen entgegenzustellen ist leichter, wenn dafür ausgesprochener Rückhalt in Partei und Fraktion vorhanden ist. Für den Umgang mit rechten Akteur\*innen empfiehlt es sich daher, so früh wie möglich, spätestens jedoch in der ersten eigenen Fraktionssitzung nach den Wahlen über den gemeinsamen künftigen Umgang zu sprechen. Auch vorhergehende Workshops, die eine etwas breitere Öffentlichkeit ansprechen, können hilfreich sein. Insbesondere für kleine Fraktionen und Einzelkämpfer\*innen ist es ratsam, sich mit Fraktionen in anderen Landkreisen/Städten zu vernetzen – Ähnliches gilt für die Vertreter\*innen in den Gremien der Großstädte. Außerdem ist eine Zusammenarbeit mit Bundestags- oder Landtagsabgeordneten empfehlenswert. Sie sind in der Region aktiv und gut vernetzt und können daher oft unterstützend Hilfe leisten und Austausch ermöglichen. Im Rahmen von Vorbereitungssitzungen oder Workshops empfiehlt es sich, zu den folgenden Aspekten zu arbeiten:

- Wer sind die rechten Akteur\*innen und Kader im Gremium? Welche Zusammenarbeit findet zwischen parlamentarischen und

außerparlamentarischen Rechten statt? Hierzu kann es sinnvoll sein, sich Referent\*innen aus antifaschistischen Recherchezusammenhängen einzuladen. Das ist schon deshalb gut, weil sich dadurch persönliche Kontakte ergeben, die auch für eine spätere Zusammenarbeit hilfreich sind.

- Welche Probleme folgen daraus, dass rechte Akteur\*innen in einem demokratischen Gremium sitzen? Welche konkreten Probleme und Tabuverletzungen gehen von rechten Akteur\*innen im Gremium aus?
- Wie soll der persönliche Umgang mit rechten Personen im Gremium, auf den Fluren, in Veranstaltungen oder im privaten Bereich aussehen? Gibt es einen intrafraktionellen Minimalkonsens, der auch nach außen deutlich kommuniziert wird? Gibt es gemeinsame Absprachen, die getroffen werden können? An welchen Stellen wird sich für ein individuelles Vorgehen entschieden, das trotzdem gegenseitige Unterstützung findet? Wie kann Einzelpersonen aus unangenehmen Situationen herausgeholfen werden?
- Wie, wo und mit welchen Personen ist eine gemeinsame, interfraktionelle Verständigung im Umgang mit rechten Akteur\*innen möglich?
- Welche außerparlamentarischen Bündnisse, Gruppen oder Stellen könnten in eine solche Arbeit ein-

<sup>1</sup> Burladinger Aufruf: Keine Stimme der AfD im Zollernalbkreis!, 14.2.2021, unter: <https://burladingeraufwurf.media.org/>.

bezogen werden? Wie sind Unterstützung und Zusammenarbeit auf Augenhöhe möglich?

Eine Verständigung innerhalb der eigenen Fraktion zu thematischer Ausrichtung und Arbeitsweise schon im Vorfeld der konstituieren-

den Sitzung ist letztlich maßgeblich für die Arbeit der kommenden Wahlperiode. Aus diesem Grund geben wir hier einige aus linker Sicht grundsätzliche Handlungsempfehlungen, die bei der Arbeit in kommunalen Gremien helfen sollen.

In der kommunalen Gremienarbeit sollte bzw. sollten:

- keine gemeinsamen Anträge mit rechten Fraktionen eingereicht werden;
- keine Anträge rechter Fraktionen angenommen werden;
- eigene Anträge so formuliert werden, dass rechte Parteien ihnen nicht zustimmen können;
- Annäherungen und Beifall von rechten Fraktionen durch situative Distanzierung zurückgewiesen werden;
- keine gemeinsamen Erklärungen, an denen rechte Fraktionen beteiligt sind, abgegeben werden;
- keine Personalvorschläge aus oder von rechten Fraktionen unterstützt oder angenommen werden;
- keine gemeinsame Fraktion gebildet werden;
- keine gemeinsame Pressekonferenz gehalten;
- keine linken Räumlichkeiten vermietet und
- keine gemeinsamen Veranstaltungen durchgeführt werden.

#### 4.1.2 Die letzte Sitzung der vorhergehenden Wahlperiode

In einigen Fällen kann es sinnvoll sein, bereits die letzte Sitzung einer Wahlperiode für kleinere Änderungen zu nutzen. So müssen zum Beispiel Geschäftsordnungsänderungen, die die Konstituierung betreffen, bereits in der alten Wahlperiode beschlossen werden. Prinzipiell empfehlen wir keine Änderungen aufgrund des Einzugs rechter Akteur\*innen in ein Gremium. Insbesondere das Ändern von Geschäftsordnungen ist schwierig und nur in

bestimmten Situationen zu empfehlen. Die demokratischen Spielregeln gelten für alle und jede gewählte Person hat insofern ein Recht, an diesen teilzunehmen. Gleichzeitig stärkt es rechte Akteur\*innen in ihrer vermeintlichen Opferrolle. Damit haben rechte Politiker\*innen einmal mehr einen Grund, sogenannte etablierte Parteien verbal zu diskreditieren. Grundsätzlich erscheint der Ansatz, demokratische Rechte zu beschneiden, um Antidemokrat\*innen zu bekämpfen, widersinnig. Auch diese Debatte ist nicht neu.

Um die Einführung einer «Lex NPD» wurde vor ein paar Jahren in vielen Gremien gestritten. Welche Gefahren damit verbunden sind, können linke Lokalpolitiker\*innen berichten, die – vor allem in Westdeutschland – vielerorts von Vertreter\*innen demokratischer Parteien mittels einer «Lex PDS» in ihren Handlungsmöglichkeiten beschnitten worden sind. Dass NPD, AfD und Co. noch deutlich weiter gehen würden, wenn sie die Chance bekämen, sollte klar sein. Auch im Sinne des eigenen Selbstverständnisses ist es wichtig, genau abzuwägen, ob solche Beschneidungen mitzutragen sind. Dennoch gibt es Möglichkeiten, eine klare Abgrenzung im «Gremienalltag» zu vereinfachen.

Eine Regelung ist an dieser Stelle besonders hervorzuheben: Sollte es möglich sein, Anträgen anderer Fraktionen beizutreten, ist eine Änderung dieser Regelung geboten. Die Einreicher\*innen sollten in jedem Fall selbst darüber entscheiden können, ob sich eine andere Fraktion als Miteinreicher bezeichnen kann. Auf diese Weise können gemeinsame Anträge mit rechten Fraktionen verhindert werden.

#### **4.1.3 Interfraktionelle Koordinierung**

Mit einer guten Absprache innerhalb der eigenen Fraktion ist eine wichtige Voraussetzung erfüllt, um im eigenen Gremium rechten Akteur\*in-

nen erfolgreich entgegentreten zu können. Es wäre aber falsch zu glauben, dass dies ausreicht. Für die Arbeit in kommunalen Gremien ist es ratsam, nicht nur in der eigenen Fraktion, sondern auch mit anderen Fraktionen gemeinsame Positionen zu formulieren und Absprachen zu treffen. Dabei geht es vor allem darum, gemeinsame Vereinbarungen zum allgemeinen Umgang mit rechten Akteur\*innen zu treffen sowie gemeinsame Strategien zum Reagieren auf Anfragen, Anträge und Störaktionen zu erarbeiten. Beispiele für erfolgreiche Absprachen sind etwa der «Schweriner Weg» oder der «Berliner Konsens» (→ Kasten, S. 126). Ohne solche Absprachen fällt es rechten Akteur\*innen und Fraktionen leicht, kommunalpolitische Arbeit von Demokrat\*innen zu stören und sich mit eigenen Themen permanent in den Vordergrund zu drängen. Dass es rechten Kommunalpolitiker\*innen oft darum geht, demokratische Politikabläufe zu behindern, hat der AfD-Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider (Sachsen-Anhalt) mit Blick auf die Kommunalwahlen 2019 auf den Punkt gebracht. Bei einem sogenannten Bürgerforum seiner Partei im Februar 2018 in Merseburg beklagte er eine «Überdemokratisierung der Kommunalpolitik» und erklärte: «Wir müssen herausfinden, wie wir auf kommunaler Ebene sabotieren können.»<sup>2</sup> Ein reines

<sup>2</sup> Brist, Robert: Aufruf zur Sabotage. AfD-Kreis-Chef Tillschneider skizziert seine Pläne, in: Mitteldeutsche Zeitung, 28.2.2018, unter: [www.mz-web.de/saalekreis/aufruf-zur-sabotage-afd-kreis-chef-tillschneider-skizziert-seine-plaene-29791432](http://www.mz-web.de/saalekreis/aufruf-zur-sabotage-afd-kreis-chef-tillschneider-skizziert-seine-plaene-29791432).

Sich-Abarbeiten an rechten Initiativen geht genau diesem Sabotageversuch auf den Leim, denn sie behindert insbesondere die Setzung und Einbringung eigener linker und antifaschistischer Themen. Daher ist es von Vorteil, Wege zu finden, die Zeit, die mit rechten Vorlagen verschwendet wird, zu minimieren.

Durch den Einzug der AfD in kommunale Gremien sind viele Mandatsträger\*innen jedoch verunsichert. Absprachen gegen die NPD fielen leichter, immerhin gab es mehrfach verfassungsrechtliche Anläufe, die Partei zu verbieten. Im Urteil zum zweiten Verbotungsverfahren bestätigte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) 2017 die Verfassungsfeindlichkeit der Neonazi-Partei. Ein Verbot scheiterte lediglich an der Bedeutungslosigkeit der Partei im politischen Geschehen der Bundesrepublik. Doch nun sitzt die AfD auch im Bundestag und eine Gleichbehandlung mit der NPD in der politischen, kommunalen Auseinandersetzung ist angesichts der deutlich größeren Macht und trotz der kontinuierlichen Radikalisierung der AfD nur schwer vermittelbar. Erfreulicherweise setzt sich allerdings zunehmend die Einsicht durch, dass es sich bei der AfD um eine extrem rechte Partei handelt. Selbst der nicht gerade für besondere Analysefähigkeit und Konsequenz bei der Bekämpfung der extremen Rech-

ten bekannte Verfassungsschutz hat sowohl die AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA) als auch den «Flügel» der AfD und in mehreren Bundesländern sogar die gesamte Partei zu Beobachtungsobjekten erklärt. Offiziell begründet wird dies damit, dass in der Jungen Alternative eine «drastische Missachtung rechtsstaatlicher Grundprinzipien, insbesondere des Gewaltmonopols des Staates und der Rechtsbindung der Verwaltung», zu beobachten sei und dass sich das Politikkonzept des Flügels nicht nur durch eine Verletzung aller «Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, [der] Menschenwürdegarantie sowie [des] Demokratie- und [...] Rechtsstaatsprinzip[s]» auszeichne, sondern darüber hinaus durch das Ziel der Herstellung eines ethnisch homogenen Volkes sowie durch «flüchtlings- und muslimfeindliche Positionen»<sup>3</sup> gekennzeichnet sei. Auch wenn die Urteile des Verfassungsschutzes keineswegs richtungsweisend für linke Politik sein können, können entsprechende Hinweise im Kontakt mit anderen Parteien, die an der Mär der Harmlosigkeit der AfD festhalten, empfehlenswert sein. So kann etwa der legalistischen Argumentation, dass die AfD «ja nicht verboten» sei, begegnet werden. Besser sind aber allemal Hinweise auf die Erkenntnisse antifaschistischer Recherchen.

**3** Bundesamt für Verfassungsschutz: Fachinformation zu Teilorganisationen der Partei «Alternative für Deutschland», ohne Datum, unter: [www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/zur-sache/zs-2019-002-fachinformation-zu-teilorganisationen-der-partei-alternative-fuer-deutschland-afd](http://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/zur-sache/zs-2019-002-fachinformation-zu-teilorganisationen-der-partei-alternative-fuer-deutschland-afd).



## **BERLINER KONSENS**

Mit dem Einzug der NPD in einige Berliner Bezirksverordnetenversammlungen entwickelte die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (mbr) im Jahr 2011 gemeinsam mit den demokratischen Parteien im Abgeordnetenhaus ein Papier, das die demokratischen Grundsätze deutlich hervorheben sollte. Der «Berliner Konsens» hält allerdings nur ein allgemeines Verständnis fest und beinhaltet keine Handlungsanleitungen der Fraktionen im Parlament selbst. Darin heißt es etwa: «Wir wenden uns dagegen, rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien ein Podium zu geben. Mit Vertreterinnen und Vertretern von diskriminierenden Positionen darf es keine Diskussion auf Augenhöhe geben.» Weiter wird sich deutlich für ein tolerantes Miteinander in Berlin ausgesprochen und Protest bei Veranstaltungen rechter Parteien und Akteure bekräftigt: «Rechtsextremen und rechtspopulistischen Veranstaltungsoffensiven und Versuchen, sich in öffentlich-rechtlichen Räumen als wählbare oder gar demokratische Parteien zu inszenieren, gilt es mit allen juristischen Mitteln und Möglichkeiten des demokratischen und friedlichen Protestes zu begegnen.» Im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahlen 2016 wurde von den Parteien SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, DIE LINKE, Piratenpartei sowie der FDP eine zweite Auflage des «Berliner Konsenses» unterzeichnet. In diesem wird darauf hingewiesen, dass Berlin eine weltoffene Stadt sei und bleibe. Außerdem gebe es eine Solidarität mit Betroffenen rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung. Ein weitergehendes Dokument nach dem Einzug der AfD in das Abgeordnetendokument wurde nicht verabschiedet.

## **SCHWERINER WEG**

Eingeführt wurde das Konzept des Schweriner Wegs mit dem Einzug der NPD in den Schweriner Landtag im Jahr 2006. Es befasst sich mit grundsätzlichen Handlungsanweisungen und -absprachen im Umgang mit rechten Akteur\*innen im Landtag. Inzwischen findet dieses Konzept ebenfalls in kommunalen Gremien Anwendung. Doch was steckt dahinter? Wird es heute noch genutzt? Was hat sich mit dem Einzug neuer rechter Parteien verändert?

In einem Flyer der SPD Mecklenburg-Vorpommern ist zu lesen, worum es in der Vereinbarung des Schweriner Wegs geht:

- Zu Anträgen der NPD nimmt nur ein\*e Abgeordnete\*r einer demokratischen Fraktion Stellung.

- Alle Anträge der NPD, die in den Landtag eingebracht werden, werden von allen demokratischen Fraktionen abgelehnt.
- An Veranstaltungen nehmen die gewählten Vertreter\*innen der demokratischen Fraktionen nur teil, wenn die NPD nicht mit auf dem Podium sitzt oder eingeladen ist.

Während der Recherchen und in Gesprächen mit unterschiedlichen kommunalpolitischen Akteur\*innen waren beide Konzepte, also die Berliner und Schweriner Erklärung, wichtige Referenzpunkte. Sowohl im Stadtrat von Lutherstadt Wittenberg als auch in der Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg-Wilmersdorf in Berlin nutzen Akteur\*innen Teile beider Konzepte – doch nicht immer konsequent und durchgehend. Andere kommunale Gremien hingegen nutzen keines der beiden Konzepte als Strategie im Umgang mit rechten Akteur\*innen in Parlamenten, Kreistagen, Stadträten oder in der Bezirksverordnetenversammlung.

Quellen: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin: Berliner Konsens gegen Rechtsextremismus, ohne Datum, unter: [www.mbr-berlin.de/angebote/beratung/berliner-konsens-gegen-rechts/?lang=de](http://www.mbr-berlin.de/angebote/beratung/berliner-konsens-gegen-rechts/?lang=de); Berliner Konsens. Öffentliche Erklärung der Berliner demokratischen Parteien SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke, Piratenpartei und FDP. In Zusammenarbeit mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, 1.6.2016, unter: [www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2016/06/Berliner\\_Konsens\\_2016.pdf](http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2016/06/Berliner_Konsens_2016.pdf); Landtagsfraktion SPD Mecklenburg-Vorpommern: Der Schweriner Weg. Zum Umgang der demokratischen Fraktionen mit der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, ohne Datum, S. 2, unter: <https://webmoritz.de/wp-content/uploads/2016/05/Schwerinerweg.pdf>

#### 4.1.4 Fraktionsbildung

Wenn Einzelpersonen oder einigen wenigen Mandatsträger\*innen in ein kommunales Gremium einziehen, kann es für die weitere Arbeit, insbesondere in den Ausschüssen, von Vorteil sein, sich mit anderen Rät\*innen auf die Bildung einer gemeinsamen Fraktion zu verständigen (unter Umständen kann für die Wahl in die Ausschüsse auch eine Zählgemeinschaft gebildet werden). Auch bei der Besetzung von Posten oder in anderen Gremien ist der Sta-

tus als Fraktion wegen der Verteilungsmodi oft unumgänglich.

Kleine Fraktionen, aber auch angehende Mandatsträger\*innen sollten aufmerksam beobachten, inwiefern es Bestrebungen gibt, die Voraussetzungen für den Erhalt des Fraktionsstatus zu verändern, der oft in der ersten, konstituierenden Sitzung der Wahlperiode festgelegt wird. Gern wird die Anzahl der notwendigen Sitze nach oben verschoben, um eine Fraktionsbildung zu verhindern – vermehrt auch gegen lin-

ke Mandatsträger\*innen. Dadurch entfielen notwendige Ressourcen und rechtliche Möglichkeiten für die kommunalpolitische Arbeit, wie zum Beispiel Fraktionsräume, Mitarbeiter\*innen, das Rede- und Abstimmungsrecht in Ausschüssen sowie finanzielle Mittel. Der Fraktionsstatus ist demnach wichtig für die Arbeit vor Ort. Deshalb sollten Änderungen der Geschäftsordnung in diesem Zusammenhang verhindert und stets ein eigener Fraktionsstatus angestrebt werden.

Natürlich ist für die Arbeits- und Abstimmungsfähigkeit der Fraktion eine inhaltliche Nähe geboten. Eine Fraktionsbildung mit der AfD oder rechten freien Wählergruppen kann daher unter keinen Umständen eine Option sein. Es ist ein pragmatischer Fehlschluss zu glauben, hier sei etwas zu gewinnen: Vielmehr torpediert ein solches Handeln die eigene antifaschistische Glaubwürdigkeit, verhilft rechten Mandatsträger\*innen zu Akzeptanz und schädigt damit allen Bemühungen auf anderen Ebenen. Verschiedene Beispiele zeigen, dass es andere Möglichkeiten der Fraktionsbildung gibt:

Im Wetterau-Kreis (Hessen) bildet die LINKE eine gemeinsame Fraktion mit einer Mandatsträgerin der

PIRATEN.<sup>4</sup> In Stuttgart (Baden-Württemberg) bilden acht Personen eine Fraktionsgemeinschaft im Stadtrat. Dazu gehören mit drei Mandaten die SÖS (Stuttgart Ökologisch Sozial), DIE LINKE ebenfalls mit drei Stadträt\*innen sowie jeweils ein PIRAT und eine Person der Tierschutzpartei.<sup>5</sup> Auch im Augsburger Stadtrat (Bayern) hat sich eine Ausschussgemeinschaft gebildet, um in die verschiedenen Ausschüsse zu gelangen. Diese besteht aus den Parteien Freie Wähler,<sup>6</sup> DIE LINKE, der ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei)<sup>7</sup> und der Polit-WG.<sup>8</sup>

Auch hier empfehlen wir, klare Absprachen zu treffen, was den Umgang mit rechts angeht. Verschiedene Parteien haben unterschiedliche Ansätze, Interessen oder Vorstellungen, wie sie sich Rechten gegenüber verhalten wollen – durch Absprachen können Skandale verhindert werden. Sollte es dennoch schwierige Situationen im Umgang mit rechts geben, erfolgt zum Beispiel keine klare Abgrenzung von rassistischen Parolen oder findet sogar eine Zusammenarbeit statt, ist eine Trennung von Einzelpersonen dringend geboten. Nur so kann eine glaubwürdige Abgrenzung erfolgen und nach außen auch vermittelt werden.

<sup>4</sup> Landkreis Wetterau: Kreistagsabgeordnete, 28.10.2020, unter: [www.wetteraukreis.de/politik/kreistag/kreistagsabgeordnete/](http://www.wetteraukreis.de/politik/kreistag/kreistagsabgeordnete/). <sup>5</sup> Die FrAKTION: Fraktion, ohne Datum, unter: <https://soeslinkeplus.de/fraktionsgemeinschaft/>. <sup>6</sup> Die Freien Wähler sind bundesweit politisch sehr unterschiedlich aufgestellt. Auch rechte Akteur\*innen werden mitunter über deren Listen aufgestellt und gewählt (→ 2.7 Extrem Rechte in etablierten Parteien). Eine Auseinandersetzung mit den konkreten Personen und eine Verständigung über die gemeinsamen Inhalte im Vorfeld der Fraktionsbildung ist geboten. <sup>7</sup> Auch hier sei darauf verwiesen sei, dass die ÖDP wie in Kapitel 2 bereits erwähnt, Fraktionen mit der AfD stellt. Deshalb ist eine Auseinandersetzung mit den konkreten Personen und eine Verständigung über die gemeinsamen Inhalte im Vorfeld der Fraktionsbildung geboten. <sup>8</sup> Augsburgwiki: Ausschussgemeinschaft, ohne Datum, unter: [www.augsburgwiki.de/index.php/AugsburgWiki/Ausschussgemeinschaft](http://www.augsburgwiki.de/index.php/AugsburgWiki/Ausschussgemeinschaft).

## 4.2 EINEN GUTEN START HINLEGEN

Bereits in der ersten Sitzung werden entscheidende Weichen für die Gremienarbeit der nächsten Jahre gestellt. Ob und inwiefern Vertreter\*innen rechter Parteien – gerade dann, wenn sie neu im Gremium sind – von den anderen Fraktionen akzeptiert, vielleicht sogar eingebunden werden oder ob sich ihnen entgegengestellt wird, lässt sich durch die Präsenz und deutliche Positionierung linker Kräfte entscheidend beeinflussen. Daher gibt es auf den folgenden Seiten Hinweise, wie in der ersten Sitzung ein guter Start hingelegt werden kann: So können zum Beispiel öffentliche Erklärungen einzelner Abgeordneter oder Fraktionen den Anstoß zu abgesprochener oder spontaner Positionierung gegen rechte Parteien und Inhalte geben. Aber auch durch die (Nicht-)Besetzung von einzelnen Ämtern oder Ausschüssen lässt sich beeinflussen, welche Wirkungsmöglichkeiten rechte Akteur\*innen haben – weshalb hier ganz besonders auf Fallstricke zu achten ist.

### 4.2.1 Die konstituierende Sitzung

Als konstituierende Sitzung wird in der Regel die erste Sitzung des Gremiums nach der Wahl bezeichnet. In diesem Rahmen werden erste grundlegende Beschlüsse gefasst, Vorsitz und Stellvertretung werden gewählt und die Geschäftsordnung wird erlassen. In den meisten Fällen

wird die Sitzung durch den bzw. die älteste\*n Mandatsträger\*in eröffnet und geleitet. Im Deutschen Bundestag wurde dies im Vorfeld (!) der Wahlen zum jetzigen 19. Deutschen Bundestag geändert, sodass die Eröffnung der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestags von dem Mandatsträger mit der längsten Parlamentserfahrung durchgeführt wurde. Der Erfolg der AfD hatte vermuten lassen, dass ein Einzug in den Bundestag nicht ausbleiben und somit auch die älteste Person von der AfD, in der gegenwärtigen Fraktion durch Albrecht Glaser, gestellt werden würde. Im Fokus der Begründung des Änderungsantrags stand die mögliche Unerfahrenheit eines neuen, aber lebensältesten Abgeordneten. «Der § 1 Absatz 2 GO-BT wird dahingehend geändert, dass künftig nicht mehr das lebensälteste Mitglied des Bundestags als Alterspräsident vorgesehen wird, sondern das am längsten dem Bundestag angehörende Mitglied, das hierzu bereit ist.»<sup>9</sup> Ein solches Vorgehen kann auch in kommunalen Gremien mit dieser sehr plausiblen Begründung erfolgen. Weitere Möglichkeiten wären, die Kriterien auf die parlamentserfahrenste oder lebensälteste Frau auszuweiten – auch unabhängig von der Auseinandersetzung mit rechts eine längst überfällige Maßnahme. In der konstituierenden Sitzung werden vor allem Personen in verschie-

<sup>9</sup> Deutscher Bundestag: Drucksache 18/12376, 17.5.2017, S. 1, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/123/1812376.pdf>.

dene Ämter gewählt. Um hier einen klaren Kopf zu behalten, ist es wichtig, sich im Vorfeld diese Personen genau anzusehen und sich innerhalb der eigenen Fraktion sowie mit den anderen demokratischen Fraktionen über mögliche Personalien abzustimmen.

Grundsätzlich ist eine klare Nein-Stimme in solchen Fällen das Konsequente. Aber auch Enthaltungen können an dieser Stelle eine Möglichkeit sein: Sie bringen eine Nichtakzeptanz rechter Personalvorschläge zum Ausdruck, zeigen gleichzeitig aber die Ablehnung einer Beschneidung der demokratisch ausgehandelten Spielregeln und entlarven so die Opferinszenierung rechter Parteien. Wichtig ist es, in jedem Fall das eigene Stimmverhalten öffentlich zu erklären und dabei die eigene antifaschistische Haltung entschieden hervorzuheben. Eine Erklärung zum generellen Umgang mit rechten Akteur\*innen zu Beginn der kommunalen Arbeit ist daher ratsam.

#### 4.2.2 Öffentliche Erklärungen

Einen ersten Schritt zu einer überparteilichen Absprache können öffentliche Erklärungen der eigenen Fraktion sein. Das Beispiel der Wählergruppe «DIE aNDERE» aus der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung (Brandenburg) zeigt: Eine klare Positionierung gegen rechts gelingt auch ohne Berliner Konsens oder Schweriner Weg:

«Sehr geehrte Kolleginnen in den Fraktionen der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, seit dem Mai 2014 sitzt die AfD in Fraktionsstärke in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung. [...] Unsere Fraktion möchte nicht so einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir haben bereits angekündigt, dass wir die AfD für rechtspopulistisch und ihre Positionen für rassistisch halten. Eine Zusammenarbeit mit der AfD-Fraktion ist daher für uns ausgeschlossen. [...] DIE aNDERE würde es begrüßen, wenn es auch [wie im Brandenburger Landtag] in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung einen Minimalkonsens zum Umgang mit der AfD-Fraktion gibt. Unsere Fraktion wird auch künftig keinen Brief, keinen Antrag und keine Erklärung mitzeichnen, die auch von der AfD unterstützt wird. Wer auf unsere Unterstützung Wert legt, muss auf die durch die AfD verzichteten. Wir bitten, diese Position zu akzeptieren. Natürlich würden wir es begrüßen, wenn andere Fraktionen unsere Auffassung teilen.»<sup>10</sup> Auch in Teltow im Landkreis Potsdam-Mittelmark (Brandenburg) fand eine Fraktion, bestehend aus der Partei DIE LINKE und der Partei Bündnis 90/Die Grünen, zu Beginn der gemeinsamen Wahlperiode deutliche Worte gegen die AfD im Gremium und erklärte öffentlich, dass es keine Zusammenarbeit mit ihr geben wird.<sup>11</sup> Die große Medien-

<sup>10</sup> DIE aNDERE: Erklärung zur AfD, 23.9.2015. <sup>11</sup> Schmid, Eva: Gegenwind für AfD in Teltow, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, 4.7.2019, unter: [www.pnn.de/potsdam-mittelmark/nach-der-kommunalwahl-gegenwind-fuer-afd-in-teltow/24518194.html](http://www.pnn.de/potsdam-mittelmark/nach-der-kommunalwahl-gegenwind-fuer-afd-in-teltow/24518194.html).

präsenz vor Ort bewegte auch die SPD, sich dieser Erklärung anzuschließen.<sup>12</sup>

Ähnlich führte eine linke Initiative im Osterholzer Kreistag (Niedersachsen) dazu, einen Verhaltenskodex zu verabschieden, der Abgeordnete zu einem respektvollen Umgang verpflichtet und sich zu einem toleran-

ten Landkreis, den «jeder Mensch frei von jeglicher Ausgrenzung, Diskriminierung und Bedrohung seine Heimat nennen darf», bekennt. Nach anfänglicher Skepsis stimmten auch CDU und FDP zu, während sich die AfD gegen Toleranz aussprach und sich damit im Landkreis weiter isolierte.<sup>13</sup>

**12** Teltower SPD positioniert sich gegen AfD, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, 14.7.2019, unter: [www.pnn.de/potsdam-mittelmark/stadtparlament-teltower-spd-positioniert-sich-gegen-afd/24591784.html](http://www.pnn.de/potsdam-mittelmark/stadtparlament-teltower-spd-positioniert-sich-gegen-afd/24591784.html). **13** Kosmeker, Bernhard: AfD nach Hassrede im Kreistag isoliert, in: Osterholzer Kreisblatt, 3.9.2019, unter: [www.weser-kurier.de/region/osterholzer-kreisblatt\\_artikel,-afd-nach-hassrede-im-kreistag-isoliert-\\_arid,1857517.html](http://www.weser-kurier.de/region/osterholzer-kreisblatt_artikel,-afd-nach-hassrede-im-kreistag-isoliert-_arid,1857517.html).



## **HALTUNG ZEIGEN: DIE LINKE UND RAIMUND GAEBELEIN IM BREMER STADTTEIL GRÖPELINGEN**

Das Beispiel des Bremer Stadtteilbeirats Gröpelingen zeigt detailliert, wie eine öffentliche Erklärung von Einzelpersonen Anlass für eine gemeinsame, überparteiliche Stellungnahme sein kann. Dort verlas Raimund Gaebelin, Beiratsmitglied und langjähriger Vorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), zunächst eine persönliche Erklärung. In dieser verwies er auf das gute nachbarschaftliche Zusammenleben und das Selbstverständnis des Stadtteils als «Stadtteil gegen Rassismus» sowie die daraus folgenden Verpflichtungen. Er hob hervor, wie durch den spaltenden, aggressiven, konfliktbetonten Wahlkampf der AfD im Stadtteil mit «gezielt grenzüberschreitenden Provokationen ein nationalsozialistisches Weltbild wieder denkbar und fühlbar gemacht» wurde. Anschließend äußerte er seine Bedenken hinsichtlich einer möglichen Ausschussbesetzung durch die Kommunalpolitikerin Ann-Kathrin Magnitz (AfD), die er mit ihren Verbindungen zur Identitären Bewegung und ihrem Praktikum bei Björn Höcke begründete. Im Anschluss daran wurde von der SPD-Fraktion eine Resolution eingebracht, in der, wie es im Sitzungsprotokoll heißt, «politisch begründete Vorbehalte gegen ein Neumitglied des Beirates zum Ausdruck gebracht» wurden. In dieser sollte es darum gehen, sich solidarisch mit Opfern von Rassismus und Gewalt zu erklären, sich zum Ziel des «konfliktfreie[n] Zusammenleben[s] verschiedener Kulturen, Sprach- und Religionsgemeinschaften» zu bekennen und anzuerkennen, dass ein solches Anliegen durch die Wahl «einer

Vertreterin des rechtsextremistischen Flügels der AfD» in den Beirat an Bedeutung zugenommen habe. Diese Erklärung wurde nach einem Änderungsantrag der CDU-Fraktion mehrheitlich angenommen. Während die genannte AfD-Vertreterin bereits in der ersten Sitzung mit Abwesenheit glänzte, verging auch ihrem Kollegen anscheinend nach der zweiten Sitzung die Lust, sich weiter innerhalb des Gremiums zu engagieren.

*Leider verstarb mit Raimund Gaebelein am 28. Juni 2020 eine der konsequentesten und gleichzeitig konstruktivsten antifaschistischen Stimmen Bremens.*

Quelle: Gloede, Christian/Brejla, Bernd: Ein Nachruf, 29.6.2020, unter: [www.die-linke-bremen.de/politik/aktuelles/detail-neu/news/unfassbar-raimund-gaebelein-ist-tot/](http://www.die-linke-bremen.de/politik/aktuelles/detail-neu/news/unfassbar-raimund-gaebelein-ist-tot/)



#### **4.2.3 Wahlen von Personen in Ämter, Gremien und Positionen**

Die Wahl von Personen in Ämter, Mandate, Gremien und auf andere Posten gehört zum Alltagsgeschäft der Politik. Rechte Akteur\*innen versuchen, über kommunale Gremien eigene Personen in entsprechende Positionen zu bekommen, was aus linker Sicht, wo immer möglich, verhindert werden sollte. Zunehmend gehört es jedoch auch zur rechten Taktik, die eigenen Stimmen anderen Kandidat\*innen zur Verfügung zu stellen – sei es in der Absicht, dadurch selbst anschlussfähig zu werden, rechte Kandidat\*innen anderer Parteien zu unterstützen oder die von ihnen unterstützten Kandidat\*innen und die demokratischen Prozesse durcheinanderzubringen und zu delegitimieren. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn es ausschließlich die Stimmen rechter Parteien sind, die die Wahl ins Amt überhaupt ermöglichen: Das prominenteste

Beispiel dafür dürfte der Schachzug der AfD bei der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen gewesen sein, als der FDP-Politiker Kemmerich im Februar 2020 mit den Stimmen von FDP, CDU und AfD gewählt wurde.

Sich von rechten Abgeordneten wählen zu lassen ist für linke Politiker\*innen aus vielen Gründen keine Option. Die Wichtigsten dürften sein, dass es weder mit einer antifaschistischen, solidarischen Grundhaltung in Einklang zu bringen noch gegenüber Wähler\*innen zu rechtfertigen ist, die ihre Stimme bewusst links vergeben haben. Zustimmung von rechts ist daher stets bereits im Vorhinein durch klare Distanzierungen und eine eindeutige Sprache abzulehnen und zu vermeiden. Im Zweifelsfall und bei knappen Wahlen sollte im Vorfeld immer mit anderen Fraktionen darüber gesprochen werden, wie es vermieden werden kann, dass die AfD zum Zünglein an der Waage wird.

Darüber hinaus gilt: Jede gewählte Partei/Liste hat – je nach Proporz – einen Anspruch auf Posten wie etwa im Vorstand/Präsidium, als Dezernent\*innen, Ausschussvorsitze, sachkundige Bürger\*innen, aber auch in Aufsichtsräten von Eigenbetrieben oder bei der Auswahl von Schöff\*innen (→ Gespräch mit dem Jugendschöffen Michael Maske, S. 136). Mit zunehmenden Wahlerfolgen rechter Parteien steigt daher auch ihr Einfluss auf diese Posten: So wurde im Oktober 2020 in Gera (Thüringen) ein AfD-Mitglied aus dem Höcke-Flügel zum Vorsitzenden des Stadtrats ernannt,<sup>14</sup> im sächsischen Radebeul wurde das Kulturamt bis zu seinem Rücktritt nach Protesten von einem rechten Lyriker geleitet<sup>15</sup> und im sächsischen Brieselang wurde eine Reichsbürgerin als Stadtplanerin eingestellt.<sup>16</sup>

Mit dem proporzgemäßen Anspruch rechter Parteien auf Posten geht jedoch weder einher, dass diese von linken Akteur\*innen nicht skandalisiert werden können noch dass einzelne personelle Vorschläge akzeptiert oder mitgetragen werden müssen. Aus diesem Grund können Wahlvorschläge für solche Posten im Einzelfall – konkret begründet – abgelehnt werden. Hierbei ist es hilfreich, sich mit Expert\*innen aus antifaschistischen Initiativen zu den entsprechenden Personen auszutauschen (→ 5.5 Fortbildung, Information und Beratung). Enthaltungen bei entsprechenden Abstimmungen sind möglich, aus Sicht der Autor\*innen aber nicht sinnvoll – auch wenn damit immerhin gezeigt werden kann, dass die Postenvergabe als Teil der demokratischen Regeln akzeptiert wird.

**14** Ulrich, Sarah: Die völkische Premiere. AfD-Vorsitz im Stadtrat Gera, in: taz. die tageszeitung, 11.10.2020, unter: <https://taz.de/AfD-Vorsitz-im-Stadtrat-Gera/!5717320/>. **15** Helmes, Maximilian: CDU und AfD wählen neurechten Denker zum Kulturchef, in: Süddeutsche Zeitung, 21.5.2020, unter: [www.sueddeutsche.de/politik/kulturamtsleiter-radebeul-joerg-bernig-1.4914224](http://www.sueddeutsche.de/politik/kulturamtsleiter-radebeul-joerg-bernig-1.4914224). **16** Geiler, Julius: Eine Rechtsextremistin wird in Brandenburg als Stadtplanerin eingestellt, in: Der Tagesspiegel, 12.9.2020, unter: [www.tagesspiegel.de/berlin/reichsbuergerin-in-der-verwaltung-eine-rechtsextremistin-wird-in-brandenburg-als-stadtplanerin-angestellt/26181374.html](http://www.tagesspiegel.de/berlin/reichsbuergerin-in-der-verwaltung-eine-rechtsextremistin-wird-in-brandenburg-als-stadtplanerin-angestellt/26181374.html).

## **WAS NICHT PASSIEREN SOLLTE: NEGATIVBEISPIEL HESSEN**

In der Gemeinde Altenstadt in Hessen wurde der NPD-Verordnete Stefan Jagsch zum Ortsvorsteher gewählt. Die Begründungen lassen eine gewisse Überforderung der Kommunalpolitiker\*innen erkennen: Stefan Jagsch sei der Einzige gewesen, der diese Arbeit übernehmen wollte und zudem die nötigen Computerkenntnisse besäße. Die Wahl eines extrem rechten Mandatsträgers in ein solch hohes Amt ist in jedem Fall ein Fehler. Dieses Beispiel zeigt aber deutlich, dass es notwendig ist, sich erstens auf solche Wahlen und Sitzungen vorzubereiten und sich zweitens die zur Wahl stehenden Personen genau anzusehen. Wenn die Vorschläge im Vorfeld nicht bekannt gegeben werden, ist es notwendig, schnell zu reagieren. Im hessischen Fall hätte die Wahl vertagt werden können. Es wäre auch möglich gewesen, eine Person aus einer der anderen Fraktionen nachdrücklich darum zu bitten, den Posten zu übernehmen.

Quelle: AFP: NPD-Politiker als Ortsvorsteher in Hessen wieder abgewählt, in: Der Tagesspiegel, 23.10.2019, unter: [www.tagesspiegel.de/politik/nach-bundesweiter-empoe-rung-npd-politiker-als-ortsvorsteher-in-hessen-wieder-abgewaehlt/25144626.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-bundesweiter-empoe-rung-npd-politiker-als-ortsvorsteher-in-hessen-wieder-abgewaehlt/25144626.html)

Sollten Dezernentenposten oder Ähnliches vergeben werden müssen, ist es – mit der nötigen Mehrheit im Gremium – ratsam, die Zuteilung der Ressorts zu ändern. So gibt es Bereiche, die einen geringeren Einfluss auf den Alltag der Menschen haben oder mit weniger Zugriff auf sensible Daten verbunden sind als andere. Die Bereiche Soziales, Gesundheit, Jugend oder Migration sollten dabei in keinem Fall Personen rechter Parteien zufallen. Zudem ist es möglich, durch neue Zuschnitte der Ressorts einen breiten und massiven Einfluss sol-

cher Posten zu verhindern. Gleichzeitig bleibt die Schwierigkeit der Zuteilung bestehen, denn grundsätzlich ist es für jedes Ressort von großem Nachteil, wenn eine nationalistische, antidemokratische Person die Leitungsfunktion innehat. Der Bezirk Berlin-Lichtenberg hat eine vergleichsweise gute Lösung gefunden, den Einfluss des Stadtrats der AfD im Bezirksamt zu begrenzen, indem ihm der Bereich «Regionalisierte Ordnungsaufgaben» übertragen wurde. Dazu gehören die Bereiche Fahrzeugbeseitigung, der Tierfang für Berlin sowie

17 Bezirksamt Lichtenberg von Berlin: Bezirksstadtrat der Abteilung Regionalisierte Ordnungsaufgaben, ohne Datum, unter: [www.berlin.de/ba-lichtenberg/politik-und-verwaltung/bezirksamt/artikel.554588.php](http://www.berlin.de/ba-lichtenberg/politik-und-verwaltung/bezirksamt/artikel.554588.php).

die Straßenreinigung im Bezirk.<sup>17</sup> In einigen Kommunen wurde der Bereich «Ordnung» an rechte Vertreter\*innen vergeben, dabei ist jedoch Vorsicht geboten, denn dem Bereich unterstehen oft Standesämter, Einbürgerungs- und Meldebehörden sowie weitere Ämter. Das bedeutet, dass es zum einen zu Problemen oder Verzögerungen bei Trauungen oder Einbürgerungen von Migrant\*innen kommen kann und dass zum anderen die Zugriffsrechte auf Daten immens sind. Eine grundsätzliche Empfehlung zur Vergabe der Ressorts ist deshalb nicht abschließend möglich. Auch im Bereich Umwelt können Schwierigkeiten entstehen, wenn etwa Personen Leitungsfunktionen übernehmen, die den Klimawandel leugnen. Im Bereich Gesundheit geht es seit einigen Jahren vermehrt um die Versorgung von Obdachlosen, Migrant\*innen und Erwerbslosen. In diesem Bereich zu kürzen oder eine nationalistische Politik einzuziehen hätte fatale Folgen für Menschen, die auf diese Versorgungssysteme angewiesen sind. In den Bereichen Jugend und Sport können Schwerpunkte und Themensetzung anders gewichtet werden, wobei besonders darauf zu achten ist, dass die

Arbeit in den Bereichen Inklusion, Fraueninitiativen oder Projekte zur Demokratieförderung nicht eingeschränkt wird.

Weitere Schwierigkeiten können bei der Besetzung von Ausschussvorsitzen entstehen. Diese werden in der Regel nach Proporz gewählt und aufgeteilt. Die Leitung eines Ausschusses kann dann zu einer machtvollen Position werden, wenn keine klaren Absprachen mit den anderen demokratischen Parteien getroffen worden sind. Denn die Einberufung von Tagesordnungspunkten sowie die Themensetzung liegen in den Händen des bzw. der Ausschussvorsitzenden. Bei rechten Kandidaturen zum Ausschussvorstand ist es empfehlenswert, sich mindestens zu enthalten.

Manchmal gibt es durchaus berechtigte Vorschläge und Anliegen, die die Bildung neuer Ausschüsse zum Inhalt haben. Dabei kann es jedoch vorkommen, dass durch die Bildung eines solchen neuen Ausschusses satzungsgemäß einer rechten Fraktion der Ausschussvorsitz zustehen würde. In einem solchen Fall empfiehlt es sich, die Anzahl der Ausschüsse beizubehalten und lediglich Themen zusammenzulegen oder Zuständigkeiten zu verschieben.

## **GESPRÄCH MIT MICHAEL MASKE: «WELCHER BÜRGER LIEST SCHON DIE AUSHÄNGE IN RATHÄUSERN?»**

Über die Aufgaben, Schwierigkeiten und Chancen von (Jugend-)Schöff\*innen

Immer wieder rufen die NPD, aber auch andere rechte Akteure dazu auf, sich als «patriotische Staatsbürger» um das Ehrenamt des bzw. der Laienrichter\*in oder Schöff\*in zu bewerben. Ob und was man dagegen tun kann, haben wir Michael Maske gefragt. Er ist Jugendschöffe am Landgericht Itzehoe und stellvertretender Vorsitzender des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Pinneberg. Als solcher arbeitet er auch am Landesaktionsplan gegen Rassismus des Innenministeriums Schleswig-Holstein mit. Der 66-jährige einstige Textilveredlungsingenieur stellt klar, dass nur eine Minderheit der Schöffen vorgeschlagen wird. Im Unterschied zu anderen ehrenamtlichen Richterposten wie Arbeits-, Sozial-, Verwaltungs-, Handels-, Finanz- oder Landwirtschaftsrichter\*innen, die von Institutionen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden oder Sozialverbänden vorgeschlagen werden, bewerben sich Schöff\*innen, die in Strafprozessen bzw. in der Jugendgerichtsbarkeit tätig werden, meist selbst oder werden zufällig aus dem Melderegister des jeweiligen Gerichtsbezirks ausgewählt. Es sollen, so heißt es in entsprechenden Vorschriften, «Frauen und Männer aus dem Volk» sein, die «wie die Berufsrichter einer Pflicht zur besonderen Verfassungstreue» unterliegen.

Auf die Frage, ob es Kriterien gibt, die Anhänger\*innen menschenfeindlicher Ideologien für derartig sensible Ämter disqualifizieren, erklärt Maske, dass ehrenamtliche Richter\*innen vor dem ersten Einsatz auf das Grundgesetz vereidigt werden. Es bestehe also eine ähnliche Verpflichtung wie bei der Polizei oder der Bundeswehr. «Auf Reichsbürger, die den Staat ablehnen, übt das Schöffenamt aber leider eine magische Anziehungskraft aus wie Uniformen auf die rechte Szene. Ich weiß von Schöffen, die haben ihr Amt angetreten, um endlich mal für ›Zucht und Ordnung‹ in der ›schlafenden Justiz‹ zu sorgen», berichtet Maske aus seiner Arbeit im «Bund ehrenamtlicher Richter/-innen. Deutsche Vereinigung der Schöff/-innen» (DVS), Landesverband Nord e. V. Zwar bewerben sich Schöff\*innen für gewöhnlich in den Rathäusern oder Gemeindevertretungen und die daraus entstehenden Wahllisten werden dann für eine Woche in den Rathäusern ausgehängt, ehe sie dem Schöffenwahlausschuss zugeleitet werden. In der Phase des Aushangs können Bürger\*innen Einspruch gegen Bewerber\*innen

erheben. Aber, schränkt Maske ein: «Welcher Bürger liest schon die Aushänge in Rathäusern?» Nach einer erfolgten Wahl prüft allerdings auch das Amtsgericht, ob gegen den bzw. die Bewerber\*in etwas vorliegt. «Der Amtsrichter oder die Amtsrichterin hat Zugang zu allen Strafregistern des Staates. Macht er oder sie diese Arbeit ordentlich, kann theoretisch nichts passieren», hofft Maske.

Die Konstituierung des Schöffenwahlausschusses ist in Paragraph 40 des Gerichtsverfassungsgesetzes geregelt: Der Ausschuss besteht aus sieben «Vertrauenspersonen», die aus den Einwohner\*innen des Amtsgerichtsbezirks ausgewählt werden und durchaus auch Gemeindevorteiler\*innen sein können. Hinzu kommt ein\*e von der Landesregierung bestimmte\*r Verwaltungsbeamter\*in unter dem Vorsitz eines bzw. einer Amtsrichter\*in. Der Ausschuss wählt eine vorgegebene Anzahl an Schöff\*innen. Die Zuordnung zu den Land- und Amtsgerichten nimmt der bzw. die zuständige Landgerichtspräsident\*in vor. Bei den Jugendschöffenwahlausschüssen sitzen statt der Vertrauenspersonen Vertreter\*innen der Jugendämter mit im Ausschuss. Diese Art der Wahl wird von vielen heftig kritisiert, auch von Maske. Den Mitgliedern der Wahlausschüsse sind die Bewerber\*innen nämlich gänzlich unbekannt. Auf dem Bewerbungsbogen müssen keine Angaben zur Qualifikation gemacht werden. Dergleichen muss man nur bei der Bewerbung zum Jugendschöffen nachweisen. «Ich hatte mir immer eingebildet, meine Bewerbung zum Jugendschöffen wäre so gut gewesen», erzählt Maske selbstironisch. Aber in einem Vieraugengespräch mit dem Präsidenten seines Landgerichts habe der auf die Frage, warum er Maske an sein Gericht geholt habe, geantwortet: «Das weiß ich doch nicht!» «Da werden offenbar Bewerbungsbögen einfach von einem auf den anderen Stapel gelegt», sagt Maske kopfschüttelnd. Ein Problem bei rechten Bewerber\*innen auf das Amt könnte das Prinzip des «Rechts auf den gesetzlichen Richter» werden, wenn etwa ein junger Straftäter mit Migrationsgeschichte einem NPD-nahen Laienrichter gegenübersteht. Maske: «Die Mitgliedschaft in der NPD ist ein Ausschlusskriterium, die in der AfD nicht. Gesinnungsnähe ist aber nicht überprüfbar. Daher ist das System, dass Berufsrichter und Schöffen bei der Urteilsfestlegung immer eine Zweidrittelmehrheit brauchen, schon ganz gut zum Abfedern von extremen Charakteren. Das gilt auch für Berufsrichter.» So sei in Hamburg ja auch ein «Richter Gnadenlos» wie Ronald Schill eingeeht worden: «Der konnte auch nicht machen, was er wollte!» Natürlich kann spätestens im Prozess die Verteidigung Schöffen wegen ihrer politischen Orientierung ablehnen bzw. Befangenheitsanträge stellen. «Und das wird eine Verteidigung beim geringsten Verdacht sofort mit Freude tun, wenn es in ihr Konzept passt», sagt Maske. Er war im Vorstand der DVS-

Nord verantwortlich für die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, Öffentlichkeitsarbeit und ehrenamtliche Fachrichter\*innen (Sozialrichter\*innen etc.). Mit seinem offenbar ungewöhnlichen Engagement im Bereich einer kritischen Bildung für Schöff\*innen ist Maske jedoch auf wenig Gegenliebe gestoßen, weshalb er den Vorstand der DVS-Nord unterdessen verlassen hat. Seither engagiert er sich für den Landesaktionsplan gegen Rassismus in Schleswig-Holstein. «Meine Fortbildungen an Volkshochschulen und in Eigenregie wurden vom geschäftsführenden Vorstand der DVS-Nord mit Argwohn betrachtet. Wäre beispielsweise eine Veranstaltung in Mecklenburg nicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert worden, wäre sie wohl abgelehnt worden.» Seit seinem Rücktritt bietet nun niemand mehr derartige Fortbildungen an: «Da wird auch der Begriff «überparteilich» mit «unpolitisch» verwechselt. Dabei gehören doch gerade politische Straftaten zum Alltag des Strafrechts. Das Weggucken vieler gesellschaftlicher Gruppen hatte schon in der Weimarer Republik fatale Folgen», sagt Maske und verweist damit auf ein Feld für Engagement auf der kommunalen Ebene der Amtsgerichtsbezirke, wo ja offenbar einiges zu tun wäre.

*Das Gespräch führte Friedrich Burschel am 3. Dezember 2020.*

Quellen: Partizipation in der Justiz (PariJus): Muster-Verwaltungsvorschrift: Wahl der Schöffeninnen und Schöffen, Jugendschöffeninnen und Jugendschöffen, 5.9.2017, unter: [www.parijus.eu/assets/pdf/Muster-AV-Schoeffenwahl.pdf](http://www.parijus.eu/assets/pdf/Muster-AV-Schoeffenwahl.pdf); Gerichtsverfassungsgesetz (GVG), § 40, unter: [www.gesetze-im-internet.de/gvg/\\_40.html](http://www.gesetze-im-internet.de/gvg/_40.html)

#### 4.2.4 Allein im Rat?

##### **Handlungsfähig bleiben!**

Als einzige gewählte Person in einem lokalen Gremium für die eigenen Überzeugungen und Positionen einzutreten ist nicht immer einfach, gerade wenn linke Strukturen vor Ort noch nicht besonders stark ausgeprägt sind und eine konservativ-rechte Grundstimmung vorherrscht. Erschwerend können noch Bedrohungen von rechts hinzukommen (→ 6 Schutz vor Bedrohungen).

Allein in ein Gremium gewählt zu werden bedeutet nicht, die nächsten Jahre als Einzelkämpfer\*in die Kommunalpolitik bestreiten zu müssen. Grundsätzlich gibt es eine ganze Reihe an Vernetzungs- und Unterstützungsmöglichkeiten, auf die zurückgegriffen werden kann.

Die meisten Gremiensitzungen sind öffentlich, das heißt, sie sind auch für nicht gewählte Personen zugänglich. Es spricht also überhaupt nichts dagegen, dass Genoss\*innen aus der eigenen Partei oder aus an-

deren politischen Initiativen (regelmäßig) an den Sitzungen teilnehmen. Ganz im Gegenteil: So werden Erfahrungen gesammelt und Transparenz über das eigene politische Handeln wird hergestellt.

Eine Ausnahme bezüglich der Öffentlichkeit von Sitzungen kann bestehen, wenn zum Beispiel Personalfragen oder Bauverträge verhandelt werden und datenschutzrechtliche Bedenken bestehen. Trotzdem wird von der Vertraulichkeit oft vorschnell Gebrauch gemacht, um etablierte Strukturen zu schützen. Deshalb sollte man sich nicht einschüchtern lassen, sondern auf eine genaue Auseinandersetzung der Rechtslage bestehen. Gegebenenfalls besteht auch die Möglichkeit, das Ganze offensiv und durch Presseunterstützung zu skandalisieren.

Im Normalfall stellt es jedoch kein Problem dar, wenn gewählte Mandatsträger\*innen Unterstützung durch nicht gewählte Personen bekommen. Hinsichtlich der Besetzung von Ausschüssen gibt es in der Mehrzahl der Bundesländer sogar die explizite Möglichkeit, diese offiziell mit «Sachkundigen Einwohnern» oder «Wählbaren Bürgern» zu besetzen.

In den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen können auch nicht deutsche Staatsbürger\*innen Bürgerdeputierte werden. So lassen sich auch Menschen, die von anderen Ämtern und Mandaten ausgeschlossen sind, aber ein großes Interesse an Politik mitbringen, aktiv in die Politik einbinden.

Abgesehen davon ist Vernetzung innerhalb (→ 4.1.1 Interne Absprachen und Vernetzung) und außerhalb der eigenen Partei das A und O. Oft gibt es in anderen Gremien oder aber in benachbarten Landkreisen und Gemeinden Mandatsträger\*innen, denen es ganz ähnlich geht. Persönliche Treffen und der Austausch über gemeinsame Herausforderungen geben Kraft und können auch zu einer Verringerung der Arbeitsbelastung beitragen. Zur Überbrückung von Entfernungen kann es gerade in ländlichen Gebieten sinnvoll sein, sich regelmäßig in kürzeren Abständen digital zu treffen und nur ein- oder zweimal im Jahr in den persönlichen Austausch zu treten. Bestehende Termine wie Landesmitgliederversammlungen können ein Ort für solche Treffen sein. Gegebenenfalls ist es sinnvoll, die Organisator\*innen schon im Vorfeld zu bitten, Zeit und Raum für einen solchen Austausch zur Verfügung zu stellen.

Generell empfiehlt es sich, Kontakt zu Mitarbeiter\*innen der Partei sowie der Fraktionen oder Mandatsträger\*innen in benachbarten Kreisen bzw. auf anderen Ebenen zu halten bzw. herzustellen. Im besten Fall gibt es Mitarbeiter\*innen, die explizit für die Kommunalpolitik zuständig sind. Außerdem stehen in den Parteien Ressourcen in Form von Räumen, Wissen, Informationsmaterialien oder Infrastruktur für Veranstaltungen und Infostände zur Verfügung, die oft mitbenutzt werden können. Die Partei DIE LINKE hat zudem eine – je nach Bundesland un-

terschiedlich stark genutzte – Kommunaldatenbank angelegt,<sup>18</sup> in der unterschiedlichste Anträge und Anfragen zu finden ist, die als Vorlage für die eigene Arbeit genutzt werden können.

Wo möglich, sollten Bildungsangebote zur Professionalisierung der eigenen kommunalpolitischen Arbeit wahrgenommen werden. Gerade wer allein im Rat sitzt, dürfte von der Vielzahl der Aufgaben und Themenbereiche immer wieder überfordert sein. Es ist daher wichtig, notwendig und legitim, sich auf einzelne Themenbereiche, die dem eigenen Profil und den eigenen Interessen entsprechen, zu spezialisieren. Dafür können inhaltliche Weiterbildungen ebenso wichtig sein wie solche zu Zeitmanagement<sup>19</sup> und zur Reflexion der eigenen Rolle als kommunale\*r Mandatsträger\*in. Denn der bewusste Umgang mit persönlicher Energie und ein Wissen um die eigenen Prioritäten, Grenzen und zeitlichen Möglichkeiten sind notwendig, um dauerhaft verlässliche und nachhaltig antifaschistische Kommunalpolitik machen zu können. Falls es in eurer Region keine entsprechenden Angebote gibt, können sie auch selbst organisiert werden, gegebenenfalls zusammen mit anderen Mandatsträger\*innen aus dem progressiven Parteienspek-

trum. Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung einer solchen Veranstaltung gibt es bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung (in Berlin und bei den Landesstiftungen) oder bei linken kommunalpolitischen Vereinigungen und Foren (→ Adressen im Anhang).

Und schließlich noch ein Appell: Manch eine\*r ist in der glücklichen Lage, in den Kommunen innerhalb einer gut eingespielten Fraktion arbeiten zu können. Hier schadet es nicht, sich zu vergegenwärtigen, dass antifaschistische Arbeit nicht an der Verwaltungsgrenze des eigenen Bezirks oder Landkreises haltmacht. Schon immer war es eine Taktik rechter Gruppierungen, die Städte vom Land aus zu erobern. Zunehmend versuchen sie aber auch, sich städtische Rückzugsräume zu schaffen. Daher ist es wichtig, proaktiv und regelmäßig auf Mandatsträger\*innen, aber auch außerparlamentarische Initiativen, die hier vielleicht allein auf weiter Flur stehen, zuzugehen. Es sollten immer wieder Angebote gemacht werden, zu unterstützen und sie von der eigenen Arbeit profitieren zu lassen. Teilt eure Ressourcen! (Zur Professionalisierung rechter Parteien und Wählervereinigungen in der kommunalpolitischen Arbeit → 2.8 Weitere Akteur\*innen)

<sup>18</sup> Vgl. die Kommunaldatenbank der Partei DIE LINKE unter: [www.die-linke.de/themen/kommunalpolitik/kommunaldatenbank/](http://www.die-linke.de/themen/kommunalpolitik/kommunaldatenbank/). <sup>19</sup> Als Lektüre empfehlen wir: Wirrwitz, Christian: Zeitsouveränität und Selbstorganisation im kommunalpolitischen Alltag, hrsg. vom Kommunalpolitischen Forum Sachsen e. V., Dresden 2018, bestellbar unter: [www.kommunalforum-sachsen.de/produkt/zeitsouveraenitaet-und-selbstorganisation-im-kommunalpolitischen-alltag/](http://www.kommunalforum-sachsen.de/produkt/zeitsouveraenitaet-und-selbstorganisation-im-kommunalpolitischen-alltag/).

## 4.3 GREMIENALLTAG: MIT MUT UND FREUDE BEI DER SACHE BLEIBEN

Viele Menschen sammeln in lokalen politischen Gremien ihre ersten Erfahrungen mit parlamentarischer Arbeit, die sich in der Regel deutlich von der Arbeit in außerparlamentarischen Zusammenhängen unterscheidet. Wenn zu dieser Herausforderung noch eine andauernde, aufreibende Auseinandersetzung mit rechten Akteur\*innen hinzukommt, kann das schnell zu Frust und Verdruss führen. Dabei ist es gerade in den Kommunen wichtig, das Feld nicht rechten Akteur\*innen zu überlassen, die gezielt versuchen, in lokalen Gremien politischen Anschluss zu finden und salonfähig zu werden, um eine weitere Normalisierung menschenverachtender Positionen voranzutreiben. Um in dieser Gemengelage mit Mut und Freude bei der Sache bleiben zu können, ist es nicht nur wichtig, sich zu vernetzen und die eigenen Positionen starkzumachen – es gilt auch, die Regeln des Spielfelds Lokalpolitik zu verstehen, um sich dort sicher und souverän bewegen zu können. Dafür ist es einerseits hilfreich, sich der eigenen Haltung gegenüber rechten Akteur\*innen bewusst zu sein und eine klare Vorstellung zu entwickeln, wie diese Haltung im direkten persönlichen Umgang zum Ausdruck kommen kann. Andererseits ist zu klären, wie die formale Ebene, der Umgang mit Anträgen und Redebeiträgen, in diesem Sinne genutzt werden kann und sollte. Zu beiden Aspekten wer-

den wir im Folgenden ein paar taktische Handlungshinweise geben.

### 4.3.1 Hinweise für den persönlichen Umgang mit Rechten

Gerade in kleineren Gemeinden kennen sich linke Politiker\*innen und rechte Rät\*innen oft schon länger, auch außerhalb des politischen Geschehens. Dazu kommt, dass die Kommunalpolitik als scheinbar ideologiefreie Ebene der bürgernahen Sachpolitik gilt. Persönliche Integrität und individuelle Sympathien spielen oft eine große Rolle. Dies führt immer wieder – im Positiven wie im Negativen – zu überraschenden Allianzen. Klare Kante gegen rechts zu zeigen ist daher im lokalpolitischen (Gremien-)Alltag oft sehr viel schwieriger als in anonymeren Zusammenhängen. Es kann sein, dass eine Distanzierung aufgrund persönlicher Bekanntschaft und der «üblichen Höflichkeitsregeln» schwerfällt oder dass die Angst besteht, bei einer zu entschiedenen Abgrenzung zum Ziel rechter Bedrohungen zu werden. Manchmal wird argumentiert, dass es sich beim «freundlichen Fußballtrainer von der AfD» doch gar nicht wirklich um einen «echten Rechten» handelt, sondern um jemanden, «den man doch noch von früher kennt» und der doch «eigentlich eher ein CDUler ist».

Aber selbst wenn es sich im Einzelfall im lokalpolitischen Gremi-

um nicht um ideologisch gefestigte Nazis handelt, engagieren sich diese Menschen als Funktionär\*innen für eine Partei wie die AfD, die NPD oder den III. Weg, in der sich «Nazis und solche, die kein Problem haben, mit Nazis in einer Partei zu sein»,<sup>20</sup> tummeln. Hinzu kommt, dass es die klassischen stiefeltragenden Glatzen-Nazis und anzugtragenden Biedermeiers in diesen Zusammenhängen kaum noch gibt. Rechte treten zunehmend – oft klar kalkuliert – als «besorgte Mutter»,<sup>21</sup> engagiertes Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr oder Elternvertreter\*in in der Schule oder gar heimatliebender veganer Hipster mit Piercings<sup>22</sup> auf. Auf solche Tarnungen nicht hereinzufallen ist gerade in der Kommunalpolitik besonders wichtig. Der Normalisierung rechter Einstellungen, die im «Kampf um die Meinungshoheit» von der Neuen Rechten als gezielte Strategie zur Vorbereitung der Machtübernahme vorangetrieben wird, ist hier entschieden entgegenzutreten.

Manchen fällt es schwer, sich von Personen abzugrenzen, die sie noch «von früher» kennen und die «eigentlich ganz in Ordnung waren». In solchen Fällen ist es ratsam, sich die Differenz zwischen der Privatperson und der Funktion, die sie einnimmt, bewusst zu machen. Das kann helfen, sich auch von einer auf den

ersten Blick sympathischen Person abzugrenzen. Bei etwaigen Annäherungsversuchen kann diese Haltung auch deutlich kommuniziert werden («Solange du für eine rechte Partei im Stadtrat sitzt, gibt es für uns keine Basis einer politischen Zusammenarbeit – egal wie «gut gemeint» dein Engagement ist»). Wenn sich Personen schon sehr lange kennen oder miteinander verwandt sind, was in kleineren Gemeinden nicht selten vorkommt, lohnt sich ein ernstes Wort. Hier kann deutlich formuliert werden, dass in offiziellen Zusammenhängen Abstand gehalten wird und durch ein förmliches «Sie» auch eine Distanzierung erfolgt.

In jedem Fall empfiehlt es sich, das eigene Verhalten transparent zu machen und anderen Gremienmitgliedern zu erläutern. Denn immer wieder wird versucht, rechte Akteur\*innen mit Hinweis auf vermeintliche demokratische Spielregeln als legitime Bündnispartner\*innen ins Boot zu holen und den «normalen» Umgang mit ihnen zu legitimieren. Aber selbst wenn Vertreter\*innen rechter Parteien sich demokratischer Mittel zur Erreichung ihrer Ziele bedienen, sind ihre Ziele noch lange nicht demokratisch, sondern bleiben rassistisch und völkisch-nationalistisch. Daher besteht grundsätzlich die Notwendigkeit, extrem rechte Parteien oder

**20** Titel eines Dossiers über die AfD im Bezirkstag von Oberbayern, zusammengestellt von Klaus Weber, erhältlich über die Autor\*innen dieser Broschüre. **21** Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e. V.: Frauen und Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2015, S. 44, unter: [www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/lola/rechte-frauen-in-mv\\_internet.pdf](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/lola/rechte-frauen-in-mv_internet.pdf). **22** Vgl. Peters, Ulrich: Die «Identitären». Eine neu(e)rechte Jugendbewegung?, Hamburg 2017, S. 18, unter: [http://dekonstrukt.org/wp-content/uploads/2018/02/180218\\_Expertise01.pdf](http://dekonstrukt.org/wp-content/uploads/2018/02/180218_Expertise01.pdf).

Gruppen und damit auch ihre Vertreter\*innen als Antidemokrat\*innen zu verstehen und auf einen grundlegend distanzierenden Umgang zu achten. Wer auf dem Ticket einer rechten Organisation in ein kommunales Gremium gewählt worden ist, hat sich bewusst dafür entschieden, völkische und rassistische Politiken mitzugestalten. Gerade bei linken Mandatsträger\*innen kann davon ausgegangen werden, dass sie unter anderem gerade deshalb gewählt worden sind, um auf ebendieser Distanzierung zu bestehen: Es ist ihre Aufgabe, darauf hinzuweisen, dass rechte Personen eben nicht «das Volk» vertreten, sondern die rassistischen und ausgrenzenden Positionen einer Minderheit.

Welchen spezifischen Umgang der bzw. die einzelne Verordnete mit Personen rechter Parteien findet, hat selbstverständlich jede\*r für sich selbst zu entscheiden. Es ist vom Charakter, von der eigenen Sozialisation, dem Geschlecht, der eigenen Verankerung und Sicherheit vor Ort, dem persönlichen Stil und nicht zuletzt der konkreten Situation abhängig, welche Form der Distanzierung geeignet und praktikabel ist. Wichtig ist es vor allem, sich bereits vorher bewusst zu sein, dass durchaus unangenehme Situationen entstehen können, und sich darauf ganz konkret vorzubereiten.

Idealerweise hat dazu bereits im Vorfeld ein Austausch mit Mitglie-

dern der eigenen Fraktion oder anderer Partei stattgefunden. In gemeinsamen Rollenspielen<sup>23</sup> kann vorab geübt werden, was sich wie anfühlt. Denn wir sind es häufig gar nicht gewohnt, uns deutlich von anderen abzugrenzen. Oft reagieren wir reflexhaft auf eine Art, die uns hinterher ärgert und die wir eigentlich nicht wollten. Für manche Menschen ist es trotz aller Entschlossenheit gar nicht so leicht, eine angebotene Hand nicht zu ergreifen oder sich von einer unangenehmen Person wegzusetzen. Höflichkeitsvorstellungen aus der Kindheit kommen hier ebenso zum Tragen wie geschlechtsspezifische Vorstellungen von angemessenem Verhalten etwa in Bezug auf Freundlichkeit oder die Beanspruchung eigenen Raums.

Solche Situationen gemeinsam mit anderen spielerisch zu üben macht nicht nur Spaß und gewährt Einsichten in die eigene Sozialisation, sondern hilft auch, ein besseres Gefühl für die eigenen Reaktionsweisen und dadurch Souveränität im Umgang mit Körpern und Räumen zu entwickeln. Außerdem wird es leichter, sich gegenseitig zu unterstützen, wenn die Wünsche und Bedürfnisse der anderen Personen bekannt sind.

Folgende Möglichkeiten des persönlichen Umgangs sollten im Rahmen der Fraktions-sitzung erprobt und besprochen werden:

<sup>23</sup> Seminare mit solcher Zielsetzung können bei einschlägigen Bildungsträgern auch gebucht werden (→ Adressen im Anhang).

### *Begrüßung/Handgeben*

Insbesondere in kleineren Gesprächsrunden kommt es oft vor, dass jeder anwesenden Person die Hand geschüttelt wird. Doch gerade ein bewusst *anderer* Umgang kann dabei helfen, nicht in Routinen zu verfallen. In solchen Situationen kann es schwerfallen, bei einzelnen Anwesenden eine Ausnahme zu machen, um dadurch um das Händeschütteln mit extrem Rechten herumzukommen. Wenn man bereits vorher geübt hat, die Hände ruhig zu halten, ist es leichter, nicht automatisch eine entgegengestreckte Hand zu ergreifen. Eine andere Möglichkeit besteht darin, die Hände demonstrativ in die Taschen zu stecken. Für Menschen, denen ein solches Vorgehen zu konfrontativ ist und die dennoch auf das Händeschütteln verzichten wollen, empfiehlt es sich, dafür zu sorgen, etwas in den Händen zu haben. Das können Tagungsunterlagen oder eine Kaffeetasche sein. Menschen mit langen Haaren können sich länger damit beschäftigen, sich einen Zopf zu machen, Brillenträger\*innen, mal wieder ausgiebig ihre Brille zu putzen. Andere Beispiele wären das demonstrative Sitzenbleiben statt des höflichen Aufstehens bei einer Begrüßung und das Vermeiden von Begrüßungs- bzw. Abschiedsfloskeln wie «Auf Wiedersehen!».

Manch eine\*r scheut sich vielleicht vor einem solchen Bruch mit den «üblichen Höflichkeitsregeln» oder

glaubt, es sei auch vor den eigenen Genoss\*innen und Wähler\*innen schwer erklärbar. In solchen Situationen ist es gut, noch einmal darauf hinzuweisen, für welche Art von Politik die entsprechende Person steht und dass der Bruch mit Werten wie Respekt und Achtung auf der anderen Seite schon längst vollzogen ist. Dass die Verweigerung eines Handschlags sehr wohl vermittelbar ist und von großer politischer Symbolkraft sein kann, haben die Ereignisse im Thüringer Parlament Anfang 2020 gezeigt. Bodo Ramelow verweigerte nach seiner Vereidigung als Ministerpräsident Thüringens dem Vertreter des rechtsextremen Flügels der AfD Björn Höcke den Handschlag. In seiner anschließenden Rede erklärte er, warum es sich bei dem verweigerten Handschlag nicht um «ungehobelte Manieren» gehandelt habe, sondern um eine bewusste politische Reaktion auf die «undemokratischen Winkelzüge» Höckes und der AfD-Fraktion, die er – auch mit Blick auf persönlich erlebte Bedrohungen – als «Brandstifter in diesem Saal» bezeichnete.<sup>24</sup> Bereits im Februar hatte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN Susanne Henning-Wellsow nach der überraschenden Wahl des FDP-Kandidaten Kemmerich zum Ministerpräsidenten spontan und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, was sie davon hält, wenn politische Mehrheiten mit den Stimmen der AfD erreicht

<sup>24</sup> Kein Handschlag für Höcke: Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten gewählt, ab 00:28 Min., Der Spiegel, 4.3.2020, unter: [www.youtube.com/watch?v=w3g1k-OFelM](https://www.youtube.com/watch?v=w3g1k-OFelM).

werden: Statt Kemmerich zu seiner Wahl zu gratulieren und ihm einen Blumenstrauß zu überreichen, warf sie Kemmerich die Blumen vor die Füße. Die anschließenden bundesweiten Reaktionen und Demonstrationen hatten zum Rücktritt Kemmerichs und der Wahl Ramelows geführt.

Auch Katja Wolff, die Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach in Thüringen, verweigert seit Jahren bei öffentlichen Vereidigungen Mitgliedern der NPD den Handschlag. Der darauffolgende Rechtsstreit führte im Juni 2020 dazu, dass der Thüringer Landtag – wenn auch als Teil der Corona-Verordnung – beschloss, die Notwendigkeit, Gemeinde- und Stadträte per Handschlag zu verpflichten, aus der Kommunalordnung gestrichen wurde.<sup>25</sup>

### *Small Talk*

Extrem rechte Verordnete versuchen oft, kleinere, scheinbar unverfängliche Gespräche mit Demokrat\*innen zu führen, um die Isolierung zu durchbrechen und als Teil des demokratischen Spektrums zu erscheinen. Daher ist es besonders im Politikalltag wichtig, den Kontakt auf die nötigsten Umgangs-floskeln zu reduzieren, «witzeln» zu vermeiden und nicht ins «Du» zu rutschen. Auch in Veranstaltungen und auf Fluren oder am Rande einer Sitzung ist Small Talk, also ein kleines Schwätzchen, nicht nötig, selbst dann nicht, wenn es sich sprich-

wörtlich «nur um das Wetter» dreht. Für Außenstehende ist der Inhalt eines Gesprächs nicht erkennbar. Fotos von linken Politiker\*innen im Gespräch mit Politiker\*innen rechter Parteien vermitteln das Bild eines normalen Umgangs und bringen auch die Mandatsträger\*innen in Erklärungsnot. Zum Teil werden solche Fotos von rechten Politiker\*innen gezielt inszeniert, um die eigene scheinbar große Toleranz und Akzeptanz zu beweisen. Genauso entbehrlich wie Small Talk sind freundliche Rituale wie das Aussprechen von Geburtstagsglückwünschen. Sollte man selbst Glückwünsche von rechten Mandatsträger\*innen erhalten, kann betont werden, dass darauf kein Wert gelegt wird. Um die Verwicklung in kleinere Gespräche abzubrechen oder ganz zu vermeiden, ist es ratsam, sich eine andere Person zu suchen und auf sie zuzugehen oder durch Blickkontakt eine neue Situation aufzubauen.

### *Räumliche Distanzierung*

Aber nicht nur bei der Begrüßung kann es zu ungewollter Nähe mit Vertreter\*innen rechter Parteien kommen. Zum Teil passiert es, dass Sitzordnungen so gestaltet werden, dass die eigene Fraktion direkt neben der AfD platziert wird. Dem kann entweder ein unbedachtes Handeln zuständiger Mitarbeiter\*innen zugrunde liegen oder eine Aufteilung, die sich an der Fraktionsgröße oder gar einer poli-

<sup>25</sup> Handschlag unter Kommunalpolitikern nicht mehr Pflicht, mdr Thüringen, 15.6.2020, unter: [www.mdr.de/thueringen/west-thueringen/eisenach/handschlag-wolf-kommunalordnung-100.html](http://www.mdr.de/thueringen/west-thueringen/eisenach/handschlag-wolf-kommunalordnung-100.html).

tischen Einordnung nach der Hufeisentheorie orientiert. Insbesondere in letzterem Fall kann es durchaus sinnvoll sein, das Thema anzusprechen. Häufig dürfte aber schon eine freundliche Nachfrage bei den zuständigen Mitarbeiter\*innen mit dem Hinweis auf ein persönliches Unwohlsein bei direkter Nähe weiterhelfen. Auch mag die Anmerkung angebracht sein, dass die angedachte Sitzordnung auf Dauer der ordnungsgemäßen Durchführung der Sitzungen nicht zuträglich sein dürfte. Gerade in kleineren Runden, bei denen die Sitzordnung durch aufgestellte Namensschildchen festgelegt wird, soll sich das direkte manuelle Umstellen und Umset-

zen als besonders effektiv erwiesen haben. Ganz generell ist es ratsam, die eigene körperliche Position im Raum zu bedenken.

Immer wieder können bewusstes Nichtanschauen und das Vermeiden von Blickkontakt genutzt werden. Wenn andere Kolleg\*innen im selben Raum stehen, lassen sich gezielt kleinere Grüppchen bilden, um sich zu unterhalten. Auch dadurch wird eine Nichtansprechbarkeit vermittelt.

Beim zufälligen Zusammentreffen auf Fluren, auf der Straße oder bei öffentlichen Anlässen ist es immer möglich, jemanden grußlos zu «übersehen» und eine Person so zu meiden.

## **ERSTE HILFE FÜR DEN PERSÖNLICHEN GREMIENALLTAG**

- Verschränkte Arme signalisieren Ablehnung.
- Um (automatisches) Händeschütteln zu vermeiden, zum Beispiel die Sitzungsunterlagen mit beiden Händen halten oder die Hände demonstrativ in den Hosentaschen lassen.
- Sich nicht in Gespräche mit rechten Akteur\*innen verwickeln lassen. Gegebenenfalls mit anderen im Raum geschlossene Gesprächsgruppen bilden.
- Sich nicht neben rechte Akteur\*innen setzen (lassen). Gegebenenfalls auf die parlamentarische Sitzordnung bestehen oder die Namensschilder/Stühle umstellen.
- Redezeitbegrenzungen einführen und auf deren Einhaltung bestehen.
- Sitzungen können auf Antrag immer für eine (Beratungs-)Pause unterbrochen werden.

### 4.3.2 Klug mit Anträgen umgehen

Der Umgang mit rechten Anträgen birgt eine ganze Reihe von Fallstricken. Einerseits ist es wichtig, Anträge entschieden abzulehnen, andererseits besteht die Gefahr, ihnen zu viel Aufmerksamkeit zu schenken und sich so die Themen von rechts diktieren zu lassen. Die Zustimmung zu Anträgen rechter Parteien ist grundsätzlich zu vermeiden, auch wenn eine entsprechende Begründung nicht immer leicht zu vermitteln ist (→ Drei Praxisbeispiele zum Umgang mit Anträgen von rechts, S. 151). Dabei sollte im Hinblick auf die Antragspraxis rechter Parteien nicht vergessen werden, dass diese nicht das Ziel verfolgen, eine gestaltbare Kommunalpolitik für die Menschen vor Ort zu verwirklichen. Vielmehr geht es oft nur darum, demokratische Prozesse zu sabotieren und für die eigenen Themen auf allen Ebenen so viel Aufmerksamkeit wie möglich zu erzeugen. Außerdem ist es dort, wo das Verhältnis zur Demokratie ein instrumentelles ist, sinnlos zu versuchen, sich demokratisch auf Augenhöhe zu begegnen.

Es können vier Arten von Anträgen rechter Parteien unterschieden werden:

- offen rechte Anträge, in denen rechte Forderungen erhoben werden und mit einem zum Beispiel rassistischen Vokabular gearbeitet wird;
- Anträge, in denen linke oder migrantische Gruppen/Institutionen auf eine Weise thematisiert werden, die implizit bedrohlich

und angreifend oder unter dem Aspekt der Verteilung etwa von Fördergeldern existenzbedrohend ist;

- vermeintliche «Kümmerer»-Anträge, bei denen erst aus den Formulierungen im Detail oder (mündlichen) Begründungen die eigentlichen Motive und mitgedachten Ausschlüsse hervorgehen;
- Anträge, die – für sich genommen – unproblematisch wären.

Die erste Art von Anträgen wird oft gezielt eingebracht, um polarisierende Debatten zu provozieren oder Vorurteile zu schüren. Auch sicherheitspolitische Anträge, die eine Law-and-Order-Politik einfordern, können dazugezählt werden. So forderte die AfD im Sächsischen Landtag im Jahr 2015 beispielsweise die Erhöhung der personellen Kapazitäten für Abschiebungen durch den freiwilligen Einsatz berenteter Polizist\*innen. In der Begründung hieß es zynisch, dass das Recht auf Asyl nur durch konsequente Abschiebungen gewährleistet werden könne.

Die zweite Gruppe von Anträgen zielt explizit darauf ab, linke Initiativen von Förderungen oder aus Bildungszusammenhängen auszuschließen (→ 3.6 Kinder- und Jugendpolitik; → 3.10 Bildungspolitik; → 3.24 Kultur).

Neben solchen offen rechten Anträgen gibt es auch sogenannte Kümmerer-Anträge. Hier gilt es, besonders aufmerksam zu sein, denn – für sich genommen – können sie zunächst harmlos erscheinen, wenn sie etwa die Einführung

eines Zebrastrreifens vor einer Kita verlangen. Ihre rassistische oder sozialchauvinistische Motivation zeigt sich dann entweder in der Verwendung bestimmter Begriffe im Antrag oder in der Antragsbegründung. So beantragte beispielsweise 2017 die AfD in Potsdam ein Begrüßungsgeld für Neugeborene von 500 Euro – ein Vorschlag, der im ersten Moment spontane Zustimmung hervorrufen könnte. Bereits im Beschlussvorschlag zeigte sich jedoch, dass dieses 500 Euro keinesfalls an alle Potsdamer Familien gehen sollten, sondern lediglich an Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft. Schon lange in Deutschland lebende Migrant\*innen, hier geborenen Menschen ohne deutschen Pass und Geflüchtete wurden durch diese Formulierung bewusst ausgeschlossen und sollten leer ausgehen. In der Begründung zum Antrag ist von der Familie als «Keimzelle» der Gesellschaft die Rede, deren Förderung angesichts des «demografischen Wandels» notwendig sei, um eine «sich aus dem Inneren heraus entwickelnde, langfristige natürliche Bevölkerungsentwicklung» sicherzustellen. Neben einem völkisch-konservativen Familienbild bedient der Antrag also auch den Mythos der Umvolkung. Einen ähnlichen Antrag hatte die AfD bereits 2015 im Sächsischen Landtag eingebracht.

Was aber ist nun beim Umgang mit rechten Anträgen besonders zu beachten? Wie kann möglichst klug und kreativ mit ihnen umgegangen werden?

### *Rechte Anträge enttarnen*

Zunächst einmal ist es wichtig, rechte Anträge – insbesondere solche, die auf den ersten Blick unverfänglich scheinen – zu enttarnen. Nur den Titel zu überfliegen ist – zumindest wenn es sich um einen Antrag handelt, der möglicherweise im Gremium thematisiert wird – nicht genug. Auch die Beschlussvorlage und die Begründung sollten aufmerksam durchgelesen werden. Dabei kann es hilfreich sein, sich mit Menschen kurzzuschließen, die in das Thema eingearbeitet sind oder über ein breites Verständnis rechter Ideologien verfügen, und sich beispielsweise in der Fraktionssitzung auszutauschen. Wichtig ist es zudem, den Antrag im Verhältnis zum sonstigen Parteiprogramm rechter Akteure zu verstehen (→ 3 Thematische Aktionsfelder rechter Akteur\*innen). Grundsätzlich sollte Folgendes geprüft werden:

- Titel: Wie lautet der Titel/Betreff des Antrags? Entspricht er der Beschlussvorlage und der Begründung?
- Einreichende Person: Wer reicht den Antrag ein? Sollte die Person beispielsweise bei scheinbaren Kümmerer-Beiträgen in der Vergangenheit durch gegensätzliche Anträge oder gegensätzliches Verhalten aufgefallen sein, lässt sich ein Antrag auch unter Verweis auf solche «Scheinheiligkeiten» ablehnen.
- Begriffe und implizite Annahmen: Welche rechten Begriffe werden in der Beschlussvorlage oder der Begründung verwen-

det? Was ist an diesen problematisch? Aus welchem historischen Kontext stammen diese Begriffe bzw. welcher weiter gehenden Programmatik sind sie verpflichtet? Gibt es NS-Referenzen oder verschwörungstheoretische Anspielungen? Stützt sich der Antrag auf Fakten, die fraglich sind, oder werden implizite Annahmen gemacht, die falsch sind?

- Ausschlüsse: Wer wird in dem Antrag nicht erwähnt? Wer wird von positiven politischen Maßnahmen ausgeschlossen? Wird entlang der Nationalzugehörigkeit oder des Aufenthaltsstatus ein Ausschluss vorgenommen? Werden bestimmte Familienkonstellationen und Beziehungsverhältnisse benachteiligt? Finden sozialchauvinistische Ausschlüsse nach Leistungskriterien im Sinne einer «Nur für Steuerzahler»-Politik statt?
- Formale Kriterien: Adressiert der Antrag überhaupt die richtigen bzw. zuständigen Stellen/Gremien? Überschreitet er den kommunalpolitischen Wirkungsrahmen? Gibt es möglicherweise Forderungen oder Annahmen, die der Satzung oder bestehenden Gesetzen widersprechen?

Natürlich ist es unrealistisch, jeden rechten Antrag so gründlich durchzuarbeiten. Gerade bei unscheinbaren Anträgen ist es jedoch besser, genauer hinzuschauen, als später überrumpelt zu werden. Dies gilt

umso mehr, je weniger mit den anderen Fraktionen ein gemeinsamer Umgang mit rechten Anträgen abgesprochen und eingespielt ist.

### *Den Umgang mit rechten Anträgen vorbereiten*

Um sich vorzubereiten und ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen, besteht die Möglichkeit, rechte Anträge im Ältestenrat<sup>26</sup> zu besprechen, bevor sich in der entsprechenden Sitzung öffentlich damit befasst wird. Eine Behandlung rechter Initiativen kann im Einzelfall auch abgelehnt werden, insbesondere dann, wenn ihnen offensichtlich hetzerische oder menschenfeindliche Motive zugrunde liegen oder wenn sie aus anderen Gründen unsinnig sind (weil sie zum Beispiel Angelegenheiten betreffen, die nicht in den kommunalen Wirkungsbereich fallen). Sollten rechte Akteur\*innen im Ältestenrat vertreten sein, sind informelle Treffen im Kreis demokratischer Kolleg\*innen ratsam. Im Bremer Stadtteil Gröpelingen etwa kannten sich Beiratsmitglieder verschiedener linker Parteien schon lange aus Zusammenhängen der Sozialarbeit und des Quartiersmanagements. Hier war es möglich, sich in ganz anderem Rahmen nach der Wahl eines AfD-Vertreter\*in in den Stadtteilbeirat bereits vor der ersten Sitzung abzusprechen. Aber auch über andere formale und informelle Netz-

<sup>26</sup> Der Ältestenrat setzt sich meist aus den Gremienmitgliedern mit der größten parlamentarischen Erfahrung zusammen und dient in der Regel der Vorbesprechung von Anträgen bzw. der Festlegung der Geschäftsordnung.

werke, sei es der Sportverein, der Chor oder die Elternvertretung in der Schule, können bereits Kontakte bestehen, die für einen solchen Austausch geeignet sind.

### *Rechte Anträge konsequent ablehnen*

Grundsätzlich sollten Fraktionen, die sich als emanzipatorisch verstehen, keine gemeinsamen Anträge mit rechten Fraktionen einreichen. Anträge rechter Fraktionen sollten konsequent abgelehnt werden. Wenn möglich, sollte dabei eine gemeinsame Linie mit Fraktionen anderer Parteien gefunden werden (→ Schweriner Weg, S. 126), damit rechte Anträge möglichst wenig Diskussions- und Redezeit in Anspruch nehmen.

Auch bei scheinbaren oder tatsächlichen «Kümmerer»-Anträgen sollte rechten Fraktionen nicht auf den Leim gegangen werden. Hier ist es gegebenenfalls wichtiger, die Ablehnung gegenüber anderen Fraktionen und der Öffentlichkeit noch transparenter zu machen. Wenn ähnliche, linke Anträge (zeitgleich) gestellt werden, ist es im Anschluss von Bedeutung, zügig auf Initiativen und Organisationen in den Bereichen zuzugehen und eigene Projekte zu starten.

So werden zum Beispiel im Kreistag Wetterau (Hessen) sozialpolitische Anträge der NPD in der Regel mit folgender Begründung abgelehnt: «Wir sehen das Problem, aber wir wollen es nicht national lösen.» Wenn ein sozialpolitischer Antrag rechter Akteur\*innen in der Wort-

wahl zwar einen sozialpolitischen Ansatz suggeriert, im Kern aber nationalistisch, rassistisch, homophob oder sexistisch argumentiert, sollte er mit ebendieser sachlichen Begründung abgelehnt werden. Dasselbe gilt für Anträge, die – zum Teil wortgleich – linke Anträge kopieren.

### *Eigene Anträge klar «links» formulieren*

Oft unterstützen rechte Politiker\*innen linke Anträge in kommunalen Gremien. Auch zustimmendes Klatschen bei Redebeiträgen linker Politiker\*innen ist keine Seltenheit. Neben situativen Distanzierungen ist es daher sinnvoll, mit den anderen Fraktionsmitgliedern zu besprechen, ob und wie Anträge prinzipiell so formuliert werden können, dass ein Zustimmung Rechter nicht möglich ist, beispielsweise durch die Nennung von Zielgruppen wie Migrant\*innen, Frauen oder Homosexuelle. Ein solches Vorgehen ist nicht immer möglich, kann aber ein probates Mittel sein. Generell sollte versucht werden, die eigenen Anträge möglichst inklusiv zu gestalten.

Gerade bei Themen, die sich rechte Parteien versuchen anzueignen, zum Beispiel Plebiszite und direkte Demokratie, gilt es, eigene Schwerpunkte zu setzen und das eigene «Wording», also die gezielt linke Wortwahl, starkzumachen: Linke fordern direktdemokratische Elemente, um Menschen aktiv an Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen und sie zu ermächtigen. Dabei geht es nicht darum, irgendein imaginiertes Volk ent-

scheiden zu lassen, sondern Personen und Gruppen, die nicht über die strukturellen, personellen oder finanziellen Ressourcen verfügen, zu unterstützen und Teilhabe zu ermöglichen. Bei Plebisziten mit hetzerischen Inhalten ist es die Aufgabe demokratischer Kräfte, diese Überschreitungen und Angriffe zu thematisieren und ein breites demokratisches Bündnis aufzubauen – linke

Kommunalpolitik kann eine große Unterstützung für diese Bündnisse darstellen, auch außerhalb der Gremienarbeit.

Die folgenden drei Beispiele zeigen, dass Anträge von rechts, die auf den ersten Blick vermeintlich progressive Ziele verfolgen, mitunter strategisch gewollt Fallstricke beinhalten und wie progressive, demokratische Fraktionen darauf reagieren können:

### Beispiel 1: Antrag in Potsdam (Brandenburg) – «Begrüßungsgeld für Neugeborene»

		<b>Antrag</b>		Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)
				<b>17/SVV/0095</b>
<b>Betreff:</b> Begrüßungsgeld für Neugeborene <b>A</b>		öffentlich		
<b>Einreicher:</b>	Stadtverordneter Hohloch, AfD Fraktion <b>B</b>	Erstellungsdatum	18.01.2017	
		Eingang 922:		
<b>Beratungsfolge:</b>				
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit		
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung		
<b>Beschlussvorschlag:</b>				
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:				
Eltern, die ihren Hauptwohnsitz seit min. einem Jahr in der Landeshauptstadt Potsdam haben und deutsche Staatsbürger sind, erhalten durch die LHP für jedes Neugeborene ein Begrüßungsgeld in Höhe von 500€. <b>C</b>				

**A Unverfänglicher Betreff** **B Rechte Fraktion reicht ein** **C Rassistischer Vorschlag**

Quelle: Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam: Begrüßungsgeld für Neugeborene, Drucksache 17/SVV/0095, 18.1.2017, unter: [https://egov.potsdam.de/bi/\\_\\_\\_tmp/tmp/45081036918036799/918036799/01005445/45.pdf](https://egov.potsdam.de/bi/___tmp/tmp/45081036918036799/918036799/01005445/45.pdf)

### *(1) Der Betreff*

Obwohl der Betreff zunächst unverfänglich erscheint, sollte unbedingt genau weitergelesen werden, um den Antrag richtig einordnen zu können.

### *(2) Einreicher\*innen*

Hier wird die AfD genannt, sodass kein Zweifel daran besteht, dass der Antrag von rechts kommt. Einreicher\*innen könnten aber auch Einzelpersonen bzw. Wählervereinigungen sein, bei denen man nicht auf den ersten Blick erkennen kann, ob ein solcher Antrag nicht dennoch rechte Positionen beinhaltet.

### *(3) Beschlussvorschlag*

Erst hier im Beschlusstext wird deutlich, dass der Antrag ein rassistisches Ziel verfolgt. Indem das Begrüßungsgeld nur an deutsche Staatsbürger\*innen ausgezahlt werden soll, die seit mindestens einem Jahr ihren Hauptwohnsitz in Potsdam haben, werden Migrant\*innen und Geflüchtete ausdrücklich ausgeschlossen. Es ist also kein «Kümmerer-Antrag», sondern die Forderung nach einem Instrument der rassistischen Diskriminierung.

#### **Begründung:**

Die Familie ist die Keimzelle und Kinder die Zukunft unserer Gesellschaft. Aus diesem Grund gilt es, gerade in Zeiten des demographischen Wandels, jene auf verschiedene Art und Weise zu unterstützen und Anreize für ein offenes Klima des Willkommens und der stärkeren Akzeptanz sowie der Wertschätzung von werdenden Müttern, Vätern und deren Kindern zu setzen. Ein Begrüßungsgeld für die Eltern von Neugeborenen, welche seit min. einem Jahr ihren Hauptwohnsitz in der LHP haben, stellt dabei einen ersten Schritt dar.

Obwohl die Landeshauptstadt Potsdam seit Jahren ein räumliches sowie natürliches Bevölkerungswachstum aufweist, ist dies kein Garant und Indikator für eine sich aus dem inneren heraus entwickelnde langfristig natürliche Bevölkerungsbewegung. Eine finanzielle Unterstützung kann jedoch zusätzlich zu den schon erwähnten Effekten positive Auswirkungen auf diese haben.

Quelle: Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam: Begrüßungsgeld für Neugeborene, Drucksache 17/SVV/0095, 18.1.2017, unter: [https://egov.potsdam.de/bi/\\_\\_\\_tmp/tmp/45081036918036799/918036799/01005445/45.pdf](https://egov.potsdam.de/bi/___tmp/tmp/45081036918036799/918036799/01005445/45.pdf)

#### *(4) Begründung*

Im Begründungstext wird klar, dass es in dem Antrag nicht um die Förderung von (Klein-)Kindern, sondern um die Unterstützung der «Familie» als «Keimzelle der Gesellschaft» geht. Das entspricht ganz dem rechten Weltbild. Familie wird dabei traditionell als aus Vater, Mutter, Kind bestehend gedacht, gleichgeschlechtliche Partnerschaften oder Alleinerziehende kommen darin nicht vor, sie gelten nicht als «Familie». Zudem bedeutet «Keimzelle», dass auch die Erziehungsaufgaben weitgehend von eben dieser traditionellen «Familie» übernommen werden sollen. Ausdrücklich ist die Rede von einem «ersten Schritt», in dem diese Form der Kindererziehung gefördert werden soll, um in einem zweiten was zu tun? Alle anderen Formen des Zusammenlebens oder Ehen zwischen nicht deutschen und deutschen Staatsbürger\*innen zu verbieten? Diese rechte Vorstellung von Familie ist rassistisch und stellt eine Kampfansage an alle emanzipatorischen Errungenschaften der letzten 50 Jahre da, sie ist zweifelsfrei antifeministisch, zutiefst bürgerlich sowie trans- und homophob. Manche Anträge werden ohne eine schriftliche Begründung eingereicht. In diesen Fällen sollte im

Antragstext auf «Triggerwörter» geachtet werden, die auf die Politik und Absichten der Einreicher\*innen hinweisen. Bei mündlichen Begründungen sollte auf ausgrenzende und diskriminierende Inhalte und ein völkisches Weltbild geachtet werden.

Eine Möglichkeit, mit diesem Antrag umzugehen, besteht darin, einen eigenen inklusiven Antrag einzureichen, der das Begrüßungsgeld für alle (Klein-)Kinder fordert, egal ob hier geboren oder nicht, egal ob mit deutscher Staatsangehörigkeit oder ohne. Somit könnte die Initiative der AfD zu einem sehr guten, progressiven und weltoffenen Antrag einer linken Fraktion führen. Eine Blamage für die einreichende Fraktion.

Wichtig: Es ist den Autor\*innen an dieser Stelle wichtig zu betonen, dass unbedingt ein eigener Antrag einzureichen ist. Bei Änderungsanträgen kann es am Ende Unklarheit darüber geben, wer für den Antrag verantwortlich ist, sodass ein progressiver Antrag der AfD zugeschrieben wird und die Zustimmung eines linken Bündnisses bzw. einer linken Fraktion zu einem Antrag der rechten Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung (zu Recht) skandalisiert wird. Daher sollten Anträge möglichst in Abgrenzung zueinander behandelt und abgestimmt werden.

## Beispiel 2: Antrag in Stendal – Weihnachtsbeleuchtung

<b>Hansestadt Stendal</b>		<b>Antrag</b>	Datum: <b>10.12.2019</b>
Amt:	13 - Büro des Oberbürgermeisters	Drucksachennummer:	Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Az.:		<b>A VII/017</b>	
<b>TOP:</b>	Antrag der AfD Fraktion zur Verlängerung der Weihnachtsbeleuchtung in der Breiten Straße		

Beratungsfolge:		Beratungsergebnis:
Kultur-, Schul- und Sportausschuss	am: 14.01.2020	
Ausschuss für Stadtentwicklung	am: 15.01.2020	
Haupt- und Personalausschuss	am: 27.01.2020	
Stadtrat	am: 17.02.2020	

### Beschlussvorschlag:

**Der Stadtrat möge beschließen, dass die Verwaltung eine räumliche Verlängerung der Weihnachtsbeleuchtung in der Breiten Straße bis zum Sperlingsplatz prüft. Sollte dies technisch und ohne großen finanziellen Mehraufwand möglich sein, soll die Umsetzung noch in diesem Jahr, aber spätestens im nächsten Jahr erfolgen.**

### Begründung:

Es soll eine wirtschaftliche Belebung der südlichen Breiten Straße in der Vorweihnachtszeit erreicht werden.

Quelle: Hansestadt Stendal: Antrag der AfD-Fraktion zur Verlängerung der Weihnachtsbeleuchtung in der Breiten Straße, Drucksache A VII/017, 10.2.2019, unter: <http://session.stendal.de/bi/getfile.php?id=28963&type=do>

Den vorliegenden Antrag brachten Teilnehmer\*innen in einem Seminar ein, um an diesem Beispiel den Umgang mit Anträgen von rechts zu diskutieren. Klar war, dass die anwesenden Kommunalpolitiker\*innen ihn ablehnen würden. Aber wie? Und mit welcher Begründung?

Es ist einer dieser typischen «Sachpolitik»-Anträge («Kümmerer»-Antrag), der suggeriert, dass in der Kommunalpolitik alle am selben Strang ziehen und gemeinsam für

die örtliche Bevölkerung Politik machen. Doch wie bereits in den vorangegangenen Kapiteln dieser Broschüre diskutiert, sitzen Menschen der jeweiligen Fraktionen in kommunalen Gremien, weil sie mit einer bestimmten Agenda für die Grünen, die NPD, die AfD oder andere Parteien gewählt worden sind. Entsprechend bleibt die Grundlage des politischen Handelns, auch auf kommunaler Ebene, das jeweilige Parteiprogramm.

Daher ist es stets wichtig, die eigenen politischen Entscheidungen glaubwürdig nach außen zu kommunizieren. Eine Anfangserklärung zur konsequenten Ablehnung der Zusammenarbeit mit rechten Kräften stellt dafür einen verlässlichen Bezugspunkt dar. Gleichzeitig sollten gute Ideen aufgegriffen und nicht aus Prinzip verhindert werden. Es gilt, bessere einzubringen und umzusetzen. Der Originalantrag wurde, wie gut zu erkennen ist, in verschiedenen Ausschüssen behandelt und dann angenommen (zwei Nein-Stimmen, fünf Enthaltungen). In diesem Fall haben die Autor\*innen gemeinsam mit den Kommunalpolitiker\*innen vor Ort viele denkbare Strategien zum Umgang durchgespielt.

(1) Die AfD in der Hansestadt Stendal versucht, sich als starke Partnerin der lokalen Wirtschaft zu positionieren. Die Linksfraktion vor Ort hat sich aus diesem Grund mit den anliegenden Einzelhändler\*innen ins Gespräch begeben, um zu erfragen, ob es ihr Wunsch ist und ihren

Sorgen entspricht, die diesjährige Weihnachtsbeleuchtung auch auf ihren Bereich auszuweiten.

(2) Eine weitere Möglichkeit wäre ein gemeinsames Nachbarschaftsprojekt gewesen, um gemeinsam mit dem anliegenden Wohnheim für Senior\*innen und/oder mit Geflüchteten Lichterketten anzubringen.

(3) Weihnachtsbeleuchtung in Regenbogenfarben? Warum nicht ein Motto ausschreiben und die Weihnachtsbeleuchtung als Zeichen für Toleranz und gegen Diskriminierung von LGBTIQ\* einsetzen?

Mit etwas Kreativität und der Einbeziehung weiterer, von rechten nicht gewünschter Zielgruppen können Anträge entstehen, die zusätzlich zu wirtschaftspolitischen oder sozialen Forderungen auch gesellschaftliche Fragestellungen in den Mittelpunkt rücken.

Ein solcher Umgang mit Anträgen von rechts kann sehr viel Spaß machen, vor allem wenn man sich deutlich die Stärken von Vielfalt, Toleranz, Antirassismus und Welttoffenheit vor Augen führt.

### Beispiel 3: Antrag in Wetterau – Livestream

Bezeichnung	Inhalt	Bezeichnung	Inhalt
Name:	2020/0914 - 1.5		
Art:	Beschlussvorlage Wetteraukreis		
Datum:	26.08.2020		
Betreff:	Prüfung der Voraussetzungen zur Übertragung der Kreistagssitzungen als Livestream		
	Antrag der NPD-Fraktion vom 25.08.2020		

In puncto Transparenz, moderner Verwaltung und unparteiischer Öffentlichkeitsarbeit hinkt der Wetteraukreis in vielen Punkten leider noch hinterher. Eine Livestream-Übertragung der öffentlichen Kreistagssitzungen würde die Verwaltung transparenter wirken lassen und der Politikverdrossenheit im Kreis entgegenwirken sowie Kommunalpolitik für die breite Masse zugänglicher machen. Mit einer Archivierung der Livestream-Aufnahmen der Kreistagssitzungen hätten Wetterauer Bürger die unkomplizierte Möglichkeit, die sie betreffenden oder interessierenden Themen ohne Probleme auch nach den - für die arbeitende Bevölkerung - schlecht gelegenen Sitzungszeiten, zuhause abzuspielen und Diskussionen zu verfolgen. Es gehört zur Hauptaufgabe von Kommunalparlamenten und deren Abgeordneten, die Bürger des Kreises über Abläufe und Entscheidungen zu informieren. Als Vorbild und Beispiel gilt für diesen Antrag der Main-Kinzig-Kreis, der bereits eine Livestream-Übertragung anbietet. Nach Einschätzung der NPD-Fraktion sind die bereitzustellenden Summen, in Zeiten, in denen für Scheinsyjanen eine Vielzahl an finanziellen Mitteln bereitgestellt wird, eine minimale Ausgabe.

„Der Kreisausschuss wird beauftragt Kostangebote einzuholen und die technischen Möglichkeiten zu schaffen, um die Kreistagssitzungen als Livestream in Audio- und Videoaufzeichnung auf der Internetseite des Wetteraukreises zu veröffentlichen.“

Daniel Lachmann  
Fraktionsvorsitzender

Quelle: Kreistag Wetterau: Beschlussvorlage – Prüfung der Voraussetzungen zur Übertragung der Kreistagssitzungen als Livestream, 2020/0914-1.5, 25.8.2020, unter: [https://sessionnet.krz.de/wetteraukreis/bi/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=97342](https://sessionnet.krz.de/wetteraukreis/bi/vo0050.asp?__kvonr=97342)

Als weiteres Beispiel haben wir uns einen Antrag der NPD-Fraktion im Kreistag Wetterau genauer angesehen. Es handelt sich hierbei um ein durchaus progressives Thema, da es um die Übertragung der Kreistagssitzungen per Livestream geht. Eine Forderung, die auf die Stärkung von Transparenz und Nähe zu den Bürger\*innen abzielt.

Die Wortwahl des Antrags zeigt jedoch deutlich, worum es der NPD geht:

(1) «Unparteiliche Öffentlichkeitsarbeit»: Ein Argument, dass gut verständlich ist und suggeriert, dass die NPD hier ganz uneigennützig handle. Doch das ist mitnichten so. Die Erfahrung der letzten Jahre auf den verschiedensten Ebenen zeigt, dass

sich rechte Parteien gern profilieren, wenn der Livestream läuft, und ihre Anträge wortgewandt und hetzerisch einbringen. Dabei vergessen sie auch nicht, Gegner\*innen ins Wort zu fallen oder durch provokante Zwischenrufe zu stören. In nicht öffentlichen Sitzungen hingegen halten sie sich zurück, stimmen gewohnt mit anderen Fraktionen mit oder glänzen durch Abwesenheit. Demnach ist der Livestream selbstverständlich kein unparteiliches Mittel. Jeder Fraktion steht die Möglichkeit offen, ihn für sich zu nutzen. (2) «Arbeitende Bevölkerung»: Wie so oft bei rechten Anträgen soll die «arbeitende Bevölkerung», sollen die Steuerzahler\*innen gestärkt werden, nicht einkommenschwa-

che, Sozialleistungen empfangende, wohnungslose oder geflüchtete Menschen. Dieses Vorgehen fügt sich ein in ein sozialchauvinistisches Weltbild, in dem angeblich fleißige Menschen vermeintlich «schmarotzenden» Bevölkerungsgruppen entgegengestellt und gegeneinander ausgespielt werden.

Nicht erwähnt und damit weiter unsichtbar gemacht werden zudem Menschen, denen eine Teilnahme an Sitzungen etwa aufgrund von unbezahlter Kindererziehung oder Pflegetätigkeiten, aber auch aufgrund von fehlender Barrierefreiheit unmöglich ist. Darüber hinaus wird hier das Bild von «quasselnden» Politiker\*innen bemüht, die zu viel Zeit auf demokratische Aushandlungsprozesse verschwenden und durch das Volk – in der Form der wirklich

arbeitenden Bevölkerung – kontrolliert werden müssen.

(3) Schließlich wird im letzten Satz noch gegen Migrant\*innen gehetzt, ein Thema, ohne das kaum ein Antrag von rechts auskommt. In einem zynischen und völlig unverhältnismäßigen Vergleich werden die aufzuwendenden Ressourcen für die Einrichtung eines Livestreams den Kosten für die Versorgung von Geflüchteten gegenübergestellt. Mit der Verwendung des Begriffs «Scheinasylanten» wird zusätzlich behauptet, dass Menschen nicht vor Krieg, Hunger und Verfolgung nach Deutschland fliehen, sondern diese Fluchtmotive nur in betrügerischer Absicht vorgeben – eine rassistische Unterstellung und Wortwahl, denen es sich klar entgegenzustellen gilt.

## Auszug aus dem Sitzungsprotokoll

### **TOP Ö 10: Prüfung der Voraussetzungen zur Übertragung der Kreistagssitzungen als Livestream**

#### **Antrag der NPD-Fraktion vom 25.08.2020**

<b>Bezeichnung</b>	<b>Inhalt</b>
Sitzung:	<b>23.09.2020 (to0040.asp?__ksinr=19589&amp;toselect=41581)</b>
Beschluss:	KT-2020/031 XI.WP mehrheitlich abgelehnt
Vorlage:	<b>2020/0914 - 1.5 (vo0050.asp?__kvonr=97342&amp;voselect=19589)</b>

Abgeordneter Daniel Lachmann (NPD) begründet den Antrag seiner Fraktion.

An der Beratung beteiligt sich Abgeordneter Michael Kuger (AfD).

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Kreistag fasst mit Gegenstimmen von CDU, SPD, AfD, B90/DIE GRÜNEN, Freie Wähler, FDP und DIE LINKE./Piraten mehrheitlich folgenden Beschluss:

“Der Antrag wird abgelehnt.“

Quelle: Kreistag Wetterau: Beschlussfassung zur Prüfung der Voraussetzungen zur Übertragung der Kreistagssitzungen als Livestream, 2020/0914-1.5, 23.9.2020, unter: [https://sessionnet.krz.de/wetteraukreis/bi/to0050.asp?\\_\\_ktonr=41581](https://sessionnet.krz.de/wetteraukreis/bi/to0050.asp?__ktonr=41581)

Der Antrag wurde vom Kreistag in Wetterau mehrheitlich abgelehnt. Lediglich ein Vertreter der AfD-Fraktion brachte sich in die Debatte ein. Trotz einer inhaltlichen Befürwortung des Anliegens lehnten auch die Vertreter\*innen der AfD den Antrag ab – aber nicht ohne sich noch zusätzlich als Opfer der «etablierten Parteien» im Umgang mit ihnen «als größter Oppositionspartei» zu inszenieren.<sup>27</sup>

Die Autor\*innen empfehlen, einen neuen Antrag einzubringen und einen Livestream zu fordern –, weil er in der Tat die Transparenz erhöhen kann. Für die Antragsstellung lohnt sich ein Blick in die Anträge anderer linker, grüner oder sozialdemokratischer Fraktionen, denn die Frage von Sitzungsübertragungen ist in den allermeisten Gremien bereits debattiert oder eine Übertragung bereits beschlossen worden.

#### **4.3.3 Auf Redebeiträge (nicht) reagieren**

Eine Zusammenarbeit mit rechten Akteur\*innen sollte prinzipiell ausgeschlossen werden. Redebeiträge zur Ablehnung rechter Anträge sollten inhaltlich und argumentativ sachlich, im Ton aber scharf sein. Ein breites Wissen über a) die Personen und b) die Ziele und Themen der jeweiligen Partei/Fraktion machen eine Abgrenzung und argumentative Enttarnung rechter «Kümmerner» einfacher. Dazu ist es einerseits er-

forderlich, dass demokratisch Aktive sich – zumindest in ihrem jeweiligen Politikfeld – mit den Positionen der Rechten auskennen. Hilfreich ist andererseits aber natürlich auch der Austausch mit Expert\*innen. Lokale oder regionale Antifa-Gruppen sind immer, unabhängige Journalist\*innen und engagierte Wissenschaftler\*innen oft gut über die lokale rechte Szene informiert und können entsprechende Hinweise, Einschätzungen und Hilfestellungen geben (→ Kontakte im Anhang).

Grundsätzlich ist es die Aufgabe linker, radikal-demokratischer Akteur\*innen, auf den rassistischen, neonazistischen, sexistischen, homophoben und nationalistischen Charakter rechter Fraktionen aufmerksam zu machen, diese zu demaskieren und eine klare Haltung für eine solidarische, tolerante und soziale Gesellschaft zu zeigen. Dabei sollte ein möglichst geringer Anteil der eigenen Redezeit auf die direkte Beschäftigung mit Rechten fallen, vielmehr sollte der Fokus auf den eigenen Themen liegen. Diese kommen auch in Talkshows oder in der allgemeinen Berichterstattung prozentual weniger vor als Themen rechter Akteur\*innen. Linke Akteur\*innen sollten selbstbewusst ihre Themen setzen, denn sie sind mit ihren Forderungen, zum Beispiel nach einer gerechten Sozial-, Wohnungs- und Familienpolitik, dem Alltag der Menschen oft deutlich nä-

<sup>27</sup> AfD-Fraktion Wetteraukreis, Rede des Fraktionsvorsitzenden Michael Kuger, 23.9.2020, veröffentlicht am 3.10.2020 unter: [www.facebook.com/631972430236018/photos/a.637834266316501/2944781905621714/?type=3&theater](https://www.facebook.com/631972430236018/photos/a.637834266316501/2944781905621714/?type=3&theater).

her als rechte Akteur\*innen, die auf Ausgrenzung, Angst und das Schüren von Hass setzen.

### *Zum Umgang mit rechten Redebeiträgen*

Sollten in Sitzungen rassistische oder hetzerische Reden vonseiten der rechten Fraktion gehalten werden, gibt es verschiedene Möglichkeiten zu protestieren, ohne ihnen den Saal und den Platz zu überlassen. In der Stadtverordnetenversammlung von Oberursel (Hochtaunuskreis, Hessen), dem Gründungsort der AfD, verließen während einer Rede eines AfD-Verordneten Mitglieder aller Fraktionen den Raum, einige blieben allerdings sitzen. Im anschließenden Interview mit der Linksfraktion wurde deutlich, dass das Verlassen des Raums eine spontane, nicht abgesprochene Aktion war. Aber auch gezielte Absprachen (mit anderen Fraktio-

nen) helfen, sich die eigene Position zu vergegenwärtigen und gemeinsam zu handeln. Das stärkt nicht nur den Protest, sondern auch die eigene Haltung. Mögliche Protestformen für Mandatsträger\*innen:

- Rücken zudrehen,
- gemeinsames Lesen in Unterlagen (diese dabei hochhaltend),
- aufstehen.

Darüber hinaus gibt es in den verschiedenen Gremien unterschiedliche Maßnahmen, die bei drastischen, rassistischen Redebeiträgen ergriffen werden können. Insbesondere der bzw. die Vorsitzende des Gremiums kann Folgendes tun:

- Forderung nach Rede zur Sache;
- aufeinander aufbauend: Verwarnungen, Rüge, Ordnungsruf,<sup>28</sup> Ausschluss von der Sitzung;
- weitere Besprechungen im Ältestenrat.

**28** Je nach lokaler Gemengelage kann allerdings auch die Bezeichnung einer Person als Nazi zu einem Ordnungsruf führen, wie ein Beispiel aus dem brandenburgischen Henningsdorf zeigt, vgl. Weißapfel, Heike: Stadtverordneter aus Velten zur Ordnung gerufen, in: Märkische Onlinezeitung, 13.10.2020, unter: [www.moz.de/lokales/henningsdorf/ermahnung-stadtverordneter-aus-velten-zur-ordnung-gerufen-52329257.html](http://www.moz.de/lokales/henningsdorf/ermahnung-stadtverordneter-aus-velten-zur-ordnung-gerufen-52329257.html). Dass sich im Zweifelsfall auch der gerichtliche Weg lohnt, um rechte Ideologen als das zu benennen, was sie sind, zeigt die (gewonnene) Auseinandersetzung um das Recht, Björn Höcke als Faschisten zu bezeichnen, vgl. Rath, Christian: Warum Björn Höcke als Faschist bezeichnet werden darf, 9.2.2020, unter: [www.md.de/politik/warum-bjorn-hocke-als-faschist-bezeichnet-werden-darf-T3X3A4NZFZHYPUSFWNEPO6FPQ.html](http://www.md.de/politik/warum-bjorn-hocke-als-faschist-bezeichnet-werden-darf-T3X3A4NZFZHYPUSFWNEPO6FPQ.html).



## ORDNUNGSRUF

In der Stadtverordnetenversammlung von Oberursel (Hochtaunuskreis, Hessen) brachte die AfD im Juni 2018 einen Antrag für einen «Zuzugsstopp für Asylsuchende und Flüchtlinge» ein und «argumentierte» unter anderem mit einer «Blutspur», die durch die Politik Angela Merkels durch Deutschland gezogen würde. Aus Sicht des – in Hessen in jeder Kommune vorgeschriebenen – Ausländerbeirats hätte es wegen rassistischer und menschenverachtender Formulierungen eine Rüge für einen AfD-Verordneten geben müssen, was unterblieb. Derselbe Verordnete hatte in der vorherigen Sitzung allerdings einen Ordnungsruf des Vorsitzenden (CDU) kassiert, weil er aus einer nicht öffentlichen Sitzung berichtet und «wiederholt ungebührliches Verhalten anderen Kollegen gegenüber» gezeigt habe. Offenbar fällt es einigen demokratischen Mandatsträger\*innen leicht, Kritik zu äußern, wenn etwas nicht regelkonform abläuft, schwer hingegen, verbale Entgleisungen als solche zu verstehen und zu benennen. Schon im Frühjahr 2017 hatte die AfD einen offenen Brief an den Vorsitzenden geschrieben, in dem gefordert wurde, den Vorsitzenden des Ausländerbeirats dafür zu rügen, dass dieser der AfD «Ausländerfeindlichkeit» vorgeworfen habe.

Quelle: Niederschriften der Stadtverordnetenversammlung vom 24.5. und 21.6.2018 sowie des Ausländerbeirats vom 13.3.2017 und 6.8.2018; Gespräch mit Verordneten der LINKEN Oberursel



### *Situative Distanzierungen bei eigenen Redebeiträgen*

Sollten Vertreter\*innen der extremen Rechten einmal zu einem «links-grün versifften» Redebeitrag klatschen oder sich lobend über eine Wortmeldung aussprechen, kann eine spontane Distanzierung angebracht sein. Dabei sollte der Unterschied zwischen den Parteien

und – wenn möglich – zwischen den Abstimmungsgründen hervorgehoben werden. Abzuwägen ist aber auch, welche Aufmerksamkeit und Präsenz den Rechten dadurch gegeben wird. Dafür braucht es auch heute mutige Akteur\*innen in kommunalen Gremien, die für progressive Politik kämpfen, streiten und sich rechter Hetze klar entgegenstellen.



## **HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR DEN UMGANG MIT RECHTEN AKTEUR\*INNEN IN KOMMUNALEN GREMIEN**

- Absprachen treffen mit anderen demokratischen Fraktionen für eine gemeinsame Strategie und einen gemeinsamen Umgang
- Geschlossenes Auftreten der demokratischen Parteien
- Klare und deutliche Positionierung gegen rassistische, menschenfeindliche und rechtspopulistische Personen, Parteien, Akteur\*innen und Inhalte
- Dechiffrierung rechter Anträge durch Auflösung sprachlicher Verklammerungen und konkrete Benennung als rassistische Hetze
- Mit guten Kenntnissen der jeweiligen Parteiprogramme und der jeweiligen Person können rechte Ideologien entlarvt und sichtbar gemacht werden.
- Schärfung der eigenen Position zu unterschiedlichen politischen Themen
- Agieren statt nur auf Anträge und Provokationen zu reagieren
- Umsichtig abwägen und nicht auf alles eingehen
- Keinen Alltag und keine Normalisierung in die politische Auseinandersetzung einziehen lassen
- Nur eine Person im Rotationsverfahren lehnt Anträge Rechter mündlich ab (Gegenrede)
- Sollte eine zweite Stellungnahme durch eine linke Position nötig sein, ist eine zweite Rede durchaus sinnvoll – dabei aber stets die eigenen Ressourcen und Redeanteile und auch die Absprachen mit den anderen Fraktionen bedenken
- Gemeinsame Ablehnung der Anträge rechter Verordneter, wenn möglich einstimmig
- Vertagung unerwarteter Anträge auf die nächste Sitzung
- Deutlich den rechten Charakter des Antrags in der Gegenrede thematisieren und herausstellen
- Keine (langen) Debatten zulassen
- Verschiebung von Anträgen in den jeweiligen Ausschuss, wenn damit eine öffentliche Debatte und das Schaffen eines breiten Podiums für rechte Akteur\*innen verhindert werden kann
- Deutlich kommunizieren und für die Bürger\*innen transparent machen, warum man wie mit rechten Akteur\*innen umgeht



## INTERVIEW MIT KATHARINA KÖNIG-PREUSS: «ICH HALTE AUSGRENZUNG FÜR DEN EINZIG RICHTIGEN WEG!»

**Katharina König-Preuss  
ist Stadträtin in Jena und  
Landtagsabgeordnete der Partei  
DIE LINKE in Thüringen.**

*Bei den Kommunalwahlen 2019  
hat die AfD massiv Sitze dazu-  
gewonnen. Was denkst du, warum  
Menschen die AfD wählen?*

Die AfD erzielt so hohe Wahlergebnisse auf kommunaler Ebene, weil es einen sehr tief verankerten Rassismus innerhalb der Bevölkerung gibt. In Thüringen wird das ja auch jährlich über den Thüringen-Monitor, eine Studie der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Auftrag der Landesregierung, festgestellt. Da sind die Zahlen bei antisemitischen und rassistischen Einstellungen massiv angestiegen. Solche Einstellungen schlagen sich natürlich auch im Wahlverhalten nieder. Seit 2015 wird auf mehreren gesellschaftlichen Ebenen rassistisch Stimmung gemacht, sowohl von der AfD und anderen Parteien als auch von den Medien. Menschen entscheiden sich bewusst, was sie machen, und mir ist das zu einfach zu sagen, aufgrund von Benachteiligung, die die Personen erfahren haben, wählen sie die AfD. Wir reden über 2019, also ein Jahr, in dem man weiß, wofür Höcke und «Der Flügel» stehen und wie rassistisch die AfD ist, in dem die Verstrickungen und Vernetzungen mit der extrem rechten Sze-

ne längst bekannt sind und dass das eben keine Ausrutscher oder Ausnahmen oder Einzelfälle sind. Die Wähler\*innen haben sich bewusst entschieden, eine rassistische Partei zu wählen, die sich gegen eine diverse Gesellschaft stellt und die Gruppen von Menschen aus dieser Gesellschaft ausschließen will, nicht nur Geflüchtete, auch Alleinerziehende oder Menschen, die von der Durchsetzung der AfD-Rentenpläne stark benachteiligt wären. Das muss aus einer linken Perspektive klargemacht werden, dass es keine Ausrede gibt, die AfD zu wählen.

*Inwiefern unterscheidet sich denn  
das Auftreten der NPD damals  
vom Auftreten der AfD heute in  
der Kommunalpolitik in Jena?*

Wir hatten die NPD in Jena nie im Stadtrat, aber im Ortsteilrat. Da sind sie insbesondere zu den Wahlen der Ortsteilräte, der Ortsteilbürgermeister usw. angetreten. Es gab schon früher zwar vereinzelt Mitglieder der CDU, ein oder zwei Personen, die bereit waren, auch mit der NPD ins Gespräch zu gehen, aber es gab eine fast komplette Distanzierung und auch Ablehnung der NPD und ihrer Positionen. Was sich auch darin äußerte, dass man mit denen eben nicht spricht oder zusammenarbeitet, deren Positionen keinen öffentlichen oder auch politischen Raum verschafft und an allen nur

möglichen Stellen gegen sie agiert: von Demonstrationen über gemeinsam im Stadtrat verfasste Erklärungen bis hin zur Etablierung eines sogenannten Runden Tisches für Demokratie im Jahr 2000 mit Leuten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Parteien, Kirche usw. Das ist alles quer durch alle Parteien hinweg getragen worden. Jetzt ist die AfD mit fünf Mitgliedern in den Stadtrat eingezogen. Da gibt es von Rot-Rot-Grün eine relativ klare Position, die daran anschließt, wie mit der NPD umgegangen wurde, also: keine Zusammenarbeit, keine gemeinsamen Anträge, keine Zustimmung.

*Halten sich da alle dran, auch CDU und FDP? Gibt es bei euch im Stadtrat Absprachen dazu?*

Wir sind zurzeit ein sehr breit aufgestellter Stadtrat: LINKE, CDU, SPD, Grüne, FDP, Bürger für Jena, AfD und Die Guten ohne Fraktionsstatus. In Jena gibt es die Absprache, dass keinem AfD-Antrag zugestimmt wird. Ob das dauerhaft hält, bleibt abzuwarten. Es gab ganz am Anfang eine Verständigungsrunde, um zu vermeiden, dass es bei einem Antrag der AfD Erwidern von allen anderen gibt, sondern nur eine Antwort, warum diesem Antrag nicht zugestimmt wird. Größere Debatten führen ja dazu, dass ein Thema, das die AfD setzen will, einen großen öffentlichen Raum bekommt, nicht nur innerhalb der Stadtratssitzung, sondern dann auch in Lokalzeitungen, im Lokalfernsehen und -radio.

Ansonsten stellt man auch fest, dass es einzelne kommunale Vertreter\*innen der CDU gibt, die mit AfD-Stadtervertreter\*innen auf Normalisierung machen. Also: Man grüßt sich und auch ein Kurzaustausch ist immer mal wieder möglich. Ich weiß nicht, worum es dabei geht, weil ich mich an so etwas ja logischerweise nicht beteilige. Auch aus unserer Fraktion beteiligt sich niemand daran. Aber da weichen die Haltelinien, die für mich normal waren, Stück für Stück auf. Am Tag der Oberbürgermeisterwahl ist der jetzige Oberbürgermeister (FDP) gefragt worden, wie er sich denn zur AfD stellt. Seine Aussage war, er würde Sachanträgen der AfD zustimmen, wenn diese auf einer sachlichen Grundlage basieren. Man merkt es auch an anderen Stellen: In Jena wurde auf Initiative von Rot-Rot-Grün ein «Sicherer Hafen»-Antrag zur Aufnahme von Geflüchteten im Stadtrat diskutiert und der ist dann mit nur einer Stimme Vorsprung gerade so durchgegangen. Dabei ist der Beschluss, weitere Geflüchtete aufzunehmen, ja erstmal nur Symbolpolitik. Das hat ja noch nicht zur Folge, dass nächste Woche wirklich 50, 100, 200 Geflüchtete nach Jena kommen. Es ist erstmal nur eine politische Erklärung, mit der man sagt: Wir wollen nicht, dass Menschen auf dem Mittelmeer oder in Moria verrecken, wir stellen uns als Stadt hinter eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Im Nachgang erklärte der Oberbürgermeister dann aber eh, dass er sich nicht an den Beschluss halten werde. Da merkt man, dass das, was in Jena in den

letzten Jahrzehnten aufgebaut wurde, gefährdet ist: nämlich die sogenannte rote Stadt zu sein und eine Stadt, die sich auch sehr stark ehrenamtlich aus der Zivilgesellschaft heraus um Geflüchtete kümmert und in der es sehr große Proteste gegen die AfD und rechte Aufmärsche gibt.

Man merkt, dass der Umgang mit der AfD auf kommunaler Ebene anders ist, als er mit der NPD war. Zwar ist Jena noch in einer glücklichen Position, weil es sogar in der CDU eine sehr stark verankerte Abgrenzung zur AfD gibt. In anderen Kommunen in Thüringen sieht es da schon richtig schwierig aus: Da wird nicht nur AfD-Anträgen zugestimmt, sondern da werden Beschlüsse gemeinsam mit der AfD gefasst.

*Kannst du Beispiele aus Thüringen nennen, wo es auf kommunaler Ebene eine Zusammenarbeit von Parteien oder Wählervereinigungen mit der AfD gibt?*

In Gera beispielsweise reichen CDU, AfD und die Wählervereinigung «Für Gera» gemeinsame Anträge ein, die beschlossen werden. In den Anträgen sind die Inhalte als solche gar nicht das Thema, meist geht es um ein konkretes Anliegen auf Stadtebene. Aber es ist diese Normalisierung, die da geschieht. Man hätte niemals mit der NPD zusammen Beschlüsse gefasst und man hätte nie Anträgen der NPD zugestimmt. Ich kann das nicht nachvollziehen. Man hätte nie seine Unterschrift neben die Unterschrift eines NPDlers gesetzt, aber das passiert jetzt bei

der AfD. Das läuft in mehreren Thüringer Städten: In Hildburghausen hat die SPD zusammen mit der AfD Anträge gestellt, im Wartburgkreis gab es in kleineren Gemeinderäten auch solche «Vorfälle». Ich weiß gar nicht, ob man das überhaupt noch mitbekommt, an welchen Stellen so etwas passiert. Das ist ein großes Problem, wenn es nicht einmal mehr als ein Skandal empfunden wird, wenn man gemeinsam mit der AfD Stadtpolitik oder auch Gemeindepolitik macht. Ich halte Ausgrenzung für den einzig richtigen Weg, um der AfD den Boden Stück für Stück wieder zu entziehen. Ausgrenzung und inhaltliche Auseinandersetzung schließen sich nicht aus, aber in dem Moment, in dem ich mich mit ihnen inhaltlich auf eine Ebene begeben und gemeinsame Beschlüsse fasse, ist jegliche Abgrenzung gegenüber der AfD nicht mehr ehrlich. Die AfD sagt dann logischerweise: «Wir können doch gar keine undemokratische Partei sein, die CDU stimmt mit uns zusammen!» Es ist auf mehreren Ebenen absolut fatal, mit der AfD gemeinsame Sache zu machen.

*Welche Herausforderungen stellen sich auf kommunaler Ebene im Vergleich zur Landesebene im Umgang mit AfD und anderen rechten Akteur\*innen?*

Meine große Befürchtung ist ja seit ein paar Jahren die – und in einigen Kommunen scheint das schon so zu laufen –, dass Rechte auf Landtags-ebene Anfragen zu konkreten Projekten, zivilgesellschaftlichen Trägern

oder antifaschistischen Initiativen stellen, um über die Ministerien die Informationen zu bekommen, die sie brauchen, um dann auf kommunaler Ebene gegen sie vorzugehen.

So gehen sie auf Landesebene schon jetzt gegen alle ihnen nicht wohlgesonnenen Akteur\*innen vor. Aber auch in einigen Kommunen haben sie versucht, an die Finanzierung von Vereinen ranzugehen: über den Jugendförderplan und im Sozial- und Kulturbereich. Aber in den meisten Kommunen gibt es noch eine Mehrheit von Menschen in den Stadt- und Gemeinderäten, die sich nicht die Kultur- oder Sozialvereinsstruktur durch die AfD kaputtmachen lassen. Die entsprechenden Nachfragen in den Sozial- und Kulturausschüssen, ob man zum Beispiel bestimmten Vereinen nicht die Zuschüsse oder Mittel streichen könnte, gibt es aber. Die kommunale Ebene ist für die AfD neben ihrer Social-Media-Blase, ihrer Medien- und Öffentlichkeitsstrategie und dem außerparlamentarischen Raum die beste Möglichkeit, sich als vermeintliche Kümmerer-Partei darzustellen und Wählerspektren zu erschließen.

*Du warst und bist ja als Kommunalpolitikerin und Landtagsabgeordnete auch zahllosen Anfeindungen ausgesetzt: Wie gehst du damit um?*

Man stumpft ab, was solche Angriffe und Beleidigungen angeht. Das ist so: Okay, klick, ab in den Ordner «Drohmails», ohne sie anzusehen. Die Angriffe kommen ja auf allen möglichen Ebenen: Sie kommen

per Brief, per Mail, per Facebook, per Twitter, per Instagram, per Telegram, als Kommentare auf der Webseite. Sie kommen auch persönlich, im Landtag, zum Teil jetzt aber auch bei Demonstrationen, wenn man sich dort in der Nähe zeigt. Das zermürbt. Die Frage ist, wie lang man dieser Zermürbung standhält und welche Mittel man hat, dagegen vorzugehen.

Es wäre auch Quatsch zu sagen, das prallt alles ab. Anzeigen mache ich nur noch, wenn es nachweisbar ist, aus welcher Richtung oder von welcher Person diese Beleidigung kam. Die Beleidigungen und Bedrohungen führen dazu, dass ich mich anders bewege im öffentlichen Raum und an einigen Stellen schon zu sehr krassen Beeinträchtigungen des eigenen Lebens. Ich versuche, mit meinem Mann oder auch mit Freund\*innen und meiner Familie darüber zu reden, und so eine grundsätzliche Erklärung von Solidarität hilft erstmal immer. Aber es gibt einfach einen Punkt, da ist man allein mit diesem ganzen Hass. Und da muss man aufpassen, dass der einen nicht fertigmacht.

*Und hast du Tipps für andere Kommunalpolitiker\*innen, wie sie mit damit umgehen können?*

Wirklich notwendig ist es, erst mal darüber zu sprechen. Wenn so etwas auf kommunaler Ebene passiert, sollte man definitiv die Fraktion und die Partei einbinden. Bestimmte Prozesse müssen nicht von den Betroffenen selber ausgetragen werden, sondern es entsteht auch eine

Schutzmauer, eine Schutzfunktion durch Fraktionen und gegebenenfalls die Partei. Je nachdem, welchen Inhalt die Bedrohung hat, also wenn sie sich ganz konkret auf den kommunalpolitischen Raum bezieht, muss es im Stadtrat oder im Gemeinderat thematisiert werden. Man muss Solidarität vom Oberbürgermeister oder von der Bürgermeisterin, von den anderen Fraktionen, gegebenenfalls auch aus der Stadtverwaltung einfordern und im öffentlichen Raum, in der Stadtratsitzung, in der Gemeinderatssitzung und gegebenenfalls sogar mit einer entsprechenden Medienklärung dazu, die von den Fraktionen des jeweiligen Lokalparlaments getragen wird, darüber reden. Ich erwarte, dass sich da auch die Strukturen schützend vor die Person stellen. Zeigt das an, wenn ihr bedroht werdet! Damit auf staatlicher Seite, bei Behörden deutlich wird, welche Formen, welche Quantität und gegebenenfalls auch welche Qualität es an Bedrohungen von Kommunalpolitiker\*innen gibt. Sucht Beratungsstellen auf! Es gibt flächendeckend bundesweit die Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Die können das Ganze noch viel stärker auch politisch einordnen. In einigen Regionen ist der Weiße Ring stärker vertreten. Was man noch machen kann: alles sammeln und öffentlich machen. Falls es mehrere Politiker\*innen auf kommunaler Ebene betrifft: zusammenschließen, gemeinsam dagegen vorgehen! Gegebenenfalls an die Medien geben, damit sie auch

mal darüber berichten, welchen Angriffen kommunalpolitisch aktive Menschen ausgesetzt sind. Wenn ihr betroffen seid: Gebt die Informationen an andere Menschen weiter, damit ihr unterstützt werden könnt!

### *Was heißt denn Antifaschismus auf kommunaler Ebene?*

Antifaschismus im kommunalen Bereich heißt an erster Stelle, dafür zu sorgen, dass die Vereine und die Initiativen, die Träger, die es auf kommunaler Ebene gibt und die sich für ein demokratisches Miteinander im weitesten Sinne einsetzen, die Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, die sie benötigen, egal ob es um Migration, Frauen, Kultur oder Soziales geht. Und das heißt, dass man sich auch sehr gut in kommunale Haushaltsführung einarbeiten sollte. Gerade in Zeiten von Steuerminder-einnahmen ist ja oft die Konsequenz, dass auf kommunaler Ebene in den sogenannten freiwilligen Bereichen sehr schnell die Mittel zusammengestrichen werden. Und das trifft normalerweise die Initiativen, die dazu beitragen, dass es eine vielfältige Stadt oder eine vielfältige Gemeinde gibt. Für mich ist das sozusagen ein Stück weit die Basis, die antifaschistisches Engagement ermöglicht. Es kann nicht darum gehen, bei kommunal geförderten Initiativen, Einrichtungen und Trägern den eigenen Maßstab von Antifaschismus anzulegen, sondern darum, erstmal zu schauen, ob es Strukturen in den Kommunen gibt, die dazu beitragen, dass alle gesellschaftlichen Grup-

pen, die in der Kommune leben, eine adäquate Beteiligung und Unterstützung bekommen. Dass sie Anlaufstellen haben, wo man für sie nach außen kommuniziert und ihre Interessen und Bedürfnisse vertritt. Das ist praktischer Antifaschismus. Das andere ist dann, im Stadtrat dagegenzuhalten, wenn entsprechende (Kürzungs-)Anträge kommen, sei es von der CDU, der AfD, der FDP oder von wem auch immer.

Das Dritte ist, die außerparlamentarischen Partner\*innen zu unterstützen und selber mit aufzurufen, mit auf den Straßen zu sein, wenn es entsprechende Auftritte oder Angriffe von Rechten, Völkischen und Nazis gibt. Darüber hinaus kann man die eigene Veröffentlichungsarbeit oder die eigenen sozialen Kanäle nutzen, um Informationen darüber zu verbreiten. Und auch in Verwaltungen gibt es Leute, mit denen man gut reden kann über solche Fragen.

Es geht aber auch weiter: Ich glaube, dass wir gerade im kommunalen Bereich und vor allem im ländlichen Raum die Politik, für die die Linke steht, den eigenen Leuten erklären oder unbedingt auch mit den eigenen Leuten darüber ins Gespräch kommen müssen. Nicht alle wissen, was mit einer diversen Gesellschaft gemeint ist, und noch weniger, was mit LGBTIQ\* gemeint ist. Ich muss die Leute mitnehmen, wird ja immer gesagt. Das heißt, ich bin gefordert, niedrigschwellige Veranstaltungen zu organisieren, wo die Leute Informationen bekommen und darüber debattieren können. Bei diesen «Querdenker»-Corona-Protes-

ten sind ja auch Genoss\*innen mit dabei: Da muss ich die Debatte suchen, die berechtigte Kritik der Leute wahrnehmen und dann trotzdem in Widerspruch dazu gehen. Das meine ich auch in dem Sinne, konstruktiv voranzukommen und neue Horizonte zu erschließen.

### *Was magst du an Kommunalpolitik?*

Im Kommunalparlament hat man nicht nur die gesamte Stadt im Blick oder die gesamte Kommune, sondern kann auch versuchen, Einzelbedürfnisse von Menschen mit auf die Tagesordnung zu heben und zu schauen, lässt sich politisch da etwas im Sinne der Menschen lösen. Und oft genug geht es. Es gibt ja nicht ohne Grund so viele Kummerkästen auf kommunalen Webseiten oder Portalen für alle möglichen Kleinigkeiten: «Hier ist ein Stück Stein aus der Straße gebrochen», «Der Mülleimer am Spielplatz quillt seit Wochen über» oder «Die Hunde kacken hier überall hin». Und es klingt total bescheuert: wenn man sich auf der einen Seite mit den großen Sachen beschäftigt – hier rechtsterroristische Gruppe, da eine fehlende Milliarde im Landeshaushalt etc. –, und im Kleinen kriegt man aber Sachen noch gelöst und da kann man auch zeigen, dass man solche Sachen eben auch ernst nimmt. Es muss heißen: Wenn wir uns kümmern, kann sich die AfD nicht kümmern! Zu sagen, okay, auch wenn wir das auf kommunaler Ebene nicht geklärt kriegen, wir setzen es trotzdem als kommunales Thema.



The background of the page is a solid green color with a faint, large-scale illustration of a mechanical gear system. The gears are rendered in a slightly darker shade of green, creating a subtle texture. The main text is centered in the upper half of the page.

## **5 HALTUNG ZEIGEN – ANGEBOTE SCHAFFEN**

---

Rechte Akteur\*innen, insbesondere auf der kommunalen Ebene, stellen sich als «Kümmerer» dar. Sich zu kümmern ist ein sehr linker Anspruch und Gedanke. Aus diesem Grund ist und bleibt es wichtig, für die Menschen da zu sein, Probleme aufzunehmen und für alle Menschen eine solidarische und nicht ausgrenzende Politik in der Kommune oder im Kreis zu erkämpfen. Dazu gehört es, vor Ort ansprechbar und nahbar zu sein. Gerade Kommunalpolitiker\*innen haben die Chance, mit den Menschen persönlich in Kontakt zu kommen und sich mit Themen des Alltags zu beschäftigen. Der Vorwurf, dass die «etablierten Parteien» nicht mehr für die Menschen da sind, ist einer, der vor allem von rechts erhoben wird. Linken, demokratischen und weltoffenen Mandatsträger\*innen empfehlen

wir daher, weiterhin vor Ort Präsenz zu zeigen, in Gespräche zu gehen, Sprechstunden für alle Menschen anzubieten und die Räume und das «Kümmerer»-Narrativ nicht den Rechten zu überlassen. Gleichzeitig bedarf es aber auch des Aufzeigens von Grenzen im Umgang mit Rassist\*innen. Beleidigungen, Bedrohungen oder das Wiedergeben menschenfeindlicher Inhalte müssen und dürfen nicht toleriert werden. Gelebte Solidarität und die solidarische Gesellschaft sind ein Kernanliegen progressiver Rät\*innen. Solidarität ist aber etwas anderes als bloße Hilfestellung. Solidarität ist ein Begegnen auf Augenhöhe. Sie ist eine wechselseitige Beziehung – keine hierarchische und einseitige. Insofern ist das «Kümmern» von links etwas ganz anderes als das, was Rechte unter Kümmern verstehen.

## 5.1 ANSPRECHBAR SEIN UND INFORMIEREN

Mit Hartz-IV-Beratungen, Sprechstunden, Miet- oder Rechtsberatung stehen die Türen kommunaler Fraktionen und Verordneter seit Jahren offen. Im lokalen Raum ist es daher möglich und notwendig, die Präsenz (wieder) zu erhöhen und einige Angebote zu machen. Nicht in allen Kreisen oder Gemeinden ist ein re-

gelmäßiges Angebot personell zu stemmen. Absprachen und abwechselnde Besuche bei anderen Fraktionen oder Einzelabgeordneten helfen, diese Arbeit zu initiieren oder wieder aufzunehmen. Dabei können linke Akteur\*innen offene und vielfältige Räume schaffen, die von rechts nicht angeboten werden. Sicherere Räu-

me und Angebote für LGBTQ\*, Menschen mit Behinderung, Erwerbslose, Wohnungslose, Frauen sowie für Geflüchtete und Migrant\*innen sind für die kommunale Arbeit vor Ort ausgesprochen wichtig und stärken die eigene sozialpolitische Vielstimmigkeit.

### **5.1.1 Sprechstunden**

Sprechstunden bieten einen geschützten Raum, um Probleme, die die Menschen beschäftigen, anzu-gehen. Für sensible, oft auch emotionale Themen ist ein kleiner Raum vollkommen ausreichend. Wenn vorhanden, ist eine gewisse Büro-Infrastruktur mit einem Kopierer von Vorteil, damit Unterlagen schnell und unkompliziert für die weitere Verwendung vervielfältigt werden können. Sprechstunden sollten öffentlich beworben werden, um Voranmeldung sollte gebeten werden.

### **5.1.2 Infostände**

Infostände erhöhen die Sichtbarkeit im öffentlichen Raum. Die Gespräche, die hier geführt werden können, haben einen anderen Charakter, persönliche Anliegen sollten mit dem Angebot, die Sprechstunde zu besuchen, aufgenommen werden. In den Recherchen zu dieser Broschüre wurde wiederholt darauf eingegangen, dass rechte Parteien sehr präsent geworden sind. Dies kann nicht vermieden werden, sollte aber mit öffentlichen Veranstaltungen, Kinderfesten und Infoständen gekontert werden. Insbesondere Markt-tage oder Festlichkeiten bieten sich dafür an. Auch so kann «Gesicht zeigen» gegen rechts aussehen.

### **5.1.3 Ämterbegleitung**

Neben regelmäßigen Sprechstunden und anderen bewährten Beratungsterminen etwa zu Miet- oder Lohnsteuerfragen stößt das Angebot, Menschen bei Behördengängen zu begleiten, erfahrungsgemäß auf großes Interesse. Insbesondere für Personen aus verletzbaren Gruppen und aus Gruppen, die oft Ziel von amtlicher Einschüchterung und Schikane sind, ist es hilfreich und sehr unterstützend, bei Besuchen beim Jobcenter, der Arbeitsagentur oder Ausländerbehörde eine Begleitung, aber auch eine Zeug\*in dabei zu haben. Im Vorfeld können Formulare gemeinsam ausgefüllt werden. Dadurch kann der Rücken für andere Probleme freigehalten werden und die Angst vor den Angestellten der jeweiligen Behörde, wie berechtigt sie auch immer sein mag, gesenkt werden.

### **5.1.4 Broschüren in einfacher Sprache**

Anlaufstellen, wie Büros oder Geschäftsstellen, sollten für Probleme, Sorgen, kurze Gespräche und Fragen offen sein. Dafür müssen Öffnungszeiten gut sichtbar ausgehängt oder vielleicht online veröffentlicht werden. Informationsmaterial zu verschiedenen Themen, Veranstaltungen oder weiteren Beratungsangeboten sollte ebenfalls sichtbar ausliegen – Angebote in leichter und einfacher Sprache bieten die Möglichkeit der Inklusion und helfen, komplexe Sachverhalte für jede Person verständlich zu machen.

## 5.2 VERGABE VON RÄUMEN

Angesichts der wachsenden Präsenz von rechts im öffentlichen Raum stellt sich die Frage, ob Volkshochschulen, Rathäuser oder Schulen öffentliche Räume an rechte Akteur\*innen vermieten oder ihnen zur Verfügung stellen sollten, mit großer Dringlichkeit. Grundsätzlich sollte der Umgang mit diesen Schwierigkeiten nicht darauf hinauslaufen, dass kommunale Räume generell zu parteifreien Räumen erklärt werden, auch wenn das mancherorts – wie in Eisenach – so gehandhabt wird. Die einstige Landrätin des Kreises Altenburger Land (Thüringen), Michaela Sojka,<sup>1</sup> hat zu dieser Frage eine klare Position, wie sie uns gegenüber im Interview erläuterte:

«Die Vermietung kommunaler Räume ist die Angelegenheit der Kommunen, weniger der Landkreise. Den Parteien städtische Immobilien grundsätzlich nicht mehr vermieten zu können, wie dies in verschiedenen kommunalen Satzungen (auch in Altenburg) geregelt ist, halte ich nur für eine zweitbeste und «Notmaßnahme». Dies schränkt schließlich auch die Arbeit der demokratischen Parteien ein. Damit kann man erstens der Verbreitung rechter Einstellungen nicht wirklich begegnen. Und die rechten Aktivitäten werden in ländliche Räume verdrängt, wo die Vernetzung für einen wirksamen de-

mokratischen Widerstand schwerer zu organisieren ist. Ich halte unsere demokratische Gesellschaft für stark und widerstandsfähig genug, um im öffentlichen Disput, nicht im Untergrund, miteinander und gewaltfrei um Mehrheiten zu ringen. Rassistische und fremdenfeindliche Positionen und Aktionen müssen offen entlarvt werden. Ich glaube fest daran, dass diese nicht mehrheitsfähig sind, aber das muss durch die Mehrheitsgesellschaft täglich wieder erarbeitet werden. Das klingt platt, aber einfacher ist eine echte Demokratie auf Dauer wohl nicht zu haben.»

Eine energische, gut begründete und zielgerichtete Auseinandersetzung mit den politischen Forderungen nationalistischer und rassistischer Parteien und ihre Zurückweisung sollten weiterhin im Vordergrund der Auseinandersetzung stehen. Wichtig ist, dass Politik und Verwaltung in Vermietungs- und Veranstaltungsfragen aufeinander abgestimmt und konsequent agieren. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten, die bereits von anderen Organisationen, wie der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (mbr) in Berlin, in verschiedenen Publikationen diskutiert wurden. Daher wird im Folgenden nur ein kurzer Überblick über Optionen gegeben.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Michaela Sojka (DIE LINKE) war unter anderem von 2001 bis 2012 Abgeordnete im Thüringer Landtag und von 2012 bis 2018 Landrätin im Altenburger Land (Thüringen). <sup>2</sup> Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus: Handlungs-Räume. Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen öffentlich-rechtlicher Räume, Berlin 2009, unter: [www.mbr-berlin.de/rcms\\_repos/attach/09-09-01\\_mbr\\_Handlungs-Raeume\\_FINAL.pdf](http://www.mbr-berlin.de/rcms_repos/attach/09-09-01_mbr_Handlungs-Raeume_FINAL.pdf).

### *Strukturelle Einschränkungen vornehmen durch eindeutige Nutzungsvereinbarungen*

In einer solchen Vereinbarung sollten der Zweck von Veranstaltungen sowie inhaltliche Beschränkungen festgehalten werden. Dabei sollte explizit darauf hingewiesen werden, dass Veranstaltungen mit rassistischen, homophoben oder antisemitischen Inhalten untersagt sind. Auch die Anwendung der oben bereits angesprochenen Ausschlussklausel spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Eine Zugänglichkeit öffentlicher Räume ist außerdem für Mitarbeiter\*innen der zuständigen Ämter auch bei fragwürdigen Veranstaltungen grundsätzlich sicherzustellen, um die Einhaltung der Haus- und Nutzungsordnung kontrollieren zu können.

### *Einbindung von zivilgesellschaftlichem Protest*

Vor Stadthallen, Rathäusern oder Kneipen kommt es immer wieder zu Protesten von zivilgesellschaftlichen Gruppen, die gegen Veranstaltungen rechter Gruppen und Akteur\*innen auf die Straße gehen. Große Protestaufrufe und Mobilisierungskampagnen können zusätzlich zu den rechtlichen und strukturellen Einschränkungen eine abschreckende Wirkung auf die Veranstalter\*innen haben. Auch Vermieter\*innen werden dabei unter Druck gesetzt und insbesondere im privaten Bereich davon abgehalten, Räume erneut an Personen oder Organisationen der extremen Rechten zu vermieten.

## **5.3 VERANSTALTUNGEN**

Ob bei der eigenen Veranstaltung oder als eingeladener Gast: Wenn es in der Öffentlichkeit um Politik geht, kann es stets zu unangenehmen Kontakten mit Rechten kommen. Auf diese Situationen und einen möglichen Umgang damit sollte jede Person und sollten auch die Veranstalter\*innen vorbereitet sein, um nicht überrascht zu werden. Dazu geben wir im Folgenden ein paar Tipps.

### **5.3.1 Eigene Veranstaltungen**

Auch bei eigenen Veranstaltungen kann es durch die Anmeldung von Gegenkundgebungen durch rechte Akteur\*innen zu Problemen kom-

men. Deshalb empfiehlt es sich, wie bereits oben angesprochen, eine Ausschlussklausel vorab zu veröffentlichen und vor dem Eingang und im Veranstaltungssaal auszuhängen. Veranstaltungen wegen Anmeldungen von Gegenaktivitäten rechter Personen abzusagen ist nicht klug, denn damit wäre genau das erreicht, was vermutlich hinter der Anmeldung steckt: eine Einschüchterung und Verunsicherung von Veranstalter\*innen. In solchen Fällen sollten lokale Recherche- und Beratungsstellen informiert und gebeten werden, wenn möglich an der Veranstaltung teilzuneh-

men und diese gegebenenfalls zu moderieren. Auch Schulungen zum Umgang mit Rechten können und sollten aus diesem Anlass besucht werden. Außerdem ist es in solchen Fällen ratsam, auch die Polizei über die Veranstaltung und mögliche Störungen durch rechte Akteur\*innen zu informieren.

Bei Diskussionen muss es klare Absprachen im Umgang mit dem Saalmikrofon geben. Personen, die eine Frage stellen wollen, sollten dazu angehalten werden, ihren vollständigen Namen und gegebenenfalls die Organisation, für die sie sprechen, zu nennen und sich kurzzufassen. Es sollte vermieden werden, Menschen, die bekanntermaßen rechten Organisationen angehören oder sichtlich und im Pulk stören wollen, ein Mikro auszuhändigen. Die Erfahrung zeigt, dass solche Situationen verhindert werden können, wenn das Saalmikrofon fest installiert oder eine Person benannt wird, die das Mikro in der Hand behält und es Sprechwilligen wie ein\*e Reporter\*in unter die Nase hält.

Sollten Gäste eingeladen sein, die von rechts und/oder durch konservative Akteur\*innen medial stark kritisiert werden, sind klare Positionierungen gefordert und sinnvoll. Eine Erklärung, warum diese Akteur\*innen, Gäste, Organisationen für das jeweilige Thema wichtig sind, kann dabei helfen, die Gäste zu stärken und zu schützen. Ein Zurückrudern in der Einladungspolitik, der Podiumsbesetzung oder gar die Absage der Veranstaltung ist in keinem Falle ratsam. Vorauseilender Gehorsam

ist im Rahmen linker Politik nicht notwendig. Es wird in den kommenden Jahren – mit dem vermehrten Einzug rechter Akteur\*innen in Gremien, aber auch in Vereine – schwerer werden, linke Veranstaltungen ohne Druck von rechts anzubieten. Umso wichtiger sind eine klare Haltung und geradlinige Begründungen bei Medienstatements, Pressemitteilungen oder im Social-Media-Bereich.

### **5.3.2 Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen**

Insbesondere vor Wahlen kommt es vermehrt zu Podiumsdiskussionen, aber auch zu Talkshows oder Radiogesprächen, zu denen immer wieder Vertreter\*innen aller Parteien eingeladen werden. Diese Entscheidung trifft meist die einladende Person oder Organisation. In solchen Fällen kann es angebracht und eine hilfreiche Strategie sein,

1. sich mit der veranstaltenden Organisation in Verbindung zu setzen, die Teilnahme rechter Kandidierender zu problematisieren und gegebenenfalls die Androhung der Nichtteilnahme auszusprechen;
2. mit den anderen Kandidat\*innen demokratischer Parteien übereinzukommen, gemeinsam die Veranstaltung nicht zu besuchen und somit auf ein Ausladen rechter Akteur\*innen hinzuwirken;
3. auf klar definierte Verhaltensregeln und eine Strategie zur Durchsetzung des Hausrechts hinzuwirken, um bei rassistischen, antidemokratischen, homopho-

ben oder sexistischen Äußerungen eingreifen zu können. Sollte es dennoch zu einer gemeinsamen Veranstaltung kommen, werden Politiker\*innen linker Parteien gern neben rechte Akteur\*innen platziert. Eine solche Sitzordnung ist zu verweigern. Es gibt keinen Grund, eine räumliche Nähe aufzubauen. Kommt es zu Redebeiträgen, die direkt positiven Bezug auf linke Äußerungen nehmen, ist auch hier eine Distanzierung im nächsten Beitrag angeraten (wenn die Zeit es zulässt). In keinem Fall darf der Eindruck entstehen, dass man sich kenne oder schon lange vertraut zusammenarbeite. Für eine gute Vorbereitung ist es im Vorfeld wichtig herauszufinden, welche Personen bereits angemeldet sind, wer den Podiumsgast begleiten könnte und wie groß der Ort der Veranstaltung sein wird. Außerdem empfehlen wir Argumentationstrainings gegen rechte Akteur\*innen, die verschiedene Beratungsstellen anbieten, um eine Übernahme linker Argumentationsmuster zu entlarven (→ Hinweise im Anhang). Sollten bereits Diskussionen mit denselben rechten Akteur\*innen stattgefunden haben, empfiehlt es sich, die gemachten Erfahrungen der anderen Kolleg\*innen einzuholen. Die Veranstalter\*innen sollten sich im Rahmen ihres Hausrechts gegen Störungen von rechts wehren und eine entsprechende Ausschlussklausel bereits im Zuge der Bewerbung der Veranstaltung veröffentlichen sowie sichtbar als Plakat oder Hinweisschild am Veranstaltungsort aushängen:

«Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die extrem rechten Parteien oder Organisationen angehören, der extrem rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.»

### 5.3.3 Rechte im Publikum

Oft kommt der Podiumsgast nicht allein zur Veranstaltung. Rechte Personen, Mitglieder rechter Parteien oder Gruppen mischen sich gern unter das Publikum, klatschen laut und versuchen, viele Fragen zu stellen, um dadurch ihren Redeanteil zu erhöhen und Themen zu setzen. Auch hier sollte auf die Hausordnung und das Hausrecht verwiesen werden. Eine weitere Maßnahme ist, im Vorfeld darauf zu drängen, dass bei der Moderation auf Zeit und Raum von Fragen geachtet und die Person mit dem Saalmikrofon dazu angehalten wird, dieses nicht aus der Hand zu geben.

Durch den Einzug rechter Parteien in kommunale Gremien kann auch die Anzahl der Besucher\*innen aus der rechten Szene zunehmen. Insbesondere Fragestunden oder Anträge von Anwohner\*innen werden von ihnen erfahrungsgemäß gern genutzt, um rechte Inhalte öffentlichkeitswirksam vorzubringen. Oft ist es ein und dieselbe Person, die an öffentlichen Sitzungen teilnimmt.

Allein das kann den offenen demokratischen Austausch hemmen und

das gesamte Sitzungsklima negativ beeinflussen.

## **5.4 KOOPERATION MIT ANDEREN KOMMUNALFRAKTIONEN**

Rechte Akteur\*innen kopieren nicht nur Anträge und Anfragen demokratischer Fraktionen, sondern bringen mehr und mehr auch gleichlautende Dokumente in verschiedene Gremien ein. Einige Initiativen rechter Kommunalpolitiker\*innen werden außerdem von Anfragen in Landtagen und im Bundestag flankiert. Umgekehrt werden Kampagnen und Vorstöße der Bundes-AfD mit Anträgen auf der kommunalen Ebene aufgegriffen.

Nicht nur aus diesem Grund ist für demokratische Fraktionen in kommunalen Gremien die gemeinsame Arbeit, Vernetzung und Kooperation mit anderen Fraktionen wichtig – sei es in Form eines kommunalpolitischen Forums, einer

Vernetzungsrunde der Fraktionsvorsitzenden oder in ähnlichen Formaten. Aus zeitlichen Gründen sind solche Treffen nicht in jedem Fall möglich. Doch ein enger Austausch kann nicht nur dabei helfen, einen gemeinsamen Umgang mit rechten Akteur\*innen zu finden, indem zum Beispiel Anträge anderer Fraktionen unterstützt werden, sondern bietet auch die Möglichkeit, sich auf rechte Anträge vorzubereiten und aus den andernorts bereits gemachten Erfahrungen zu lernen. Der Austausch vereinfacht somit den Arbeitsalltag im Umgang mit rechten, nationalistischen und völkischen Anträgen auf kommunaler Ebene und stärkt das selbstbewusste Setzen eigener Themen.

## **5.5 FORTBILDUNG, INFORMATION UND BERATUNG**

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die rechte Szene und ihre Akteur\*innen in den einzelnen Kreisen und Gemeinden unterschiedlich aufgestellt sind und deshalb verschieden agieren. Das Wissen um diese Unterschiede und die Kontinuitäten ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für die antifaschistische Arbeit auf kommunaler Ebene. Es ist empfehlenswert, Weiterbildungs-

angebote der mobilen Beratungsteams wahrzunehmen, sich aber auch über Publikationen oder Veranstaltungen der Stiftungen, wie zum Beispiel der Rosa-Luxemburg-, der Heinrich-Böll- oder der Friedrich-Ebert-Stiftung, zu informieren. Die Fragen, aus welchem Umfeld Personen kommen, können oft die lokalen Antifa-Strukturen oder Archive am besten beantworten. Eine regelmäßige Zusammenarbeit mit

zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen kann das Wissen über die rechte Szene, rechte Parteien und neue Kandidat\*innen oder Mandatsträ-

ger\*innen erweitern und somit ein selbstbewusstes Auftreten und eine Enttarnung neonazistischer Akteur\*innen ermöglichen.

## 5.6 BÜNDNISSE SCHMIEDEN – PROJEKTE SICHERN

### 5.6.1 Bündnisse stärken

Für die Arbeit gegen rechte Akteur\*innen ist es auf der lokalen Ebene wichtig, breite Bündnisse aufzubauen und mit Initiativen, die sich gegen rechts einsetzen, engen Kontakt zu halten. Denn auch für Gruppen, Bündnisse und Projekte wird die Arbeit schwerer. Immer wieder fragen rechte Fraktionen, insbesondere in den Landtagen, danach, welche Demokratie- oder gar «linksextremistischen» Projekte gefördert werden. Solche Anfragen wurden wiederholt von Landesregierungen oder auf kommunaler Ebene ausführlich beantwortet. In solchen Fällen ist es grundlegend, schnell zu reagieren und den Projekten zu versichern, dass man a) die Anfrage auf dem Schirm hat und b) sich für die Projekte und Gruppen einsetzen wird. Veranstaltungs- und Projektplanung sowie die Einstellung von Geldern im Haushalt sind von großer Bedeutung, denn nur durch zivilgesellschaftliche Akteur\*innen und ihre Arbeit ist eine tolerante und solidarische Gesellschaft möglich. Darüber hinaus ist es wichtig, vor Ort neue Bündnisse zu schmieden.

Victor Perli und Jutta Krellmann machen deutlich, worin er die Aufgabe von linken Mandatsträger\*innen und Strukturen in der kommunalen, politischen Arbeit sieht: «Wir intensivieren den Austausch und beteiligen uns an breiten Bündnissen, die Gegenwehr organisieren, Minderheiten schützen und Stadtviertel, Dörfer und öffentliche Räume vor rechter Dominanz schützen oder zurückerobern wollen.»<sup>3</sup>

### 5.6.2 Partizipation von links

Insbesondere für progressive, linke Fraktionen und Wählergruppen bietet sich ein Austausch mit Trägern und Einrichtungen in ihrem Umfeld an. Diese können im Rahmen von Kiez- oder Gemeindetouren besucht werden. Dabei können sich Akteur\*innen kennenlernen und über Probleme, Wünsche und Sorgen sprechen. Kommunalpolitiker\*innen können hier ein wichtiges Bindeglied zwischen den politischen Entscheidungen und der praktischen Arbeit sein. Die Einrichtung von thematischen Runden Tischen kann ebenfalls eine Vernetzung fördern. Doch auch in den Gremien

<sup>3</sup> Krellmann, Jutta/Perli, Victor: Klare Kante gegen den Neoliberalismus und die AfD – Thesen zum Umgang mit den Rechtspopulisten in den Kommunalparlamenten und Einladung zur Debatte, ohne Datum, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/ls\\_ni/dokumente/Flyer/AfD-Strategie-kommunal-JK-VP.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/ls_ni/dokumente/Flyer/AfD-Strategie-kommunal-JK-VP.pdf).

selbst ist es wichtig, Projekte, zum Beispiel durch Projektmittel, zu fördern: «[Hier können] wir sie unterstützen, Veranstaltungen und interkulturelle Festivals anregen, und dabei helfen, Räume für eine anti-rassistische Jugend- und Subkultur zu fördern.»<sup>4</sup>

Oft geraten gerade diese Projekte in das Fadenkreuz rechter Politiker\*innen: Ihre Förderung wird kritisch hinterfragt, wenn nicht sogar direkt gekürzt, Extremismusklauseln gefordert oder Mitarbeiter\*innen diskreditiert. Nicht nur in solchen Situationen ist es wichtig, hinter den Projekten zu stehen, für sie im Gremium, aber auch bei Protesten oder Veranstaltungen das Wort zu ergreifen und die große Bedeutung von Freiräumen, offenen Treffpunkten und politischem Austausch hervorzuheben. Rechte Akteur\*innen spielen an dieser Stelle gern die Karte «Bildung muss neutral sein». Aber genau diesem Irrtum müssen sich progressive Kräfte entgegenstellen und deutlich machen, dass kein Platz für Rassismus, Sexismus oder Homophobie in unserer Gesellschaft in der Kommune ist. Freie Träger oder Projekte, die vom Geld der Kommune abhängig sind, trauen sich nicht in jedem Fall, klare Kante gegen rechts zu zeigen. Hier ist es wichtig, diese Rolle zu übernehmen und im Gremium die wichtigen, emanzipatorischen (Bildungs-)Projekte zu unterstützen und für ihr weiteres Bestehen zu kämpfen.

Selbst kleinere Fraktionen oder Einzelabgeordnete vor Ort können Projekte, die unter rechtem Beschuss stehen, auf verschiedenste Art und Weise unterstützen. Dazu kann es zum Beispiel auch gehören, die mediale Öffentlichkeit, die vor Ort da ist, zu nutzen, um Trägern oder Projekten, die sich für die Verbesserung der Lebenssituation vor Ort einsetzen, Gehör zu verschaffen.

### 5.6.3 Bedrohte Soziokultur

Soziokulturelle Räume sind Grundsteine linker, alltagsdemokratischer, alternativer und emanzipatorischer Selbstorganisation und prägen als Teil der linken Bewegungsgeschichte unser gesellschaftliches Leben nachhaltig. Insbesondere in Regionen mit hohem Nazi-Aufkommen stellen sie oft die einzige Alternative dar, um nicht rechts zu werden und sich gegen rechte Angriffe zu organisieren. Selbstverwaltete Räume schaffen Möglichkeiten, Strukturen unabhängig von institutioneller Kontrolle und staatlicher Einflussnahme aufzubauen und alternative Freiräume zu schaffen. Deshalb sind sie insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene wichtig, um sich auszuprobieren und Erfahrungen mit Lernprozessen außerhalb vom Schulsystem zu sammeln. Nicht zuletzt bieten diese Orte die immer seltener werdende Gelegenheit, alternative Formen von Zusammenwohnen und eine solidarische Gemeinschaft zu (er-)leben. Häufig starten junge Men-

<sup>4</sup> Ebd.

schen hier in eigener Initiative ihr gesellschaftspolitisches Engagement und beleben die kommunale Zivilgesellschaft durch vielfältige kulturelle Projekte. Die Erhaltung von soziokulturellen linken Räumen wird aktuell besonders durch den verstärkten Einzug der AfD in kommunale Gremien erschwert, weil sie häufig das Ziel von Anfragen und Kürzungsforderungen sind (→ 3.6 Kinder- und Jugendpolitik; → 3.24 Kultur).

Um diese Orte vor den Angriffen von rechts zu schützen, ist eine aktive Unterstützungspolitik für diese Räume notwendig. Einem irrigen, oft geforderten «Neutralitätsgebot» sollte die zentrale Bedeutung einer antifaschistischen Haltung für einen demokratischen Grundkonsens entgegengesetzt werden. Oft leisten die soziokulturellen Zentren einen großen Beitrag zur regionalen Arbeit in der Kommune, indem sie nicht rechte Positionen stärken und demokratische Jugendarbeit leisten. So betonte zum Beispiel bei der Übergabe des Sächsischen Förderpreises für Demokratie 2019 das Jurymitglied Kai-Friederike Oelbermann vom Vorstand der Dirk-Oelbermann-Stiftung den Vorbildcharakter des Projekts «Dorf der Jugend» in Grimma: «Jugendliche gestalten hier selbst ihr Umfeld und erleben ganz praktisch, was demokratische Beteiligung bedeutet. Solche Projekte sind die Antwort auf

den Rechtsextremismus, der vielerorts als ganz normal gilt.»<sup>5</sup>

Da Jugendliche und junge Erwachsene oft nicht ernst genommen werden, brauchen sie unter anderem eine starke Lobby in der Kommunalpolitik, die ihre Interessen vertritt, ihr Engagement würdigt und unterstützt. Als Antwort auf rechte Gewalt haben sich auch Konzerte mit Bands etabliert, die eine klare Haltung gegen rechts transportieren, so zum Beispiel bei dem «Wir sind mehr»-Konzert in Chemnitz 2018 oder auf Großveranstaltungen wie den Demonstrationen von #unteilbar. Eine Band, die wegen ihrer antifaschistischen Haltung vermehrt von Rechten angegriffen wird, ist Feine Sahne Fischfilet. Aufgrund des Drucks von AfD und CDU im Dessauer Stadtrat<sup>6</sup> und rechter Mobilisierungen gegen einen ZDF-Auftritt der Band im Bauhaus Dessau hatte die Hochschule das Konzert mit der extremismustheoretischen Begründung abgesagt, man habe Angst, «zum Austragungsort politischer Agitation und Aggression» zu werden. «Wir als Bauhaus sind ein bewusst unpolitischer Ort», betonte eine Sprecherin. Daraufhin kritisierten mehrere regionale Akteur\*innen und Prominente die Absage mit Verweis auf die Geschichte der Verfolgung des Bauhaus im Nationalsozialismus scharf und unterstrichen die Notwendigkeit einer entschieden

<sup>5</sup> Stadt Grimma/Oberbürgermeister: «Dorf der Jugend» mit Demokratiepreis ausgezeichnet, Meldung, 13.11.2019, unter: [www.grimma.de/portal/meldungen/dorf-der-jugend-mit-demokratiepreis-ausgezeichnet-900000833-27290.html](http://www.grimma.de/portal/meldungen/dorf-der-jugend-mit-demokratiepreis-ausgezeichnet-900000833-27290.html). <sup>6</sup> Richter, Christoph: Vor Rechten nicht einknicken, 6.11.2018, Deutschlandfunk, unter: [www.deutschlandfunk.de/punkband-feine-sahne-fischfilet-vor-rechten-nicht-einknicken.1769.de.html?dram:article\\_id=432487](http://www.deutschlandfunk.de/punkband-feine-sahne-fischfilet-vor-rechten-nicht-einknicken.1769.de.html?dram:article_id=432487).

antifaschistischen Haltung.<sup>7</sup> Das Multikulturelle Jugendzentrum e. V. Bitterfeld (MKJC) sprang schließlich spontan ein und ermöglichte ein Konzert im Brauhaus Dessau, in das sechsmal mehr Zuschauer\*innen hineinpassen.<sup>8</sup>

#### **5.6.4 Opferberatungsstellen, Demokratieprojekte und Antidiskriminierungsstellen**

Unter dem Dachverband VBRG<sup>9</sup> sind bundesweit unabhängige Beratungsstellen zusammengeschlossen, die bei rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt Betroffene, Zeug\*innen und Angehörige beraten, bei Prozessen begleiten und in ihrem Sinne unterstützen. Das Monitoring des Verbands macht rechte und rassistische Gewalt sichtbar und hält sie statistisch fest, um Analysen und effektive Gegenmaßnahmen zu ermöglichen. Auf diese Statistiken kann sich in Auseinandersetzungen mit der AfD bezogen werden, wie ein Fall in Thüringen zeigt: Der AfD-Abgeordnete im Thüringer Landtag Olaf Kießling und der AfD-Kreisverband Ilmkreis-Gotha hatten einen rassistischen Übergriff auf dem Weihnachtsmarkt in Arnstadt 2017 als «Einzelfall» beschrieben. Daraufhin wies die Op-

ferberatungsstelle Ezra in einer Pressemitteilung darauf hin, dass in den Jahren 2015 und 2016 laut Statistik der Opferberatungsstelle 157 Angriffe mit rassistischem Tatmotiv in Thüringen stattgefunden haben und Rassismus das häufigste Tatmotiv sei. Die Behauptung von «Einzelfällen» würde die Kontinuität rassistischer Gewalt in Thüringen unsichtbar machen und die einzelnen Taten zudem nachträglich verharmlosen.<sup>10</sup>

Bei allen Formen rassistischer und rechter Gewalt in den Kommunen sollten die Opferberatungsstellen immer die ersten Ansprechpartner sein. Ihr Bekanntheitsgrad in der eigenen Kommune kann erhöht werden, indem auf die entsprechenden Angebote hingewiesen wird. In manchen Kommunen ist es auch notwendig, entsprechenden Stellen den Rücken zu stärken. Der Opferberatungsstelle Response in Hessen, die sich unter anderem um die Betroffenen des rechtsterroristischen Anschlags in Hanau 2020 kümmert, wurden zum Beispiel die Auszahlung von Mitteln verzögert. Das hessische Innenministerium hatte mit der Forderung nach «Neutralität» Mittel zurückgehalten, nachdem Response strukturelle De-

7. Das Bauhaus wurde erstmals 1925 in Weimar auf Druck rechter Kräfte geschlossen. Nach dem Umzug nach Dessau erzwang der von den Nazis dominierte Dessauer Gemeinderat die erneute Schließung 1932. Viele Künstler\*innen des Bauhaus wurden ab 1933 verfolgt und mussten ins Exil gehen. Vgl. Dambeck, Holger: Das Bauhaus Dessau verleugnet seine Geschichte, in: Der Spiegel, 20.10.2018, unter: [www.spiegel.de/kultur/musik/feine-sahne-fischfilet-bauhaus-dessau-verleugnet-seine-geschichte-kommentar-a-1234274.html](http://www.spiegel.de/kultur/musik/feine-sahne-fischfilet-bauhaus-dessau-verleugnet-seine-geschichte-kommentar-a-1234274.html). 8. dpa: Feine Sahne Fischfilet spielt in Dessau, 6.11.2018, Zeit Online, unter: [www.zeit.de/news/2018-11/06/feine-sahne-fischfilet-spielt-in-dessau-181106-99-695007](http://www.zeit.de/news/2018-11/06/feine-sahne-fischfilet-spielt-in-dessau-181106-99-695007). 9. Vgl. die Webseite des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) unter: <https://verband-brg.de/>. 10. Ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen: AfD verharmlost rassistisch motivierte Gewalt, Pressemitteilung, 8.12.2017, unter: <https://ezra.de/opferberatungsstelle-ezra-afd-verharmlost-rassistisch-motivierte-gewalt/>.

fizite im Umgang mit rechter Gewalt bei Polizei und Justiz kritisiert hatte.<sup>11</sup> LINKE, Grüne und schließlich auch das Bundesfamilienministerium unterstützten die Argumentation der Opferberatung und wirkten auf die Auszahlung der Mittel hin. Demokratieprojekte, die vom Bund gefördert werden, werden immer wieder von der AfD und rechten Akteur\*innen angegriffen. Es ist für die kommunale Politik wichtig, diese Angriffe abzuwehren, die große Bedeutung dieser Projekte für die zivilgesellschaftliche Arbeit in den Kommunen zu betonen und auf Förderungsmöglichkeiten durch den Bund hinzuweisen.<sup>12</sup> Auch kommunale Antidiskriminierungsstellen<sup>13</sup> sind wichtige Räume gegen rechte, rassistische und weitere Formen menschenfeindlicher Angriffe. Diskriminierung kann juristisch mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)<sup>14</sup> begegnet werden, das zum Ziel hat, «Benachteiligungen aus Gründen der Rasse<sup>15</sup> oder wegen der ethnischen Herkunft, des Ge-

schlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen».

Diskriminierung kann nicht gegenüber strukturellen Mehrheiten existieren – weshalb es zum Beispiel keine «Deutschenfeindlichkeit» als Diskriminierungsform gibt. Auch wenn der AfD die Teilnahme an einzelnen Veranstaltungen oder der Zutritt zu bestimmten Räumen untersagt wird, kann dabei nicht von Diskriminierung gesprochen werden. Das Problem ist vielmehr, dass antidemokratische und menschenfeindliche Aussagen legitimiert werden, wenn sie Platz in demokratischen Gremien finden oder ihnen Gehör in der Öffentlichkeit verschafft wird. Menschenverachtende Gewalt ausüben zu wollen ist nicht demokratisch; Rassismus, Sexismus oder LGBTIQ\*-feindliche Äußerungen sind keine «Meinungen», sondern sprechen ganzen Menschengruppen ihr Recht auf Unversehrtheit und Mitbestimmung ab.

**11** Lübben, Tobias: Opferberatung Response erhebt Vorwürfe gegen Landesregierung, Hessenschau, 22.6.2020, unter: [www.hessenschau.de/gesellschaft/opferberatung-response-erhebt-vorwuerfe-gegen-landesregierung, response-104.html](http://www.hessenschau.de/gesellschaft/opferberatung-response-erhebt-vorwuerfe-gegen-landesregierung, response-104.html). **12** Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Grundsätze der Förderung im Handlungsbereich Kommune im Rahmen des Bundesprogramms «Demokratie leben!», Berlin 2019, unter: <https://partnerschaft-demokratie-ffm.de/sites/default/files/Grundsätze%20der%20Förderung%202020.pdf>. **13** Vogel, Katrin: Diskriminierung entgegenwirken: Kommunale Antidiskriminierungsstellen, in: IQ Fachstelle Interkulturelle Kompetenzentwicklung und Antidiskriminierung: Förderprogramm Integration durch Qualifizierung (IQ), München 2020, unter: [www.netzwerk-iq.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Fachstelle\\_IKA/Publikationen/FS\\_IKA\\_Kommunenportal\\_Kommunale\\_Antidiskriminierungsstellen.pdf](http://www.netzwerk-iq.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Fachstelle_IKA/Publikationen/FS_IKA_Kommunenportal_Kommunale_Antidiskriminierungsstellen.pdf). **14** Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG), 2020, unter: [www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/AGG/agg\\_gleichbehandlungsgesetz.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/AGG/agg_gleichbehandlungsgesetz.pdf?__blob=publicationFile). **15** Der Bundestag diskutierte am 27.11.2020 über die Streichung bzw. Ersetzungsmöglichkeiten des Begriffs im Grundgesetz. Die Mehrheit der Fraktionen (außer der AfD) ist sich einig, dass der Begriff unzulässig ist, weil es keine Menschenrassen gibt. Mit einer neuen Formulierung soll dennoch der Schutz gegen Rassismus gewährleistet bleiben. Anträge zur Diskussion einsehbar unter: [www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw48-de-rassismus-807790](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw48-de-rassismus-807790).

### 5.6.5 Initiativen marginalisierter Gruppen, Selbstorganisationen und Verbände

Kommunale Arbeit markiert eine Schnittstelle zwischen Politik und sozialen Bewegungen und wird durch einen regen Austausch mit selbstorganisierten Initiativen und engagierten aktiven Menschen und Gruppen vor Ort in ihren Zielen gestärkt. Die Zusammenarbeit mit selbstorganisierten Geflüchteteninitiativen, LGBTQ\*-Organisationen, feministischen und gewerkschaftlichen Vereinen und Verbänden macht es möglich, mit der eigenen Politik aktuelle, übergreifende Kämpfe zu unterstützen und zielgruppenspezifische Problemlagen auf die politische Agenda zu setzen. Gleichzeitig ergeben sich für marginalisierte Menschen, die oft in den Kommunen auf sich allein gestellt sind, wenn sie sich einsetzen, über soziale Bewegungen, gewerkschaftliche Organisation oder Interessenverbände überregionale Anschlussmöglichkeiten an bundesweite Kampagnen und Netzwerke, die durch das Wissen, nicht allein zu sein, vor allem auch die eigene Position vor Ort stärken. Um Angriffen der AfD und anderer rechter Akteur\*innen gegen linke Vorstellungen von einer inklusiven, solidarischen und diversen Gesellschaft entgegenzuwirken, hilft es, wenn es gelingt, diese Vorstellungen bereits im Kleinen in der Praxis umzusetzen.

Eine kommunale Zusammenarbeit mit selbstorganisierten Initiativen von Migrant\*innen und Dach-

verbänden, LGBTQ\*-Projekten, Behindertenverbänden und gewerkschaftlichen Organisationen ermöglicht und stärkt die demokratische Teilhabe aller gesellschaftlicher Gruppen. Geflüchteteninitiativen und Beratungsstellen sind oft erste Anlaufstellen für geflüchtete Menschen, die in die Kommunen kommen. Hier können sie Informationen über ihre Rechte bekommen und werden in ihrer spezifischen Situation und im Umgang mit Behörden unterstützt. Oft wird Alltagsrassismus und struktureller Rassismus erst in der Summe vieler kleiner Erfahrungen von Ungleichbehandlung sichtbar. Eine antirassistische, zivilgesellschaftlich aktive kommunale Struktur kann hier darauf achten, dass die verschiedenen Formen von Ungleichbehandlungen aktiv thematisiert und verändert werden.

LGBTQ\*-Projekte (zum Beispiel Lambda Berlin-Brandenburg) sind gerade in Kommunen jenseits der Großstädte oft die einzige Möglichkeit für Lesben, Schwule, Trans\*-, Inter\*- und queere Menschen, miteinander in Kontakt zu kommen. Sie bieten darüber hinaus oft wichtige zielgruppenspezifische Informationen und Beratungen an. Die traditionellen gesellschaftlichen Vorgaben und Regelungen dazu, was als «normal» gilt, machen es nach wie vor schwer für LGBTQ\*-Menschen, offen ihre vielfältigen Vorstellungen von Geschlecht und Sexualität zu leben. Dies führt zum Beispiel bei nicht heterosexuellen Jugendlichen oft zu Selbstabwertung, Isolation und sogar dazu, dass

sie öfter über Suizid nachdenken.<sup>16</sup> Spezifische Informationen über die Möglichkeiten von LGBTIQ\*-Partnerschaften und -Familien, zur Gesundheitsversorgung, den Zugang zu Beratung für Trans\*-Menschen, zu rechtlichen Möglichkeiten von Inter\*-Menschen oder schlicht zur Vielfalt der sexuellen Selbstbestimmungsmöglichkeiten werden nicht als «selbstverständliches Wissen» vermittelt, sondern immer wieder infrage gestellt. Versuche der Normalisierung von LGBTIQ\*-Lebens- und Liebensweisen werden zum Beispiel von sogenannten Lebensschützer\*innen und der AfD aktiv angegriffen (→ 3.9 LGBTIQ\*-Feindlichkeit). Die gesellschaftliche Sensibilisierung für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt beginnt in zwischenmenschlichen Gesprächen und beim Hinterfragen der eigenen Annahmen sowie dem erlernten Wissen zu Vorstellungen von Familie, Geschlecht und Sexualität. Sie betrifft aber auch die politische Ebene, etwa die Diskussion um die Themen im Sexualunterricht oder den neuen Geschlechtseintrag

«divers», denn der muss schließlich auch auf kommunaler Ebene institutionell umgesetzt werden.

Auch Behindertenverbände, Sozialverbände und gewerkschaftliche Organisationen verfolgen das Ziel der gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen. Sie sind oft wichtige aktive Akteure der kommunalen Zivilgesellschaft und leisten kontinuierliche Arbeit zum Abbau verschiedener gesellschaftlichen Hürden, die einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe, auch auf kommunaler Ebene, im Weg stehen. Die Sozialverbände, die in Fragen der sozialen Absicherung unterstützen, und gewerkschaftliche Organisationen, die sich für die Rechte und die Verbesserung der Situation der Arbeiter\*innen einsetzen, aber auch Feuerwehren und ähnliche lokale Vereine sind wichtige Träger der sozialen Gemeinschaft in der Kommune und potenzielle Bündnispartner gegen rechts.

Die Förderung und Unterstützung der Arbeit dieser Organisationen sollte auf kommunaler Ebene weiter ausgebaut und vor Kürzungen geschützt werden.

<sup>16</sup> Neue Studien: Queere Jugendliche denken öfter an Selbstmord, Queer.de, 27.3.2018, unter: [www.queer.de/detail.php?article\\_id=30881](http://www.queer.de/detail.php?article_id=30881).



## KOMMUNALE AUFNAHME VON GEFLÜCHTETEN

In dem Bündnis «Städte Sicherer Häfen» sind bundesweit Kommunen, Gemeinden und Landkreise aktiv, die sich bereit erklären, Geflüchtete aufzunehmen, die aus Seenot gerettet wurden oder in griechischen Flüchtlingslagern ausharren. Die Bundesregierung verweigert zwar noch ihre Zustimmung zur kommunalen Flüchtlingsaufnahme aus dem Ausland, die anhaltende Debatte ist jedoch ein wichtiges Mittel, um für das Thema zu sensibilisieren und eine politische Signalwirkung zu entfalten.

In der Kleinstadt Neuruppin (Brandenburg) setzte sich der Antrag, als Kommune zu einem sicheren Hafen zu werden, den die Partei DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Kreisbauernverband eingereicht hatten, im April 2020 gegen die Stimmen der AfD und der Freien Wähler durch. Der Bürgermeister Jens-Peter Golde (Wählergemeinschaft Pro Ruppín) hat als Aufsichtsratsvorsitzender der örtlichen Wohnungsgesellschaft die Aufgabe, die Aufnahmekapazitäten zu prüfen, und kam zu dem Schluss: «Wir haben genug Unterkünfte zur Aufnahme.» Die Kreisverwaltung beschloss daraufhin, 75 Geflüchtete zusätzlich aufzunehmen. Das Vorhaben wurde jedoch von Horst Seehofer verhindert, der die Aufnahme von Geflüchteten in den Kommunen blockiert. Dennoch ist es wichtig, diese Kämpfe zu führen und in den Diskussionen vor Ort aufzuzeigen, dass es Platz gibt und niemandem dadurch etwas weggenommen wird. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat ein Rechtsgutachten für die Aufnahme von Schutzsuchenden durch die Bundesländer in Auftrag gegeben und die Ergebnisse veröffentlicht sowie die Broschüre «Solidarische Städte in Europa» herausgegeben.

Quellen: Vgl. die Webseite des Bündnisses Städte Sicherer Häfen unter: [www.potsdam.de/kategorie/das-buendnis-staedte-sicherer-haefen](http://www.potsdam.de/kategorie/das-buendnis-staedte-sicherer-haefen); Koester, Elsa: «Seehofer bevormundet uns Kommunen», Interview mit Jens-Peter Golde, in: der Freitag, 17.9.2020, unter: [www.freitag.de/autoren/elsa-koester/seehofer-bevormundet-uns-kommunen](http://www.freitag.de/autoren/elsa-koester/seehofer-bevormundet-uns-kommunen); Heuser, Helene: Aufnahme von Schutzsuchenden durch die Bundesländer, Rechtsgutachten, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers 2/2020, Berlin 2020, unter: [www.rosalux.de/publikation/id/41787](http://www.rosalux.de/publikation/id/41787); Christoph, Wenke/Kron, Stefanie (Hrsg.): Solidarische Städte in Europa. Urbane Politik zwischen Charity und Citizenship, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2019, unter: [www.rosalux.de/publikation/id/40039](http://www.rosalux.de/publikation/id/40039)



## 5.6.6 Kommunale Erinnerungskultur

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass in vielen kommunalen Gremien gemeinsame Kranzniederlegungen, beispielsweise zum Holocaustgedenktag am 27. Januar, üblich sind. Das bedeutet in der jetzigen Situation jedoch in vielen Kommunen oder Bezirken, dass gemeinsame Kränze mit der AfD oder der NPD niedergelegt werden – Parteien, die die Verbrechen des Nationalsozialismus kleinreden, wenn nicht negieren, und Antisemitismus und Rassismus schüren.

Für Fraktionen des demokratischen Spektrums, die deutlich machen wollen, dass sie den Geschichtsrevisionismus und die Menschenfeindlichkeit rechter Politiker\*innen scharf verurteilen, empfiehlt es sich, mit dieser Tradition zu brechen – auch wenn es ein jahrelanges Ringen um gemeinsames Gedenken infrage stellt und vielerorts schwerfällt. Wenn jede Fraktion ihren eigenen Kranz niederlegt oder zu verschiedenen Uhrzeiten Gedenkveranstaltungen geplant werden, ist die Distanzierung klar und zudem eine öffentliche Problematisierung möglich. In keinem Fall sollten Gedenkveranstaltungen abgesagt werden. Sollte keine Einigung im Gremium für alle Fraktionen gefunden werden, besteht die Möglichkeit, ein eigenes, unabhängiges Gedenken und Erinnern zu veranstalten und damit eigene Akzente zu setzen.

Werden Gegenproteste durch linke Gruppen, zivilgesellschaftliche Initiativen oder Überlebendenverbände

organisiert, um rechtes Gedenken zu problematisieren oder zu stören, kann sich diesen Protesten angeschlossen werden. Auch Solidaritätserklärungen mit den Überlebenden oder Angehörigen und Nachkommen der Opfer sind Möglichkeiten der Zustimmung und des Protests, ohne selbst daran teilzunehmen, wenn das aufgrund der eigenen, ganz offiziellen Funktion (zum Beispiel Vorsitzende) schwierig ist.

In jedem Fall sollte drauf geachtet werden, dass Gegenproteste zugelassen und nicht verhindert werden. Im Anschluss ist eine Thematisierung im Gremium möglich. Bei größeren Problemen, die sich bereits im Vorfeld abzeichnen, sollten frühzeitig Absprachen mit den anderen Fraktionen oder Akteur\*innen getroffen werden, um das Gedenken an sich nicht zu verhindern. Denn das Erinnern, insbesondere an die Verbrechen des deutschen NS-Regimes, aber auch an heutige rassistische Übergriffe, sollte stets gewährleistet werden und in einem würdigen Rahmen ablaufen können. Rechte Denkmalschändungen, Angriffe auf Gedenkstätten oder ähnliche geschichtsrevisionistische Taten sollten schnellstmöglich aufgeklärt werden. Dabei ist es wichtig, den Opfern und ihren Angehörigen zuzuhören und sie zu schützen und zu unterstützen. Solche Angriffe sind nicht hinzunehmen. Nach Möglichkeit sollten sie an geeigneter Stelle, etwa in Reden, bei Kundgebungen oder in Pressemitteilungen, zum Thema gemacht und in das rechte Weltbild eingeordnet werden, dem

sie entstammen. Bemühungen der Sicherheitsbehörden, von kommunalpolitischen Akteur\*innen oder von rechts, Taten kleinzureden, ist sich vehement entgegenzustellen. Immer wieder wird etwa bei aktuellen rechten Terrorakten das Narrativ vom «Einzeltäter» bemüht. Oder die Betroffenen werden selbst unter Verdacht gestellt und einem Milieu von sogenannter Bandenkriminalität oder «Ausländerkriminalität» zugeordnet. Hier gilt es, den Sicherheitsbehörden bei den Ermittlungen auf die Finger zu schauen und parlamentarische Zugänge für das Hinterfragen und Skandalisieren solcher Vorgänge auszuschöpfen. Insbesondere bei geschichts- und erinnerungspolitischen Fragen lohnt es sich, bei Anträgen anderer Fraktionen genauer hinzusehen. Gerne

werden Denkmäler aus DDR-Zeiten, etwa Ehrenmale für die Rote Armee, dem Verfall überlassen oder sollen umbenannt werden. So erst im Oktober 2020: Damals forderte die CDU-Fraktion in der Potsdamer Stadtverordnetenfraktion die Umbenennung des «Denkmals gegen den Faschismus und Krieg» in «Mahnmal für alle Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft im 20. Jahrhundert».<sup>17</sup> Ein Schachzug ganz im Geiste der bereits mehrfach angesprochenen sogenannten Hufeisen-theorie, denn so werden alle Opfer gleichgemacht, indem sie unter das Schlagwort «Gewaltherrschaft» subsumiert werden, ohne die jeweiligen Systeme differenziert zu betrachten und den deutschen Zivilisationsbruch von Shoah und Vernichtungskrieg zu thematisieren.

<sup>17</sup> Kramer, Henri: Neue Gedenkdebatte in Potsdam. CDU will Faschismusedenkmal umwidmen, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, 28.10.2020, unter: [www.pnn.de/potsdam/neue-gedenkdebatte-in-potsdam-cdu-will-faschismusedenkmal-umwidmen/26310950.html](http://www.pnn.de/potsdam/neue-gedenkdebatte-in-potsdam-cdu-will-faschismusedenkmal-umwidmen/26310950.html).







## 6 SCHUTZ VOR BEDROHUNGEN

---

Menschen, die sich für eine antifaschistische Zivilgesellschaft einsetzen, können schnell in den Fokus von radikalen Rechten und sogenannten Wutbürgern geraten. Kommunalpolitiker\*innen, Organisationen, Institutionen und Menschen des öffentlichen Lebens sind besonders sichtbar und damit leicht angreifbar. Menschen, die Rassismus, Sexismus, Homo- oder Transfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit oder Abwertung aufgrund von sozialer Herkunft erfahren, sind zudem oft bereits im Alltag mit Diskriminierung konfrontiert und brauchen besondere Stärkung und Unterstützung durch Bündnisse und eine eindeutige Parteinahme bei Übergriffen. Parteibüros oder Infostände werden immer wieder Ziel von Farb-, Brand- oder Sprengstoffanschlägen, Vandalismus und anderen Attacken. Auch Social-Media-Accounts wer-

den regelmäßig von rechts mit unerwünschten Inhalten angegriffen. Aber auch durch ihr Engagement profilierte Menschen oder Angehörige marginalisierter Gruppen werden häufig Ziel von Angriffen und Gewalt. Diese Gewalt zu thematisieren ist ein wichtiger Schritt, um dem entgegenzuwirken, was sie bezwecken soll: Angst zu verbreiten, aktive Menschen einzuschüchtern und handlungsunfähig zu machen. Der beste Schutz im Umgang mit Gewalt und Bedrohungen ist zu wissen, was zu tun ist, bevor etwas Schlimmeres passiert. Vorbereitet und informiert zu sein, an wen ich mich im Ernstfall wenden kann, wo ich Unterstützung und Beistand bekomme und was meine Rechte und Möglichkeiten sind, ist essenziell. Engagierte Rät\*innen sollten in der heutigen Zeit solches Wissen besitzen oder zumindest wissen, wo man es erhält.

## 6.1 ONLINE-SCHUTZ

Auch die Bedrohungen auf der digitalen Ebene – bei Facebook, Twitter, Instagram, in Chatgruppen von Messengerdiensten wie Telegram

oder allgemeinen Blogs und Webseiten – häufen sich zunehmend. Bei Angriffen im Online-Bereich wie etwa durch Hatespeech,<sup>1</sup> per-

<sup>1</sup> Hatespeech, übersetzt «Hassrede», sind menschenverachtende Aussagen, durch die Einzelne oder Gruppen abgewertet werden. In Form von gewalttätiger Sprache werden ganzen Menschengruppen gleiche Rechte oder gar das Recht zu leben abgesprochen. Die Abwertungen und Zuschreibungen beziehen sich oft auf Hautfarbe,

sönliche Bedrohungen, bedrohliche Darstellungen von Gewaltfantasien, Beleidigungen oder – zum Teil groß angelegten – Shitstorms gilt es, sich möglichst vorher darüber klar zu werden, was die eigene Social-Media-Strategie im Umgang damit ist. Auch ist es sinnvoll, Gegenargumente parat zu haben, um dann strategisch entscheiden zu können, auf welche Debatten im Netz man sich, wenn überhaupt, einlassen will. Informationen zum Thema Hatespeech bieten zum Beispiel die Amadeu Antonio Stiftung<sup>2</sup> oder die Kampagne «no hate speech» vom Europarat.<sup>3</sup> Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (mbr) und der Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK) haben eine

Broschüre zur Handlungssicherheit im digitalen Raum herausgegeben.<sup>4</sup> Es gibt durch die Corona-Situation auch vermehrt Möglichkeiten, selbst proaktiv Veranstaltungen online anzubieten und Netzwerke aufzubauen. Per Videokonferenz können sich Menschen auch überregional miteinander vernetzen und Informationen austauschen, die sich sonst nur selten begegnen würden. Gerade für vereinzelt Aktive bieten sich so überregional Möglichkeiten des präventiven und aktiven Online-Schutzes. Das Internet-Beratungsprojekt hateaid.org bietet unmittelbare Unterstützung für Menschen, die über Social Media oder andere Internetwege massiv angegriffen und mit Shitstorms überzogen werden.

## 6.2 ÄNGSTE THEMATISIEREN UND UNTERSTÜTZUNGSNETZWERKE AUFBAUEN

Generell ist es wichtig, sich bei jeglichen Formen von Bedrohungen und Gewalt Unterstützung zu suchen und sich am besten bevor es überhaupt zu einem Angriff gekommen ist, Unterstützungsnetzwerke und Bündnisse aufzubauen. Die eine oder andere Situation kann bereits präventiv im Kreisverband thematisiert oder durchgespielt werden und es kann sich auf gemeinsame Vorgehens-

weisen geeinigt werden. Dabei geht es nicht darum, Angst zu schüren, sondern durch das Thematisieren und das Erstellen eines Notfallplans vorbereitet zu sein und so Einschüchterungsversuchen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Breite Bündnisse bieten einen guten Pool, um informiert und handlungsfähig zu bleiben. Sie haben oft mehr Ressourcen, sodass sie kontinuierlich für

Herkunft, Sexualität, Geschlecht, Alter, Behinderung oder Religion. Vgl. Amadeu Antonio Stiftung/Berliner Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Hate Speech und Fake News. Fragen und Antworten, Berlin 2019, unter: [www.amadeu-antonio-stiftung.de/digitale-zivilgesellschaft/was-ist-hate-speech/](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/digitale-zivilgesellschaft/was-ist-hate-speech/). **2** Ebd. **3** Vgl. die Kampagne im Internet unter: [www.coe.int/en/web/no-hate-campaign](http://www.coe.int/en/web/no-hate-campaign). **4** Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (mbr): Handlungssicher im digitalen Raum – Betreuung von Social-Media-Kanälen: Wie umgehen mit rechten Kampagnen und Bedrohungen?, Berlin 2020, unter: [www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2020/11/201109\\_MBR\\_Brosch%C3%BCre\\_SocialMedia\\_v2-2.pdf](http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2020/11/201109_MBR_Brosch%C3%BCre_SocialMedia_v2-2.pdf).

öffentliche Aufmerksamkeit sorgen und für das Thema zu sensibilisieren können. Es ist wichtig, dass alle die professionellen Unterstützungs- und Beratungsangebote von außen kennen, entsprechende Hinweise sollten gut sichtbar für alle zugänglich sein. Die Opferberatungsstellen und

die Mobile Beratung gegen Rechts-Extremismus unterstützen nicht nur mit Informationen und professioneller Beratung, sondern bieten auch Begleitung bei bestehenden Bedrohungen, Gewalterfahrungen und juristischen Prozessen an. Sie haben zum Teil jahrzehntelange Erfahrung.

### **6.3 DOKUMENTIEREN UND ANZEIGEN DER VORFÄLLE**

Es ist sehr wichtig, Vorfälle von Hate-Speech, Bedrohungen oder rechter und rassistischer Gewalt zu dokumentieren und, wenn möglich, anzuzeigen – und zwar nicht nur im Hinblick auf juristische Auseinandersetzungen und die damit verbundene Möglichkeit von Schadensersatz. Das Festhalten der Vorfälle ist die Voraussetzung dafür, dass rechte, rassistische und menschenfeindliche Gewalt dokumentiert werden kann. Die daraus erstellten Chroniken und Statistiken machen die Kontinuität und Alltäglichkeit dieser Gewalt sichtbar und sind ein starkes politisches Mittel im Kampf gegen rechte Gewalt. Gerade Delikte, die unter «Volksverhetzung» fallen, werden oft nicht zur Anzeige gebracht und damit normalisiert. Zeigt zum

Beispiel jemand am Infostand auf dem Marktplatz einen Hitlergruß, ist es wichtig, diesen anzuzeigen und zu dokumentieren und eben nicht zu ignorieren und herunterzuspielen, was häufig passiert. Oft beziehen sich sogar Polizei, Justiz und der Verfassungsschutz auf das Wissen antifaschistischer und zivilgesellschaftlicher Dokumentationen. Außerdem können geschädigte Nebenkläger\*innen in Strafprozessen und ihre juristischen Vertreter\*innen dieses Wissen heranziehen. Die Dokumentation des Ausmaßes rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt macht diese als strukturelles Problem sichtbar und setzt dem relativierenden Verständnis sogenannter «Einzelfälle» etwas entgegen.

### **6.4 JURISTISCHE MÖGLICHKEITEN, BEGLEITUNG UND NACHSORGE**

Gegen viele Formen von Bedrohung und Gewalt kann und sollte juristisch vorgegangen werden. Bei körperlichen Übergriffen oder Sachbeschädigung besteht zum Teil die

Möglichkeit, Entschädigung und Kostenübernahmen für Arzt- und Prozesskosten zu erhalten oder im Rahmen einer außergerichtlichen Einigung einen Täter-Opfer-Aus-

gleich auszuhandeln.<sup>5</sup> Darüber informieren die Opferberatungsstellen im Einzelnen (→ Adressen im Anhang) und sie begleiten auch bei juristischen Prozessen. Beim Erstaten einer Strafanzeige bei den Behörden hat es sich als hilfreich erwiesen, wenn jemand zur Unterstützung mitkommt. Zur Nachsorge ist es oft wichtig für Betroffene, dass es eine gesellschaftliche Wahrnehmung und Anerkennung der Gewalt gibt.

Das gesellschaftliche Wahrnehmungsdefizit von alltagsrassistischer Gewalt macht es jedoch häufig auch juristisch schwer, von Rassismus Betroffenen zu ihrem Recht zu verhelfen. In diesen Fällen kann es unterstützend sein, politisch eine Öffentlichkeit für einzelne Fälle herzustellen und den Prozess kontinuierlich zivilgesellschaftlich zu begleiten, oder, wie zum Beispiel

beim NSU-Prozess in München und weiteren Verfahren wegen rechten Terrors, die Möglichkeit der Nebenklage auszuschöpfen. Da direkte Angriffe auch psychische Nachwirkungen haben können, sollten immer auch Informationen zu anschließenden psychosozialen Versorgungsangeboten vorhanden sein und weitergegeben werden. Zum Schutz von Kommunalpolitiker\*innen hat der Bundestag am 18. Juni 2020 ein Gesetzespaket gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität verabschiedet. Online sollen Hatespeech, Bedrohungen und Beleidigungen leichter angezeigt werden können. Zudem muss die Adresse der Kommunalpolitiker\*innen in den Wahlbögen nicht mehr veröffentlicht werden und die Möglichkeit, eine Auskunftssperre im Melderegister eintragen zu lassen, ist erleichtert worden.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) (Hrsg.): Was tun nach einem rechten, rassistischen oder antisemitischen Angriff? Handlungsmöglichkeiten und Hilfe für Betroffene, Angehörige und Zeug\*innen, Berlin 2019, unter: [www.verband-brg.de/wp-content/uploads/2019/01/VBRG\\_Was-tun\\_final\\_web.pdf](http://www.verband-brg.de/wp-content/uploads/2019/01/VBRG_Was-tun_final_web.pdf). <sup>6</sup> Lübking, Uwe: Klares Zeichen gegen Hasskriminalität, 18.6.2020, unter: <http://kommunal.de/hass-im-netz>.



## **CHECKLISTE ZUM UMGANG MIT BEDROHUNGEN UND ANGRIFFEN VON RECHTS**

- Beratung, Hilfe holen bzw. anbieten
  - Sich der Solidarität anderer versichern, Solidarität zeigen, Verbündete finden
  - Dokumentieren der Bedrohungen Angriffe durch Foto, Gedächtnisprotokoll oder Ähnliches
  - Mögliche rechtliche Schritte prüfen (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, Strafrecht), juristische Beratung, ggf. Anzeige erstatten
  - Sich eigener Stärken bewusst werden
  - Druck rausnehmen, auf das Wesentliche fokussieren, nicht über jedes Stöckchen springen
  - Geschäftsordnung auf Möglichkeiten der Abwehr scannen
  - Politisches und privates Umfeld mobilisieren, (Selbst-)Schutz organisieren
  - Vorfall skandalisieren und öffentlich machen
  - Vorfall weitergeben an VBRG oder andere Stellen, die solche Vorfälle statistisch aufnehmen
  - Selbstüberschätzung vermeiden und eigene Grenzen klarmachen
  - Gegenüber rechten Gruppierungen: verantwortlich machen für Folgewalt
  - Präventive Sensibilisierung im Hinblick auf Diskriminierung und Gewalt von rechts
- 

## 7 LITERATUR

---

**Apabiz e.V.:** magazine #1 – Rechte Printmedien und die AfD, Berlin 2018.

**AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.:** (R)echte Hilfe? Soziale Arbeit und Rechtsextremismus, Magdeburg 2012.

**Begrich, Pascal/Weber, Thomas/Roth, Roland:** Die NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts. Forschungsbericht zur kommunalpolitischen Arbeit der extremen Rechten sowie zu Formen und Strategien der demokratischen Auseinandersetzung, Magdeburg 2010.

**Beier, Katharina/Bogitzky, Jenny/Buchstein, Hubertus/Feike, Katharina/Fischer, Benjamin/Freyber, Pierre/Strüwing, Mattias/Wiedemann, Tim:** Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald 2006.

**Bundesverband Mobile Beratung e.V./Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (mbr)/Kulturbüro Sachsen e.V.:** «Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück». Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen, Dresden 2017.

**Bundesverband RIAS e.V.:** Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie, Berlin 2020, unter: [https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08\\_Riasbund\\_Antisemitismus\\_im\\_Kontext\\_von\\_covid-19.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08_Riasbund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf).

**Burschel, Friedrich (Hrsg.):** Das faschistische Jahrhundert. Neu-rechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus, Berlin 2020.

**Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Wiegel, Gerd:** Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD, Frankfurt a. M. 2018.

**Caballero, Luis/Diehl, Stefan:** Die NPD in den rheinland-pfälzischen Kommunalparlamenten, Mainz 2014.

**Candeias, Mario (Hrsg.):** Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung, Bestimmungsansätze, Erklärungsmuster und Gegenstrategien, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 24, Berlin 2018, unter: [www.rosalux.de/publikation/id/39174](http://www.rosalux.de/publikation/id/39174).

**Gießelmann, Bente/Heun, Robin/Kerst, Benjamin/Suermann, Lenard/Virchow, Fabian (Hrsg.):** Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, Schwalbach a. Ts. 2016.

**Hafeneger, Benno:** Politik der «extremen Rechten». Eine empirische Untersuchung am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente, Schwalbach a. Ts. 1995.

**Hafeneger, Benno/Jestädt, Hannah/Klose, Lisa-Marie/Lewek, Philine:** AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure, Frankfurt a. M. 2018.

**Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen:** Die parlamentarische Praxis der AfD in den Kommunalparlamenten Sachsens, Dresden 2016.

**Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen:** «Linksgrün-versifft?». Handreichung zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Wählerbündnissen auf kommunaler Ebene, Dresden 2018.

**Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen:** Nazis in Parlamenten. Eine Bestandsaufnahme und kritische Analyse aus Thüringen, Erfurt 2011.

**Keil, Daniel:** Politik(wissenschaft) als Mythos. Die Extremismustheorie und das Hufeisen, in: Berendsen, Eva/Rhein, Katharina/Uhlig, Tom David: Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts, Berlin 2019, S. 45–57.

**Krellmann, Jutta/Perli, Victor:** Klare Kante gegen Neoliberalismus und die AfD. Thesen zum Umgang mit den Rechtspopulisten in den Kommunalparlamenten und Einladung zu einer Debatte, Online-Publikation 2016, unter: [www.rosalux.de/publikation/id/9175](http://www.rosalux.de/publikation/id/9175).

**Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantvertretungen Nordrhein-Westfalen:** «Ich bin die Strafe ...» – Rechtspopulismus der «Pro-Bewegung» am Beispiel ihres Antragsverhaltens im Kölner Stadtrat, Köln 2010.

**Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (mbr):** Alles nur Theater? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts, Berlin 2018.

**Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (mbr):** Handlungs-Räume. Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen öffentlich-rechtlicher Räume, Berlin 2009.

**Mobile Beratung gegen Rechts-extremismus Berlin (mbr):**

Wachsam sein! – Zum Umgang mit rechten und rechtsextremen Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen, Berlin 2017.

**Netz, Igor:** «Antisemitismus der Vernunft», in: der rechte rand 167, Juli 2017, unter: [www.der-rechte-rand.de/archive/2290/drr167-afd-antisemitismus/](http://www.der-rechte-rand.de/archive/2290/drr167-afd-antisemitismus/).

**Obszerninks, Britta/Schmidt, Matthias:** Die Parlamentsarbeit der DVU in den Hamburger Bezirken, Hamburg 2001.

**Parteivorstand DIE LINKE:** Zum Umgang der Partei DIE LINKE mit der Rechtspartei AfD, Beschluss vom 20.2.2016, Beschluss 2016/034.

**Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Müller, Bernhard:** Rechtspopulismus und Gewerkschaften, Hamburg 2018.

**Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.:**

Im Fokus von Neonazis. Rechte Einschüchterungsversuche. Ein Ratgeber für Betroffene und Unterstützer\*innen, Berlin 2017.

**Verein für demokratische kultur in berlin – initiative für urbane demokratieentwicklung e.V.:** Handlungsempfehlungen für Demokrat/innen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien, Berlin 2010, unter: [www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2014/07/Handlungsempfehlungen\\_download.pdf](http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2014/07/Handlungsempfehlungen_download.pdf).

**Verein für demokratische kultur in berlin – initiative für urbane demokratieentwicklung e.V.:** «In der BVV kann der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht gewonnen werden, muss dort aber dennoch geführt werden», Berlin 2009.

# 8 ANHANG

---

## 8.1 LITERATUREMPFEHLUNGEN

### **Broschüren/Handreichungen Kommunales**

#### **Müller, Yves/Winkler, Benjamin:**

Gegen Nazis sowieso. Lokale Strategien gegen rechts. Reihe Crashkurs Kommune 6, hrsg. von Katharina Weise, Hamburg 2012, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/VSA\\_Crashkurs\\_Kommune/VSA\\_Crashkurs\\_Kommune\\_6\\_Mueller\\_Winkler\\_Gegen\\_Nazis\\_sowieso.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/VSA_Crashkurs_Kommune/VSA_Crashkurs_Kommune_6_Mueller_Winkler_Gegen_Nazis_sowieso.pdf).

*Das in fünf Kapitel gegliederte Buch thematisiert Rechtspopulismus, Strömungen und Strategien der extremen Rechten vor dem Hintergrund kommunaler Politik. Das Abschlusskapitel zeigt linke Alternativen auf.*

**chronik.LE:** Sonderausgabe Leipziger Zustände 2020: Rechtsaußen in der Kommunalpolitik. Berichte und Analysen zur AfD in Leipzig und Umgebung, April 2020, unter: [www.chronikle.org](http://www.chronikle.org).

*Online-Handreichung mit einer Einführung in die Diskussion zu gesellschaftlichem Rechtsruck sowie zur Entwicklung und Radikalisierung der AfD.*

#### **BMB e.V./Kulturbüro Sachsen e.V./mbr:**

«Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück». Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen, aktual. Neuaufgabe, Berlin 2019, unter: [www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2019/07/2019-BMB-Umgang-mit-Rechtspopulismus.pdf](http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2019/07/2019-BMB-Umgang-mit-Rechtspopulismus.pdf).

**Weiterdenken:** «Linksgrün-ver-sifft?». Handreichung zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Wählerbündnissen auf kommunaler Ebene, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen für den Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Stiftungen, Dresden 2018,

unter: <https://weiterdenken.de/sites/default/files/linksgruenversifft.pdf>.  
*Die Handreichung geht auf Aufmerksamkeitsstrategien der AfD ein, vermittelt eigene Handlungsansätze und Zielstellungen zur Auseinandersetzung im kommunalen Rahmen.*

**Wirrwitz, Christian:** Zeitsouveränität und Selbstorganisation im kommunalpolitischen Alltag, hrsg. vom Kommunalpolitischen Forum Sachsen e. V., Dresden 2018, bestellbar unter: [www.kommunalforum-sachsen.de/produkt/zeitsouveraenitaet-und-selbstorganisation-im-kommunalpolitischen-alltag/](http://www.kommunalforum-sachsen.de/produkt/zeitsouveraenitaet-und-selbstorganisation-im-kommunalpolitischen-alltag/).  
*In der Broschüre werden grundlegende Fragen der Organisation des Alltags, der Planung sowie der Optimierung rund um das kommunalpolitische Ehrenamt behandelt.*

**Amadeu Antonio Stiftung:** Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD, Berlin 2019, unter: [www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/demokratie-in-gefahr/](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/demokratie-in-gefahr/).  
*Hier wird unter anderem auf die parlamentarische Praxis der AfD in Bundestag, Landes- und Kommunalparlamenten sowie auf die Bereiche Antifeminismus, Angriffe auf die Zivilgesellschaft, Kulturpolitik, (politische) Bildung und Neutralitätsgebot eingegangen.*

**Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt/Zentrum Demokratische Bildung/Wabe e. V.:** Handreichung zum kommunalpolitischen Umgang mit der AfD

in Niedersachsen, Wolfsburg 2018, unter: [www.arug-zdb.de/home/meldung/neue-handreichung-zum-kommunalpolitischen-umgang-mit-der-afd-in-niedersachsen/](http://www.arug-zdb.de/home/meldung/neue-handreichung-zum-kommunalpolitischen-umgang-mit-der-afd-in-niedersachsen/).

**DGB Bezirk Hessen Thüringen:** Extrem rechte Parteien und Kandidaturen bei den hessischen Kommunalwahlen 2021, Frankfurt a. M., ohne Datum, unter: [https://hessen-thueringen.dgb.de/kommunalwahl-hessen-2021/++co++26ef9a96-80cd-11eb-b531-001a4a160123/file/Broschuere\\_Extrem%20rechte%20Parteien%20und%20Kandidaturen%20bei%20den%20hessischen%20Kommunalwahlen%202021.pdf](https://hessen-thueringen.dgb.de/kommunalwahl-hessen-2021/++co++26ef9a96-80cd-11eb-b531-001a4a160123/file/Broschuere_Extrem%20rechte%20Parteien%20und%20Kandidaturen%20bei%20den%20hessischen%20Kommunalwahlen%202021.pdf)  
*Die Handreichung geht auf die kandidierenden rechten Parteien und Wählervereinigungen sowie deren Positionen ein, verweist aber vor allem auf Protestformen und bestehende (gewerkschaftliche) Hilfs- und Bildungsangebote in Hessen.*

## **Argumentieren und auseinandersetzen**

**Amadeu Antonio Stiftung:** Positionieren, Konfrontieren, Streiten. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD, Berlin 2017, unter: [www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/positionieren-konfrontieren-streiten.pdf](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/positionieren-konfrontieren-streiten.pdf).  
*Die Broschüre bringt in Praxisbeispielen einen Querschnitt von Themen und Problemfeldern (Parlamente, kommunale Vertretungen, Medien, Schule, Internet) zur Sprache.*

**Büttner, Frauke/Eltze, Wiebke/  
Gutsche, Lisa/Lang, Juliane:**

Haltung zeigen! Gesprächsstrategien gegen rechts, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 4. Aufl., Berlin 2019, unter: [www.rosalux.de/publikation/id/37599](http://www.rosalux.de/publikation/id/37599).

*Gute Argumentationen beruhen auf einer reflektierten Haltung. Die Broschüre gibt zahlreiche Tipps zur Entwicklung eigener Gesprächsstrategien.*

**Giesbers, Tilo/Peters, Ulrich:**

Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 8/2020, Berlin 2020, unter: [www.rosalux.de/publikation/id/42924](http://www.rosalux.de/publikation/id/42924).

*Ein Blick auf den parlamentarischen Alltag entzaubert die Selbstinszenierung der AfD als «Alternative».*

**Respekt!-Initiative/IG Metall:**

Schnellcheck AfD, 3. aktual. Aufl., Frankfurt a. M. 2019, unter: [https://www.igmetall-perspektive-ost.de/fileadmin/user/News/2019/Dokumente/20191016\\_Spicker\\_Schnellcheck\\_AfD\\_Ansicht.pdf](https://www.igmetall-perspektive-ost.de/fileadmin/user/News/2019/Dokumente/20191016_Spicker_Schnellcheck_AfD_Ansicht.pdf).

*Griffiger Faktencheck zu den von der AfD vertretenen Inhalten anhand von Wahlprogrammen.*

**Heinrich-Böll-Stiftung / Rosa-Luxemburg-Stiftung:**

Gender raus – Zwölf Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik, Berlin 2017, unter: [www.rosalux.de/publikation/id/37502](http://www.rosalux.de/publikation/id/37502).

*Hetze gegen Feminismus, Gleichstellungspolitik und Gender-Politik sind ein Kern extrem rechter Politik,*

*finden sich allerdings nicht nur dort. An zwölf Beispielen bietet die Broschüre Gegenargumente an.*

**Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen**

**e. V.:** Naturliebe und Menschenhass. Völkische Siedler:innen in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Bayern, Erfurt 2020, unter: <https://weiterdenken.de/sites/default/files/2020-10/Naturliebe%20und%20Menschenhass.pdf>.

*Die völkische Siedlungsbewegung hat Zulauf, der sich im ländlichen Raum bundesweit bemerkbar macht. Die Veröffentlichung geht auf die Situation in den fünf genannten Bundesländern ein und gibt anhand «völkischen Alltagslebens» Einblicke in die Ideologie. Am Schluss stehen Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der völkischen Rechten.*

**Kulturbüro Sachsen e.V. (Hrsg.):**

Abstand halten gegen rechts! Corona & die extreme Rechte. Entgegnungen einer kritischen Zivilgesellschaft, Dresden 2021, unter: [https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2021/01/Handreichung\\_Abstand\\_halten\\_gegen\\_rechts\\_web.pdf](https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2021/01/Handreichung_Abstand_halten_gegen_rechts_web.pdf).

*In der Handreichung werden rechte Akteur\*innen und ihre verschiedenen Strategien und Aktionen im Rahmen der Pandemie analysiert sowie zahlreiche Hinweise gegeben, wie dem entgegengetreten werden kann.*

**Wirrwitz, Christian:** Kommunikation, Rhetorik, Argumentation. Basiswissen für die Kommunalpolitik, hrsg. vom Kommunalpolitischen

Forum Sachsen e. V., Dresden 2017, bestellbar unter: [www.kommunalforum-sachsen.de/produkt/kommunikation-rhetorik-argumentation-basiswissen-wuerde-die-kommunalpolitik/](http://www.kommunalforum-sachsen.de/produkt/kommunikation-rhetorik-argumentation-basiswissen-wuerde-die-kommunalpolitik/). *In diesem Band werden sowohl grundlegende Fragen zur Kommunikation behandelt als auch Hinweise zum Schreiben einer Rede, zum Aufbau von Argumentationen sowie zur Körpersprache gegeben.*

## **Geschichtspolitik**

**Bildungsstätte Anne Frank:** Wie die Rechten die Geschichte umdeuten, Frankfurt a. M. 2020, unter: [www.bs-anne-frank.de/fileadmin/user\\_upload/Slider/Publicationen/Themenheft\\_Geschichtsrevisionismus\\_Web.pdf](http://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/user_upload/Slider/Publicationen/Themenheft_Geschichtsrevisionismus_Web.pdf). *Aufsatzsammlung zum Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus der Rechten mit Handlungsstrategien aus Pädagogik, Medien und Kulturbetrieb.*

**Mobile Beratung gegen Rechts-extremismus in Berlin (mbr):** Nur Schnee von gestern? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts in Gedenkstätten und Museen, Berlin 2019, unter: [www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2020/02/200113\\_MBR\\_Broschuere\\_Gedenkstaetten\\_online.pdf](http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2020/02/200113_MBR_Broschuere_Gedenkstaetten_online.pdf). *Neben der Auseinandersetzung mit erinnerungspolitischen Zielen und Strategien der Rechten bietet die Handreichung ausführliche Handlungsempfehlungen, die nicht nur für Gedenkstätten und Museen interessant sind.*

## **Antisemitismus und Verschwörungstheorien**

**Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.):** Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus-Studie, Gießen 2020, unter: [www.boell.de/sites/default/files/2020-11/Decker-Braehler-2020-Autoritaere-Dynamiken-Leipziger-Autoritarismus-Studie.pdf?dimension1=ds\\_leipziger\\_studie](http://www.boell.de/sites/default/files/2020-11/Decker-Braehler-2020-Autoritaere-Dynamiken-Leipziger-Autoritarismus-Studie.pdf?dimension1=ds_leipziger_studie). *Enthält unter anderem Ausführungen zu rechtsextremen Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft und behandelt unter dem Stichwort autoritäre Dynamiken ausführlich aktuelle Entwicklungen bezüglich Antisemitismus und Verschwörungstheorien in Zeiten der Corona-Pandemie.*

## **Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V.**

**(JFDA):** QAnon: Eine weltweit verbreitete antisemitische Verschwörungsideologie mit historischen Wurzeln, Berlin 2020, unter: [https://jfds.de/wp-content/uploads/2020/11/QAnon\\_Informationsblatt.pdf](https://jfds.de/wp-content/uploads/2020/11/QAnon_Informationsblatt.pdf). *Die Broschüre klärt über Hintergründe, Entstehungsprozesse, Inhalte sowie die Gefahr von QAnon auf.*

## **Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (RIAS):**

Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie, Berlin 2020, unter: [www.report-antisemitism.de/documents/2020-09-08\\_Riasbund\\_Antisemitismus\\_im\\_Kontext\\_von\\_covid-19.pdf](http://www.report-antisemitism.de/documents/2020-09-08_Riasbund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf).

*Anhand konkreter bundesweiter Beispiele zeigt die Broschüre aktuelle Entwicklungen zu Antisemitismus und Verschwörungsmmythen auf.*

**Amadeu Antonio Stiftung:** Wissen, was wirklich gespielt wird ... Krise, Corona, Verschwörungserzählungen, Berlin 2020, unter: [www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/05/wissen\\_was\\_wirklich\\_2.Auflage.pdf](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/05/wissen_was_wirklich_2.Auflage.pdf). *Die Handreichung hat das Ziel, Verschwörungserzählungen um die COVID-19-Krise zu widerlegen und ihre Verbreitung einzudämmen.*

### **Gewerkschafts-, Bildungs- und Verbandsarbeit**

**Deutsches Institut für Menschenrechte/Cremer, Hendrik:** Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien?, Berlin 2019, unter: [www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse\\_Das\\_Neutralitaetsgebot\\_in\\_der\\_Bildung.pdf](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse_Das_Neutralitaetsgebot_in_der_Bildung.pdf). *Die Broschüre thematisiert die universellen Menschenrechte als Orientierungsrahmen für schulische und außerschulische Bildung.*

**Der Paritätische:** Umsetzung des «Positionspapiers zu Rechtsextremismus und Politik der AfD», insbesondere in Wahlkampfzeiten, Berlin 2019, unter: [www.der-paritaetische.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/doc/broschuere-Positionspapier-AfD-2019\\_web.pdf](http://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/broschuere-Positionspapier-AfD-2019_web.pdf).

*Hilfen und Tipps zum Umgang mit der AfD bei Veranstaltungen.*

**Der Paritätische:** Druck aus den Parlamenten. Zum Umgang sozialer Organisationen mit Anfeindungen von rechts, Berlin 2020, unter: [www.der-paritaetische.de/publikationen/druck-aus-den-parlamenten-zum-umgang-sozialer-organisationen-mit-anfeindungen-von-rechts/](http://www.der-paritaetische.de/publikationen/druck-aus-den-parlamenten-zum-umgang-sozialer-organisationen-mit-anfeindungen-von-rechts/). *Thematisiert die Auswirkungen des «Kulturkampfs von rechts» auf soziale Organisationen und bietet Tipps sowie Handlungsempfehlungen.*

**Mobile Beratung gegen Rechts-extremismus in Berlin (mbr):** Kein Platz für rechte Hetze an unserer Schule. Was tun, wenn Rechtsextreme Wahlwerbung verteilen?, Berlin 2016, unter: [www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2016/09/mbr\\_2016\\_schulepankow.pdf](http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2016/09/mbr_2016_schulepankow.pdf). *Zweiseitiger Ratgeber mit konkreten Handlungsmöglichkeiten für Schulen.*

**dekonstrukt.org** unter: <http://dekonstrukt.org/materialien/Paedagogische-Handlungsmoeglichkeiten-Zugaenge-und-Distanzierungsarbeit-im-Feld-der-Neuen-Rechten/>, *mit zahlreichen Materialien zum Download*

**Hechler, Andreas:** Funktionalisierte Kinder. Kindeswohlgefährdung in Neonazifamilien – eine Hilfestellung für Fachkräfte in den Bereichen Recht und (Sozial-)Pädagogik, hrsg. von der Fachstelle Rechtsextremismus und Familie, Bremen 2020,

unter: [https://issuu.com/lidicehaus/docs/ruf\\_funktionalisierte\\_kinder](https://issuu.com/lidicehaus/docs/ruf_funktionalisierte_kinder).  
*Die Broschüre informiert Fachkräfte über rechtliche Hintergründe und gibt konkrete Tipps für den Umgang im Berufsalltag.*

## Medien

### Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.):

Alternative Wirklichkeiten. Monitoring rechts-alternativer Medienstrategien, Berlin 2020, unter: [www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/01/Monitoring\\_2020\\_web.pdf](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/01/Monitoring_2020_web.pdf).  
*Der Monitoringbericht beschreibt, wie Medienstrategien im rechts-alternativen Milieu aussehen, was sie bewirken und was demokratische Netzakteur\*innen dagegen tun können.*

## Ökologie

### Bundeskoordination Internationalismus (Hrsg.):

«Rinks und lechts kann man nicht verwechseln?», Rechte und linke Positionen zu Ökologie – eine Handreichung für linke Aktivist\*innen, Hamburg 2020, unter: [www.buko.info/fileadmin/user\\_upload/gesnat/BUKO\\_Rechte\\_und\\_linke\\_Positionen\\_zu\\_OEkologie\\_\\_doppelt\\_.pdf](http://www.buko.info/fileadmin/user_upload/gesnat/BUKO_Rechte_und_linke_Positionen_zu_OEkologie__doppelt_.pdf); zur Kritik an dem Titel der Broschüre vgl. «Rechte und linke Positionen zu Ökologie» unter [www.buko.info/gesnat-publikationen](http://www.buko.info/gesnat-publikationen)

## Unterstützung für Betroffene

**Lernen aus der Geschichte:** Begleitung und Beratung von Opfern rechter Gewalt: Der Verein Opferper-

spektive, Juni 2020, unter: <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/Magazin/14839>.  
*Das Online-Magazin stellt Beratungs- und Bildungsangebote des Brandenburger Vereins Opferperspektive vor.*

### Opferberatung Rheinland:

Was tun nach einem rassistischen Angriff? Empfehlungen für Betroffene, Düsseldorf 2019, unter: [https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2019/ratgeber\\_was\\_tun\\_nach\\_rassistischen\\_angriff\\_gesamt.pdf](https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2019/ratgeber_was_tun_nach_rassistischen_angriff_gesamt.pdf).

*Mehrsprachige praxisorientierte Handreichung, die sich direkt an Betroffene rassistischer Gewalt wendet. Mit Adressen von Beratungsstellen.*

### Opferperspektive:

Rechte Gewalt. Eine Herausforderung für Schulen. Handreichung für einen professionellen Umgang mit Betroffenen rechter Gewalt im Kontext Schule, Potsdam 2020, unter: [www.opferperspektive.de/wp-content/uploads/2020/01/Opferperspektive\\_schulflyer\\_Web.pdf](http://www.opferperspektive.de/wp-content/uploads/2020/01/Opferperspektive_schulflyer_Web.pdf).

## Umgang mit Bedrohungen

### Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.):

Beleidigt und bedroht. Arbeitsbedingungen und Gewalterfahrungen von Ratsmitgliedern in Deutschland, Berlin 2021, unter: [www.boell.de/de/2021/01/28/beleidigt-und-bedroht](http://www.boell.de/de/2021/01/28/beleidigt-und-bedroht).

*In der Handreichung werden verschiedenste Dimensionen und Erfahrungen mit Gewalt analysiert*

*und umfangreiche Hinweise zum Umgang mit Gewalterfahrungen gegeben sowie Strategien gegen Gewalt dargestellt.*

**Mobile Beratung gegen Rechts-extremismus in Berlin (mbr):**

Handlungssicher im digitalen Raum – Betreuung von Social-Media-Kanälen: Wie umgehen mit rechten Kampagnen und Bedrohungen?, Berlin 2020, unter: [www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2020/09/200911\\_MBR\\_Broschüre\\_SocialMedia\\_Online.pdf](http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2020/09/200911_MBR_Broschüre_SocialMedia_Online.pdf).

**Mobile Beratung gegen Rechts-extremismus in Berlin (mbr):** Auch

Digital sichere Räume schaffen. Online-Veranstaltungen und -Seminare schützen – Zum Umgang mit rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Störungen und Bedrohungen, Berlin 2020, unter: [www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2020/07/200715\\_MBR\\_RIAS-Handout-Zoombombing.pdf](http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2020/07/200715_MBR_RIAS-Handout-Zoombombing.pdf).

**Mobile Beratung gegen Rechts-extremismus in Berlin (mbr):**

Wachsam sein! Zum Umgang mit rechten und rechtsextremen Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen, Berlin 2017, unter: [www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2017/03/mbr\\_broschuere\\_wachsamsein\\_Web\\_klein.pdf](http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2017/03/mbr_broschuere_wachsamsein_Web_klein.pdf).

**Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG):** Im Fokus von Neonazis. Rechte Einschüchterungsversuche.

Ein Ratgeber für Betroffene und Unterstützer\*innen, 6. Aufl., Berlin 2018, unter: [www.verband-brg.de/wp-content/uploads/2019/01/VBRG\\_Ratgeber\\_Im-Fokus-von-Neonazis-2018\\_web.pdf](http://www.verband-brg.de/wp-content/uploads/2019/01/VBRG_Ratgeber_Im-Fokus-von-Neonazis-2018_web.pdf).

**Bücher**

**Berendsen, Eva/Rhein, Katharina/Uhlig, Tom (Hrsg.):** Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts, Berlin 2019.

**Botsch, Gideon/Raabe, Jan/Schulze, Christoph (Hrsg.):**

Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs, Berlin 2019.

**Burschel, Friedrich (Hrsg.):** Das faschistische Jahrhundert. Neu-rechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus, Berlin 2020.

**Kracher, Veronika:** Incels. Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults, Mainz 2020.

**Leonhardt, Claudia/Weck, Felicitas:** Linke Kommunalpolitik. Eine Einführung. Reihe Crashkurs Kommune 12, Hamburg 2018.

**Meisner, Matthias/Kleffner, Heike (Hrsg.):** Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz, Freiburg i. Br. 2019.

**NSU-Watch:** Aufklären und Einmischen. Der NSU-Komplex und der Münchener Prozess, Berlin 2020.

**Röpke, Andrea/Speit, Andreas:** Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos, Berlin 2019.

**Sanders, Eike/Achtelik, Kirsten/Jentsch, Ulli:** Kulturkampf und Gewissen. Medizinethische Strategien der «Lebensschutz»-Bewegung, Berlin 2018.

**Weiß, Volker:** Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017.

**Wildt, Michael:** Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg 2017.

## **Zeitschriften**

### **Antifaschistisches Infoblatt (AIB)**

[www.antifainfoblatt.de](http://www.antifainfoblatt.de).

*Erscheint seit 1987 viermal im Jahr. Die Ausrichtung ist bundesweit. Das AIB liefert Recherchen über Entwicklungen in der extremen Rechten und greift gesellschaftliche Diskurse aus antifaschistischer Perspektive auf.*

### **Das Kommunalforum – Zeitschrift für progressive Lokalpolitik**

[www.kommunalforum-sachsen.de/das-kommunalforum/](http://www.kommunalforum-sachsen.de/das-kommunalforum/).

*Erscheint seit 2020 halbjährlich. Linke bzw. progressive kommunalpolitische (Fach-)Zeitschrift.*

### **Der rechte rand – Magazin von und für Antifaschist\*innen**

[www.der-rechte-rand.de](http://www.der-rechte-rand.de)

*Erscheint seit 1989 zweimonatlich. Fachzeitschrift zur extremen Rechten mit der zurzeit wohl größten Reichweite.*

### **Lotta – Antifaschistische Zeitung aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen**

[www.lotta-magazin.de](http://www.lotta-magazin.de)

*Fachmagazin zu Facetten der extremen Rechten mit Schwerpunkt auf den im Untertitel genannten Bundesländern.*

### **magazine**

[www.apabiz.de/publikationen/magazine/](http://www.apabiz.de/publikationen/magazine/)

*Die Schriftenreihe wird vom antifaschistischen pressearchiv und bildungszentrum berlin e. V. (apabiz) herausgegeben. Sie befasst sich mit rechten Periodika und will Grundlagen zur argumentativen Auseinandersetzung schaffen.*

## 8.2 WEBSEITEN

### Rechtes Land – Atlas zur extremen Rechten

[www.rechtesland.de](http://www.rechtesland.de)

<https://blog.rechtesland.de/>

*Die Webseite «Rechtes Land» ist ein Angebot des antifaschistischen pressearchivs und bildungszentrums berlin e. V. (apabiz). Auf einer Karte zeigt sie unter anderem, wie viele kommunale Mandate von rechten und extrem rechten Politiker\*innen gehalten werden.*

### Das Versteckspiel – Lifestyle, Symbole und Codes von Neozis und extremen Rechten

[www.dasversteckspiel.de](http://www.dasversteckspiel.de)

*Im Mittelpunkt der Webseite «Das Versteckspiel» stehen rechte Lebenswelten, deren Symbole, Codes und Hintergründe. Neben der immer wieder aktualisierten Webseite geben die Betreiber\*innen des Vereins Agentur für soziale Perspektiven eine gleichnamige Broschüre heraus.*

### Linke Kommunaldatenbank

[www.die-linke.de/themen/kommunalpolitik/kommunaldatenbank/](http://www.die-linke.de/themen/kommunalpolitik/kommunaldatenbank/)

*In der Kommunaldatenbank sind Anträge und Abfragen von linken Kommunalpolitiker\*innen einsehbar. Die Plattform beruht auf der aktiven Beteiligung von Kommunalpolitiker\*innen, die die Sammlung eingestellter Anträge kontinuierlich erweitern.*

### Toolbox gegen rechte Gewalt

[www.toolbox-gegen-rechts.de](http://www.toolbox-gegen-rechts.de)

*Die mehrsprachige Webseite listet detaillierte Informationen für unmittelbar Betroffene rechter Gewalt auf und beantwortet konkrete Fragen.*

### Prisma: medienpädagogische Interventionen im Feld der Neuen Rechten

<https://prisma.online/>

*Mit Methoden der Medienpädagogik und der politischen Bildungsarbeit möchte das Projekt webbasierte Zugänge und Ansprachemöglichkeiten im Feld der Neuen Rechten entwickeln und erproben.*

### 8.3 ARCHIVE

#### **Gemeinsamer Bibliothekskatalog antifaschistischer Archive und Dokumentationsprojekte**

*Antifaschistische Projekte aus sechs Städten bieten einen gemeinsamen Online-Bibliothekskatalog (OPAC – Online Public Access Catalogue) mit dem Schwerpunkt auf Sekundärliteratur zur extremen Rechten in Deutschland und Europa nach 1945 an. Das Verzeichnis, in dem sich die einzelnen Bestände durchsuchen lassen, beinhaltet über 20.000 Bücher und Broschüren. Da es sich in der Regel um Präsenzbestände handelt, müssen die Zugangsbedingungen jeweils bei den Einrichtungen erfragt werden.*

Beteiligte Projekte:

- Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.), München [www.aida-archiv.de](http://www.aida-archiv.de)
- Antifaschistisches Bildungszentrum und Archiv Göttingen e.V. (ABAG), Göttingen, <https://antifaschistisches-archiv.org>
- antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz), Berlin, [www.apabiz.de](http://www.apabiz.de)
- Antifa-Archiv, Düsseldorf  
E-Mail: [archiv-d@gmx.de](mailto:archiv-d@gmx.de)
- Archiv zum ehemaligen «Jugend-KZ und späteren Vernichtungsort Uckermark» (im apabiz), Berlin.
- Argumente & Kultur gegen rechts e.V., Bielefeld [www.argumente-und-kultur.org](http://www.argumente-und-kultur.org)
- Zeitgeschichtliche Dokumentationsstelle Marburg e.V. (ZDM), Marburg, [www.zdm-online.de](http://www.zdm-online.de)

## 8.4 KONTAKTE

### Rosa-Luxemburg-Stiftung

[www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

### Die Landesstiftungen und Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung

[www.rosalux.de/stiftung/  
politische-bildung-vor-ort](http://www.rosalux.de/stiftung/politische-bildung-vor-ort)

### Linke Medienakademie (LiMA)

[www.linkemedienakademie.de](http://www.linkemedienakademie.de)

### Linke Kommunalpolitische Vereinigungen in den einzelnen Bundesländern

#### Baden-Württemberg:

[www.kompofo.de/](http://www.kompofo.de/)

#### Bayern:

[service@flik-bayern.de](mailto:service@flik-bayern.de)

#### Berlin:

[www.kommunalpolitik-berlin.de](http://www.kommunalpolitik-berlin.de)

#### Brandenburg:

[www.kf-land-brandenburg.de/](http://www.kf-land-brandenburg.de/)

#### Hessen:

[www.kommunelinks.de/](http://www.kommunelinks.de/)

#### Mecklenburg-Vorpommern:

[www.kf-mv.de/](http://www.kf-mv.de/)

#### Niedersachsen:

[www.lkfn.de/](http://www.lkfn.de/)

#### Nordrhein-Westfalen:

[www.kopofo-nrw.de/](http://www.kopofo-nrw.de/)

#### Sachsen:

[www.kommunalforum-sachsen.de/](http://www.kommunalforum-sachsen.de/)

#### Sachsen-Anhalt:

[www.kf-st.de/](http://www.kf-st.de/)

#### Thüringen:

<https://thueringengestalter.de/>

### DIE LINKE – Themenfeld Kommu- nalpolitik (inklusive Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften)

[www.die-linke.de/themen/  
kommunalpolitik/](http://www.die-linke.de/themen/kommunalpolitik/)

## WORKSHOP-ANGEBOT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Begleitend zu der vorliegenden Handreichung bietet die Rosa-Luxemburg-Stiftung vertiefende Workshops zum Thema an. Ziel des Angebots ist es, Kommunalpolitiker\*innen sowie Initiativen und lokal engagierte Menschen, auch anhand eigener Beispiele, mehr Handlungssicherheit im Umgang mit rechten Parteien und Gruppierungen zu vermitteln. Die Workshops können als Präsenzveranstaltungen oder in einem digitalen Format durchgeführt werden.

Kontakt auf der Webseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
unter: [www.rosalux.de/publikation/id/40148](http://www.rosalux.de/publikation/id/40148)

## 8.5 BERATUNGSSTELLEN

**Bundesverband Mobile Beratung e. V. – Mobile Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus in allen Bundesländern**

[www.bundesverband-mobile-beratung.de](http://www.bundesverband-mobile-beratung.de)

**Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V.**

[www.verband-brg.de](http://www.verband-brg.de)

**Beratungsstellen in einzelnen Bundesländern:**

<https://verband-brg.de/beratung/#beratungsstellen>

**RespAct – Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Niedersachsen**

[www.respact-nds.de/](http://www.respact-nds.de/)

**Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)**

[www.report-antisemitism.de](http://www.report-antisemitism.de)

**Aufklärung und Beratung zu geschlechtlicher und sexueller Gewalt**

[www.abqueer.de](http://www.abqueer.de)

**Jugendfeuerwehr**

<https://jugendfeuerwehr.de/schwerpunkte/demokratie-teilhabe>

## ZU DEN AUTOR\*INNEN

**Tilo Giesbers** ist freier Journalist und beschäftigt sich seit den 1990er Jahren mit der extremen Rechten und Gegenstrategien. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören insbesondere extrem rechte Wahantritte.

**Cash Hauke** promoviert in den Gender Studies zu «Arbeit gegen rechts in Ostdeutschland aus intersektionaler Perspektive» und macht politische Bildungsarbeit zu den Themen Antidiskriminierung und Resilienz in linken sozialen Bewegungen.

**Philipp Piechura** engagiert sich in der Partei DIE LINKE und gibt Workshops in den Bereichen (kommunal-)politische Bildung und Theaterpädagogik. Derzeit promoviert er an der Schnittstelle von Flucht- und Stadtforschung zu alternativen Wohnformen für/mit geflüchteten Personen und lehrt am Bremer Zentrum für Performance Studies.

**Ingolf Seidel** arbeitet als Projektleiter für das Bildungsportal «Lernen aus der Geschichte» sowie freiberuflich als Bildungsreferent zu den Themen Antisemitismus, Verschwörungsideologien, Rassismus, Nationalsozialismus und dessen Wirkungsgeschichte.

**Anika Taschke** ist Politikwissenschaftlerin und Referentin für Zeitgeschichte und historisch-biografisches Lernen der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

## **IMPRESSUM**

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISBN 978-3-948250-33-1 · Redaktionsschluss: Februar 2021

Redaktion: Friedrich Burschel und Katharina Weise

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa- Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.



Das apabiz ist das umfangreichste öffentlich zugängliche Facharchiv zur extremen Rechten nach 1945. Unsere Sammlung beinhaltet neben Büchern und Zeitschriften auch eine Vielzahl von Flugblättern, Katalogen, Fanzines, Aufklebern sowie Bild- und Tondokumenten von rechten Akteuren und Strukturen aus dem In- und Ausland. **Wir freuen uns über Printprodukte (extrem) rechter Parteien.**

Schickt uns  
rechte

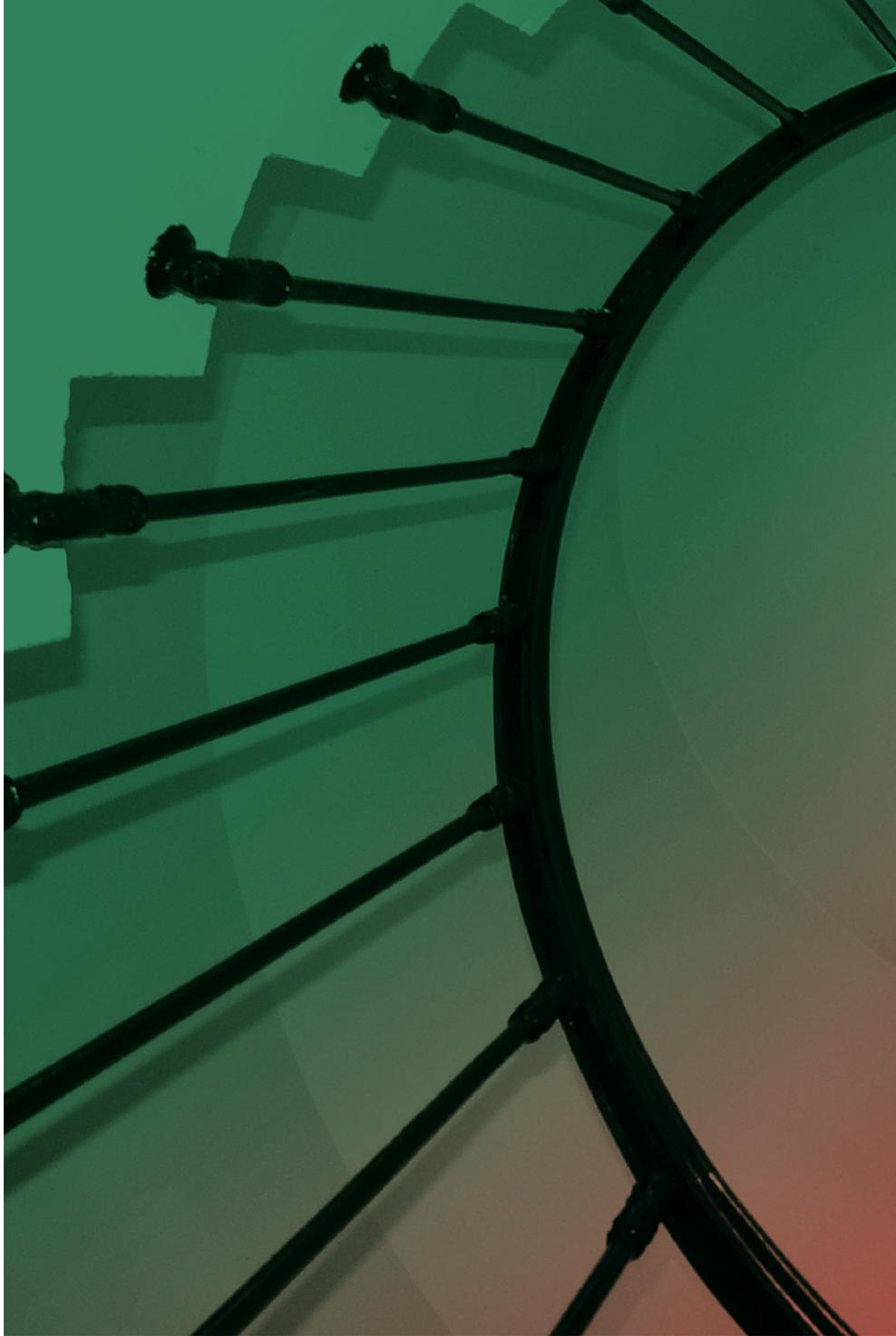
Propaganda!

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin | geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

☎ 030.6116249 ✉ mail@apabiz.de 🌐 www.apabiz.de





[WWW.ROSALUX.DE](http://WWW.ROSALUX.DE)